

international



DIE LINKE

Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!

Beschluss der 1. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE am 28. und 29. Mai 2016 in Magdeburg (Auszug), aus: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/beschluesse-und-resolutionen

Nationalismus und Rechtsruck in Europa

Die Europäische Union steckt in einer tiefen Krise. Zentrale Versprechen europäischer Integration und gesellschaftliche Errungenschaften durch soziale Kämpfe stehen auf dem Spiel: Demokratie, Sozialstaat, Humanität und Freizügigkeit. Profit- und Wettbewerbsinteressen sowie innenpolitische Interessen und Nationalismus beherrschen die europäische Politik. Seit Jahren erleben wir ein Erstarken rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Europa. Lange Zeit galten sie als Randphänomen europäischer Gesellschaften, nun treiben sie Regierungen vor sich her wie in Dänemark, Frankreich, teils in Deutschland, sind an Regierungen beteiligt wie in Finnland oder führen sie sogar an wie in Polen oder Ungarn. Dort sind sie inzwischen dabei, lupenreine Autokratien zu errichten. Dafür drehen sie Verfassung, Justiz und Medien auf rechts. Europa und die EU scheinen gegen diese Entwicklung machtlos, europäische Konservative applaudieren sogar, und die CSU läßt Orbán, dessen Fidesz-Partei durch die Mitgliedschaft in der „Europäischen Volkspartei“ Schwesterpartei von CDU und CSU ist, zur Klausur.

Europa rutscht nach rechts weg, und der Nationalismus kehrt zurück. Es ist eine Bankrotterklärung der Europäischen Union, aber vor allem ihrer Mitglieder, dass seit Jahren Menschen täglich im Mittelmeer ertrinken. Mit einer gemeinsamen solidarischen Flüchtlingspolitik wäre die Aufnahme der Geflüchteten auf einem Kontinent mit mehr als 500 Millionen Menschen ohne weiteres möglich. Das ist Europas humanitäre Schutzverantwortung. Stattdessen reagieren die Staaten mit Stacheldraht und nationaler Abschottungspolitik, Grenzen werden geschlossen, Grundwerte wie Freizügigkeit aufgehoben und neue Mauern um die Festung Europa errichtet. Das ist nicht das Europa, das wir wollen! Die Europäische Union, die wir

wollen, verfolgt eine Politik der offenen Grenzen, unternimmt alle Anstrengungen, Geflüchtete zu integrieren, verteidigt die Freizügigkeit und verzichtet auf die Festung Europa. DIE LINKE steht für eine Europäische Union ohne Stacheldraht und Mauern!

Wir fordern: Die Balkanroute muss wieder geöffnet werden! Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Elend fliehen müssen, dürfen nicht wieder auf die tödliche Mittelmeerroute gelenkt werden! Geflüchtete dürfen weder in Massenzuglagern in Griechenland festgehalten, noch in die Türkei abgeschoben werden, von wo sie in vielen Fällen weiter abgeschoben werden in die Länder, aus denen sie geflüchtet sind! Autoritäre Regierungen dürfen nicht zu Partnern in einem menschenrechtswidrigen Pakt gemacht werden, der Grenzschießung mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit belohnt!

Die EU wird bei vielen Menschen in Europa nicht als Hoffnung, sondern als Bedrohung wahrgenommen. Die Wahlbeteiligungen sinken auf Tiefststände und es ist von einer tiefen Legitimationskrise der EU selbst bei den Eliten der EU die Rede. Niemand entwickelt zurzeit ernsthaft eine Perspektive, wie die EU aus dieser Krise wieder herauskommen kann. Das ist der Nährboden für den neuen Aufschwung von rechtspopulistischen und nationalistischen, bis hin zu neofaschistischen Parteien und Bewegungen fast überall in Europa. Links sein muss heute heißen: Ein neuer Internationalismus, eine neue politische Internationale und ein sozialistisches Europa von unten. Das wäre auch ein schönes Aufgreifen des Erbes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, deren Namen sich die Einrichtungen der LINKEN gegeben haben.

Fortsetzung Seite 3

In dieser Ausgabe

- 5. Parteitag der LINKEN
- EU – wie weiter?
- Bundeswehr-Weißbuch 2016
- Linke weltweit: Krise oder Aufbruch?
- Außenpolitik der Türkei

Inhalt

DIE LINKE

- 1. Tagung des 5. Parteitages: Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck! 1
- Für Frieden und eine gerechte Weltordnung 3
- Frieden mit Russland – Verständigung in Europa 7
- Solidarität mit Linken Lateinamerikas 9
- Solidarität mit der HDP 10
- Unterstützung für Rojava 12
- Katja Kipping: Für eine lohnende Zukunft kämpfen 12
- Bernd Riexinger: Für eine Revolution der Gerechtigkeit 15

Krieg und Frieden

- Dietmar Bartsch: Die Richtung nicht verlieren 16
- C. Buchholz/K. Kunert/A.Neu: Weißbuch für Aufrüstung und Krieg 18
- Bernd Biedermann: Zum Weißbuch 2016 20
- Martin Kunze: Deutsche Speerspitze in Litauen 26
- Jan van Aken: Waffenexporte aus Deutschland 27
- Raymond McGovern: Terror, der Westen und Ramstein 29
- Julia Wiedemann: Sehnsucht nach der starken Hand 32

Europäische Union

- Sahra Wagenknecht: EU braucht neue Verfassung 35
- RLS: 22 Thesen zu Europa 37
- Walter Baier: Zur Zukunft Europas 41
- Martina Michels: Erweiterung, Brexit und neoliberales Dogma 43
- Jiří Málek: Zentral- und Osteuropa in der EU 45
- Drei MdEP: CETA – Ein schlechter Deal für Europa 47

Aus der internationalen Linken

- Bernard Sander: Krise der Linken Frankreichs 49
- Thomas Kachel: Brexit und Labour 51
- Hugo Monteiro: Linksblock Portugals gegen Austerität 53
- Sebastian Reinfeldt: Aufbruch in Österreich 55
- Oliver Schröder: 9. Parteitag der KPBM 56
- Holger Politt: Razem in Polen 58
- Tamás Krausz: Linke in Ungarn und Osteuropa 60
- Selahattin Demirtas: HDP organisiert Widerstand 63
- H. Amoury/Y. Bartal/T. Cohen: Gemeinsame Liste in Israel 64
- D. Boris/A. Wahl: Offensive gegen Linksregierungen 69
- Günther Maihold: Lateinamerikas Linke am Ende? 71
- Ethan Young: Revolution für US-Linke 73
- Stefan Mentschel: Indiens Linke in tiefer Krise 76
- Carsten Schatz: 11. Asia-Europe People's Forum 78

Internationale Umschau

- Ute Weinmann: Russland vor der Wahl 79
- Wolfgang Gehrcke: Nach der Dumawahl 81
- Shi Mingde: Smog, Reform und Menschenrechte 82
- Helmut Scholz: Zum Handel EU-China 84

Analyse

- Erhard Crome: EU-Krise und Linke 86
- Sandro Mezzadra: Keine Lösung für EU-Krise 93
- Cem Sey: Zur Außenpolitik der Türkei 96
- Achim Wahl: Geopolitik und Putsch in Brasilien 101
- Wolfram Adolphi: Warum spricht Xi Jinping vom Marxismus? 106
- Theodor Bergmann: 50 Jahre „Kulturrevolution“ 110
- Uta Gärtner: Myanmar auf steinigem Pfad 112



Impressum:

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN. Erscheint in unregelmäßigen Abständen

Redaktion: Helmut Ettinger
V.i.S.d.P.: Andreas Günther
Gestaltung: Heinrich Eckhoff

Telefon: (030) 24009 300, Fax: 24009 425
E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Autor*innen, nicht der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 24. Oktober 2016

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Hilde Ettinger und Uta Wegner.

Autoritäre Politik befördert Renationalisierung und rechte Parteien

Für die inhumane, unverantwortliche Haltung vieler Mitgliedstaaten der EU in der Flüchtlingspolitik und für den Rassismus der europäischen Rechten gibt es keine Entschuldigung. Der Aufstieg der Rechtspopulisten wie der Front National und der FPÖ ist seit Jahrzehnten zu beobachten. Aber der derzeitige autoritäre Rechtsruck in Europa ist ohne die autoritäre Politik des Sozialabbaus, der Militarisierung und der Entdemokratisierung in der Krise nicht erklärbar. Von Anfang an wurden in der Europäischen Union die Freiheiten des Binnenmarktes denen der Menschen vorzogen: Wettbewerb und Standortkonkurrenz statt soziale Standards und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Europa. Die spätestens seit 2010 maßgeblich von Deutschland vorangetriebene Kürzungspolitik brachte eine neue Dimension neoliberaler Umgestaltung. Sozialstaat, Demokratie und individuelle Freiheit wurden Bankenrettungen, sogenannten Strukturanpassungen und Kürzungen bei Löhnen, Renten und Sozialleistungen geopfert – nicht nur in den Krisenländern, in fast allen EU-Staaten. Wir haben es mit einem zunehmend autoritären neoliberalen Kapitalismus zu tun, der die Konzentration der Vermögen und der Macht bei einer kleinen Minderheit weiter vorantreibt. Im Mittelpunkt stehen die Interessen des international orientierten Kapitals. TTIP, CETA, TISA und Co. sind darauf gerichtet, das neoliberale Regime international weiter zu zementieren und möglichst unumkehrbar zu machen. Gleichzeitig führt Deutschland mit immer neuen Rekordüberschüssen beim Export und dem durch die Hartz-Gesetzgebung geschaffenen Niedriglohnsektor einen ruinösen Wettbewerb, der die Eurozone spaltet. Der gesellschaftliche Nährboden von Armut, Erwerbslosigkeit und Perspektivlosigkeit bei gleichzeitiger Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums in Europa, von stetig wachsender Intransparenz und Lobbyismus in der Politik, von Entmachtung demokratischer Gremien ist für antidemokratische Bewegungen immer weitergewachsen.

Diese Krisenpolitik war und ist nicht nur unsozial und ökonomisch falsch, sondern hat den Kontinent auch politisch gespalten und renationalisiert. „In Europa wird wieder deutsch gesprochen“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Kauder 2011. Leitbild der regierenden Krisenpolitik ist kein europäisches Deutschland, sondern ein deutsches Europa, das von Berlin aus regiert werden soll. Keine deutsche Bundesregierung vor Merkel/Gabriel hat ihre Europapolitik so rücksichtslos an den Interessen des deutschen und europäischen Groß- und Finanzkapitals ausgerichtet. Unter dem Austeritätsregime sind Grundregeln europäischer Integration außer Kraft: der politische Kompromiss und die Achtung der demokratischen Willensbildung in den Staaten. Beispiellos in der Geschichte der EU war die einem Staatsstreik nahekommende Erpressung der griechischen Regierung im Sommer 2015. Dies war eine dramatische politische Fehlentscheidung der Großen Koalition! Eine Entscheidung ganz im Sinne der deutschen Vorherrschaft in der EU. Diese Politik von Merkel, Schäuble und Gabriel hat Vertrauen zerstört und den anderen EU-Mitgliedstaaten gezeigt, wie es auch ihnen ergehen kann. Sie hat Bevölke-

rungen gegeneinandergestellt und das politische Klima in der EU nachhaltig vergiftet, was sich in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um eine gemeinsame Flüchtlingspolitik bitter zeigt.

Wer wie die Bundesregierung europäische Solidarität jahrelang den Interessen der Finanzmärkte unterordnet, wer wie die Bundesregierung die europäische Idee von Sozialstaatlichkeit und Demokratie so missachtet, kann sich nicht im nächsten Moment auf Solidarität und die europäische Idee berufen. Wenn die europäische Einigung scheitert, steht dafür auch der Name von Angela Merkel. Nicht wegen ihrer bemerkenswerten Initiative, Geflüchtete aufzunehmen, sondern wegen der Politik der Entdemokratisierung und Austerität, mit der die von ihr geführte CDU/CSU/SPD-Koalition einen europapolitischen Scherbenhaufen hinterlassen hat.

DIE LINKE wird alles daransetzen, die gescheiterte Austeritätspolitik der großen Koalition zu beenden, die Troika-Diktate, vor allem für Griechenland, zu stoppen und ein europäisches Investitionsprogramm zu initiieren. DIE LINKE wird alle Anstrengungen unternehmen, um eine Wende hin zu einer solidarischen europäischen Flüchtlingspolitik zu erreichen. Dies alles, um ein Scheitern der Europäischen Union zu verhindern. Diese EU ist unsozial, undemokratisch und militaristisch. DIE LINKE kämpft gemeinsam an der Seite von Linksparteien in Europa, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften gegen die Politik der Bundesregierung in Europa. Für den Stopp der Troika-Diktate, für ein europaweites milliardenschweres Investitionsprogramm, für die Abschaffung von Frontex, ein Bleiberecht für alle, für den Abzug der Bundeswehr und aller europäischen Truppen von allen Auslandseinsätzen.

Für Frieden und eine gerechte Weltordnung

Linke Alternativen zum „Krieg gegen den Terror“ und zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik

Beschluss der 1. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE am 28. und 29. Mai 2016 in Magdeburg (Auszug), aus: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/beschluesse-und-resolutionen

Die Welt ist heute voller Kriege, darunter in Afghanistan, Pakistan, in Syrien, im Jemen, in Libyen, im Irak, in Mali, in Zentralafrika und im Sudan. Nach den Bürgerkriegen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens in den 1990er Jahren und der anschließenden NATO-Militärintervention von 1999 herrscht nun Krieg in der Ukraine. Die Kriegsgefahr in Europa ist gewachsen.

Das größte Schlachtfeld ist derzeit der Nahe Osten. Der Krieg in Syrien zerstört ebenso wie der von den USA geführte Krieg im Irak eine ganze Region. Es besteht die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen der Türkei und Saudi Arabien einerseits und Russland andererseits, ebenso zwischen Iran und Saudi-Arabien. Die Bundes-

regierung hat Deutschland Schritt für Schritt in den Krieg im Nahen Osten verwickelt.

Der Rückzug der internationalen Streitkräfte als Bestandteil umfassender Friedensbemühungen vom Schlachtfeld Naher und Mittleren Osten ist essentiell, um die Gefahr einer fortgesetzten Eskalation zu verringern. Die brüchige Waffenruhe in Syrien muss stabilisiert und weiter zu einem gesicherten Waffenstillstand ausgebaut werden. Voraussetzung für eine dauerhafte Deeskalation sind weitere Verhandlungen über einen Friedensplan und eine Verständigung zwischen den USA, Russland und regionalen Mächten.

- DIE LINKE steht solidarisch an der Seite aller Kräfte, die sich in Syrien und der Region für Demokratie, Selbstbestimmung und Frieden einsetzen. Insbesondere der Kampf der Kurdinnen und Kurden in Syrien und ihr Einsatz für demokratische Selbstbestimmung und soziale Reformen findet unsere Unterstützung, das bedeutet neben Solidarität und politischer Unterstützung für die Kurdinnen und Kurden in Syrien auch eine Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland.
- Bomben bringen keinen Frieden! Die Bundesregierung muss ihre politische und militärische Unterstützung des Anti-IS-Krieges sowie ihr militärisches Engagement im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und im Mittelmeer unverzüglich beenden. Stattdessen muss sie alles für eine Politik der Deeskalation tun.
- Die Türkei und Saudi-Arabien unterstützen den IS, obwohl die beiden Staaten der so genannten „Koalition der Willigen“ gegen den IS angehören. Die Bundesregierung muss endlich effektiven Druck auf die Türkei und Saudi Arabien aufbauen. Dem IS muss die finanzielle und logistische Unterstützung entzogen, er muss vom internationalen Finanzsystem abgeschnitten werden.
- Waffenlieferungen von allen Seiten heizen den Krieg im Nahen Osten immer weiter an. Mittlerweile kämpft sogar der sogenannte Islamische Staat (IS) mit deutschen Waffen. Die Bundesregierung will trotzdem weiter Waffen in die Region liefern. Damit macht sie sich mitverantwortlich für weitere Tote, das Anheizen der Gewaltspirale und die Destabilisierung der Region! Dringend geboten ist daher ein sofortiger Stopp von Waffenlieferungen an die Türkei, Saudi Arabien und in den gesamten Nahen und Mittleren Osten!
- Ein Friedensplan kann nur nachhaltigen Erfolg haben, wenn er mit Investitionen für den Wiederaufbau und eine sozial gerechte Entwicklung verbunden wird. Die demokratischen Kräfte in Syrien müssen gestärkt werden. Nur die syrische Bevölkerung ist legitimiert, über die künftige Gestaltung des Landes und seine zukünftige Verfassung zu entscheiden. Voraussetzung dafür sind erhebliche Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, um den Wiederaufbau des vom Krieg verwüsteten Landes und die Rückkehr der Millionen Geflüchteten in ihre Heimat zu ermöglichen.
- Unter der Führung der USA wird die Stärkung der NATO als globaler Interventionsmacht zur militärischen Absicherung neoliberaler Politik und geopolitischer Interessen gegen China, Russland und den globalen Süden vorangetrieben. Die Vereinten Nationen werden in diesem Konkurrenzkampf von allen Mächten instrumen-

talisiert und damit in ihrer friedenspolitischen Aufgabe behindert.

Die kapitalistische Produktionsweise hat schon immer zu imperialistischen Kriegen geführt.

Dieser Zusammenhang ist auch im 21. Jahrhundert weiter wirksam. Auf der Erde verhungern täglich 57 000 Menschen; durch schlechte Wasserversorgung sterben jährlich weltweit über 100 000 Menschen. Zu Recht hat Jean Ziegler vom „Krieg gegen die Armen“ gesprochen. 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht, vertrieben durch Krieg und Gewalt, durch Hunger, Armut und Naturkatastrophen. Neoliberale Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, TISA, TPP, Nafta und verschiedene ökonomische Partnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten verschärfen weltweite Verteilungskonflikte zugunsten der reichen Staaten und entmachten demokratische Strukturen und staatliche Schutzmechanismen zugunsten transnationaler Konzerne.

Schon wo Kriege vorbereitet werden, profitiert die Rüstungsindustrie, wächst der Einfluss des Militärisch-Industriellen Komplexes. Waffenproduktion und Rüstungsexporte bringen hohe Profite für die Kassen der Produzenten. Das Geschäft mit dem Tod, das Geschäft mit dem Krieg boomt und raubt Menschen fern der Produktionsstätten die Lebensgrundlage. Deutschland agiert in der Spitzengruppe der Rüstungsexporteure. Insofern ist die Aussage der Friedensbewegung „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!“ blutige Realität.

Diese ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die Folgen des besonders durch die führenden Industriestaaten verursachten Klimawandels, Waffenexporte und Kriege sind die wichtigsten Fluchtursachen. Die Politik der Bundesregierung setzt darauf, die europäischen Außengrenzen auch militärisch gegen Flüchtlinge abzuschotten. Es ist eine neue Qualität der Militarisierung Europas, wenn die NATO und EU-Militäreinheiten im Mittelmeer eingesetzt werden, um die europäische Außengrenze gegen Flüchtlinge zu „sichern“. DIE LINKE lehnt diesen Militäreinsatz ab. Wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, muss Waffenexporte verbieten, Militäreinsätze beenden und die Grundlagen für eine gerechte und klimaneutrale Weltwirtschaftsordnung legen.

Verantwortung für den Frieden heißt Auslandseinsätze, Aufrüstung und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik stoppen

Die Bundesregierung wiederholt, dass Deutschland „mehr Verantwortung“ in Europa und der Welt übernehmen müsse. Sie meint aber das Gegenteil von Verantwortung für den Frieden: mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr und mehr Geld für Rüstungsprojekte. Die Bundesregierung verfolgt eine gefährliche Politik der Militarisierung der deutschen und europäischen Außenpolitik. Als „Mittelmacht im Werden“ soll Deutschland eine führende Rolle in der Gestaltung der Weltpolitik im Rahmen neoliberaler Globalisierung übernehmen, sollen geostrategische Interessen auch militärisch verfolgt werden. Der Weg zur militärischen Interventionspolitik wird immer deutlicher formuliert. Bundespräsident Joachim Gauck hat mit seiner Rede bei der so

genannten Sicherheitskonferenz in München 2014 die Bevölkerung auf die neue Rolle Deutschlands in der Welt eingestimmt. Die Militarisierung der Außenpolitik durch globale militärische Interventionen und Aufrüstung schlägt sich im geplanten Weißbuch der Bundesregierung zur Neuausrichtung der Bundeswehr nieder. Eine verantwortungsvolle Außenpolitik sieht anders aus: Verantwortung für den Frieden heißt Einhaltung des Völkerrechtes und die Verteidigung von Menschenrechten mit ausschließlich friedlichen Mitteln.

In den letzten fünfzehn Jahren ist der deutsche Militärhaushalt deutlich angestiegen. Vor dem NATO-Gipfel in Warschau steigt der Druck auf die NATO-Staaten, ihre Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Die Bundesregierung hat dieses Ziel beim NATO-Gipfel in Wales unterstützt. Verteidigungsministerin von der Leyen fordert bis 2030 rund 130 Milliarden Euro für die Modernisierung bestehender Waffensysteme und das Auflegen neuer Rüstungsprojekte. Das ist das größte Aufrüstungsprogramm der vergangenen zwei Jahrzehnte. Die Zunahme von Auslandseinsätzen der Bundeswehr droht zu einer Entgrenzung des Militärhaushaltes zu führen: Die Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 2002 haben 17 Milliarden Euro gekostet.

Der Kurs auf weltweite Interventionsfähigkeit soll durch Rüstungsprojekte wie die Entwicklung von Kampfdrohnen, Spionagesatelliten, die Beschaffung von Mehrzweckkampfschiffen und Transportflugzeugen, die Entwicklung eines eigenen europäischen Luftverteidigungssystems, sowie den Neuaufbau der Panzerverbände untermauert werden. Dies alles spült Profite in die Kassen von Rüstungskonzernen. Mit dem Einstieg in die Kampfdrohrentechnik beteiligt sich die Bundeswehr an einem Rüstungswettlauf, der am Ende zur Herstellung vollautomatisierter Kampfroboter führen kann. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, ihre Pläne zur Anschaffung von Kampfdrohnen aufzugeben und sich stattdessen für eine verbindliche internationale Ächtung von Kampfdrohnen einzusetzen! Keine mörderischen Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

Wirtschaftsminister Gabriel hat sein Wahlversprechen gebrochen, Waffenexporte stärker zu kontrollieren und einzuschränken. 2015 wurden Waffen im Wert von knapp acht Milliarden Euro aus Deutschland exportiert. Das zeugt von einer hemmungslosen Genehmigungspolitik, die sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit nur an den Profiten der Rüstungskonzerne orientiert. Noch nicht einmal zum Verbot von Kleinwaffen, mit denen jedes Jahr weltweit Hunderttausende Menschen, darunter viele Zivilisten und Kinder, getötet werden, will die Bundesregierung sich durchringen. DIE LINKE fordert als einzige Partei das Verbot von Waffenexporten und Kriegswaffenproduktion sowie eine sozial abgefederte Konversion der deutschen Rüstungsindustrie. Waffenexporte müssen sofort gestoppt werden!

DIE LINKE will Abrüstung statt Aufrüstung, sie lehnt den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einzusetzenden Armee ab. DIE LINKE setzt sich für eine schrittweise Abrüstung der Bundeswehr, beginnend mit einem Abbau der kriegsführungsfähigen Teile, und für die Senkung der Verteidigungsausgaben ein. Wir verfolgen das Ziel eines Europas ohne Armeen und einer Welt ohne Kriege.

Für eine europäische Friedens- und Entspannungspolitik statt Stärkung der NATO und Militarisierung der EU

Ein geeintes Europa muss auch ein Friedensprojekt sein. Mit dem Lissaboner Vertrag wurde jedoch die Rechtsgrundlage für eine Militarisierung der EU gelegt. Die Bundesregierung plädiert für eine EU-Armee, die global einsatzfähig sein soll. Nach den Anschlägen von Paris wurden die daraufhin begonnenen Militäreinsätze und Bombardierungen erstmals mit dem Artikel 42.7 des EU-Vertrages begründet. Die EU wird so als ergänzendes Militärbündnis zur NATO genutzt. DIE LINKE hat sich gegen diese Militarisierung der EU gewandt und wird dies weiterhin tun. Militärmissionen und Rüstungsagenturen werden nicht besser, wenn sie unter dem Mantel der EU statt der NATO laufen. Es ist eine zynische Politik, wenn die EU-Staaten in dem Bemühen, die EU-Außengrenzen verstärkt gegen Flüchtlinge abzuschotten, das autoritäre Regime in der Türkei durch Milliardenzahlungen unterstützen. Die EU setzt die Gelder zur Abwehr und Abschiebung statt zur dringend benötigten humanitären Unterstützung der Flüchtlinge ein. Die Bundesregierung muss ihre Unterstützung für Erdogans Kriegskurs und repressive Innenpolitik sofort beenden! Sie muss ihren maßgeblichen Einfluss auf die türkische Regierung nutzen und darauf hinwirken, dass der Krieg gegen die Kurdinnen und Kurden sofort beendet wird, dass die Menschenrechte garantiert und alle politischen Gefangenen freigelassen werden.

- Das türkische Militär dient dem autoritären Erdogan-Regime auch als Repressionsapparat gegen die eigene Bevölkerung. Gegen Oppositionelle sowie Kurdinnen und Kurden und Minderheiten kommen auch deutsche Waffen bis hin zu Panzern zum Einsatz. Daher: Sofortiger Stopp von Waffenlieferungen in die Türkei!
- Die Bundesregierung muss ihre unmenschliche Politik beenden, Flüchtlinge in der Türkei festzusetzen. Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat – daher: Bleiberecht in der EU für alle über die und aus der Türkei einreisenden Flüchtlinge! Das Recht auf Asyl gilt auch für Oppositionelle und verfolgte Angehörige kurdischer Organisationen!
- DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der unterdrückten Bevölkerungsteile in der Türkei. Die Kriminalisierung und Verfolgung kurdischer Organisationen und Oppositioneller in der Türkei muss gestoppt werden. Das unsinnige Verbot der PKK in Deutschland muss aufgehoben werden! Die LINKE unterstützt die HDP und alle Kräfte, die sich für eine sozial gerechte, demokratische und friedliche Entwicklung in der Türkei und den kurdischen Gebieten einsetzen.
- Im Bündnis mit den USA setzt die Bundesregierung auf die Stärkung der NATO als globales Interventionsbündnis zur militärischen Absicherung neoliberaler Politik und geopolitischer Interessen in Konkurrenz zu China und Russland. Die NATO hat ihren Einflussbereich entgegen getroffener Vereinbarungen bis an die Westgrenze Russlands ausgedehnt. Der Beitritt weiterer Länder wie Georgien, der Ukraine, Mazedoniens und Montenegros zur NATO würde die Spannungen mit Russland weiter anheizen. Die Erkenntnis, Sicherheit in Europa kann nur

Sicherheit mit Russland und nicht gegen Russland sein, wird zwar häufig zitiert, aber von der Bundesregierung nicht in politisches Handeln umgesetzt. Um das Verhältnis zu Russland zu verbessern, muss auf den Einsatz deutscher Soldaten in den osteuropäischen Staaten verzichtet werden.

Der „Krieg gegen den Terror“ führt zu neuem Terror – Raus aus der Gewaltspirale!

Seit bald 15 Jahren führen die NATO-Staaten einen „Krieg gegen den Terror“. Diesem Krieg sind bereits in den ersten 10 Jahren mindestens 1,3 Millionen Menschen zum Opfer gefallen. Doch aus dieser verheerenden Bilanz hat die Bundesregierung nichts gelernt. Im Gegenteil, nach den Anschlägen in Paris hat sie die französische Regierung aktiv dabei unterstützt eine neue Runde des „Krieges gegen den Terror“ zu eröffnen.

Die Destabilisierung von Staaten und Gesellschaften durch den Krieg im Irak, in Afghanistan und in Libyen, aber auch neoliberale Wirtschaftspolitik und autoritäre Regime, die viele Menschen in Armut und Verzweiflung gestürzt haben, führen zum Aufstieg islamistischer reaktionärer Kräfte wie des IS, Al Qaida oder Boko Haram. Ohne die Invasion und die folgende Besetzung des Iraks in den Jahren 2003–2011 wäre der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) nie entstanden. Unter US-Vorherrschaft wurde ein politisches System entlang konfessionell-ethnischer Linien etabliert, in dem ein Klima des Hasses gedeihen konnte. Die brutale Form der Kriegführung in Irak, Afghanistan, Jemen, Somalia und Pakistan hat unzählige Menschen in Verzweiflung gestürzt. Besonders heimtückisch wirken Kampfdrohnen, die in einem nicht-erklärten Krieg Tausende Kombattanten regelrecht hingerichtet haben und zahllose Zivilisten das Leben kosten. Ganze Landstriche werden mit ihrer oft tagelangen Präsenz im Luftraum terrorisiert. Allein durch den US-Drohnenkrieg in Pakistan wurden im Zeitraum von 2004 bis 2012 mehr als 3000 Menschen getötet – darunter 170 Kinder! Dieser Drohnenkrieg wird auch von Deutschland aus geführt, die US-Militärbasen Ramstein, das AFRICOM und das EUCOM in Stuttgart spielen dabei wesentliche Rollen. Damit muss Schluss sein. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Kriegführung von deutschem Boden zu unterbinden!

Die Bundesregierung arbeitet im Nahen Osten mit diktatorischen Regimen in Saudi-Arabien, weiteren Golfstaaten und Ägypten zusammen. Aus wirtschaftlichen oder geostrategischen Motiven werden diese Länder mit deutschen Waffen und deutscher militärisch oder repressiv nutzbaren Hochtechnologie unterstützt. Die Zusammenarbeit der deutschen Polizei und Geheimdienste mit diesen Regimen muss umgehend beendet werden.

Der „Krieg gegen den Terror“ führt zu mehr Terrorismus und stärkt die reaktionären islamistischen Kräfte, die durch ihn bekämpft werden sollen. Die Bekämpfung von „Terrorismus“ ist heute zum Freibrief geworden für Repression im Inneren und militärische Interventionen in geostrategisch wichtigen Regionen. Linke Friedenspolitik richtet sich gegen imperiale Weltordnungspolitik im Namen des so genannten Krieges gegen den Terror und die deutsche Rolle darin. Der Terror reaktionärer islamistischer Kräfte muss bekämpft werden, aber nicht mit Bomben, sondern indem

politische Lösungen gefunden werden, die aus der Mitte der betroffenen Gesellschaften heraus entstehen. DIE LINKE unterstützt daher in allen Ländern soziale Bewegungen, die sich für Frieden, Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Um dem Terrorismus den sozialen Nährboden zu entziehen, braucht es einen grundlegenden Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik: Statt auf Freihandel, Privatisierung und billigen Zugang zu Rohstoffen zu setzen, muss eine global gerechte Handels-, Investitions- und Rohstoffpolitik eine Umverteilung des Reichtums von Reich zu Arm und von den „westlichen“ Ländern in den „globalen Süden“ gefördert, muss den Ländern des „globalen Südens“ ermöglicht werden, eigene Entwicklungspfade zu beschreiten. Notwendig sind Investitionen in öffentliche Bildungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur sowie in eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft und auf dieser Grundlage die Entwicklung von Industrie. Ein umfassender Schuldenerlass für überschuldete Staaten ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Nur so können Armut und Perspektivlosigkeit bekämpft, die Treibhäuser des Terrors und reaktionärer Bewegungen ausgetrocknet werden. Die Umstellung der Entwicklungshilfe auf militärisch-polizeiliche Sicherheitszusammenarbeit und neoliberale Wirtschaftspolitik ist Teil des Problems, nicht der Lösung.

Der Nährboden für Terrorismus entsteht auch in europäischen Vorstädten, in denen ein Großteil der jungen Menschen in prekären Verhältnissen lebt und im Alltag mit rassistischer Diskriminierung und Polizeiübergriffen konfrontiert ist. Deshalb braucht es auch in Europa einen grundlegenden Richtungswechsel weg von neoliberaler Politik hin zu mittelfristig angelegten Investitionen in öffentliche Bildungseinrichtungen und Bildungsgerechtigkeit, in gute Arbeit, Gesundheitsversorgung und die kommunale Infrastruktur. Dies muss begleitet sein von einer respektvollen Integrationspolitik, dem Abbau von Diskriminierung und Feindbildern.

Die Friedensbewegung stärken – Eckpunkte einer linken Friedens- und Entspannungspolitik

DIE LINKE ist Teil und Partnerin der Friedensbewegung und verbindet dieses außerparlamentarische Wirken mit ihrer Verantwortung als Friedenspartei in den Parlamenten. Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt Krieg als Mittel der Politik, Kriegseinsätze der Bundeswehr und Waffenexporte ab. DIE LINKE will dazu beitragen, die Friedensbewegung zu stärken, neue Aktionsformen zu finden und für Menschen aller Altersgruppen attraktiv zu machen. Ein glaubwürdiger Kampf für den Frieden muss immer auch antirassistisch, antifaschistisch und international sein. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zusammenhang von Krieg, ungerechter Weltordnung und Fluchtursachen thematisiert und der Druck für Alternativen zum „Krieg gegen Flüchtlinge“ an den europäischen Außengrenzen entfaltet wird.

Es braucht den organisierten Druck und Initiativen aller auf Frieden in Europa und der Welt setzenden Menschen, um die Regierungen zu einer europäischen Friedens- und Entspannungspolitik zu drängen. Dazu will DIE LINKE beitragen.

- DIE LINKE lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr konsequent ab und wendet sich gegen Aufrüstung, Waffenexporte und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik! Wir treten für eine atomwaffenfreie Welt ein und fordern deshalb als einen Schritt den sofortigen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und den Rückbau der entsprechenden Trägersysteme der Bundeswehr.
- Statt Militarisierung der EU braucht es eine europäische Friedens- und Entspannungspolitik: Diese muss auf dem Völkerrecht, der Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten, dem Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt, friedlicher Regelung von Streitfragen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Achtung der Menschenrechte beruhen. Der Kalte Krieg in Europa muss beendet, politische sowie wirtschaftliche Sanktionen in der Auseinandersetzung mit Russland müssen durch Dialog ersetzt werden.
- Nein zur NATO! Die NATO als imperialistisches Kriegsbündnis, das wiederholt das Völkerrecht verletzt hat, muss aufgelöst werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist ein Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO! Die weitere Nutzung militärischer Einrichtungen in Deutschland durch die USA und andere NATO-Staaten muss verhindert werden.
- Wir fordern die Stärkung der UN und der OSZE statt der NATO! Denn die NATO ist Teil des Problems. Durch ihre Fixierung auf ein Militärbündnis wurde die der Schlussakte des Helsinki-Vertrages zugrundeliegende Idee eines Friedensraums von Vancouver bis Wladiwostok entscheidend geschwächt, militärisches Denken trat wieder in den Vordergrund – in Washington, in Brüssel und somit auch in Moskau sowie in anderen europäischen Hauptstädten. Das Ziel muss demgegenüber die Schaffung eines Raumes kollektiver Sicherheit und Zusammenarbeit in ganz Europa unter Einbeziehung Russlands sein. Die UNO muss gestärkt und reformiert werden.
- Zur Lösung der vielfältigen Konflikte und Kriege im Nahen und Mittleren Osten fordern wir, alle Dialogbemühungen in der Region und vor allem die hieran interessierten Zivilgesellschaften zu unterstützen. Die Bundesrepublik soll zusammen mit anderen Staaten auf eine mit dem europäischen Helsinki-Prozess vergleichbare Sicherheitskonferenz im Nahen und Mittleren Osten hinwirken.
- Frieden ist nur bei einer gerechten Weltwirtschaftsordnung erreichbar. DIE LINKE lehnt neoliberale Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA ab.
- Die Welt ist reich genug für ein menschenwürdiges Leben aller. Eine Entwicklungshilfe, die den Namen verdient, muss ausreichend Nahrung, umfassende Bildung, sinnvolle Arbeit, humane Gesundheitsversorgung und gutes Wohnen für alle Menschen ermöglichen.
- Statt Aufrüstung der Bundeswehr – mehr Geld für die Bekämpfung von Fluchtursachen und zivile Konfliktbearbeitung. Deutschland muss seine globale Verantwortung durch eine Führungsrolle beim Ausbau ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung wahrnehmen. Krieg und bewaffnete Konflikte hinterlassen traumatisierte Gesellschaften, in denen die Menschen oftmals über Generationen nichts Anderes als Gewalt kennengelernt haben. Die Barbarei der Gewalt ist zu überwinden. Friedliche

Wege für zukünftige Konfliktbearbeitung aufzuzeigen ist eine langfristige Aufgabe, die Ressourcen erfordert.

- Wir wenden uns gegen die Militarisierung der Gesellschaft! Die Bundeswehr greift auf immer mehr minderjährige Soldaten zurück. Die Anzahl der zum Dienst Eintritt minderjährigen Soldaten hat sich zwischen 2011 und 2015 mehr als verdoppelt. Damit sind 7,4 Prozent der neu rekrutierten Soldatinnen und Soldaten unter 18 Jahren. Junge Menschen brauchen gute Arbeit und Zukunftsperspektiven – außerhalb der Bundeswehr! DIE LINKE fordert den sofortigen Rekrutierungsstopp Minderjähriger und die Einstellung sämtlicher an Kinder und Jugendliche gerichteten Werbemaßnahmen.
- Gemeinsam mit Jugendverbänden, Initiativen von Schülerinnen und Schülern und Studierenden wenden wir uns aktiv gegen die Präsenz der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen. Wissenschafts- und Forschungsförderung müssen Wissen und Konzepte für Frieden und zivile Konfliktbearbeitung statt militärisch relevantem Wissen fördern. Wir fordern umfassende Zivilklauseln an allen Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen. DIE LINKE wendet sich gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung – gleichgültig, von welcher Regierung sie ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die weltweit für Frieden, Abrüstung und globale Gerechtigkeit eintreten.

Frieden mit Russland – Verständigung in Europa – Nein zu Faschismus und Krieg

Beschluss der 1. Tagung des 5. Parteitag der Partei DIE LINKE am 28. und 29. Mai 2016 in Magdeburg, aus: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/beschluesse

Vor 75 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion. 153 Divisionen der Wehrmacht mit 3 Millionen Soldaten fielen über das Land her. Hinzu kamen Soldaten der mit Hitler-Deutschland verbundenen Staaten Rumänien, Ungarn, Finnland, Slowakei und Italien. Knapp vier Jahre kämpfte die Rote Armee gemeinsam mit den anderen Alliierten und dem antifaschistischen Widerstand in ganz Europa gegen diese Barbarei. Die Sowjetunion trug die Hauptlast bei der Zerschlagung des Faschismus. 27 Millionen Sowjetbürger wurden Opfer des Vernichtungskrieges. 14 Millionen Zivilisten, darunter 2 Millionen sowjetische Juden, überlebten die faschistische Barbarei ebenso wenig, wie 2 Millionen sowjetische Kriegsgefangene.

Acht von zehn in Sowjetrußland am Ende des Ersten Weltkrieges geborene Männer wurden Opfer des Krieges. Allein die Blockade von Leningrad kostete über 1 Million Menschen das Leben. In Belarus wurden 628 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und die Einwohner bestialisch ermordet. Die Wehrmacht hinterließ 2 Millionen Quadratmeter verbrannte Erde.

So monströs diese Zahlen sind, bleiben sie doch fast hilflos gegenüber dem unfassbaren Leid, das der rassistische Vernichtungskrieg verursacht hat. Unterstützt und mitgeplant war er von den Größen der deutschen Industrie und der Banken, die die Machtübernahme der Faschisten gefördert und von ihr profitiert haben. Sie haben Hitler finanziert und seine Propaganda verbreitet, die Kriegsgefangenen haben sie als Sklaven gehalten und ausgebeutet, sie haben die Waffen an die Ostfront geliefert und die Särge gleich mit. Sie wussten, was sie taten und sie kannten die Methoden der Kriegführung.

Im „Hungerplan“ des faschistischen Deutschlands und im Generalplan Ost wurde der Hungertod von Millionen Menschen einkalkuliert. Der Politik der verbrannten Erde fielen 6 Millionen Gebäude zum Opfer; 25 Millionen Menschen wurden obdachlos. 31 850 Betriebe, in denen 4 Millionen Beschäftigte einen Arbeitsplatz hatten und 98 000 Kolchosen wurden gänzlich oder teilweise zerstört, ebenso ungezählte Schulen, Lehranstalten und Kultureinrichtungen.

Aus dieser finstersten Zeit deutscher Verbrechen in Europa gibt es nur eine Lehre: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg.

Die Beziehungen zu Russland müssen dringend wieder verbessert werden

Über geschichtliche Verantwortung und die Notwendigkeit, die deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern, muss heute geredet und nachgedacht werden. Konsequenzen aus der rapiden Verschlechterung der Beziehungen sind vonnöten. Nach Jahrzehnten des Schweigens ist endlich durchgesetzt worden, die Schoah als einzigartiges, monströses Verbrechen an den europäischen Jüdinnen und Juden anzuprangern. Das war und ist absolut notwendig und richtig. Ebenso anzuprangern ist die Vernichtung von 27 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion, von denen die meisten Russen waren. Den Respekt vor den Ermordeten, ihren Familienmitgliedern und den Überlebenden fordern wir dringend ein. Wir erwarten, dass das Trauma von Russinnen und Russen, von Bürgerinnen und Bürgern anderer ehemaliger Sowjetrepubliken angesichts der von ihnen erbrachten gewaltigen Opfer ernstgenommen wird.

Schon allein der Respekt vor den Opfern erfordert gerade von Deutschland eine Politik der zivilen Kooperation mit Russland. Gute Beziehungen zu Russland sind im Interesse aller europäischen Staaten. Gemeinsame Sicherheit in Europa muss das Interesse aller Staaten auch im Osten Europas sein. Dafür sind gute Beziehungen und eine kluge Nachbarschaftspolitik gegenüber Russland notwendig. Kollektive Sicherheit in ganz Europa kann auch dazu beitragen, den Konflikt um die Ukraine zu entspannen.

Stattdessen hat das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland einen Tiefpunkt erreicht. Ein Cordon-Sanitaire seitens der NATO um Russland sollte nicht Politik der Bundesregierung sein. Die Ausweitung der NATO durch weitere Mitgliedsländer auf dem Balkan und im Osten Europas kann vorhandene Konflikte weiter anheizen. Die Stationierung von Bundeswehr-Verbänden an der Westgrenze Russlands, ob zeitweilig oder dauerhaft, vertieft den Graben zwischen Russland und Deutschland. Der feindselige Ton in

Medien und in der Politik muss einer Wiederannäherung, einer Entspannung der Beziehungen weichen. Wir wollen endlich wieder gute Nachbarschaft mit Russland und kollektive Sicherheit in Europa.

Deshalb: Sechs Vorschläge für eine zivile europäische Entspannungspolitik

Erstens: Der Versuch, Russland zu isolieren, muss zugunsten eines Systems der europäischen Sicherheit aufgegeben werden. Als erster Schritt zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Russlands muss die weitere Ausdehnung der NATO und die Stationierung von NATO-Einheiten an der russischen Westgrenze beendet werden. Die Erhöhung des Rüstungsetats der NATO-Staaten – gefordert werden 2% des Bruttoinlandsprodukts – muss gestoppt werden. Gerade jetzt, da die Kriegsgefahr durch das Agieren des westlichen Militärbündnisses gestiegen ist, muss Deutschland aus den militärischen Strukturen der NATO austreten und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen werden.

Zweitens: Dem Sicherheitsbedürfnis aller europäischen Staaten einschließlich Russlands ist zivil Rechnung zu tragen. Dafür bieten die Schlussakte von Helsinki 1975 und die OSZE-Charta von Paris für ein neues Europa von 1990 wichtige Ausgangspunkte. In diesem Sinne soll Deutschland zur Stärkung der OSZE beitragen, deren Vorsitz die Bundesrepublik 2016 übernommen hat. Überall in Europa muss Rassismus und Nationalismus entgegengetreten werden. Militärische Konfrontation ist auch ein Nährboden für Nationalismus und Rassismus, in Ost und West – in Russland, in Frankreich wie in Deutschland. Militärische Konfrontationen liefern die Begründung für Aufrüstung und Demokratieabbau, für die Errichtung staatlicher und nicht-staatlicher Feindbilder.

Drittens: Das Völkerrecht ist neu zu beleben. Gerade sein Bruch bei der Abspaltung des Kosovo von Serbien und die Sezession der Krim mahnen nachdrücklich dazu. Für alle Staaten in Europa muss gelten: Verzicht auf Gewalt und die Androhung von Gewalt, unbedingter Respekt der politischen und territorialen Integrität der Staaten in Europa.

Viertens: Schritte zur europäischen Entspannung sollten die Autorität der Vereinten Nationen, globale Abrüstung und Gerechtigkeit wiederbeleben. Dies kann nur gelingen, wenn ein neues Vertrauensverhältnis zu Russland aufgebaut wird. Das ist auch von grundlegender Bedeutung, um die Beendigung der Gewalt im Nahen und Mittleren Osten und ein tatsächliches Ende des Krieges in Afghanistan zu erreichen.

Fünftens: Die Ukraine braucht Frieden, Demokratie und eine Entmachtung der Oligarchen. Der Weg dorthin muss unterstützt werden. Eine militärische Lösung der schweren Krise in der Ukraine darf es dagegen nicht geben. Das Abkommen Minsk II muss eingehalten werden. Eine darin vereinbarte Verfassungsreform, humanitäre Hilfe und die Einstellung bewaffneter Feindseligkeiten sollen von der EU in Abstimmung mit Russland politisch begleitet werden. Die

Ukraine soll weder der Europäischen Union noch der NATO beitreten bzw. in diese Organisationen aufgenommen werden. Nationalistische Organisationen, einschließlich sogenannter Freiwilligenbataillone sind zu verbieten und zu entwaffnen. Neofaschistische Propaganda und die Gewalt gegen Andersdenkende müssen eingestellt werden. Zum Verfassungsprozess gehört auch die Stärkung föderativer Staatselemente.

Sechstens: Die sinnvolle europäische Alternative ist ein grundlegender Kurswechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit, Entspannung und Frieden, Ausbau und Vertiefung der Demokratie, Frieden mit Russland und einer nicht gewaltsamen Lösung der Ukraine-Krise. Alle politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland sind aufzuheben. Dafür sollte Deutschland in der EU die Initiative ergreifen. Sonst besteht die Gefahr eines großen Krieges in Europa, einer militärischen Konfrontation NATO/USA gegen Russland. Diese Gefahr muss erkannt und ihr muss entschieden entgegengetreten werden. Eine europäische Friedensbewegung ist heute dringend nötig. Eine neue Konferenz für Sicherheit und Entspannung – „Helsinki plus 40“ – muss in Angriff genommen werden. Diese Staatenkonferenz soll durch zivilgesellschaftliche Akteure, Friedensbewegungen, antifaschistische Organisationen, ökologische und soziale Initiativen begleitet und vorangetrieben werden. Dies zu befördern ist Aufgabe einer neuen deutschen und europäischen Ostpolitik.

Eine bessere Welt ist möglich

Solidarität mit der Linken in Lateinamerika, Solidarität mit den linken Regierungen in Lateinamerika, Nein zu einem Wiedererstarken von Imperialismus und Kolonialismus in Lateinamerika

Beschluss der 1. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE am 28. und 29. Mai 2016 in Magdeburg, aus: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/beschluesse

Die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in Lateinamerika, die linken Parteien und linken Regierungen dieses Subkontinents sowie die im lateinamerikanischen Integrationsprozess entstandenen Staatenbündnisse haben der Welt gezeigt: Es gibt eine Alternative zum Neoliberalismus, und sie kann erkämpft werden!

Diese antineoliberale Bewegung ist nach wie vor stark. Doch die Gegenkräfte ruhen nicht – und sie haben zunehmend Erfolg. Die alten Eliten und die wirtschaftlich Mächtigen wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Sie erhalten für die Umsetzung dieses Ziels große Unterstützung aus den USA und der EU.

USA, Europäische Union und auch die Bundesrepublik Deutschland hofieren und fördern rechte Regierungen, so zum Beispiel in Kolumbien, Mexiko und Honduras trotz massiver Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern.

Kehren rechte Kräfte in Regierungsverantwortung zurück – wie zuletzt in Argentinien –, bejubeln und unterstützen USA und EU deren Politik der Wiederbelebung neoliberaler Konzepte sowie der Beseitigung sozialer Errungenschaften. In anderen Ländern versuchen USA und EU – oft mit subversiven und undemokratischen Mitteln – einen Regierungswechsel nach rechts herbeizuführen.

Derzeit stehen besonders die fortschrittlichen Staatsoberhäupter Brasiliens und Venezuelas unter enormem Druck der politischen Rechten, die durch transnationale Unternehmen, Medienkonzerne und die Regierungen der imperialistischen Zentren unterstützt werden. In Bezug auf die gegenwärtige Situation in Brasilien spricht die lateinamerikanische Linke sogar von einem putschähnlichen Versuch rechter Kräfte, die Regierung Rousseff zu beseitigen. Gegen diesen Druck von rechts organisieren die Bürger dieser Länder große Solidaritätskundgebungen, um die linken und fortschrittlichen Regierungen zu unterstützen. Ähnliches wie in Brasilien geschieht auch in Venezuela. Die rechte Opposition, gestärkt durch ihre Erfolge bei den Parlamentswahlen im Dezember 2015, will den linken Präsidenten Nicolás Maduro stürzen und versucht dafür, die schwierige ökonomische Situation zu verschärfen, in der sich das Land aufgrund der eingebrochenen Ölpreise derzeit befindet. Die venezolanische putschistische Opposition erhält dabei Rückendeckung durch die USA.

Während US-Präsident Barack Obama vor der Weltöffentlichkeit das freundliche Bild der Verbesserung der Beziehungen zu Kuba zeichnet, verschärft er gleichzeitig die Maßnahmen gegen Venezuela. So verhängten die USA im Dezember 2014 Sanktionen gegen Venezuela, und im März 2015 erklärten sie das südamerikanische Land zu einer außerordentlichen „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ der USA. Dies bedeutet nach US-Logik mögliche subversive Tätigkeit gegen Venezuela oder gar eine militärische Intervention zum Sturz der Regierung Maduro.

Täuschen wir uns nicht: Trotz der angekündigten Verbesserung der Beziehungen zu Kuba verfolgen die USA weiterhin das Ziel eines Regime Change auf der sozialistisch regierten Insel. Geändert haben sich lediglich die Methoden: Nach Jahrzehnten der Aggression und Konfrontation soll nun mit „Wandel durch Annäherung“ der Sozialismus in Kuba beseitigt werden. Dafür hat die US-Regierung erst kürzlich die Mittel für subversive Programme, für Propagandasender und zur Unterstützung sogenannter Dissidenten um Millionenbeträge erhöht.

DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit der Regierung Maduro in Venezuela sowie mit der Regierung Rousseff in Brasilien. Beide stehen für ein souveränes, fortschrittliches und soziales Lateinamerika. Unsere Solidarität gilt darüber hinaus den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, indigenen Organisationen, Landarbeiterbewegungen, linken Parteien, den links regierten Ländern und linken Regierungen in Lateinamerika sowie den im Integrationsprozess entstandenen Staatenbündnissen der Region. Alle diese Kräfte kämpfen für eine fortschrittliche, demokratische und soziale Politik in Lateinamerika. Unsere Solidarität gilt Kuba, Venezuela, Ecuador, Bolivien, Nicaragua und Brasilien.

Global erleben wir gegenwärtig ein Wiedererstarken des Imperialismus. Dieses neoimperialistische Projekt will „unliebsame“, dem Neoliberalismus gegenüber widerständige Regierungen stürzen und dafür solche Regierungen

installieren, die den Zielen der neoliberalen Globalisierung folgen. Dieser Neoimperialismus will jegliche autonome und souveräne Entwicklung der Länder des Südens unterbinden. Im Mittelpunkt dieser Politik steht die Kontrolle über Ressourcen, Handelsrouten und Märkte.

Dem zu begegnen, haben einige Länder Lateinamerikas neue Bündnisse wie ALBA und CELAC geschlossen, die sich einer solidarischen und friedlichen Zusammenarbeit verpflichtet fühlen. Auch einige aufstrebende Staaten der kapitalistischen Peripherie haben eine engere Kooperation zum Vorteil für ihre eigenständige Entwicklung beschlossen, so zum Beispiel die BRICS-Staaten. Diesen Staatenbündnissen ist das Ziel gemeinsam, über ihre Ressourcen selbst zu bestimmen und so die Industrialisierung im eigenen Land voranzubringen. Diese Entwicklungsstrategie bedeutet für einige dieser Länder auch eine Verringerung der Ungleichheit und der sozialen Ausgrenzung, die Beseitigung von Hunger, Armut und Unsicherheit.

Einer der Hauptakteure der neoimperialistischen Politik ist die Europäische Union. Die EU und ihre Mitgliedstaaten bestehen darauf, den lateinamerikanischen Staaten Freihandelsabkommen aufzuzwingen. Diese würden sich negativ auf die nationalen Ökonomien auswirken und die Rekolonisierung der Bodenschätze und Märkte Lateinamerikas ermöglichen. Des Weiteren würden die unter fortschrittlichen und linken Regierungen errungenen sozialen Fortschritte beseitigt werden.

Zu den Errungenschaften linker Regierungen in Lateinamerika gehören die Alphabetisierung breiter Bevölkerungsschichten, der Zugang zu Bildung und Gesundheit. 20 Millionen Menschen sind in diesen Ländern aus extremer Armut befreit worden. Die Nationalisierung von Bodenschätzen eröffnete die Möglichkeit für Sozialprogramme und eine nationale Industrialisierung.

- DIE LINKE fordert gerechte Wirtschaftsbeziehungen, in denen die Länder Lateinamerikas als souveräne und gleichberechtigte Partner anerkannt werden, und die dazu beitragen, eine ökonomische Entwicklung Lateinamerikas mit einer Politik der sozialen Inklusion zu ermöglichen.
- DIE LINKE fordert einen Technologietransfer für die Entwicklung der lateinamerikanischen Ökonomien.
- DIE LINKE sagt Nein zu den EU-Freihandelsabkommen, die den lateinamerikanischen Völkern aufgezwungen werden sollen.
- DIE LINKE unterstützt die ökonomischen und politischen Integrationsprozesse der lateinamerikanischen Länder im Rahmen von ALBA, CELAC und UNASUR. Sie anerkennt das Bestreben der BRICS-Staaten, den Ländern des Südens auf der Basis gegenseitiger Kooperation eine eigenständige Entwicklungsperspektive zu ermöglichen.
- DIE LINKE fördert durch die politischen und materiellen Solidaritätsaktionen ihrer AG Cuba sí die Anstrengungen der Regierung und der Bevölkerung Kubas, unter den veränderten politischen und ökonomischen Bedingungen ihr eigenständiges sozialistisches Entwicklungsprojekt erfolgreich zu stabilisieren und fortzuführen.

Solidarität mit der HDP — LINKE gegen die Kriminalisierung der HDP und Kurden

Beschluss der 1. Tagung des 5. Parteitag der Partei DIE LINKE am 28. und 29. Mai 2016 in Magdeburg, aus: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/beschluesse

Am Freitag, dem 20. Mai 2016, hat das türkische Parlament mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für die Aufhebung der Immunität von mehr als einem Viertel der Abgeordneten gestimmt. 373 der 550 Abgeordneten votierten dafür. Nun droht eine Massenverfolgung regierungskritischer Politiker insbesondere von Abgeordneten der HDP (Demokratische Partei der Völker). Das auf Druck des türkischen Präsidenten Erdogan und der Regierungspartei AKP zustande gekommene Votum ist eine schallende Ohrfeige für die Demokratie.

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan treibt die Türkei weiter in Richtung eines autoritären Unterdrückungsstaats und einer Präsidialdiktatur. Die Türkei steht an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg, nachdem er den Friedensprozess mit den Kurdinnen und Kurden beendet hat. Die türkische Armee bombardiert Stellungen der PKK im Norden des Irak, aber auch der YPG in Syrien. Bei diesen Angriffen sollen auch eine Reihe von Zivilistinnen und Zivilisten getötet worden sein. Die HDP berichtet, dass seit Dezember 2015 bei den Militäraktionen im Südosten der Türkei Hunderte Zivilisten getötet worden sind. Mehr als 500 000 Menschen, so schätzen Hilfsorganisationen vor Ort, sind derzeit auf der Flucht vor dem Krieg. Die Vereinten Nationen verfügen nach eigenen Angaben über Berichte, wonach in der südosttürkischen Stadt Cizre bei Operationen von Sicherheitskräften mehr als 100 Menschen bei lebendigem Leib verbrannt sein sollen.

Diese Angriffe schockieren uns. Sie lassen die Sorge um unsere Freundinnen und Freunde von der HDP wachsen. DIE LINKE verurteilt die Angriffe auf die HDP aufs Schärfste. Unser Mitgefühl gilt den Betroffenen und Angehörigen. Wir stehen solidarisch an der Seite der kurdischen Bevölkerung und der HDP!

Der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung wird auch mit deutschen Waffen geführt. In den Jahren 2011 und 2012 wurden zudem, ebenfalls über Deutschland, 600 „SSG08“-Scharfschützengewehre des österreichischen Herstellers Steyr-Mannlicher in die Türkei geliefert. Die Bundesregierung bestätigte damals auf eine Anfrage der Linksfraktion, dass der Empfänger dieser Waffen die „dem türkischen Innenministerium unterstellte Generaldirektion für Sicherheit“ gewesen sei, der „auch Sondereinsatzkommandos unterstellt“ sind. Als Teil der Internationalen Allianz gegen den IS in Syrien erhält die Türkei von der Bundeswehr gewonnene Aufklärungsdaten, die von der türkischen Luftwaffe gegen die Kurden genutzt werden oder gar in die Hände des IS gelangen könnten.

Mit dem Krieg gegen die Kurden und der Unterstützung islamistischer Terrorgruppen in Syrien gehört Erdogan zu den Fluchtverursachern in der Region. Er ist Teil des Problems, nicht Teil der Lösung. Die Aufnahme einzelner syrischer Flüchtlinge direkt aus der Türkei in ausgewählte Länder der

EU im Tausch gegen die Abschiebung von Flüchtlingen aus der EU in die Türkei ist staatlich organisierter Menschenhandel und hat nichts mit Flüchtlingsschutz oder Asylrecht zu tun. Der Deal zwischen der EU und der Türkei zur kollektiven Ausweisung von Flüchtlingen verstößt gegen das internationale Flüchtlingsrecht. Das NATO-Mitglied Türkei ist weder sicherer Drittstaat noch ein sicheres Herkunftsland, in dem Flüchtlinge geschützt werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt zudem in der Türkei nur mit regionalem Vorbehalt, nämlich nur für Flüchtlinge aus Europa, nicht jedoch für diejenigen, die aus anderen Ländern wie Syrien und dem Irak kommen. Merkels Partner bei der Flüchtlingsabwehr am Bosphorus, Staatspräsident Erdogan, schiebt auch in die Kriegsgebiete Irak und Syrien ab. Selbst unbegleitete Minderjährige sind nicht sicher.

In der Türkei besteht ein Klima der Angst und der Einschüchterung. Anzeigen und Drohungen gegen unliebsame Journalisten wie gegen Can Dündar von der Zeitung Cumhuriyet bis hin zur Stürmung von Zeitungsredaktionen durch der AKP nahestehende bewaffnete Schlägerbanden, wie im Falle der Zeitung Hürriyet geschehen, sind an der Tagesordnung. Regierung und Präsident lassen Oppositionelle in der Türkei massiv verfolgen. Nach der Erweiterung der Befugnisse der Behörden durch das Gesetzespaket zur inneren Sicherheit von 2015 und die dazugehörigen Durchführungsvorschriften ist es in der Praxis zu weiteren Einschränkungen im Demonstrationsrecht gekommen. So hat die türkische Polizei beispielsweise im Juni 2015 die jährliche „Gay Pride“-Demonstration in Istanbul mit Wasserwerfern und Tränengas verhindert. Im November 2015 hat die türkische Polizei eine Studentendemonstration in Istanbul mit Gummigeschossen und Tränengas aufgelöst und zahlreiche Demonstranten festgenommen. Auch gegen Demonstrationen zum Internationalen Frauentag 2016, die die in der Türkei grassierende Gewalt gegen Frauen zum Thema hatten, ging die türkische Polizei mit äußerster Brutalität vor. In der Türkei ist die Gefahr, von einem Mann erschossen, erstochen oder totgeprügelt zu werden, für eine Frau größer, als bei einem Autounfall oder an Krebs zu sterben. Gewalt gegen Frauen ist die Haupttodesursache unter Frauen zwischen 15 und 44 Jahren.

Die so genannten Kopenhagener Kriterien, deren Einhaltung Grundvoraussetzung für den Beitritt eines Landes zur EU ist, beinhalten die staatliche Garantie gewerkschaftlicher Betätigung und die Absicherung der Tarifautonomie. Die Gewerkschaften in der Türkei können aber nach wie vor nur eingeschränkt tätig sein. Öffentliche Bedienstete haben immer noch kein Streikrecht und die türkische Regierung hat bisher nichts unternommen, um die große Bandbreite der Kategorien von öffentlichen Bediensteten zu verringern, denen es untersagt ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und die somit von Tarifverträgen ausgeschlossen sind. Die Verschiebung von Streiks durch die Regierung und die Zwangsschlichtung bei Dienstleistungen, die nicht die Grundversorgung betreffen, beeinträchtigen das Streikrecht ernsthaft, ebenso wie die Tatsache, dass die Polizei immer wieder mit Gewalt gegen friedliche gewerkschaftliche Aktionen vorgeht.

Es ist ein Skandal, dass die EU unter maßgeblichem Druck der Bundesregierung trotz der aktuellen innenpolitischen Situation und der außenpolitisch eskalierenden Rolle der Türkei weitere EU-Beitrittskapitel mit der Türkei eröff-

nen will. Um die Migrationsbewegung in die EU zu stoppen, will die Bundesregierung die Türkei um jeden Preis zum Flüchtlingsgefängnis ausbauen. Dafür stellt sie Erdogan den EU-Beitritt, Visaliberalisierung und ein fortgesetztes Schweigen über seine Verbrechen in Aussicht. Mittlerweile greift der türkische Staatspräsident Erdogan nicht mehr nur die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei an, sondern versucht auch in Deutschland Kritiker mundtot zu machen. Die Bundesregierung hat sich dabei weder im Fall der extra3-Satire noch im Fall Böhmermann unmissverständlich zu einer Verteidigung des Grundgesetzes bekannt. Im Gegenteil: Mit Merkels Entscheidung, einer Strafverfolgung Jan Böhmermanns nach dem antiquierten Majestätsbeleidigungsparagrafen die Zustimmung zu erteilen, macht sich Merkel zur Helfershelferin des türkischen Staatspräsidenten bei seinem Bestreben, auch in Deutschland massiv gegen unliebsame Journalisten und Künstler vorzugehen.

Die Visafrage und auch die Flüchtlingsfrage dürfen keine Angelegenheiten sein, mit denen im Gegenzug ein Schweigen gegenüber den massiven Verletzungen der Presse- und Meinungsfreiheit, der Verfolgung der Opposition und den Massakern an Kurden in der Türkei erkaufte wird. Leidtragende sind die Kurden und Schutzsuchenden, auf die geschossen wird.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, endlich ihre Unterstützung für Erdogan und dessen Marsch in einen Unterdrückungsstaat aufzugeben. DIE LINKE fordert:

1. die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten und die Kriminalisierung der HDP scharf zu verurteilen;
2. alle Angriffe des türkischen Staatspräsidenten Erdogan auf Presse- und Meinungsfreiheit zurückzuweisen;
3. sich dafür einzusetzen, dass der Krieg gegen die Kurden in der Türkei beendet wird;
4. Solidarität mit den zahlreichen verfolgten Oppositionspolitikern sowie Journalisten, wie dem Chefredakteur der Tageszeitung Cumhuriyet, Can Dündar, in der Türkei zu leisten;
5. deutsche Rüstungsexporte in die Türkei sofort zu unterbinden und die polizeiliche, geheimdienstliche und militärische Zusammenarbeit mit der Türkei zu beenden;
6. dafür zu sorgen, dass keine weiteren EU-Beitrittskapitel eröffnet und die Beitrittsverhandlungen solange ausgesetzt werden, wie der Krieg gegen die Kurdinnen und Kurden in der Türkei, die Verfolgung von Oppositionellen, kritischen Journalisten und Gewerkschaftern wie auch die Unterstützung islamistischer Terrormilizen durch die türkischen Behörden anhält;
7. sich für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses in der Türkei und die Freilassung der politischen Gefangenen, einschließlich derer, die wegen Berichten über türkische Waffenlieferungen an islamistische Terrormilizen in Syrien inhaftiert sind, einzusetzen;
8. das Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Deutschland aufzuheben;
9. den EU-Türkei-Deal aufzukündigen und die der Türkei zugesagten sechs Milliarden Euro für den UNHCR und das Welternährungsprogramm umzuwidmen, um die Lage der Flüchtlinge aus Syrien in der Türkei und der Region zu verbessern;
10. die Türkei weder zum sogenannten „sicheren Herkunftsstaat“ noch zum „sicheren Drittstaat“ zu erklären.

Solidarität und Unterstützung für Rojava!

Beschluss der 1. Tagung des 5. Parteitagess der Partei DIE LINKE am 28. und 29. Mai 2016 in Magdeburg, aus: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/beschlusse

Seit Beginn des Krieges in Syrien versuchen Kurden und Kurdinnen gemeinsam mit anderen Ethnien und Religionsgemeinschaften im Norden des Landes, in der Region Rojava, eine »Demokratische Autonomie« zu etablieren. Die Grundlage bildet ein multiethnisches, multireligiöses und auf Gleichberechtigung der Geschlechter basierendes Gesellschaftsmodell. Rojava wird seit 2014 durch islamistische Terrorgruppen, vor allem den sogenannten Islamischen Staat, angegriffen, und von der türkischen Armee bombardiert. Die Bevölkerung in Rojava benötigt dringend humanitäre Hilfe und Hilfe für den Wiederaufbau. Bisher erhält die Region jedoch wenig Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Aufgrund des Embargos der Türkei und des von Deutschland unterstützten Barsani-Regime im Nordirak, ist die Versorgung der Bevölkerung und zahlreicher Flüchtlinge, die nach Rojava gekommen sind, nicht gewährleistet. Da politische Vertreterinnen und Vertreter der Region Rojava, der Partei der Demokratischen Union (PYD), erneut von den Genfer Friedensgesprächen ausgeschlossen wurden, haben kurdische, assyrische, arabische und turkmenische Delegierte am 17. März 2016 auf einer Vollversammlung die „Autonome Region Nordsyrien“ ausgerufen. Die Solidarität und die Unterstützung in konkreten Projekten und Maßnahmen zum Wiederaufbau sind dringend notwendig. Daher fordern wir:

1. Keine weitere Unterstützung für das Erdogan-Regime durch die Bundesregierung. Stattdessen muss Druck auf den NATO-Partner Türkei ausgeübt werden, damit die türkische Militärintervention (Beschuss von Dörfern, Erschießung von Flüchtlingen) an der türkischen-syrischen Grenze zu Rojava sowie die türkische Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem IS und anderen islamistischen Terrorgruppen beendet wird.
2. Stopp der deutschen Rüstungsexporte und der militärischen Zusammenarbeit mit der Türkei.
3. Bekämpfung der Strukturen und Finanzquellen des sogenannten Islamischen Staates in Deutschland und der EU.
4. Öffnung der türkisch- und der irakisch-syrischen Grenze für einen humanitären Korridor nach Rojava.
5. Aufstockung der humanitären Hilfe für die Versorgung der Bevölkerung und der Flüchtlinge aus der Region. (Rojava/Syrien und Irakisch-Kurdistan)
6. Aufbau und Weiterentwicklung der politischen Unterstützung und Anerkennung des Modells Rojava durch die Partei DIE LINKE.
7. Hilfsprojekte für den Wiederaufbau auf kommunaler Ebene für Rojava, Entwicklung von Solidaritätspartnerschaften zwischen den Kommunen in Zusammenarbeit mit der Partei der Demokratischen Union (PYD).

Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt!

Auszüge zu internationalen Fragen aus der Rede von Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, auf dem Magdeburger Parteitag, 28.5.2016, aus: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/reden-und-grussworte/katja-kipping

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freundinnen, liebe Freunde, verehrte Gäste!

Die Gesellschaft verändert sich, und das stellt uns vor neue Herausforderungen. ... Abstiegsängste und Hoffnungslosigkeit sind ein guter Nährboden für Rechtspopulismus und Rassismus. Wer also vom Rassismus redet, darf vom Neoliberalismus nicht schweigen! ...

Politik ist jedoch nicht allein eine Frage der besseren Forderungen, sondern eben auch von Mehrheiten. Es geht um Kräfteverhältnisse, um Kämpfe und Bewegungen. Es geht dabei auch um die Macht. Und deshalb betrifft uns der Niedergang der Sozialdemokratie in Europa.

Niedergang der Sozialdemokratie in Europa

Einst stand die Sozialdemokratie für soziale Gerechtigkeit. Sie erkämpfte Schutzrechte, ihr Herz galt der Arbeiterschaft, ihre Machtbasis waren die Industriebetriebe. Doch die Epoche der Sozialdemokratie ist beendet.

Sie liegt in ganz Europa am Boden und sozialdemokratische Politiker werden vom transnationalen Kapital und Konservativen am Nasenring durch die Manege geführt.

Das sozialdemokratische Gerechtigkeitsversprechen kann mit ihrem Ansatz nicht mehr eingelöst werden. Und das liegt auch an Veränderungen:

Die nationalen Parlamente sind zunehmend ohne Macht und werden durch Erpressung gezwungen, eine menschenfeindliche Austeritätspolitik durchzudrücken.

Der alte Klassen-Kompromiss, von dem alle profitieren sollten, wurde vor Jahren von oben aufgekündigt. Heute gewinnen nur noch die einen: Diese Klasse der Superreichen führt einen Krieg gegen alle.

Wer also heute soziale Gerechtigkeit will, der muss bereit sein, sich mit den Superreichen und dem Finanzkapital anzulegen. Doch genau davor schreckt die Sozialdemokratie zurück.

Technischer Fortschritt verändert unsere Art zu produzieren und zu kommunizieren in immer kürzeren Zeitabschnitten fundamental. Doch die gute alte Sozialdemokratie steht fremdelnd davor.

Die internationale Politik ist im Umbruch. Es ist die Zeit der Kriege und der großen Fluchtbewegungen. Eine friedliche Außenpolitik lässt sich eben nicht in den Bahnen der neuen Mitte, also in Gefolgschaft der USA, durchsetzen. Wir brauchen eine neue, eine wirkliche Friedenspolitik ohne Waffen und ohne Interventionskriege!

Hinzu kommt: Europa ist auf dem Weg, ein Kontinent der Einwanderung zu werden, ein Kontinent mit vielfältigen Identitäten. Auch diese neue Welt gestaltet die Sozialdemo-

kratie nicht mit, sie verwaltet nur ihren fleischgewordenen Opportunismus.

Da scheint sogar der Papst weiter zu sein, so dass auch ich als Laizistin ihn mal zitieren will. Denn: „Wie schön sind die Städte, die das krankhafte Misstrauen überwinden! Wie schön sind die Städte, die reich sind an Räumen, die verbinden und die Anerkennung des anderen begünstigen!“ Zitat Ende.

Ja, Integration, wie wir sie meinen, beginnt damit, den anderen willkommen zu heißen und Raum für Begegnungen zu schaffen. In diesem Sinne stehen wir für Humanität ein – ganz gleich, ob sie auf Nächstenliebe oder einfach auf Mitmenschlichkeit basiert.

Um es zusammenzufassen: Die schwindende Bedeutung der Nationalstaaten, Globalisierung, technischer Fortschritt, Einwanderung und der Wandel der Arbeitswelt – all das verändert die Bedingungen für Politik. Und zwar in einer Weise, die ein Weiter so unmöglich macht.

Ich sage das ohne Häme. Denn auch ich kenne viele redliche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Doch auch sie konnten nicht verhindern, dass bei den großen Konflikten der letzten Zeit wie der Eurokrise, der Kriegs- und der Flüchtlingsfrage die Sozialdemokratie in Europa ein Totalausfall war. ...

Schlüsse aus Wandel der Sozialdemokratie

Liebe Genossinnen und Genossen, uns Linken fällt deshalb die Aufgabe zu, das Versprechen der sozialen Gerechtigkeit in dieser globalisierten Welt zu erneuern. Dieses Versprechen kann heute belastbar nur als *internationaler demokratischer Sozialismus* erneuert werden.

Zu dieser notwendigen linken Erneuerung gehören:

- eine handlungsfähige europaweite Bewegung, die ein demokratisches und soziales Europa neu begründet;
- den Wandel in der Arbeitswelt zum Ausgang nehmen und ein neues Verständnis von Solidarität im 21. Jahrhundert zu verankern;
- verlässlich als soziale Schutzmacht im Alltag zu wirken;
- die Bereitschaft, sich mit den Superreichen und dem Finanzkapital anzulegen, um auf eine sozial-ökologische Wirtschaftsordnung hinzuwirken;
- konsequente Friedenspolitik und eine neue internationale Bündnispolitik.
- All das ist undenkbar ohne grenzübergreifende Solidarität und Weltoffenheit!

Bewegung zur Neubegründung Europas

Zur Neubegründung Europas: Wir tragen hier in Deutschland eine ganz besondere Verantwortung dafür, die Austerität, also die Politik der Kürzungsdiktate, zu Fall zu bringen. Schließlich sind wir die Linke im wahrscheinlich einflussreichsten Land Europas. Wir sind die Linke im Herzen des Krisenregimes. Versagen wir, dann ist es für alle Linken in Europa schwerer. Gewinnen wir, so wird es für alle leichter. So ist es unsere Aufgabe, die Heuchelei der EU-Eliten offenzulegen und Klartext zu reden: Als es darum ging, die Kürzungsdiktate durchzudrücken, da hielten die EU-Eliten

zusammen wie Pech und Schwefel. Und in der Flüchtlingsfrage verraten sie kurzerhand alle Werte, die sie kurz zuvor noch zelebrierten. All den Regierungschefs, die den dreckigen Deal mit der Türkei zur Flüchtlings-Abwehr abgeschlossen haben, denen möchte ich in ihre Gesichter schreien: Bei wie vielen Toten liegt denn eure Grenze? Bei wie vielen Kinderleichen im Mittelmeer ist eure persönliche Schmerzgrenze erreicht? Auch deshalb brauchen wir ein anderes Europa, einen Kontinent der Gerechtigkeit und des Friedens.

Ich streite für solch ein Europa:

- Für ein Europa, das nicht in Stacheldraht und Flüchtlingsabwehr, sondern weltweit in Flüchtlingsschutz und Frieden investiert!
- Für ein Europa, in dem niemand mehr betteln muss, sondern der Anspruch von Rosa Luxemburg verwirklicht wird, dass jeder und jede ein Recht auf die sozialen Garantien des Lebens hat, um sich in die Gesellschaft einbringen zu können.
- Für eine europäisch koordinierte Arbeitslosen- und Sozialversicherung, die allen ermöglicht, in unterschiedlichen Ländern zu arbeiten, und das ohne große bürokratische Hürden oder soziale Unsicherheiten!
- Für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft!

Kurzum, mein Herz schlägt für ein Europa, in dem soziale Garantien und Klimaschutz Verfassungsrang haben und das Handeln bestimmen. Davon sind die EU-Eliten unendlich weit entfernt. Deshalb muss dieses Europa neu gegründet werden. Dazu verbünden wir uns europaweit mit anderen Linken.

Um die Kräfteverhältnisse auf diesem Kontinent zu verschieben, befördern wir, wo wir können, eine europäische Bewegung. Eine europäische Bewegung, die von den Platzbesetzungen über die Demokratieinitiative mit Yanis Varoufakis bis zu Jeremy Corbyn reicht.

Uns eint ein Ziel: Austerität und Abschottung gehören zurückgedrängt und abgewählt. Und zwar in ganz Europa! ...

Internationales Verantwortungsbewusstsein

Eine Überlegung, die uns direkt in die internationale Politik führt: Diese steht vor einem großen Schlamassel – failed states, auseinanderfallende Staaten, wohin wir schauen. Der angebliche Krieg gegen den Terror, hat die Terrorgefahr nicht verringert, er hat den Terror stärker gemacht. Der Westen hat weltweit die Glaubwürdigkeit der Demokratie seinen wirtschaftlichen Interessen geopfert. So sind die Golfstaaten die Tankstellen des globalen Kapitalismus und deswegen schauen alle demokratisch gewählten Regierungen über die Todesstrafe und die Frauenunterdrückung hinweg.

Und was macht die Bundesregierung von Angela Merkel und Sigmar Gabriel angesichts dieser Weltlage? Sie machen immer mehr – vom Falschen:

Die Rüstungsexporte gedeihen. Deutsche Waffen werden in alle Welt exportiert und mit ihnen wird in vielen Bürgerkriegen getötet.

Um die Flüchtenden abzuwehren, die aus den Bürgerkriegsregionen fliehen mussten, reist Angela Merkel in die

Türkei und verbündet sich mit Erdogan. Ausgerechnet mit Erdogan, der dort gerade die Demokratie abschafft! Ihr Vizekanzler Sigmar Gabriel schließt zudem wirtschaftliche Deals mit Diktatoren in Nordafrika.

Und Ursula von der Leyen wirbt für eine weitere Militarisierung!

Das ist doch alles absurd! Das, was die Regierung Merkel-Gabriel da treibt, ist das Gegenteil von verantwortungsbewusster Außenpolitik. Wir müssen diesen Wahnsinn, dieses außen- und sicherheitspolitische Harakiri stoppen!

Dazu brauchen wir einen neuen Anlauf für internationale Kooperation. Dieser muss als erstes mit einer Unterstellung aufräumen. Der Unterstellung, Militäreinsätze seien Ausdruck von globalem Verantwortungsbewusstsein.

Also halten wir noch mal unmissverständlich fest: Was immer im Jahr 2017 kommen mag, die Linke will auch international einen Politikwechsel, und genau deshalb wird sie sich nicht an außenpolitischen Abenteuern und neuen Kreuzzügen des Westens beteiligen! Da gibt es kein Wanken und kein Schwanken! Wir wissen, wahrhaftes globales Heldentum beginnt damit, das Falsche endlich zu unterlassen.

Unbedingt zu unterlassen ist eine imperiale Außenpolitik, die andere Regionen nur zum Spielball eigener Interessen macht!

Unbedingt zu unterlassen ist die ökologische Verwüstung ganzer Landstriche, die Unterstützung von Terrorpaten wie Saudi-Arabien, die Beteiligung an der Überfischung der Meere vor Afrikas Küsten sowie die Beteiligung westlicher Konzerne am Landraub.

Wir brauchen einen gerechten Welthandel, denn nur der ermöglicht eine gute Entwicklung.

Zudem sollte sich die deutsche Regierung international für ein neues Bündnis einsetzen. Ein Friedens-Bündnis, das Fluchtursachen nachhaltig abbaut. Diese neue Bündnispolitik könnte anknüpfen an der Tradition der blockfreien Staaten.

Als mögliche Partner dafür kämen in Frage: Länder im Süden Europas wie Griechenland, Portugal und vielleicht demnächst auch Spanien; einige Länder in Lateinamerika, in denen der Neoliberalismus nicht die Oberhand hat.

Eine solche Bündnispolitik wüsste zudem, dass es im Nahen Osten und gerade in Syrien keine tragfähige Lösung ohne die Kurdinnen und Kurden gibt und würde sie deshalb offensiv in jede Verhandlung einbeziehen.

Übrigens: Vor einer Woche bei ihrem Besuch in Istanbul lehnte Angela Merkel ein Treffen mit Selahattin Demirtas, dem Vorsitzenden der HDP, ab. Wieder kuschte sie vor Erdogan.

Die HDP hat es geschafft, die Sache der Kurden zu verbinden mit dem Kampf um Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit. Damit schaffte sie den Sprung über die 10%-Hürde und den Einzug ins türkische Parlament. Nun wird sie von Erdogan aufs Schärfste bekämpft. Er will sie aus dem Parlament werfen und vor Gericht stellen.

Während Merkel vor Erdogan kuschelt, stehen wir klar an der Seite der Kurdinnen und Kurden. Das tun wir nicht nur in Talkshows und auf Demos. Nein, Bodo Ramelow hat als Ministerpräsident bewusst die Staatskanzlei geöffnet für das kurdische Newrozfest. Danke Bodo, für dieses klare Statement. Davon könnte sich die Bundesregierung eine Scheibe abschneiden!

Liebe Genossinnen und Genossen der HDP, gemeinsam mit Euch rufen wir: Für Frieden und Freiheit in der Türkei und in Kurdistan!

Weltoffenheit

Dieses Land verändert sich. Und wir alle sind mittendrin. Was früher woanders war, ist heute alles hier. Die Flüchtlingsbewegung hat etwas sichtbar gemacht, was lange vom Westen verdrängt wurde. So hat die imperiale Außenpolitik der Nato-Staaten Bürgerkriege angeheizt. Diese Kriege wiederum trieben Menschen in die Flucht. Lange Zeit fand dies außerhalb der EU statt. Nun führen uns die Geflüchteten vor unserer Haustür vor Augen, dass Krieg die Fluchtursache Nr. 1 ist. Hinzu kommt: Das kapitalistische Wirtschaftssystem basiert auf der Ausbeutung des globalen Südens durch den globalen Norden. Die Handelspolitik der EU entzieht Millionen Menschen in Afrika ihre Lebensgrundlage. Die schrecklichen Folgen waren für uns lange Zeit komfortabel weit weg. Mit den Fluchtbewegungen kommen nun auch Zeugen dieser Ausbeutung direkt zu uns.

Es fällt uns also zunehmend schwerer, die Folgen unseres Handelns und Wirtschaftens zu verdrängen. Denn die ganze Welt findet jetzt auch bei uns statt. Es gibt kein Außen mehr. Das ist eine Chance. Denn das Versprechen der sozialen Gerechtigkeit zu erneuern, geht nur mit Weltoffenheit. Damit meine ich nicht das naive Multikulti all derjenigen, die im Zweifelsfall ihre Kinder dann in Privatschulen schicken, wenn der Migrantanteil an öffentlichen Schulen zu hoch wird.

Damit meine ich schlichtweg eine sozialistische Erkenntnis: Da die Ausbeutung keine Grenzen kennt, darf sich Solidarität nicht auf den nationalen Tellerrand begrenzen! Deshalb bin ich froh, dass wir auch in schweren Zeiten als LINKE in der Flüchtlingspolitik klaren Kurs gehalten haben. In dieser Frage gibt es bei uns kein Schwanken und Wanken. Hier zeigen wir verlässliche Haltung. Wir stehen geschlossen für Willkommenskultur!

Als CDU und SPD das Asylrecht verstümmelten, da war es sowohl für Sahra und mich im Bundestag wie für Susanne in Thüringen und Christian in Brandenburg selbstverständlich: Dazu sagen wir geschlossen Nein! Welche Partei hat in dieser Frage solch eine Geschlossenheit gezeigt wie wir? Keine. Und genau darauf kommt es an: Gemeinsam handlungsfähig zu sein! ...

DIE LINKE kämpft für eine Revolution der Gerechtigkeit

Auszüge zu internationalen Fragen aus der Rede von Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, auf dem Magdeburger Parteitag, 28.5.2016, aus: www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/reden-und-grussworte

Unser Parteitag findet in einer Zeit großer gesellschaftlicher und politischer Umbrüche statt. Wir erleben in vielen Ländern Europas, auch bei uns, den gefährlichen Aufstieg der Rechtspopulisten. In den USA erhebt sich mit Donald Trump die hässliche Fratze von Nationalismus und Rassismus.

Ohne Übertreibung kann man sagen, dass wir in den nächsten Jahren vor der Alternative stehen: Wird der Kapitalismus immer autoritärer oder schaffen wir es, den Neoliberalismus und Rechtspopulismus beiseite zu schieben. Das ist die Frage, vor der die Linke heute in vielen Ländern steht.

Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch, sagte einst Hölderlin. Zeiten der Krise und des Umbruchs sind auch Zeiten für Gegenwehr. In Frankreich machen gerade Hunderttausende die Nacht zum Tag. Sie streiken und demonstrieren gegen die Arbeitsmarktreformen von Hollande. Schon wieder ein Sozialdemokrat, der die Agenda 2010 für eine gute Idee hält. Er demontiert die Errungenschaften der französischen Arbeiterbewegung und sich und seine Partei gleich mit. Die Menschen in Frankreich haben unsere volle Solidarität! Kämpft weiter, denn wir wissen, was auf euch zukommt und wie lange man braucht, um diesen Murks wieder wegzubekommen!

Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet in den USA, im Hauptland des Kapitalismus, eine linke Bewegung entsteht, die sich um die Kandidatur von Bernie Sanders herausgebildet hat, einem Mann, der sich zum demokratischen Sozialismus bekennt. Das Interessante daran ist, dass sich Millionen, vor allem junger Amerikanerinnen und Amerikaner selbst organisieren unter dem Motto: „Für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.“ Das ist es, für was wir Linke stehen – für die Hoffnung auf ein besseres Leben! ...

Ich finde es klasse, wenn sich mehr und mehr Menschen in Solidarität mit Geflüchteten, im Protest gegen TTIP und Waffenexporte, für eine andere Klimapolitik politisieren und sich für Kapitalismuskritik begeistern. Die LINKE ist genau der richtige Ort dafür. Die LINKE steht auf gegen die Festung Europa und gegen Rassismus. Das ist dringend notwendig. Schauen wir uns doch die anderen Parteien an: Seehofer hat mit seiner flüchtlingsfeindlichen Politik den Rechtspopulisten geradezu den roten Teppich ausgerollt. Oder das Herumgeeiere der SPD, mal verbal gegen Seehofer und Obergrenzen, dann wieder harter Kurs gegen Flüchtlinge und immer alle Verschärfungen des Asylrechts mitgetragen.

Ich bin stolz darauf, dass unsere Bundestagsfraktion, im Unterschied zu den Grünen, keiner einzigen Asylrechtsverschärfung zugestimmt hat! Wir machen die Verlogenheit von Merkel nicht mit, die gegen Obergrenzen und für offene Grenzen ist – aber natürlich nur für den Freihandel. An den Außengrenzen der EU wird ein regelrechter Krieg gegen Flüchtlinge geführt – mit Frontex und sogar der NATO. Das ist nicht europäisch, das ist unmenschlich. Die Drecksar-

beit lässt Frau Merkel andere machen – wie den Terrorpatrioten Erdogan. Wer es ernst meint mit den Menschenrechten, der macht keine schmutzigen Deals mit autoritären Regimen! Wir sagen: Keine Geschäfte mit Erdogan, der Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt und unliebsame Journalisten inhaftieren lässt. Unsere Solidarität gilt den Abgeordneten der HDP, denen ihre Immunität genommen wurde und denen Gefängnis droht!

Und es ist doch nicht so, dass sich Europa, dass sich Deutschland eine solidarische, humane Lösung für die Flüchtlinge nicht leisten könnte! Schäuble hat sich geweigert, Geld dafür auszugeben. Das hat doch aus der Aufnahme von Flüchtlingen erst eine Krise gemacht. Das hat Öl ins Feuer der Rechten gegossen. Die Staatskassen waren übervoll, 20 Milliarden Euro Überschuss allein im letzten Jahr. Sogar ohne Umverteilen wäre sofort eine angemessene Versorgung möglich gewesen. Aber Schäuble hat sich dem verweigert. Und warum? Weil kein Präzedenzfall geschaffen werden sollte, bei dem die Regierung auf ein soziales Problem auch mit sozialer Politik reagiert.

Wir bleiben dabei, dass die Fluchtursachen bekämpft werden müssen. Viele sagen: Alles richtig, geht aber nicht, vor allem geht nicht so schnell. Das ist einfach nicht wahr. Wir könnten ganz schnell die Waffenexporte stoppen. Es kann doch keinen Zweifel geben, dass Krieg und Terror die Hauptursachen für Flucht sind. Wir könnten ganz schnell die Flüchtlingslager der UN finanziell besser ausstatten, endlich die Entwicklungshilfe erhöhen und das Tausendfache Töten mit unsichtbaren Drohnen beenden. Es darf kein Töten durch Drohnen geben!

Aber schnell ist die Bundesregierung immer nur dann, wenn es um Militäreinsätze im Ausland, um Abschiebungen oder die Verschärfung des Asylrechtes geht.

Und dann ist auch immer ganz plötzlich Geld da! Aufstockung der Bundeswehr, Anschaffung neuer Waffen und Panzer, da sagt niemand: das können wir uns nicht leisten. Das kotzt mich an! Wir sollten endlich mal schnell sein bei der Rettung von Menschen! ...

Von Donald Trump – übrigens ein Riesenarschloch – stammen drei Tipps, um reich und mächtig zu werden: Tipp Nummer eins: Werde in eine reiche Familie geboren und erbe 200 Millionen Dollar. Tipp Nummer zwei und drei entfallen.

Wirtschaftliche Macht übersetzt sich in politische Macht. Es hat sich doch längst eine Parallelgesellschaft in diesem Land gebildet. Es ist die Parallelgesellschaft der Superreichen, die ganze Straßenzüge aufkaufen und die Mieten mit Spekulation nach oben treiben, während sie selbst zwischen Villa, Golfplatz und Luxusjacht pendeln! In dieser Parallelgesellschaft zählen offenbar Recht und Gesetz nur dann, wenn die Gesetze dazu beitragen, dass sie noch reicher und damit noch mächtiger werden.

Der Umgang mit Griechenland hat gezeigt: In dieser EU findet die Demokratie ihre Grenzen, wo die Interessen der Vermögenden und Banken angetastet werden könnten. Die Erpressung der griechischen Regierung durch die Bundesregierung und die Troika beweist: Die Idee eines sozialen und demokratischen Europas lässt sich gegen die neoliberale EU der Banken und Konzerne heute nur noch mit einer Revolution der Gerechtigkeit und Demokratie durchsetzen! Wir müssen gemeinsam in Europa einen Kampf führen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen Rassis-

mus und sozialen Kahlschlag – das wäre im Übrigen das beste Mittel gegen die Nationalismen und den Zerfall Europas. Europa muss neu gegründet werden! ...

Es sind große Fragen, die wir stellen, auch wenn wir im Alltag viele kleine Kämpfe führen. ... Wir führen sie mit Leidenschaft. Wir wissen, dass sie mit den großen Fragen zusammenhängen: Ob eine Kommune gezwungen werden kann, den Nahverkehr zu privatisieren, hat mit TTIP und der EU zu tun. Ob das Krankenhaus um die Ecke seine Entbindungsstation schließen muss, hat eben auch etwas mit der Vermögensteuer und Steuergerechtigkeit zu tun.

Linke müssen immer beides tun, die großen und die kleinen Kämpfe führen. Wir sind nicht verzagt, wir sind nicht kleinmütig, wir sind leidenschaftlich. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich wehren und sich für eine solidarische Gesellschaft, für Frieden und für Alternativen zum Kapitalismus engagieren. Leidenschaftlich stimmen wir gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr. Leidenschaftlich gehen wir gemeinsam mit hunderttausenden Menschen gegen TTIP, TISA und CETA auf die Straße! Leidenschaftlich unterstützen Genossinnen und Genossen Streiks und kämpfen mit ihren Nachbarn für bezahlbare Mieten! ...

Der italienische Kommunist Antonio Gramsci hat davon gesprochen, dass wir geduldige, nüchterne Menschen brauchen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Lasst uns also die Verhältnisse nüchtern analysieren, aber mit Optimismus und Entschlossenheit an ihre Veränderung gehen. Deshalb: Pessimismus des Verstandes – Optimismus des Willens. Wir brauchen revolutionäre Geduld – aber wir brauchen auch revolutionäre Ungeduld im Kampf für soziale Gerechtigkeit!

Krieg und Frieden

Ein radikaler friedenspolitischer Impuls ist wichtig, damit wir die richtige Richtung nicht verlieren

Rede von Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, auf der Friedenskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Partei DIE LINKE am 19. 3. 2016, aus: www.dietmar-bartsch.de/category/aktuelles/reden

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,

ich heiße Sie herzlich willkommen auf der Friedenskonferenz der Partei DIE LINKE und freue mich über die zahlreichen Zusagen und Interessierten für die zu erwartenden interessanten Diskussionen hier in Berlin.

Linke Friedenspolitik ist ohne friedliche Außenpolitik nicht zu denken. Linke Friedenspolitik ist aber auch nicht ohne den Kampf für soziale Gerechtigkeit, für die Demokratisierung der Demokratie, für Emanzipation und Umweltschutz zu denken.

Würde man mich fragen, was ich unter „linker Außen- und Friedenspolitik“ verstehe, was linke Außenpolitik ausmacht, dann würde ich dies wie folgt umreißen: Zunächst würde ich darlegen, welche außenpolitischen Zielvorstellungen ich habe und erklären, was daran „links“ sein soll. In einem zweiten Satz würde ich erste wirksame Schritte für eine friedliche Außenpolitik benennen, die zugleich deutlich machen, dass hier ein ausgefahrenes Gleis der Politik umgehend verlassen werden muss. Manchmal geht das nicht ohne Kompromisse mit anderen gesellschaftlichen Kräften und Meinungen. Politik ist immer auch ein Ausdruck gesellschaftlichen Kompromisses.

Linke Außen- und Friedenspolitik darf daher niemals (wieder) als avantgardistische Politik daherkommen. Der Zusammenhang zur Zielvorstellung, dem friedlichen Zusammenleben der Menschen und deren individueller Entfaltung, muss trotzdem immer erkennbar bleiben.

Wenn ich die außenpolitischen Zielvorstellungen unserer Partei Revue passieren lasse, fällt mir auf, dass zentrale Positionen, vor allem unsere Prinzipien und Zielvorstellungen, zumindest ihrer Herkunft nach nicht zwingend links sind.

Die Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik ist beispielsweise eher in einer bürgerlichen Bewegung des Pazifismus zu verorten als in den traditionellen sozialistischen Parteien. Was Letztere ablehnten, waren imperialistische Kriege. Ob sie diesen Bekenntnissen im Ernstfall Folge leisteten, ist ein anderes Thema.

Liebe Genossinnen und Genossen, es klingt seltsam, Krieg als Mittel der Politik abzulehnen, da wir doch alle wissen und sehen, dass Kriege seit Jahrhunderten Mittel der Politik sind. Was man daher konsequenterweise ablehnen muss, sind politische Ziele, die ohne Kriegsoption nicht verfolgt werden können. Und erst

hier wird erkennbar, wo „Links“ anfängt. Politische Ziele, die Krieg bedeuten können, muss ich kritisieren; bekämpfen kann ich sie nur, wenn ich mich für die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen, ethnischen, religiösen und ökonomischen Interessen interessiere. Ich muss mich fragen lassen und vor allem auch selbst fragen, welche Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen für eine Pazifizierung der Gesellschaft dringend erforderlich sind. Freilich darf das nicht zu einem Entlastungsdiskurs verkommen, ganz nach dem Motto: Erst im Sozialismus ist Frieden möglich. Es zeigt nur, dass es in einer kapitalistisch strukturierten Gesellschaftsform starke machtpolitisch wirksame Einflussgruppen gibt, an denen allzu euphorische und idealistische Politikvorstellungen schnell zerschellen. Das muss allen klar sein, die auch nur ein wenig mehr Friedensorientierung in der Außenpolitik wollen. Aber gerade deshalb ist ein radikaler friedenspolitischer Impuls wichtig, damit wir die richtige Richtung nicht verlieren. Diesen friedenspolitischen Impuls gibt seit vielen Jahren nur eine politische Kraft hier und in Europa: die Linke!

Ähnliches gilt für die Orientierung auf das Völkerrecht. Die Anfänge des modernen Völkerrechts bildeten sich mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges heraus. Es wäre wohl etwas verwegen, hier schon irgendetwas Linkes zu vermuten. Gleichwohl spielt Rechtlichkeit eine wichtige Rolle für die Linke. Das Recht verhindert – wie unvollkommen auch immer – die unmittelbare Durchsetzung von Machtansprüchen der Mächtigeren. Macht muss sich der Rechtsform anpassen so wie freilich auch das Recht der Machtdurchsetzung anpassbar ist. Daher besteht stets die Gefahr, dass eine Rechtsordnung zur bloßen Fassade ungehemmter Machtdurchsetzung verkommt. Daher muss die Linke, sofern sie sich politischer und sozialer Emanzipation verpflichtet weiß, ein aufgeschlossenes Verhältnis zum Recht haben. Genau deshalb muss sie sich auch für seine Defizite und deren Behebung interessieren. Das gilt auch für das Völkerrecht.

Beispielsweise wird oft und gern vom „Gewaltmonopol der UNO“ gesprochen, obwohl wir wissen, dass nur Staaten ein Gewaltmonopol besitzen. Was in UN-Gremien daher real entschieden wird, welcher Gewalteininsatz in welcher Form legitim ist und welcher nicht, wird durch die Staaten bestimmt. Die UNO selbst kann keine Gewalt einsetzen; sie kann entweder Staaten beauftragen, auf von ihr legitimierte Weise Gewalt anzuwenden oder sie kann selbst das Kommando über UN-Truppen ausüben, die freilich von den Staaten gestellt werden.

Das Wort vom „Gewaltmonopol der UNO“ hat daher keinen direkten, sondern eher einen metaphorischen Sinn. Aufgrund dieser Struktur der Gewalt bleibt die Frage umstritten, wie legitim UN-Einsätze, insbesondere lediglich von der UNO mandatierte Einsätze sind. Dieses Legitimationsproblem wird dadurch verschärft, dass der UN-Sicherheitsrat weiterbesteht, das inzwischen einzige UN-Gremium, das UN-Militäreinsätze beschließen kann. Denn gegen ein Veto eines der ständigen Mitglieder kommt dort bekanntlich keine Resolution zustande. Das Übergewicht von drei NATO-Staaten unter ihnen kann daher nie den Verdacht ausräumen, dass der UN-Sicherheitsrat nur ein Genehmigungsorgan für die NATO sei, irgendwo wieder einmal einen Krieg anzuzetteln. Der Kosovo-Krieg hat gezeigt, dass die NATO bereit ist, Aggressionskriege auch dann zu

führen, wenn sie im UN-Sicherheitsrat nicht durchkommt. Und der letzte Irak-Krieg hat bewiesen, dass die USA es fertigbringen, nicht nur ohne die UNO, sondern sogar ohne die NATO, mit einer „Koalition der Willigen“, Kriege zu führen.

Frieden und friedliche Koexistenz zwischen Staaten und innerhalb dieser sind dennoch ohne eine Organisation wie die UNO kaum denkbar. Deshalb hat DIE LINKE des Öfteren ihr Interesse an einer UN-Reform geäußert. Zusammen mit dem Beharren auf einem „Gewaltmonopol der UNO“ bedeutet das aber mindestens zweierlei:

Erstens bedarf der UN-Sicherheitsrat dringend einer Demokratisierung. Was unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg sinnvoll war, dass die Siegermächte in der Lage sein mussten, gewissermaßen als Garanten einer Friedensordnung aufzutreten, ist heute obsolet. Zweitens, und das ist sicher ein etwas kontroverser Gedanke, muss die UNO eigene Sanktionsmittel haben. Über beides lohnt es sich auch in unserer Partei wieder in den Dialog zu treten. Aber wie man es auch dreht und wendet: Wer für eine Stärkung des Völkerrechts eintritt, wird nicht so tun können, als gehörten die eher unangenehmen Dinge nicht dazu. Daher braucht DIE LINKE eine Verständigung darüber, für welche Reformschritte sich die Bundesrepublik Deutschland einsetzen sollte.

Schließlich haben wir die Debatte um die NATO. Natürlich wissen wir, wozu die NATO in der Lage ist. Hinzu kommt, dass der Begriff der Sicherheit, den die NATO ihrer Tätigkeit zugrunde legt, permanent erweitert wird. Die „Verteidigung“ des Bündnisgebietes findet zunehmend interventionistisch auf der ganzen Welt statt, insbesondere in Gestalt des sogenannten Krieges gegen den Terrorismus. Sicherheitsbedrohungen können inzwischen ebenfalls alles Mögliche sein, auch der Cyberangriff, der längst zu den Strategien und Maßnahmen von potenten NATO-Staaten gehört.

Das sind natürlich schwer zu leugnende Gründe, die auch Beweggründe sein können, um für einen NATO-Austritt zu werben. Hinzu kommt schließlich, dass die Bundesrepublik nicht von feindlichen Staaten umzingelt ist. Allerdings ignoriert diese Überlegung einen wichtigen Umstand, auch wenn dieser eher einen ideologischen Charakter hat: Die Akzeptanz der NATO-Mitgliedschaft in der Bevölkerung ist noch immer hoch, was in einem merkwürdigen Gegensatz zur erfreulich geringen Kriegsbereitschaft im Lande steht. Ursache für diese Akzeptanz ist eine diffuse Angst vor Bedrohungen: Terror, Umweltzerstörungen, Fluchtbewegungen und Ressourcenknappheit, einer „Neuen Unübersichtlichkeit“ in der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges. Davor bietet die NATO-Mitgliedschaft in den Augen vieler eine Art symbolischen Schutz. Doch wächst auch hierzulande die Kritik an dem Militärbündnis und die Frage steht, welche Antwort DIE LINKE darauf findet. Die NATO, so viel ist klar und davon bin ich überzeugt, verliert mit einem möglichen Ausscheiden der Bundesrepublik keineswegs ihre imperialistischen Tendenzen. Die Perspektive einer friedlicheren Welt liegt meiner Überzeugung nach nur in einer Auflösung aller Militärbündnisse.

Dennoch sind Systeme kollektiver Sicherheit etwas Unverzichtbares. Dies zeigt nicht zuletzt der neue Kalte Krieg zwischen dem Westen und Russland. Und ja, wir rutschen aktuell sehenden Auges in eine neue Zeit neuer Stellvertreterkonflikte und –kriege hinein.

Liebe Genossinnen und Genossen,
das Thema Waffenexporte ist das in einer bestimmten Hinsicht einfachste, in vielerlei anderer Hinsicht jedoch ein ebenfalls kompliziertes Thema in unserem friedenspolitischen Diskurs.

Klar ist, dass kaum ein Geschäft so ekelhaft ist wie der Export von Kriegsgerät. Zum kapitalistischen Profit mögen unterschiedliche Menschen unterschiedliche Einstellungen haben. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass es den meisten Menschen gleichgültig ist, womit dieser Profit erwirtschaftet wird. Nichts ist plausibler, als ein Verbot des Waffenexports. Aber auch hier gibt es mächtige Beharrungskräfte. Die deutsche Exportindustrie genießt besonderen Schutz und besondere Aufmerksamkeit der herrschenden Politik. Bei den Waffenexporten ist das erst einmal nicht anders. Ein Exportverbot lässt sich daher nur in dem Maße durchsetzen, wie es gelingt, Industriekapazitäten auf zivile Produktionen umzurüsten. Sonst wird jede Regierung, die Schritte in Richtung auf wirksame Waffenexportverbote setzt, an den ökonomischen Interessen derer zerbrechen, die daran verdienen. Dabei stehen dann nicht nur Vertreter des Kapitals auf der Matte, sondern auch die Gewerkschaften.

Jede dieser Interessengruppen ist in der Lage, medial zu mobilisieren. So grausam es klingt, durchsetzbar ist ein generelles Waffenexportverbot nur schrittweise, wobei durchaus aufs Tempo gedrückt werden sollte. So aber, und das sage ich ganz deutlich, wie es der SPD-Vorsitzende Gabriel in seiner Rolle als Wirtschaftsminister anpackt, geht es nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Nichts ist geblieben von seinem nur postulierten Ziel, die Waffenexporte zu verringern. Im Gegenteil: Sie sind hoch wie nie zuvor. Und werden, wenn ich mir die Politik dieser Regierung auch im Hinblick auf den Krieg in Syrien anschau, in nächster Zeit nicht nennenswert sinken.

Im Hinblick auf Syrien muss ich als Vorsitzender der Linksfraktion aber auch ein kritisches Wort bezüglich unserer zuweilen sehr simplifizierenden Debatten in Sachen Friedens- und Außenpolitik verlieren. Ja, DIE LINKE lehnt mit Überzeugung Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland ab. Für diese Haltung sprechen im Übrigen nicht nur historische Gründe. Dennoch müssen wir darauf achten, den Kompass nicht aus den Augen zu verlieren. Als es um den Abzug der Chemiewaffen des Assad-Regimes ging, haben wir diesen aber leider in manch einer Stellungnahme verloren. Ich sage ganz deutlich: Die Beteiligung der Bundesmarine an der Vernichtung von todbringenden Chemiewaffen ist für mich eben kein klassischer Kriegseinsatz, den wir als LINKE grundsätzlich ablehnen. Alle Befürchtungen, deutsche Soldaten würden damit in einen Krieg geschickt, haben sich nicht bewahrheitet. Im Hinblick auf die hohen deutschen Waffenexporte kann man die Beteiligung an der Vernichtung der Chemiewaffen sogar als eine diesen entgegenwirkende Abrüstungspolitische Maßnahme begreifen. Die Debatten über diese und andere schwierige Entscheidungen sind nicht immer einfach und nicht in einem Raster von Schwarz und Weiß zu führen.

Nun wirken die nicht verhandelbaren Bedingungen, gerade was die Außen- und Sicherheitspolitik betrifft, unter denen wir in einer Regierung mitarbeiten würden, ganz bescheiden in Bezug auf das, was wir so alles vorhaben. Daher ist das Entscheidende, dass wir die richtigen Ein-

stiegschritte wählen. Darüber, welche dies nun aber sind, muss unsere Partei eine Debatte führen. Dafür ist diese Konferenz hier und heute ein wichtiger Schritt.

Ich würde es gern erleben, wenn SPD und Grüne in einem Sondierungsgespräch sagen würden: „Das ist doch alles viel zu zaghaft!“ Ich glaube es jedoch nicht. Auch um kleinste Kleinigkeiten muss man heute kämpfen.

Ein Weißbuch für Aufrüstung und Krieg

Stellungnahme der MdB Christine Buchholz, Katrin Kunert und Alexander Neu zum „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“

Aus: www.linksfraktion.de

1. Das Weißbuch ist Teil einer PR-Strategie des Verteidigungsministeriums. In den letzten Monaten wurde immer wieder der Eindruck erweckt, als sei es das Ergebnis eines „inkluisiven“ Prozesses, an dem auch breite Teile der Bevölkerung hätten teilnehmen können. In dem Weißbuch wird postuliert: „Transparenz nach innen und außen hat den Rang eines strategischen Prinzips.“ Tatsächlich ist das Weißbuch in weiten Teilen nichts anderes als ein Spiegelbild der längst bestehenden Ausrichtung des federführenden Verteidigungsministeriums, überdies zumeist in wolkig-unklaren Formulierungen gehalten.

2. Die Abstimmung mit anderen Ressorts wie dem Außenministerium mag dazu geführt haben, dass nicht mehr von einer Verfassungsänderung für den Einsatz der Bundeswehr im Innern die Rede ist. Der Wille, in diese Richtung zu gehen, ist indes weiterhin deutlich. Auffällig häufig werden „äußere und innere Sicherheit“ in einem Atemzug genannt, beides sei „nicht mehr trennscharf voneinander abzugrenzen“. An anderer Stelle ist von einem „zunehmenden Ineinandergreifen von innerer und äußerer Sicherheit“ die Rede, was die „gemeinsame Ausbildung und Übung von staatlichen und zivilen Akteuren für das Handeln im gesamten Krisenzyklus“ erfordere. Das Weißbuch beschwört „ungewöhnliche Ausnahmesituationen“, in diesem Zusammenhang müssten „Bundes- und Landesbehörden“ ihre gute Zusammenarbeit „im Rahmen von Übungen vorbereiten“. Das Weißbuch fordert nicht explizit die Verfassungsänderung für einen Einsatz bewaffneter Soldaten im Innern, aber die Logik seiner Argumente läuft darauf hinaus.

3. Auffällig ist, dass zu zentralen Fragen der Verteidigungspolitik gar keine Aussagen zu finden sind. Obgleich seit Erscheinen des letzten Weißbuchs der erste ganz große Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen von ISAF zu Ende ging, gibt es keinerlei Bilanzierung dieses Einsatzes. Es wird auch nicht für nötig befunden zu erklären, warum der Einsatz in Afghanistan im Rahmen einer Ausbildungs- und Beratungsmission ohne Aussicht auf ein

Ende fortgesetzt werden soll. Der Afghanistan-Einsatz wird weder in Bezug auf seine Kosten, seine Opfer noch seine politischen Wirkungen betrachtet, auch nicht auf seine Bedeutung für die Bundeswehr selbst. Er existiert in dem Weißbuch nicht, obgleich sich alle Militärexperten einig sind: Der Afghanistan-Einsatz hat die Bundeswehr mehr verändert als jede Reform. Dieselbe Sprachlosigkeit gilt für alle anderen Auslandseinsätze, wie etwa den längsten aller Einsätze: im Kosovo. An einer einzigen Stelle heißt es verschämt: „Die Stabilisierungseinsätze der Allianz [Nato], zum Beispiel in Afghanistan und auf dem Balkan, zeigen, dass Eindämmung und Bewältigung von Konflikten in einem komplexen Sicherheitsumfeld ein langfristiges und verlässliches Engagement erfordern, um Stabilisierungsschritte zu erhalten und zu verstetigen.“ Soll heißen: Wenn der Kriegseinsatz nicht zu dem vorgegebenen Ziel führt, müssen wir den Einsatz auf unbestimmte Zeit „verstetigen“. Das ist nichts anderes als das Bekenntnis, im Zweifelsfall auch Endloskriege führen zu wollen, nur um die eigene „Verlässlichkeit“ und militärische Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Mehr als diese lapidare Formel ist in dem Papier zu den bisherigen Auslandseinsätzen nicht zu finden.

4. Auch andere Leerstellen sind bezeichnend. So wird die größte Gefahr des Weltfriedens – der neue nukleare Rüstungswettlauf – nicht thematisiert. Kein Wort zur Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen in Büchel. Zum Thema gibt es nichts als das Bekenntnis zur Nato als ein „nukleares Bündnis“: Deutschland bleibe „über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden.“ Selbst die Aussagen zu Aufstellung und Ausrichtung der Teilstreitkräfte Marine, Heer und Luftwaffe bleiben mehr als vage. Alles, was Stein des Anstoßes sein könnte, wird ausgeblendet oder in Watte gepackt. Das KSK [Kommando Spezialkräfte] existiert in dem Papier nicht. Konkrete Aufrüstungsprojekte werden nicht diskutiert.

5. Eingangs wird der Anspruch erhoben, „die globale Ordnung aktiv mitzugestalten“, vor dem Hintergrund der „wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung“ Deutschlands, das „zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen“ werde. Im Weißbuch wird behauptet, „diese Wahrnehmung schafft ihre eigene Realität“. Der Kniff besteht darin, diesen Anspruch immer als Verantwortung darzustellen, die uns von anderen auferlegt werde. Nirgends wird eingeräumt, dass es einen Wettlauf der großen und mittleren Mächte um Rohstoffe, Märkte und politischen Einfluss gibt, der mit militärischen Mitteln unterfüttert wird. Der Grund für diese Leerstelle: Die Aufrüstungsmaßnahmen in Deutschland, die im Weißbuch gerechtfertigt werden, sind selbst Teil dieses Wettlaufs.

6. Schuld sind immer die anderen. So ist es neben dem als voraussetzungslos erscheinenden „Terrorismus“ und „Fanatismus“ vor allem Russland, dem die „Infragestellung der „regelbasierten euro-atlantischen Friedens- und Stabilitätsordnung“ angelastet wird. Wörtlich heißt es: „Russland wendet sich dabei von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitations-

zentrum mit globalem Geltungsanspruch. Hierzu gehört auch eine Erhöhung russischer militärischer Aktivitäten an den Außengrenzen der EU bzw. Nordatlantischer Allianz (NATO). Im Zuge einer umfassenden Modernisierung seiner Streitkräfte scheint Russland bereit, an die Grenzen bestehender völkervertraglicher Verpflichtungen zu gehen. Der zunehmende Einsatz hybrider Instrumente zur gezielten Verwischung der Grenze zwischen Krieg und Frieden schafft Unsicherheit in Bezug auf russische Ziele. Das Groteske daran: Alles liest sich wie ein Spiegelbild der Aktivitäten des Westens. So wird im Weißbuch die Bundeswehr selbst als Armee eines Landes mit globalem Gestaltungsanspruch definiert. Auf dem jüngsten Nato-Gipfel in Warschau wurde die Vorverlegung von Bataillonen und Manövern in Richtung Russland beschlossen. Schließlich war es die EU, die der Ukraine ein Assoziierungsabkommen vorlegte, das den Bruch mit Russland zur Bedingung hatte – nachdem die Nato sich über zwanzig Jahre konsequent bis an die Grenze mit Russland vorgeschoben hat. Dies hat maßgeblich zur Schaffung einer Lage beigetragen, in dem der Konflikt um den jeweiligen „Einfluss“ als militärischer Konflikt auf dem Gebiet der heutigen Ukraine geführt wird – von beiden Seiten. Tatsache ist: Der Militärhaushalt der Nato-Staaten zusammengenommen übersteigt den russischen Militärhaushalt um mehr als das Zehnfache. Im Weißbuch werden die wahren Kräfteverhältnisse verleugnet, um die Nato-Politik als defensiv darstellen zu können.

7. Im Übrigen wird in dem Weißbuch die Entwicklung der Fähigkeit zur „hybriden“ Kriegführung ausführlich behandelt. Der Cyberraum wird als ein globaler Operationsraum definiert, in dem die Bundeswehr in Zukunft auch offensiv vorgehen soll – mithin die virtuelle „Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt“. Das Weißbuch behauptet: „Die Auswirkungen von Cyberangriffen können denen bewaffneter Auseinandersetzungen entsprechen.“ Außerdem: „Insgesamt hat sich der Cyber- und Informationsraum damit zu einem internationalen und strategischen Handlungsraum entwickelt, der so gut wie grenzenlos ist.“ Schließlich: „Auch terroristische Gruppierungen, kriminelle Organisationen und versierte Einzelpersonen können potenziell mit geringem Aufwand erheblichen Schaden anrichten ... Innere und äußere Sicherheit fallen in wenigen Bereichen so eng zusammen wie im Cyberraum. ... Die Verteidigung gegen derartige Angriffe bedarf auch entsprechender defensiver und offensiver Hochwertfähigkeiten...“. Was hier formuliert wird, ist nichts anderes, als was der russischen Seite vorgeworfen wird: Die Verwischung der Grenzen zwischen Militärischem und Zivilem. Das Weißbuch soll in dem Zusammenhang den Aufbau einer eigenen Cyberstreitmacht in der Bundeswehr rechtfertigen. Sie wird für künftige „hybride“ Operationen zuständig sein. Die Bundesregierung sieht den Splitter im Auge des Anders, aber nicht den Balken im eigenen.

8. Um Russland als den einzigen Aggressor erscheinen zu lassen, wird überdies die jüngste europäische Geschichte geklittert. Wörtlich heißt es: „Die Staaten Europas haben – gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika – auf dem europäischen Kontinent seit Ende des kalten Krieges eine einzigartige Friedensordnung geschaffen... [a]uch wenn diese Friedensordnung den Ausbruch vorübergehen-

der, lokal begrenzter gewaltsamer Auseinandersetzungen in Europa nie ganz verhindern konnte...“ Zunächst einmal war auch Russland an der Begründung dieser europäischen Ordnung beteiligt. Zum anderen gab es zwischen 1991 und 1999 vier Kriege auf dem Balkan. Das war mehr als ein vorübergehender, lokal begrenzter Konflikt. Im Bosnien-Krieg wurden Hunderttausende auf ethnischer Grundlage vertrieben und viele ermordet. 1999 kam es zur Bombardierung Serbiens durch die US-Streitkräfte und ihre europäischen Verbündeten. Selbst die chinesische Botschaft in Belgrad wurde getroffen. Bis heute stehen internationale Truppen in Kosovo, um die Lage „stabil“ zu halten.

9. Eine Bilanzierung der inflationären Ausweitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr gibt es nicht. Aber es wird als eine gegebene Tatsache hingestellt, dass weitere dazukommen. Grund: Die internationale Ordnung befindet sich „im Umbruch“. Ja, die Welt befindet sich in einem Umbruch. Hintergrund dafür ist der Wettlauf der großen und mittleren Mächte um Rohstoffe, um Märkte und politischen Einfluss. Doch obgleich im Weißbuch eingangs die Legitimität der Wahrung der eigenen „Interessen“ benannt wird, erscheinen „Interessen“ nirgends als „Treiber des Umbruchs“. Es gibt nur demografische und technologische Umbrüche, die destabilisierend wirken. Die Globalisierung befördere die „Verbreitung von Risiken... dies reicht von Epidemien ... bis hin zum transnationalen Terrorismus.“ Letzteres erscheint voraussetzungslos, ebenso wie der Zerfall von Staaten als Ergebnis finsterner Ideologien dargestellt wird. Schuld sei ein „introvertierter und oft radikaler Nationalismus, gewalttätiger Extremismus und religiöser Fanatismus“. Fakt: Es waren vergangene internationale Militäreinsätze, die den Zerfall von Staaten und Gesellschaften hervorgebracht haben. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Kriege in Afghanistan und im Irak. Im Weißbuch wird letztlich nichts anderes gefordert, als mit immer mehr Öl die Brände zu löschen, die internationale Streitkräfte verschiedener Groß- und Mittelmächte, allen voran die amerikanischen Streitkräfte, gelegt haben.

10. Im Weißbuch wird dieser Kurs nicht nur gerechtfertigt. Es wird postuliert: Künftig werde es mehr „Ad-hoc-Kooperationen“ geben, im Rahmen derer die Bundeswehr in Kriege geschickt werden soll. Ein Grund können „Maßnahmen gegen Proliferation von Massenvernichtungswaffen“ sein. Ganz gleich, ob in einer Gruppe wie der G7, der G20 oder auch in „anlassbezogenen Gruppierungen“: Im Weißbuch wird Bündnissen wie der US-geführten „Koalition der Willigen“, die 2003 den Überfall und die Invasion des Iraks eben mit der Unterbindung der vermeintlichen Produktion von Massenvernichtungswaffen gerechtfertigt hat, das Wort geredet. Auch hat die Bundesregierung Regime wie jene in Ägypten und Saudi-Arabien zu „Partnern“ erklärt. Das Weißbuch macht die Unterstützung solcher Regime zu einer Option für künftige Auslandseinsätze, nennt dies „kurzfristige Unterstützung von Partnern im Rahmen von Stabilisierungseinsätzen“. Die Sprache ist in Watte gepackt, doch zwischen den Zeilen kommt der aggressive Charakter der eigenen Ambitionen zum Vorschein.

11. Schließlich läuft alles auf die Frage nach der Aufrüstung hinaus. Es wird die Aufstockung des Personals gefordert,

ohne jede feste Obergrenze. Es wird der Aufbau einer Teilstreitmacht für den Cyberkrieg ausgeführt. Und: „Die Ausstattung der Bundeswehr muss dazu geeignet sein, unterschiedliche Aufgaben in verschiedenen Einsatzgebieten erfüllen zu können (Mehrrollenfähigkeit).“ Die Bundeswehr solle in der ganzen Breite aufgestellt sein, zu Land, zu Luft und zu Wasser, daneben im Cyber- und im Weltraum. Die Entwicklung der heimischen Rüstungsindustrie, zum Beispiel durch die Unterstützung von Exportmaßnahmen oder bei der Vergabe von Aufträgen als ein strategisches Ziel definiert.

All das erfordert viel mehr Geld als bisher, und das dauerhaft: „Mit dem Einzelplan 14 für das Jahr 2016 und dem Finanzplan bis 2019 wurde eine Trendwende bei der Finanzausstattung der Bundeswehr eingeleitet. Auch im Haushalt 2017 setzt sich diese positive Entwicklung ... fort. In den kommenden Jahren bedarf es einer verlässlichen Verstärkung dieser Finanzlinie...“

Das Geld wird in bestehende Beschaffungsprojekte gepumpt werden, die weiterhin Milliarden verschlingen, darunter verschiedene militärische Satellitenprogramme, der Nachfolger der Aufklärungsdrohne Eurohawk, das Kampfflugzeug Eurofighter oder der Militärtransporter A400M. Daneben hat das Verteidigungsministerium unter Ministerin von der Leyen neue Projekte angeschoben, deren Kosten unabsehbar sind, wie das Mehrzweckkampfschiff 180, die Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne oder ein neues Luftverteidigungssystem. Schließlich wird das Geld in die Aufrüstung des Heeres mit Panzern gesteckt, um für einen möglichen Landkrieg in Osteuropa gerüstet zu sein. Das Weißbuch ist nichts Anderes als die zu Papier gebrachte Forderung nach mehr Geld für mehr Soldaten, mehr Militäreinsätze und mehr Kriegsgüter. Es ist ein Weißbuch für Aufrüstung und Krieg.

Zum „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“

Von Bernd Biedermann, Oberst a. D.

Das Weißbuch 2016, das die Bundesregierung am 13.7.2016 veröffentlicht hat, gilt als „oberstes sicherheitspolitisches Grundlagendokument Deutschlands“. Denen, die das neue Weißbuch vorschnell als einen PR-Coup bezeichnet haben, muss man entgegenhalten, dass es sich vielmehr um ein Besorgnis erregendes Dokument handelt, das den Machtanspruch der neokonservativen Kräfte deutlich macht. Darin wird dazu aufgefordert, die sicherheitspolitische Debatte über seine Veröffentlichung hinaus engagiert fortzusetzen. Das soll mit diesem Beitrag geschehen.

Zu den Vorbemerkungen: Einleitend wird festgestellt, dass im Weißbuch eine strategische Standort- und Kursbestimmung für die deutsche Sicherheitspolitik vorgenommen und damit der wesentliche Leitfaden für die sicher-

heitspolitischen Entscheidungen und Handlungen unseres Landes vorgegeben wird. Damit wird der hohe Anspruch deutlich, den man mit dem Weißbuch verbindet.

Weiter heißt es: „Das Weißbuch definiert den sicherheitspolitischen Handlungs- und Gestaltungsanspruch Deutschlands. Es ist Ausdruck unseres sicherheitspolitischen Selbstverständnisses.“ (S. 15) Zugleich soll es die nationalen Interessen formulieren und strategische Prioritäten für die deutsche Sicherheitspolitik setzen.

Letztlich wird eine „strategische Neuausrichtung der Bundeswehr“ angekündigt.

Zu den Kernaussagen der einzelnen Kapitel:

1. Grundzüge deutscher Sicherheitspolitik

Eingangs steht der bemerkenswerte Satz: „Unser sicherheitspolitisches Selbstverständnis ist geprägt durch die Lehren aus unserer Geschichte. Diese sind Teil unserer nationalen Identität und in unserer Verfassung verankert.“ (S.22)

Es folgt die Feststellung, dass Deutschland ein in hohem Maße global vernetztes Land ist, das aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung, aber auch angesichts seiner Verwundbarkeiten in der Verantwortung steht, die globale Ordnung aktiv mitzugestalten. Zudem werde Deutschland zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen.

Von wem und wie stark Deutschland als zentraler Akteur wahrgenommen wird, mag dahingestellt sein, wie auch zu fragen ist, ob diese Wahrnehmung bei allen unseren Nachbarn auf Gegenliebe stößt.

Im nächsten Absatz wird erklärt, Deutschland sei bereit, „sich früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen.“ (S.23)

Hier nun endlich werden die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands definiert. Laut Weißbuch werden sie maßgeblich bestimmt „durch unsere geographische Lage in der Mitte Europas und die Mitgliedschaft in der EU, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Handelsabhängigkeit, unsere Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Engagement sowie das Friedensgebot nach Artikel 26 des Grundgesetzes“. (S. 24)

Dazu werden in sechs Punkten sicherheitspolitische Interessen Deutschlands genannt. Prüft man sie auf ihre Relevanz, so fällt auf, dass neben den selbstverständlichen Interessen (Schutz der Bürgerinnen und Bürger, nationale Souveränität und territoriale Integrität, Wohlstand und Prosperität der Wirtschaft und verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen) auch eine Reihe neuer Interessen formuliert sind: der Schutz der territorialen Integrität der Verbündeten, freier und ungehinderter Welthandel und Festigung der transatlantischen Partnerschaft. Sie stehen für die Ansprüche der neokonservativen Kreise, die die Globalisierung ausgelöst haben und weiterverfolgen.

In dem hier herangezogenen Artikel 26 (1) des Grundgesetzes heißt es: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Gegen diesen Artikel haben frühere deutsche Regierun-

gen wie auch die gegenwärtige mehrfach verstoßen, indem sie den Einsatz von Bundeswehrkontingenten im Ausland ohne UN-Mandat verfügten.

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

Hier wird eine Einschätzung getroffen, die angesichts der aktuellen Lage in Europa eigentlich unfassbar ist: „Die Staaten Europas haben – gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika – auf dem europäischen Kontinent seit Ende des Kalten Krieges eine einzigartige Friedensordnung geschaffen, der sich alle Teilnehmerstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verpflichtet haben.“ (S.31)

Das genaue Gegenteil ist der Fall. Während es in den Jahren des Kalten Krieges auch bei totaler Konfrontation zwischen den Blöcken nicht zu Kriegen kam, wurden von 1991 bis 1999 allein auf dem Balkan vier Kriege ausgelöst, unter denen die betroffenen Völker noch heute leiden. Die dann einsetzende Osterweiterung der NATO hat zu einer anhaltend latenten Kriegsgefahr geführt.

Im gleichen Kontext wird Russland beschuldigt, die europäische Friedensordnung offen in Frage zu stellen, weil es auf der Krim und im Osten der Ukraine die eigenen Interessen gewaltsam durchgesetzt habe. Dies habe tiefgreifende Folgen für die Sicherheit in Europa und damit auch für Deutschland.

Es ist nahezu unglaublich, dass man Russland beschuldigt, die europäische Friedensordnung in Frage zu stellen. Der Sezession der Krim ging ein Referendum voraus, an dem 82 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen. Über 95 Prozent stimmten für die Wiedervereinigung mit Russland. Die UNO-Resolution 2625 (XXV) vom 24.10.1970 erkennt das Sezessionsrecht ausdrücklich an (Gründung eines eigenen souveränen Staates oder eine freie Assoziation mit einem anderen Staat oder Eingliederung in einen anderen Staat).

Im Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmung des Volkes und Souveränitätsanspruch des Staates hat jedenfalls das Selbstbestimmungsrecht Vorrang. Die staatliche Souveränität hat ihre Grenzen im Völkerrecht. Kein völkerrechtlicher Vertrag und keine innerstaatliche Verfassung kann das Selbstbestimmungsrecht verbieten. Außerdem gilt der Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität nur für die Beziehungen zwischen den Staaten und nicht für Völker. Der Vorwurf, Russland habe die Friedensordnung in Europa in Frage gestellt, ist jedenfalls nicht gerechtfertigt.*

Vernünftigerweise müsste dem Kapitel 2 eine umfassende wissenschaftliche Analyse der Bedrohungen vorangestellt werden, denen Deutschland ausgesetzt ist. Doch weit gefehlt! Da ist die Rede davon, „dass die internationale Ordnung im Umbruch ist“ und „Treiber des Umbruchs“ dafür verantwortlich sind. Gleich danach heißt es: ... das Umfeld sei „noch komplexer, volatil, dynamischer und schwieriger vorhersehbar“ geworden. (S.29)

Danach wird zahlreichen Staaten unterstellt, sie hätten eine schlechte Regierungsführung, betrieben Vetternwirtschaft und Korruption, die vielfach mit organisierter Kriminalität verflochten sei, was innerstaatliche Konflikte sowie regionale und internationale Krisen befördere. An dieser Stelle wäre es angebracht gewesen, sowohl die rationale als auch die emotionale Wahrnehmung der Bedrohungen zu beschreiben, denen Deutschland gegenwärtig

ausgesetzt ist und mit welchen in Zukunft zu rechnen ist. Ausgangspunkt müssten die Realitäten der Lage des Landes sein.

Eine objektive Betrachtung ergibt, dass die größte Bedrohung für Deutschland vom Kernwaffenpotenzial der Länder ausgeht, die mit ihren Trägermitteln deutsches Territorium erreichen können, unabhängig davon wie sich gegenwärtig ihre bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland gestalten. Konkret sind das Frankreich, Großbritannien, die USA, Israel, Russland und China. Danach ist zu fragen, welche möglichen Bedrohungen von unseren Nachbarn ausgehen können. Bekanntlich hat Deutschland neun unmittelbare Nachbarstaaten, von denen sieben der NATO angehören und acht Mitglieder der EU sind. Österreich ist nicht in der NATO, aber EU-Mitglied, die Schweiz ist weder NATO- noch EU-Mitglied. Allein aus dieser Lage ergibt sich, dass Deutschland aus seinem unmittelbaren Umfeld nicht direkt bedroht ist.

Auch aus dem realen Kräfteverhältnis zwischen der NATO und potenziellen Gegnern im weiteren Umfeld Deutschlands erwächst unserem Land keine Bedrohung. Für die Feindseligkeiten gegen Russland gibt es keinen wirklichen Grund. Die Russen haben kein Interesse daran, die baltischen Staaten oder Polen zu besetzen. Gäbe es eine reale Bedrohung, so müsste die NATO eine entschieden stärkere Gruppierung gegen Russland aufbauen. In Wahrheit wurde Russland zum neuen Feind erkoren, nachdem der Warschauer Vertrag und die Sowjetunion nicht mehr existierten. Typisch für die NATO war und ist, dass man das wahre Kräfteverhältnis verleugnet, um die eigene Politik ausschließlich als defensiv darzustellen.

Die Einschätzung, wonach sich weitere Bedrohungen aus den Herausforderungen ergeben, die der Cyber- und Informationsraum mit sich bringt, ist zweifellos zutreffend. Insgesamt hat sich der Cyber- und Informationsraum zu einem internationalen und strategischen Handlungsspielraum entwickelt, der so gut wie grenzenlos ist. Die Beantwortung der Frage, wann Cyberattacken die Schwelle eines quasi „bewaffneten Angriffs“ im Sinne von Art. 51 der UN-Charta überschreiten, ist nach wie vor äußerst schwierig. Entscheidend ist jedoch, wie man damit umgeht, welche Folgerungen man daraus zieht und wie man sie umsetzt.

Seit dem 4. Quartal 2016 richtet die Bundeswehr eine neue Abteilung Cyber/IT (CIT) ein. Ab 2. Quartal 2017 wird dann ein neuer militärischer Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum (CIR) mit 13.700 Dienstposten geschaffen. An seiner Spitze wird ein Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) mit einem Inspekteur stehen. Dieser neue Operationsbereich soll den Anforderungen auf dem Gebiet des Cyberraums entsprechen.

Die dann folgende Einschätzung, wonach bewaffnete Konflikte, Verfolgung und Vertreibung, widrige wirtschaftliche, soziale oder ökologische Rahmenbedingungen sowie Armut oder Hunger weltweit Menschen dazu bringen, ihre Heimat zu verlassen, ist nicht zu bestreiten. Es grenzt jedoch bedenklich an bewusste Demagogie, wenn man nicht die Ursachen dafür nennt. Angesichts der Lage in Syrien ist zu fragen: Wer hat denn die Länder Afghanistan, Irak, Libyen, Tunesien und Mali – um nur die wichtigsten zu nennen – durch subversive und militärische Interventionen destabilisiert, ihrer Selbstbestimmung beraubt und wirtschaftlich ins Chaos gestürzt?

3. Deutschlands strategische Prioritäten

Hier kam es den Verfassern darauf an, Deutschlands strategische Prioritäten auf Basis der eigenen Werte und Interessen sowie im Spiegel der Herausforderungen an den sicherheitspolitischen Handlungsanspruch unseres Landes zu formulieren. Diese Prioritäten konkretisieren, was Deutschland leisten will und wofür es bereit ist, Verantwortung und Führung zu übernehmen.

Für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge sei die Stärkung von Resilienz und Robustheit unseres Landes gegenüber aktuellen und zukünftigen Gefährdungen von besonderer Bedeutung.

Die folgende Feststellung, wonach Deutschlands Sicherheit untrennbar mit der seiner Verbündeten in NATO und EU verbunden ist, wird wie ein Axiom vorgebracht. Europa könne sich nur gemeinsam mit den USA wirkungsvoll gegen die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts verteidigen und eine glaubwürdige Abschreckung gewährleisten. Die Alternative dazu liegt aber auf der Hand: Eine europäische Friedensordnung, die auf jeden Fall Russland einschließen muss. Ob dafür die USA tatsächlich benötigt werden, mag dahingestellt sein. Wenn es um die Gefolgschaft zu den USA geht, so sollte man stets bedenken, dass die Vereinigten Staaten von Amerika, bei allem was sie tun oder unterlassen, immer nur ihre eigenen Interessen im Auge haben. Die Behauptung, dass die fortschreitende Integration europäischer Streitkräfte, die Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO sowie das kohärentere Zusammenwirken zwischen NATO und EU dabei vorrangig wären, ist nur die eine Seite der Medaille. Zu zweifeln ist allerdings an der ehrlichen Absicht, eine europäische Sicherheitsordnung zu schaffen, die sämtliche Staaten des europäischen Kontinents einbezieht.

Eine solche Sicherheitsordnung kann es nur geben, wenn Russland nicht ausgeschlossen wird. Zur Erinnerung: Russland ist das größte Land Europas und Moskau die größte Stadt auf unserem Kontinent. Außerdem ist Russland zugleich das größte Land Asiens. Kein anderes Land verfügt über solche Natur- und Bodenschätze wie Russland. Hinsichtlich der strategischen Interessen Deutschland gibt es kein Land, mit dem wir diese auch nur annähernd so gut realisieren könnten, wie mit Russland.

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

„Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global. Dieser umfasst ausdrücklich auch den Cyber-, Informations- und Weltraum.“ So steht es am Anfang des Kapitels. Da ist zunächst festzuhalten, dass hier ein klarer globaler Anspruch erhoben wird. In diesem Zusammenhang auf den Cyber-, Informations- und Weltraum zu verweisen, taugt nicht einmal als Feigenblatt. Dass dieser Raum globale Ausmaße hat, ist ja wohl selbstverständlich.

Nun zu einem Kernpunkt des Weißbuchs. Danach müssen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ihre Widerstands- und Resilienzfähigkeit erhöhen, um Deutschlands Handlungsfreiheit zu erhalten und sich robust gegen Gefährdungen zur Wehr zu setzen. Eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge müsse konzipiert und geleistet werden, die sowohl die Gefahrenabwehr als auch die Verteidigung umfasst. Sicherheitsvorsorge sei nicht eine staatliche, sondern vielmehr eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirt-

schaft und Gesellschaft. „Ein gemeinsames Risikoverständnis ist die Grundlage für den Aufbau gesamtgesellschaftlicher Resilienz.“ (S.59)

Diese Forderung geht völlig an den Realitäten des Lebens vorbei, die darin bestehen, dass die Gesellschaften der europäischen Staaten komplett kriegsuntauglich sind und auch bei Erhöhung ihrer „Resilienz“ bleiben werden. Im Falle eines offenen Konflikts würden selbst konventionelle Kampfhandlungen innerhalb weniger Tage die fragile Infrastruktur der Länder zerstören. Die Energie- und Wasserversorgung, die Kommunikations-, Transport- und Versorgungssysteme würden ausfallen, und nahezu alles, was die Menschen zum Leben benötigen, wäre nicht verfügbar. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, dass mit einer Erhöhung der Resilienz Kriege wieder führbar würden und der militärische Faktor erneut als Mittel erster Wahl in die Politik einziehen kann.

Wie es dann heißt, will Deutschland Verantwortung für Stabilität und Sicherheit des internationalen Umfelds übernehmen und dazu „militärische Mittel im gesamten Aufgaben- und Intensitätsspektrum von Beobachtermissionen über humanitäre Einsätze bis zur robusten Friedenserzwingung vorhalten“. (S. 61) Mit „robuster Friedenserzwingung“ ist eindeutig der Einsatz bewaffneter Gewalt gemeint, in bestimmten Fällen auch ohne UN-Mandat.

In dem Abschnitt „Deutschland in der Nordatlantischen Allianz“ wird betont, dass Deutschland über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden bleibt. (S. 64/65)

Wäre es angesichts des neuen nuklearen Rüstungswettlaufs nicht entschieden klüger, auf Entspannung und Abrüstung zu setzen? Stattdessen bekennt man sich weiter zur nuklearen Teilhabe. Damit wird der Beschluss des Bundestages von 2010 zum Abzug der Kernwaffen aus Deutschland nicht zu realisieren sein.

5. Die Bundeswehr der Zukunft

Um die Anforderungen an die Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheitspolitik zu erfüllen, müsse sie in der Lage sein, ihren Beitrag zur Umsetzung der strategischen Prioritäten der deutschen Sicherheitspolitik zu leisten. Das erfordere die kontinuierliche Aktualisierung und Anpassung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr. Nicht nur die Zahl der Einsätze, sondern auch die an die Bundeswehr gestellten Anforderungen hätten sich tiefgreifend verändert. (S. 88/89) Die Aktualisierung und Anpassung des Aufgabenspektrums zielt also vor allem auf weitere Auslandseinsätze ab.

Zurzeit steht Deutschland mit der Bundeswehr in 16 Ländern dieser Erde. Bei keinem dieser Einsätze ging die Entscheidung für den Militäreinsatz ursprünglich von der Bundesregierung aus. In allen Fällen waren es andere Staaten, die den Bundeswehreinsatz über die sogenannten Bündnisverpflichtungen erwirkt haben. Die Tatsache, dass bei keinem dieser Einsätze die angestrebten Ziele erreicht wurden, scheint keine Rolle zu spielen.

Im Weiteren werden der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr beschrieben. Die Aufgaben umfassen acht Schwerpunkte mit insgesamt 23 Unterpunkten. Auf alle einzugehen ist hier nicht möglich.

Als Auftrag ist an erster Stelle festgelegt, Deutschlands Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen. (S.

90) Wie die Bundeswehr diesen Auftrag konkret erfüllen soll, mit welcher Struktur, Ausrüstung und Ausbildung – dazu wird nichts ausgesagt. Weiter hinten, im Kapitel 6 heißt es dann: „Die Auftrags Erfüllung der Bundesehr setzt ein umfassendes Fähigkeitsspektrum voraus.“ (S. 102) Wie ein solches Fähigkeitsspektrum aussehen muss und wie es zu erreichen ist, darauf ist im Weißbuch keine klare Antwort zu finden.

Die unter Aufgaben genannten 8 Punkte werden als gleichrangig bezeichnet. Dass dabei die Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet an erster Stelle stehen, hat wohl eher plakativen Charakter. Es folgen das internationale Krisenmanagement – einschließlich der Friedensmissionen der Vereinten Nationen – und die Durchsetzung von Embargos und Sanktionen. Die Überwachung und Sicherung des deutschen Luft- und Seeraumes wird unter Heimatschutz genannt. Dabei sind doch die Luftverteidigung wie auch die Sicherung des Seeraumes, primäre Aufgaben der Streitkräfte.

Wer die Bundeswehr kennt, weiß, dass sie strukturell, materiell und personell nicht in der Lage ist, diese Aufgaben in absehbarer Zeit zu erfüllen. Noch im Juni 2014 hatte der Generalinspekteur der Bundeswehr, der 4-Sterne-General Volker Wieker, behauptet, Einsatzbereitschaft und Einsatzfähigkeit der Bundeswehr seien gewährleistet. Zwei Monate später wurde bekannt, dass nahezu das gesamte Großgerät (Kampf- und Transportflugzeuge, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge) einen inakzeptablen Grad der technischen Einsatzbereitschaft von zum Teil weit unter 0,5 haben. Zu erklären ist dieser Zustand nur mit der organisierten Verantwortungslosigkeit, die für Doppelstrukturen typisch ist. An diesem Dilemma haben die letzten vier Verteidigungsminister von Franz-Josef Jung über Karl-Theodor zu Guttenberg und Thomas de Maiziére bis Ursula von der Leyen mehr oder weniger ihren Anteil. Völlig unverständlich ist, dass die verantwortlichen Militärs diesen Zustand hingenommen haben.

In Bezug auf den Cyber- und Informationsraum findet sich im Weißbuch der Satz: „Die Bundeswehr muss sich als Hochwertziel für staatliche wie nichtstaatliche Akteure und als Instrument der wirksamen Cyberverteidigung für den Umgang mit komplexen Angriffen aufstellen.“ (S. 93) Was unter einem Hochwertziel zu verstehen ist, bleibt unklar. Wie die Stäbe und die Truppe diese Aufgaben angesichts des konkreten Zustands der Bundeswehr erfüllen sollen, wird weder in den folgenden Leitprinzipien noch in den Vorgaben für die Fähigkeiten ausgeführt.

6. Leitprinzipien für die Bundeswehr der Zukunft

Die folgende Formulierung ist ein typisches Beispiel dafür, wie im Weißbuch konkrete und verständliche Aussagen vermieden werden: „*Multinationalität und Integration sind und bleiben Bestimmungsgrößen für die Bundeswehr. [...] Sie werden insbesondere auch in Strukturen, Einsätzen, langfristiger gemeinsamer multinationaler Fähigkeitsentwicklung und weiteren Kooperationsformen sowie in der Rüstungspolitik umgesetzt.*“ (S. 98).

Unter der Überschrift „Führung und Verantwortung als Rahmennation“ wird die Bereitschaft erklärt, Führung zu übernehmen. Sie verlange nicht nur die nationale oder gemeinsame Bereitstellung sogenannter kritischer Fähigkeiten, die einen Einsatz der Verbündeten und Partner oft

erst ermöglichen, sondern auch die Bereitschaft zu deren gemeinsamer Entwicklung: „Um einen spürbaren Mehrwert zu generieren, muss die Bundeswehr in Vorleistung treten, die Verfügbarkeit dieser Fähigkeiten gewährleisten sowie eine hinreichende Interoperabilität und Standardisierung in der industriellen Entwicklung vorantreiben.“ (S. 98)

Selbst Fachleuten dürfte es schwerfallen, den eigentlichen Sinn dieser Sätze zu erfassen. Im Zusammenhang mit dem Begriff Mehrwert liegt natürlich der Gedanke nahe, dass es um die weitere Entwicklung der Rüstungsindustrie geht.

Über dem nächsten Absatz steht „Flexibilität und Agilität mit einem Single Set of Forces.“ Offensichtlich hatten die Autoren Mühe, für diesen Begriff eine deutsche Entsprechung zu finden. Aus dem ersten Satz lässt sich entnehmen, dass damit „ein nur einmal vorhandenes Kräftedispositiv“ gemeint ist.

Dazu bedürfe es einer „multifunktionalen und adaptionsfähigen Bundeswehr“. Im Klartext heißt das, dass die Bundeswehr künftig vollständig als Interventionsarmee aufgestellt sein soll. Die bisherige Einteilung in Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte wurde aufgegeben. Das bedeutet: Die für internationale Einsätze zur Verfügung stehenden Kräfte sind die gleichen, die auch die klassische Landesverteidigung gewährleisten müssen. Das Gesamtkräftedispositiv besteht aus dem operativen Führungselement, der eigentlichen Kampfgruppe und weiteren zugeordneten Unterstützungskräften.

7. Vorgaben für die Fähigkeiten der Bundeswehr

Der übergeordnete Maßstab sei die Befähigung zum bundeswehrgemeinsamen Wirken in allen Dimensionen – Land, Luft, See, Cyber- und Informations- sowie Weltraum. Gerade in den Dimensionen Land, Luft und See bleibe die Befähigung zum Kampf Wesensmerkmal. Sie stelle die höchsten Ansprüche an Mensch und Material. (S. 102)

Ob die Angehörigen der Bundeswehr mit dieser pompösen Deklaration überhaupt etwas anfangen können, ist zu bezweifeln. Dass der militärische Kampf, besser gesagt, der Krieg, höchste Ansprüche stellt, ist wohl jedem Soldaten klar, zumal er weiß, dass es für ihn dabei um Leben oder Tod geht.

Unter dem Punkt Führung findet man nur wenige Sätze. Lapidar heißt es da, Führung müsse darauf abzielen, Kräfte und Mittel auftragsbezogen und bedarfsgerecht so einzusetzen, dass die angestrebte Wirkung erzielt werden kann. Das erfordere eine klare, auftragsorientierte Führungsorganisation, standardisierte Führungsverfahren und resiliente Führungs- und Informationssysteme. Ein klares Führungsprinzip, wie zum Beispiel die militärische Einzelleitung, scheint es nach wie vor in der Bundeswehr nicht zu geben. Die Aufklärung müsse das gesamte Spektrum der nationalen und internationalen Krisenvorsorge und des Krisenmanagements umfassen. (S. 103) Aufklärung nur auf Krisenvorsorge zu reduzieren, widerspricht jeglicher militärischer Erfahrung und Logik. Die Militäraufklärung muss die laufende Beurteilung der Lage und ihre weitere Entwicklung in den Bereichen Gegner, Eigene und Gefechtsbedingungen gewährleisten. Nur auf dieser Basis können Stäbe und Kommandeure zweckmäßige Entschlüsse für die Ausbildung und Handlungen der Truppe fassen. Dazu müssen alle Arten der Aufklärung mit den erforderlichen Kräften und Mitteln genutzt und zusammengeführt werden.

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

Einleitend heißt es dazu: „Verteidigung ist eine Staatsaufgabe, die durch die Streitkräfte zu verwirklichen ist. Alles Handeln der deutschen Streitkräfte unterliegt dem Primat der Politik.“ (S. 108) Doch die Verteidigung als Staatsaufgabe kann nicht durch die Streitkräfte allein verwirklicht werden. Diese Aussage steht auch im Widerspruch zu der vorangegangenen Forderung, wonach die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit eine gesamtstaatliche Aufgabe sei.

Bei den rechtlichen Rahmenbedingungen werden an erster Stelle die Auslandseinsätze der Bundeswehr genannt. Diese seien in den vergangenen 20 Jahren im Einklang mit den völker- und verfassungsrechtlichen Vorgaben geführt worden. Das entspricht einfach nicht den Tatsachen. Demnächst soll der Deutsche Bundestag in einem geeigneten Verfahren über eine mögliche Reform des verfassungsrechtlichen Rahmens für Auslandseinsätze der Bundeswehr beraten. Man darf gespannt sein, wie diese Reform ausfallen wird.

Höchst aufschlussreich ist der Absatz „Einsatz und Leistungen der Bundeswehr im Innern“. Solche Maßnahmen seien auf die technisch-logistische Unterstützung – unterhalb der Schwelle zum Einsatz – beschränkt. Damit fordert das Weißbuch zwar nicht explizit eine Verfassungsänderung, um den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu ermöglichen, aber letzten Ende läuft es darauf hinaus.

Betont wird, dass laut Grundgesetz der Einsatz der Streitkräfte im Innern zur Hilfe bei Naturkatastrophen (Katastrophennotstand) bereits zugelassen ist.

Dazu heißt es: Das Vorliegen eines besonders schweren Unglücksfalls kommt auch bei terroristischen Großlagen in Betracht. Das Bundesverfassungsgericht habe bestätigt, dass die Streitkräfte zur Unterstützung der Polizeikräfte bei der wirksamen Bekämpfung des Unglücksfalls unter engen Voraussetzungen auch hoheitliche Aufgaben unter Inanspruchnahme von Eingriffs- und Zwangsbefugnissen wahrnehmen können. (S. 110)

Bekanntlich liegt das Gewaltmonopol und somit auch die Berechtigung zum Waffeneinsatz ausschließlich beim Staat. Damit wären die Voraussetzungen gegeben, dass die Bundeswehr bei Einsätzen im Innern auch von ihren Waffen Gebrauch machen dürfte. Allein die Vorstellung, dass es dazu kommen könnte, muss Besorgnis auslösen. Streitkräfte sind generell weder dafür ausgebildet noch so ausgerüstet, dass sie verantwortlich im Innern eingesetzt werden können. Es gibt in der Geschichte genügend Beispiele dafür, wie Streitkräfte nach ihrem Einsatz im Innern den Rückhalt im Volk für lange Zeit verloren haben.

Die Innere Führung als Kern des Selbstverständnisses der Bundeswehr nimmt im Weißbuch nur wenig Platz ein. Sie habe sich in den zurückliegenden Jahrzehnten als belastbares und dynamisches Fundament erwiesen. Fakt ist jedoch, dass sich an dem Dilemma der Inneren Führung, kein tragbares Wehrmotiv vermitteln zu können, nichts geändert hat. Ob das Jobdenken der Angehörigen der Bundeswehr ausreichende Motivation für ihren Dienst gewährleistet, ist zu bezweifeln.

Kurz zu den Punkten „Nachhaltige finanzielle Rahmenbedingungen“ und „Bestmögliche Ausrüstung zur Auftragserfüllung“: Richtig wird festgestellt, dass die entsprechenden

Ressorts angemessene finanzielle Mittel benötigen, damit Deutschland in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungs- und gestaltungsfähig bleibt. Ausgangspunkt für die Höhe der finanziellen Aufwendungen sind die Beschlüsse des NATO-Gipfels von Wales im Jahr 2014, wonach langfristig eine Annäherung an das Ziel von zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben angestrebt wird. Für die Bundesrepublik würde das nahezu eine Verdopplung der bisherigen Mittel bedeuten!

Ein paar Bemerkungen zur Ausrüstung

Im Weißbuch heißt es dazu: Die Bundeswehr benötigt die bestmögliche Ausrüstung, um ihren Auftrag erfolgreich zu erfüllen. Dies könne nur durch ein transparentes, effektives, flexibles und modernes Rüstungswesen erreicht werden. (S. 126)

Eingestanden wird, dass bereits 2014 eine externe Bestandsaufnahme bisherige Defizite offengelegt hat. Dennoch traten auch danach katastrophale Zustände bei der Entwicklung und Auslieferung wichtiger Systeme auf (Schützenpanzer PUMA, Transportflugzeug A400M, Eurofighter, Hubschrauber NH-90 und Tiger, Fregatte 125 und andere Rüstungserzeugnisse). Um das Dilemma zu überwinden, wurde eine Agenda Rüstung entwickelt. Solange allerdings die Entwicklung und Beschaffung neuer Waffen und Ausrüstungen nicht strengen Kriterien unterzogen werden, wird der gegenwärtige Zustand wohl weiterbestehen. Die Rüstungsindustrie und ihre Lobby sichern in erster Linie ihren Profit und erst danach die Belange der Truppe. Daran wird auch die Agenda Rüstung nichts ändern. Unabhängig davon sind die Menschen in der Bundeswehr der wichtigste Faktor für die Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit der Streitkräfte. Diese Binsenweisheit steht ganz am Anfang des Themas Personalpolitik. Einem ehemaligen Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee fällt es schwer, den Dienst in den Streitkräften nur als Arbeitsverhältnis zu sehen. Soldat zu sein ist mehr als nur einen Job auszuüben. Die beste Motivation dafür, Soldat zu sein, besteht immer noch darin, sein Land zu schützen und zu verteidigen.

„Die Bundeswehr braucht eine moderne, nachhaltige und demographiefeste Personalpolitik.“ (S. 118). Was unter demographiefest zu verstehen ist, bleibt unklar. Klar ist allerdings, dass die Bundeswehr gravierende Probleme bei der Sicherstellung des Personals hat. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht und im Zuge der laufenden Neuausrichtungen kam die Truppe nie zur Ruhe und war zu keiner Zeit auch nur annähernd voll aufgefüllt.

„Um auf sich ändernde Rahmenbedingungen frühzeitig Antworten zu geben, braucht die Bundeswehr eine umfassende und vorausschauende Personalstrategie, die drohende Engpässe frühzeitig erkennt und systematisch notwendige personelle Ressourcen für kommende Aufgaben gewinnt und entwickelt.“ (S. 120)

Etwas verschwommen enthält das Weißbuch die Aussage, dass man bereit ist, die Förderung von Vielfalt, etwa im Hinblick auf ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität zu fördern.

Zum Fazit: Mit diesem Fazit am Ende des Weißbuchs war nun wahrlich nicht zu rechnen. Es unterscheidet sich nach Inhalt und Ausdruck von den vorherigen Kapiteln. Erstmals wird darin eingeräumt, dass die Bundeswehr in ihrem jetzigen Zustand weit davon entfernt ist, den ambitionierten Zielstellungen des Weißbuchs zu entsprechen.

Schon eingangs wird zugegeben, dass die Bundeswehr „perspektivisch mit Herausforderungen konfrontiert wird, auf die sie weder hinreichend eingestellt noch nachhaltig vorbereitet ist. Die Ursachen dafür liegen lange zurück und sind vielschichtig.“ (S. 137) Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation seien Umfang und Fähigkeiten der „Armee der Einheit“ abgebaut worden. Mit der Wiedererlangung der vollen nationalen Souveränität habe sich aber die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt verändert. Die Einsätze, insbesondere in Afghanistan, wurden zunehmend robuster und verlangten eine Priorisierung der Aufwendungen für eine angemessene Ausstattung der eingesetzten Truppe. Die Bundeswehr wurde zur „Armee im Einsatz“. Als Konsequenz traten Landes- und Bündnisverteidigung zunehmend in den Hintergrund.

Um es deutlich zu sagen: Der Übergang von der „Armee der Einheit“ zur „Armee im Einsatz“ wurde zunehmend teurer. Aufgaben, Kräfte und Mittel befanden sich nicht mehr in einer ausgewogenen Balance. „Heute steht eine neu ausgerichtete, in ihren Umfängen reduzierte Bundeswehr einer nie da gewesenen Parallelität und Größenordnung von Krisen und Konflikten gegenüber.“ (S. 137)

Zusammenfassung

Deutlich wird: Die Verfasser des Weißbuchs sehen Deutschland schon in der obersten Liga, im Kreis der global agierenden und dominierenden Mächte, als Großmacht. Daher der Anspruch auf mehr Verantwortung, auf mehr Einfluss und auf Führung. Es bedarf keiner unmittelbaren Bedrohung der eigenen Sicherheit, um militärisch aufzurüsten und intervenieren zu wollen. Es reicht schon aus, wenn die formulierten und weitgespannten Eigeninteressen irgendwo in der Welt gefährdet sind.

Das Weißbuch unterstreicht zumindest die Vormachtstellung Deutschlands in der EU. Insoweit ist das Dokument ein Zeugnis des neuen Selbstverständnisses des deutschen Imperialismus, weit über rein militärpolitische und militärische Zusammenhänge hinausweisend. Die den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs geschuldete, seit 1990 bereits abnehmende deutsche Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Mittel geht jedenfalls ihrem Ende entgegen. Offenbar befinden wir uns gegenwärtig an einem Wendepunkt der Geschichte, nur ist vielen der Ernst der Lage noch nicht bewusst. Politiker und Medienmacher, die leichtfertig von Krieg reden, wissen nicht, was Krieg bedeutet, und verdrängen selbst die Gefahr für ihr eigenes Leben. Das Weißbuch macht jedenfalls deutlich, dass seine Verfasser den Ernst der Lage nicht erkannt haben

* Siehe „Die Krim als Vorwand für den subversiven Krieg gegen Russland“ von Dr. Eva Maria Barki bei Info-DIREKT vom 22.1.2016

Deutsche Speerspitze in Litauen

Von Martin Kunze, Fachübersetzer

Eine alte Volksweisheit spricht von manchmal gravierenden Unterschieden zwischen Schein und Sein. Die Beschlüsse des NATO-Gipfels von Warschau im Juli 2016 erinnern eben daran. Der wenigstens in Teilen schöne Schein der seit 1990 vom Verteidigungsbündnis zur global agierenden Interventionsmacht veränderten NATO zählt auf: Erhöhte Anstrengungen zur Bekämpfung des IS, Unterstützung der Bemühungen zur Eindämmung der Migration über das Mittelmeer mit der Operation „Sophia“ vor der Küste Libyens und Verlängerung des Mandats in Afghanistan. Dieses „Mandat“ allerdings beinhaltet letztlich nur eine Art Notfall-einsatz zur Linderung der durch den Einsatz von US-Truppen und ISAF selbst hervorgerufenen Probleme.

Beim Gipfel gab es aber auch Äußerungen führender NATO-Vertreter, so ihres Generalsekretärs Stoltenberg, die dem unbedarften Bürger wie himmlische Manna erscheinen mussten (oder sollten?), so z.B.: „Der Kalte Krieg ist Geschichte, und soll es auch bleiben“. Oder: „Wir handeln defensiv, transparent und angemessen“. Und als Höhepunkt: „Wir werden den Dialog mit Russland fortsetzen“.

Zu ergänzen wäre nur eine Kleinigkeit, sprich, das Sein, die auf dem Gipfel beschlossenen Fakten, dem schönen Schein gegenüber zu stellen. Was im Klartext heißt: Die NATO stationiert nach der über Jahre entgegen allen einstigen Absprachen erfolgten systematischen Annäherung an die russischen Grenzen „rotierende“ (aber trotzdem ständig präsente) kampfbereite Truppen in den Nachbarstaaten Russlands. Je 1 Bataillon mit etwa 1 000 Mann bezieht mit voller Bewaffnung Quartier bzw. Lager in Estland, Lettland, Litauen und Polen. Die Einsatzqualität soll stets Elemente der Land-, Luft-, See und Spezialkräfte umfassen. Die Bataillone seien eine Art „Stolperdraht“ für die in der NATO vielfach heraufbeschworene russische Invasion in seinen Nachbarstaaten. Und sollte der Stolperdraht Signale ausstrahlen, erfolge sofort Verstärkung durch die „Speerspitze“ der NATO.

Alles klar für den Krimi? Und da geteiltes Leid immer halbes Leid ist, teilte man die Verantwortung für die Aufstellung der Bataillone. Die Führungsrolle in Polen übernehmen die USA, in Estland Großbritannien, in Lettland Kanada, und in Litauen, man höre und staune, Deutschland. Betont wurde darüber hinaus auf dem Gipfel die Einsatzbereitschaft des die Sicherheit Russlands verletzenden und von diesem scharf kritisierten Raketenschildes in Europa mit 4 Schiffen, der Raketenbasis in Rumänien und der Ortungsanlage in der Türkei.

Und die deutsche Bundesministerin für Verteidigung, Frau von der Leyen, setzte noch eins drauf: Deutschland stellt mit einer Kapazität von 13 500 IT-Spezialisten eine Einheit für den „Cyber- und Informationsraum“ auf. Ganz nebenbei bereicherte sie bei diesem Treffen den militärischen Wortschatz noch mit einem Ausdruck: Die Truppenverlegung in die russischen Nachbarstaaten sei keine Stationierung, sondern „Vornepräsenz“. Generalstabsausbildung alter Schule? Dass die USA als Führungsmacht der NATO den zu schaffenden „Stolperdrähten“ und selbst dem angedrohten Einsatz der „Speerspitze“ kein volles Vertrauen schenken, findet seinen Ausdruck in der vorgesehe-

nen Stationierung einer US- Panzerbrigade mit 5 000 Mann und 250 Panzern in einem der östlichen Nachbarstaaten Russlands, wahrscheinlich in Polen.

Die obengenannte Speerspitze ist neuester Bestandteil der seit dem Gipfel 2002 in Warschau in mehreren Etappen aufgestellten NATO- Response Force (NRF), der „Eingreiftruppe“. Sowohl die heute erreichte Einsatzstärke der NRF mit 40 000 Mann als auch die Bildung ihrer Very High Readiness Joint Task Force (VJTF), eben der ganz schnellen Eingreiftruppe, der Spitze des Speers, gehen maßgeblich zurück auf die intensiven Bemühungen des deutschen Vier-Sterne -Generals Hans-Lothar Domröse, bis April 2016 Oberbefehlshaber des Allied Joint Force Command in Brüssel, Befehlshaber NATO für Ost- und Nordeuropa. Die VJTF, die neue und laut Berichten „superschnelle“ neue Speerspitze, eine rein europäische Truppe, geführt vom Deutsch-Niederländischen Korps in Münster, soll in der Lage sein, mit ca. 5 000 Mann, davon 2 700 aus der Bundeswehr, in 48-72 Stunden weltweit (und damit auch an der russischen Grenze) den Kampf aufzunehmen. Selbst dem Laien sollte an Hand dieser Daten deutlich werden, dass hier eine sehr ernst zu nehmende Bedrohung Russlands inszeniert wird.

Deutschland lässt in dieser Situation deutlich erkennen: Die Zeit der in den 1990-er Jahren ohnehin geringfügigen Reduzierung von Truppen und Bewaffnung ist beendet. Die Rüstungsindustrie schreibt wieder tiefschwarze Zahlen, energisch fordert das Verteidigungsministerium die zahlenmäßige und natürlich auch die finanzielle Verstärkung der Deutschen Bundeswehr. Mit dem soeben herausgegebenen Weißbuch 2016 lässt Deutschland zudem seine neue, unverhohlen auch auf militärische Mittel setzende Rolle im Ringen um die globale Mitherrschaft erkennen. Unter Führung der „mächtigsten Frau der Welt“ scheut sich die Bundesregierung in eben dieser angespannten Situation nicht einmal, im Rahmen eines erneuerten Zivilschutzprojektes die eigene Bevölkerung zur persönlichen Vorsorge gegen Katastrophen und mögliche Gefährdung des bisher nur von Freunden umgebenen Landes aufzurufen. Deutschland übernimmt, 75 Jahre nach dem 22. Juni 1941, mit der Teilnahme deutscher Soldaten an der zunehmenden Einkreisung Russlands Führungsverantwortung für dessen reale Bedrohung. Deutschland schickt sich an, zusätzlich zu den bereits weltweit laufenden Einsätzen der Bundeswehr ein weiteres Kontingent gerade dorthin zu entsenden, wo deutsche Soldaten schon mehrfach eingesetzt waren und nicht eben mit Ruhm bedeckt zurückkehrten, nach Litauen, in Richtung russische Grenze, in Richtung „Erzfeind“. Als Kern des deutschen „Bataillons“ wird bisher das Panzergrenadierbataillon-371 aus Marienberg/Sachsen genannt.

Damit folgt die Bundeswehr einer unheilvollen „Tradition“. Litauen, mit 65 300 km² und 2,3 Millionen Einwohnern Nachbarstaat der russischen Exklave Kaliningrad, war mit der Unabhängigkeitserklärung vom 11.3.1990 die erste der sich von der Sowjetunion lösenden baltischen Sowjetrepubliken. Das Land blickt auf eine lange, immer wieder von fremden Mächten bestimmte Geschichte zurück. Mehrfach war es auch das Ziel deutscher Truppen. Im Ersten Weltkrieg unterwarf die deutsche Militärverwaltung unter dem Kommando des Oberbefehlshabers Ost (im Militärjargon Ober-Ost) Litauen einer harten Unterdrückung. Das Ziel bestand darin, das Land als Herzogtum Kurland und

Großfürstentum Litauen der Deutschen Krone zuzuschlagen. Die Besetzung Litauens endete nicht nur mit dem schmachvollen Rückzug der deutschen Besatzer, sondern 1918 mit dem revolutionären Ende des deutschen Kaiserreiches.

Im Zweiten Weltkrieg meldete der deutsche Generalstab wenige Wochen nach dem wortbrüchigen Überfall auf die UdSSR, am 10.7.1941, Litauen sei erobert. Diese Besetzung währte bis 1944, das litauische Staatsgebiet wurde als „Reichskommissariat Ostland“ geführt, mit dem Ziel, es später deutsch zu besiedeln und damit „einzudeutschen“. Unter anderem bezahlten neben ungezählten anderen Terrormaßnahmen mehr als 34 000 jüdische Bürger des Landes diese Besetzungszeit mit ihrem Leben. Eigentliches Ziel der deutschen Großmachtspolitik war beide Male nicht Litauen. Das Angriffsziel hieß Russland bzw. Sowjetunion.

Ob die Soldaten der neuen deutschen „Schutztruppe“ die Geschichte Litauens, sowohl die alte bis 1990 als auch jene der ab 1990 sowjet-freien Republik, besser kennen und verstehen als jene Soldaten, die ohne echte Kenntnis der Vergangenheit und Gegenwart des Landes Afghanistan und mit nur marginaler Kenntnis der zu diesem Krieg führenden Zusammenhänge „Deutschland am Hindukusch“ verteidigten und in einigen traurigen Fällen mit dem Leben bezahlten? Ob ihnen klar ist, dass auch bei dieser dritten Präsenz deutscher Truppen in Litauen der eigentliche Grund Russland heißt? Ob sie wissen, dass die russische Führung einen eigenen Angriff auf die baltischen Staaten als Fantasieprodukt der NATO kennzeichnet?

Litauen ist heute eine freie, selbständige Republik, seit 2004 Mitglied der NATO und der EU. Es wird von keinem anderen Land bedroht, ausdrücklich auch nicht von Russland. Warum das Land selbst den direkten, präsenten Schutz der NATO anruft, bleibt dem neutralen Betrachter unverständlich.

Für die Tatsache, dass gerade Deutschland seine Soldaten in dieses Land schickt, dass es damit erneut bereit ist, Russland zu bedrohen und gegebenenfalls mit seinen Truppen russische Grenzen zu überschreiten, findet der Betrachter nur zwei Erklärungen. Die erste: Die tief sitzende Feindschaft der herrschenden Kreise Deutschlands gegen Russland überwiegt die eigentlich selbstverständlichen, geschichtsnotorischen Erfahrungen aus allen gegen russische Länder geführten und immer verlorenen Kriegen. Es fehlt offenbar jede Vorstellung davon, wie Russland selbst auf die geringfügigste Verletzung seines Territoriums gerade durch deutsche Truppen reagieren würde. Und die zweite: Deutschland unterwirft sich, völlig freiwillig und ohne den Willen der eigenen Bevölkerung zu beachten, bedingungslos dem Willen der NATO und damit der vom militärisch-industriellen Komplex dominierten Führung der USA.

Erinnert sei hier noch einmal an das eingangs genannte Sprichwort. Mit der Entsendung deutscher Truppen nach Litauen, dem Sein der aktuellen deutschen Sicherheitspolitik, widerspricht Deutschland geradezu drastisch dem schönen Schein seiner im Weißbuch 2016 genannten Aussage: „Unser sicherheitspolitisches Selbstverständnis ist geprägt durch die Lehren aus unserer Geschichte“.

Wie ein Schüler, den sie beim Schummeln erwischen

Interview des Deutschlandfunks mit Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, 4.7.2016

Tobias Armbrüster: Waffenexporte aus Deutschland, die sind mal wieder in den Schlagzeilen. Aktuelle Zahlen belegen, dass sich die Umsätze mit deutschen Waffen im vergangenen Jahr verdoppelt haben. Es ist ein Thema, das vor allem dem Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel so einiges an Ungemach bringen könnte. Mitgehört hat Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Außerdem ist er ehemaliger Waffeninspekteur der UNO, jemand, der sich mit Waffenverkäufen international sehr gut auskennt.

Herr van Aken, kann man Sigmar Gabriel wirklich einen Vorwurf machen?

Jan van Aken: Ja! Und wie! Ich finde alle seine Rechtfertigungsversuche und Ausreden schon ziemlich verzweifelt. Irgendwie wirkt das ein bisschen wie bei einem Schüler, den Sie beim Schummeln erwischen und der dann stotternd eine Entschuldigung nach der anderen vorbringt, und nichts davon ist stichhaltig.

Lassen Sie uns die Erklärungsversuche genauer anschauen. Es ist doch etwas dran, dass der derzeitige Bundeswirtschaftsminister nichts für Waffenverkäufe kann, die die Vorgängerregierung eingefädelt oder genehmigt hat.

Das sind zwei verschiedene Sachen. Wenn irgendetwas früher genehmigt worden ist, hat Gabriel das nicht genehmigt. Das taucht in den Zahlen auch nicht auf. In diesen Zahlen, 12,8 Milliarden im letzten Jahr, taucht nur das auf, wo Gabriel persönlich seine Unterschrift darunter gesetzt hat, was er genehmigt hat. Und jetzt zu sagen, na ja, es wurde vorher schon irgendwie politisch genehmigt und ich musste jetzt die Unterschrift darunter setzen, das ist nicht so. Er hat die Genehmigung zum Außenwirtschaftsgesetz erteilt. Er hätte auch Nein sagen können. Dann wären möglicherweise Klagen auf die Bundesregierung zugekommen, weil eine frühere Regierung vielleicht eine Teilsusage gemacht hat, aber dann muss er das durchrechnen. Wenn er wirklich möchte, was er im Wahlkampf versprochen hat, dass die deutschen Waffenexporte reduziert werden, dann darf er keine Panzer nach Katar schicken. Das hat er genehmigt, er ganz allein.

Dann müsste Deutschland zur Not auch Strafzahlungen leisten?

Das muss man jetzt erst mal durchkämpfen, denn das ist juristisch noch überhaupt nicht bis zu Ende durchdekliniert worden. Ich finde, er müsste sich an dem Punkt einmal trauen, tatsächlich eine Schadensersatzklage abzuwarten. Andere Länder, England zum Beispiel, haben es getan. Die haben sogar endgültig erteilte Genehmigungen – da ging es um Saudi-Arabien – zurückgezogen. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn ein Land wie Katar im Jemen in den Krieg zieht und dort Menschen, Zivilisten zu Tode kommen, ich glaube, dann hat man auch vor deutschen Gerichten gute Argumente.

Zum anderen ist auch die Rede von einem sehr großen Auftrag an Großbritannien über eine Milliarde Euro. Das ist ja nun wirklich ein Partner, gegen den man eigentlich nichts sagen kann, auch wenn man Panzer an ihn liefert. Das ist kein Krisenland, von ihm geht keine Gefahr aus.

Nun, das sind drei Punkte. Erstens bringt Gabriel diese Entschuldigung jedes Jahr vor. Jedes Jahr gibt es irgendeinen großen Sondereffekt. Im Jahr davor war es ein U-Boot an Israel. Im Jahr davor gab es andere Großprojekte. Zweitens tue ich ihm sogar den Gefallen. Ich rechne diese eine Milliarde heraus. Aber dann ist er immer noch der Jahrhundertmeister der Waffenexporte. Dann hat er immer noch mehr genehmigt als alle Minister vor ihm. Und der dritte Punkt ist: Wie vertrauenswürdig sind denn solche Länder? Wir würden wahrscheinlich sofort unterschreiben, dass die Amerikaner vertrauenswürdig sind. Aber der letzte richtig große Skandal bei deutschen Waffenexporten betraf genauso einen vertrauenswürdigen Partner. Da haben die Amerikaner 100 000 deutsche Pistolen illegal nach Kolumbien weitergeliefert, bewusst die deutschen Exportrichtlinien umgangen. So ganz trauen würde ich auch den befreundeten Staaten nicht.

Aber Sigmar Gabriel sagt auch: Die aktuellen Zahlen belegen, dass vor allem die Zahl der Kleinwaffen rapide gesunken ist, auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Das ist doch durchaus ein Erfolg, vor allem, weil diese Waffen besonders viel Not, Leid und Tod über die Bevölkerung bringen.

Da hat er Recht. Hier hat er auch richtig gute Schritte gemacht. Das ist weniger geworden. Aber immer noch zu viel. Es ist auch nicht zu erklären, warum er sogar im letzten Jahr 2015 immer noch ein paar hundert Kleinwaffen in die arabischen Länder exportiert hat. Aber da hat er wirklich einiges getan. Was ich mich jetzt frage: Wenn er wirklich so weit gegangen ist, warum traut er sich nicht, den letzten Schritt zu tun und zu sagen, diese Kleinwaffen, das sind die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit, die verbieten wir ganz für den Export. Er hat zwei Schritte in die richtige Richtung gemacht, es fehlt noch der dritte.

Was glauben Sie, was wird er sagen?

Sein Argument ist immer, es gibt im Einzelfall doch den einen Partner, den kann man beliefern, das macht doch Sinn. Und dann sage ich, diese Kleinwaffen sind eben so klein, dass sie von Krieg zu Krieg ziehen. Wenn ich im letzten Jahr 500 Gewehre in die Arabischen Emirate exportiere, dann können die übermorgen schon im Jemen auftauchen und in zwei Jahren in Libyen. Da gibt es keine, überhaupt keine verlässlichen Partner. Das Beispiel USA hatte ich gerade genannt. Deswegen würde ich sagen, Herr Gabriel, lassen Sie es sein, verzichten Sie auf die 30 Millionen Exporte! Dann haben wir ein sauberes Kleinwaffen-Exportverbot, und das brauchen wir in Deutschland.

Herr van Aken, jetzt aber mal ganz im Ernst. Kann es sein, dass wir bei deutschen Rüstungsexporten etwas zu genau hinschauen? Es ist ein im Vergleich zu vielen anderen Industrien relativ kleiner Beitrag und auch im Vergleich zu den weltweiten Rüstungsexporten ja nur eine kleine Summe, um die es hier geht. Bei uns in

Deutschland sorgen solche Waffenverkäufe regelmäßig für einen Aufschrei und ein führender Politiker gerät unter Druck.

Nein. Erst mal ist Deutschland da nicht klein, sondern groß. Deutschland ist Europameister bei den Waffenexporten. Das ist leider immer noch so. Und deswegen müssen wir das hier besonders kritisch diskutieren. Und zweitens: Gerade bei den Kleinwaffen geht es um ziemlich wenig Geld. Wissen Sie, so ein G36-Sturmgewehr, das kostet gerade mal tausend Euro. Wenn Sie Kleinwaffen für 30 Millionen Euro exportieren, dann ist das ganz, ganz wenig Geld für die Außenhandelsbilanz, aber sehr, sehr viel Tod.

Langfristig können wir aber sagen hat Sigmar Gabriel dafür gesorgt, dass die deutschen Rüstungsexporte zurückgehen werden?

Erst einmal hat er sie verdoppelt. Ob sie wirklich zurückgehen, hat er bis jetzt nicht gezeigt. Einzig bei den Kleinwaffen, da hat er richtige Schritte gemacht. Doch das ist mir viel zu wenig. Das Erste, was er machen muss, ist ein generelles Kleinwaffen-Exportverbot. Aber an die anderen muss er auch ran. Er kann doch nicht im Wahlkampf einen Rückgang der Waffenexporte versprechen und sie dann verdoppeln.

Hat er hier ein Versprechen gebrochen?

Ja. Er hat ein Versprechen gebrochen, ganz klar.

Herr van Aken, die deutsche und die europäische Rüstungsindustrie sind zurzeit noch aus einem anderen Grund in den Schlagzeilen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat geraten, im Zuge einer weiteren europäischen Integration dafür zu sorgen, dass auch europäische Rüstungsvorhaben künftig EU-weit koordiniert werden, um so Rüstungsausgaben in den einzelnen Ländern zu sparen und die Rüstungsindustrie möglicherweise etwas anzukurbeln. Was halten Sie von solchen Vorschlägen, europäische Integration über den Umweg einer Integration der Rüstungsindustrien?

Ich weiß überhaupt nicht mehr, ob Schäuble nicht mittlerweile vollkommen die Bodenhaftung verloren hat. Europa brennt, die Briten haben für den Austritt gestimmt, wir haben eine fundamentale Krise, und das einzige was Schäuble einfällt, ist, darüber nachzudenken, wo sich die Waffenverkäufe besser koordinieren lassen. Ich finde, das ist das allergeringste Problem, das Europa im Moment hat.

Aber sind die nationalen Verteidigungsbudgets nicht immer ein riesiger Ausgabenposten? Würde es nicht Sinn machen, sie stärker zusammenzuführen?

Ja, es würde auf jeden Fall Sinn machen, diese Verteidigungsausgaben zu reduzieren und nicht zu steigern, wie das jetzt geplant ist. Aber die Reduktion der Verteidigungskosten erreichen Sie nur, wenn Sie unsinnige Projekte gar nicht erst anfangen. Denn selbst bei den Projekten, wo militärisch koordiniert wurde, seien es Flugzeuge oder Panzer, sind die Kosten trotzdem in die Höhe getrieben worden. Und die Lehre daraus ist: Wenn man sagt, wir haben hier eine Verteidigungsarmee in Deutschland, verzichten wir auf alles, was für Auslandseinsätze nötig ist. Dann haben wir eine Menge Geld gespart, dann hat Schäuble noch die eine oder andere Milliarde übrig.

Wir müssen uns der Wahrheit stellen

Interview mit Ex-CIA-Analyst und US-Friedensaktivist Raymond McGovern¹ über islamistischen Terror, die Schuld des Westens und die US-Air-Base Ramstein, aus: ND, 22.6.2016, Interview: Karlen Vesper

Sie haben 27 Jahre für die CIA gearbeitet und sind jetzt in der US-amerikanischen Friedensbewegung aktiv. Haben Sie sich vom Saulus zum Paulus gewandelt?

Das würde ich gern von mir behaupten, aber ich bin kein Paulus. Als Katholik verehere ich den Apostel, der Jesu Liebesgebot unter die Menschen verbreitete und für seinen Glauben einen Märtyrertod starb.

„Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, soll Jesus von Nazareth gesagt haben. Ich schätze, dieser Satz steht in keinem CIA-Agentenhandbuch.

Da haben Sie Recht. Ich war aber kein CIA-Agent, ich arbeitete in der Auswertung, war Analyst und insofern verantwortlich, nur die Wahrheit zu sagen – meinen Vorgesetzten und dem Präsidenten. Es gibt zwei Dienste innerhalb der CIA: einen für die Auswertung und einen für operative Aufgaben wie konspirative Informationsbeschaffung, Ausspähung und schmutzige Geschäfte, Entführungen, illegalen Waffenhandel, die Inszenierung von Putschen und die Anzettelung von Kriegen. Mit diesen Dingen hatte ich nichts zu tun.

Kann man einen Geheimdienst in einen guten und einen bösen Bereich aufspalten?

Ja. Ich war Analyst und verpflichtet, Fakten zusammenzutragen, alle verfügbaren Informationen zu studieren und wahrheitsgemäß zu berichten. Das tat ich, das taten meine Kollegen in der Auswertung. Wir prophezeiten, dass der Krieg in Vietnam nicht im Sinne unserer Militärs enden würde, dass weitere Bombardements, auch mit dem verheerenden Gift Agent Orange, die vietnamesische Befreiungsarmee nicht in die Knie zwingen würde. Lyndon B. Johnson war dann der erste Präsident der USA, der es ablehnte, weitere Soldaten nach Vietnam zu schicken. Er nahm Friedensverhandlungen mit Nordvietnam auf.

Das tat er aber doch nicht wegen der CIA-Analysten, sondern wegen der weltweiten Proteste, vor allem in den USA selbst?

Beides war entscheidend: die Antivietnamkriegsbewegung und unsere Analysen.

Sie sind schon mit 50 in Rente gegangen. Warum?

Erstens, weil es diese Möglichkeit bei der CIA gibt, auch wenn die Rente dann kleiner ausfällt, als wenn man 45 Jahre Dienst tut. Zweitens: Das Objekt oder Subjekt meiner Studien verschwand, die Sowjetunion kollabierte; ich war in der Auswertung für die UdSSR verantwortlich. Und drittens hatte ich genug von der Geheimdienstarbeit, dachte, es wäre besser, wenn jetzt Jüngere zum Zuge kommen. Ich wollte außerdem wieder nach New York, meiner Geburtsstadt, zurück und mich lieber in katholischen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen engagieren, eine Arbeit machen, in die ich mein Herzblut einbringen kann

und bei der ich mit Herzenslust dabei bin. Der hauptsächlichste Grund aber war, viertens: Mein Berufsstand ist inzwischen durch und durch korrumpiert worden.

Wie meinen Sie das?

Es begann, als Robert Gates, der zuvor unter mir gearbeitet hat, Chef der Auswertung und Director of the Executive Staff wurde. Er hat den Präsidenten – und das waren in seiner Amtszeit vier – immer nur gesagt, was sie hören wollten. Wenn beispielsweise Ronald Reagan ihn fragte: „Stimmt es, dass in Nicaragua unter jedem Stein ein Russe lauert?“, antwortete er: „Jawohl, Mr. President. Schlimmer noch. Unter jedem Stein in Nicaragua lauern zwei Russen.“

Gates hat die Iran-Contra-Affäre verantwortet, die Umleitung von Geldern aus illegalen Waffenverkäufen an Iran nach Nicaragua an die Gegner der sandinistischen Regierung, die Contras.

So ist es. Irangate, die Enthüllung dieses Skandals, hat verhindert, dass er Chef der CIA wurde. Wir nennen solche Leute, die den Oberen nach dem Mund reden, „windsacks“ wie die Vorrichtungen auf Flugplätzen, mit denen die Windrichtung bestimmt wird. Wie heißen solche Typen in der deutschen Sprache?

Das sind Leute, die ihre Fahne nach dem Wind hängen.

Gates war so ein Typ. Das war nicht nur sehr traurig und beschämend für mich und kratzte an unserem Berufsethos, sondern das war auch globalpolitisch fatal. Unvernünftige Fehlentscheidungen waren die Folge, vermeidbare Aggressionen wurden vom Zaun gebrochen.

Wie die Invasion in Irak 2003.

Das war nicht nur ein Fehler, das war ein riesiger Betrug. Was waren denn das für „Beweise“ und „Belege“ dafür, dass Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfüge? Es waren gefälschte Geheimdienstinformationen. Das stellte fünf Jahre später auch ein Untersuchungsausschuss des US-Senats fest. Die Berichte, mit denen der Irak-Krieg national und international gerechtfertigt wurde, seien „substanzlos, widersprüchlich oder gar nicht existent“ gewesen.

Und die Lüge hatte US-Außenminister Colin Powell ausgerechnet vor dem berühmten Guernica-Bild von Pablo Picasso im UN-Hauptgebäude in New York kolportiert. Irgendwer muss den Zynismus erkannt haben, das Gemälde war an diesem Tag verhängen.

Das war am 5. Februar 2003. Am selben Tag haben wir, ehemalige Geheimdienstleute, ein Memorandum an den damaligen Präsidenten, George W. Bush junior, verfasst, in dem wir ihn warnten, nicht auf unsere ehemaligen Kollegen zu hören, die von Dick Cheney beeinflusst seien, dem Vizepräsidenten unter Bush junior und zuvor bei dessen Vater Verteidigungsminister. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre drängte er mit dem von ihm gegründeten neokonservativen Think Tank, der Denkfabrik Project for the New American Century (Projekt für ein neues Amerikanisches Jahrhundert) auf den Sturz Saddams als einen ersten Schritt zur Neuordnung des Nahen Ostens.

Im ureigensten Interesse.

Er saß im Aufsichtsrat von Halliburton. Es geht immer wie-

der nur ums Öl. Und um lukrative Aufträge für die Rüstungsfirmen. Wir schrieben damals einen Offenen Brief an Bush junior, empfahlen ihm, seine Berater auszuwechseln. Wenn wir in diesen Krieg ziehen, warnten wir, wird das böse Konsequenzen zeitigen. Keine Zeitung druckte unser Memorandum, nicht die „New York Times“, nicht die „Washington Post“. Auch AP, Associated Press, half uns nicht, ihn zu veröffentlichen. Wir schafften es dennoch, das Memorandum publik zu machen und ernteten eine große Resonanz, aus Europa ebenso wie aus China und Japan.

Sie sind durch die folgende Entwicklung bestätigt worden.

Ja, aber das macht mich weder stolz noch froh. Mehrere Hunderttausend Tote, so schätzt man, kostete dieser Krieg. Irak ist ein unbefriedetes Land, ein Failed State. Syrien ist mit ins Kriegsunglück gerissen worden. Den schrecklichen IS haben wir erst gezüchtet, er ist Produkt unserer törichten, größenwahnsinnigen Strategen.

Kann man die Invasion 2003 in den Irak als den Sündenfall der USA im 21. Jahrhundert bezeichnen?

Ich würde sagen, es ist der größte außenpolitische Fehler in der Geschichte der USA überhaupt.

Und was war der sogenannte Tonking-Zwischenfall 1964, der angebliche Beschuss zweier US-amerikanischen Kriegsschiffe durch die Nordvietnamesen, der Johnson zum direkten Eingreifen der USA in den Vietnamkrieg veranlasste?

Das war eine Finte, in ihren globalen Auswirkungen nicht so folgenreich wie der Einfall in Afghanistan und Irak. Parallelen sind aber erkennbar. Damals wurde Furcht vor den Kommunisten geschürt, das Schreckgespenst des Kommunismus diente als Rechtfertigungsgrund. Der Einfall in Afghanistan und Irak sollte der Bekämpfung der Terroristen, der Attentäter vom 11. September 2001, dienen, hatte aber geopolitische Ziele wie die Einmischung in Vietnam. Die Taliban und Saddam hatten mit Nine/Eleven nichts zu tun. Wie die falschen Behauptungen, mit denen der Irakkrieg angezettelt wurde, waren auch die Berichte vom Tonking-Zwischenfall von Geheimdienstleuten fabriziert worden.

Erst 1971 konnte Daniel Ellsberg mit den Pentagon-Papieren die gezielte Irreführung der US-amerikanischen Bevölkerung hinsichtlich des Vietnamkrieges dokumentieren. Heute geht das schneller.

Es ist heute zum Glück nicht mehr ganz so einfach, Lügen zu verbreiten. Denn sie können dank Whistleblowern und Internet rasch als solche enthüllt werden. Ich nenne das World Wide Web die Fünfte Gewalt. Die konventionellen Medien, die viel beschworene Vierte Gewalt, haben nach Nine/Eleven ihre Verpflichtung zu kritischer Berichterstattung aufgegeben. Sie haben sich der Macht unterworfen. Deshalb haben wir heute auch Leute wie Donald Trump und Hillary Clinton. Die US-Bürger werden durch die „New York Times“ und die „Washington Post“ nicht aufgeklärt, sondern verdummt, eingelullt.

Wer wird das Rennen um das Präsidentenamt machen? Hillary Clinton oder Trump? Bernie Sanders scheint raus zu sein.

Aber nicht doch. Noch ist nichts entschieden. Ich habe immer noch Hoffnung, dass Sanders gewinnt. Er hat noch gute Chancen. Die Medien, AP, „New York Times“ und „Washington Post“, haben Hillary Clinton zur Siegerin erklärt, obwohl sie es noch nicht ist. Der Parteikonvent der Demokraten entscheidet.

Unser Wahlsystem ist für Europäer vielleicht sehr undurchsichtig. Die Delegierten werden auf zweierlei Weise zum Konvent geschickt. Während einige Bundesstaaten mit dem Schlüssel 60 zu 40 Prozent die Stimmen auf Sieger und Verlierer verteilen, werden in anderen Bundesstaaten alle Stimmen dem Sieger zugeschlagen. Außerdem gibt es noch die Superdelegierten, von der Parteiführung gestellt. Sie haben – angeblich wegen Systemerhaltung – klargestellt, sie würden auf dem Konvent für Hillary Clinton stimmen. Auf diese Weise versuchen sie noch die Vorwahlen zu beeinflussen. Laut Umfragen hätte aber Bernie Sanders die besseren Chancen gegen Trump. Es kann sich also noch einiges ändern.

Was ist, wenn Trump der nächste Präsident wird?

Das wäre eine Katastrophe. Trump ist unberechenbar. Ein solcher Mensch darf nicht mal in die Nähe des Knopfs zur Auslösung der Atomraketen gelangen. Ich fürchte, mit ihm als Präsidenten könnten wir beim leisesten Streit mit Russland in einen atomaren Krieg schlittern, der das Ende der Menschheit bedeuten würde.

Wie schätzen Sie den derzeitigen Konflikt des Westens mit Russland wegen der Ukraine ein?

Die Dämonisierung von Putin und Russland ist dumm. Es ist doch verständlich, dass die Russen durch den Ukraine-Coup aufgeschreckt sind, den unsere mächtigen Think Tanks ausgebrütet haben.

Inwiefern?

Sie erinnern sich doch gewiss an das am 4. Februar 2014 abgehörte und sogleich auf YouTube gestellte Telefongespräch zwischen Victoria Nuland vom State Department und unserem Botschafter in Kiew, Geoffrey R. Pyatt. Die Staatssekretärin ließ keinen Zweifel: „Jaz is our Guy.“ Damit war Arseni Jazenjuk gemeint, der zum neuen ukrainischen Regierungschef aufgebaut werden sollte.

Es war jenes Telefonat, in dem eine sehr unflätige Redewendung fiel.

„Fuck the EU!“, sagte Nuland. Daran sieht man, wie es wirklich um die transatlantische Partnerschaft steht. Jedenfalls, was danach in und um die Ukraine geschah, ist vom Westen verschuldet.

Aber die anfänglichen Proteste auf dem Maidan waren von ukrainischen Bürgern getragen – aus Enttäuschung über die überraschende Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit der EU?

Von Anfang an hatten die Geheimdienste ihre Finger im Spiel. Denken Sie nur an die Schüsse, die von Häuserdächern in Kiew damals auf Demonstranten wie auch auf Polizisten abgegeben wurden. Das waren Scharfschützen, trainierte Leute. CIA und NSA unterstützten den rechten Sektor, offen faschistische Kräfte, mit Geld, Waffen und Beratern. Fünf Milliarden Dollar war unserer Regierung der

Coup wert. Es ist der offensichtlichste von außen gesteuerte Putsch in der Menschheitsgeschichte überhaupt gewesen.

Vor zwei Jahren haben Sie einen Brief an die deutsche Kanzlerin geschickt. Hat sie geantwortet?

Nein. Es war ein Offener Brief, den ich mit sieben weiteren ehemaligen Geheimdienstmitarbeitern geschrieben habe.² Wir acht Unterzeichner verkörperten zusammen 225 Jahre Geheimdienst Erfahrung. Unseren Appell haben wir vor dem NATO-Gipfel vom 4./5. September 2014 verfasst, um die Bundeskanzlerin zu warnen, bei den Entscheidungen hinsichtlich der Ukraine nicht auf die Behauptungen unserer Geheimdienste hereinzufallen. Wir verwiesen auf die Parallele Irakkrieg. Wir baten Frau Merkel, den Hiobsbotschaften des State Departments und der NATO, es stehe eine Invasion Russlands in der Ukraine bevor, mit angemessenem Misstrauen zu begegnen. Im vergangenen Jahr, 2015, habe ich übrigens mit anderen einen weiteren Brief an die Kanzlerin geschrieben. Da ging es um die US-Air-Base Ramstein.

Von der aus der Drohnenkrieg gesteuert wird.

Wie schafft man die Drohnen wieder aus der Welt?

Nur durch beharrliche Proteste immer und immer wieder. Es wird ein schwerer Kampf, denn der militärisch-industrielle Komplex macht mit den Drohnen riesige Profite. Aber wir müssen diesen Kampf führen. Denn die Drohnen haben jenen das Handwerk erleichtert, die sich anmaßen, jederzeit und überall in der Welt unliebsame Regierungen zu stürzen oder unliebsame Personen zu eliminieren. General Petraeus, kurzzeitig CIA-Direktor und später Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Irak, gestand: „Wir befinden uns in einem Dreißigjährigen Krieg.“ Aber die Kombattanten des Westens sind müde, die Völker der stetigen Kriegseinsätze überdrüssig. Den Drohnen kommt in der zukünftigen Kriegführung eine dominierende Rolle zu. Jeder US-Präsident, jede US-Regierung, jeder US-General, der eine Drohne zur Tötung von Menschen losschickt, verstößt aber gegen unsere Verfassung

Gegen die Bill of Rights.

So ist es. Der fünfte Verfassungszusatz verbietet, dass ein Mensch, auch wenn er kein US-Bürger ist, ohne Due Process of Law – in Deutschland heißt das wohl „rechtsstaatliches Verfahren“ – verurteilt werden darf. Due Process garantiert den Anspruch auf ein faires und unparteiisches Gericht. Niemand darf ohne den Nachweis seiner Schuld „in Gefahr des Leibes oder des Lebens gebracht werden“, auch nicht seiner Freiheit und seines Eigentums beraubt werden. Wie viele unschuldige Zivilisten, wie viele Frauen und Kinder wurden bereits durch Drohnen getötet?

Ich weiß es nicht.

Jede Woche wird dem Präsidenten eine Liste vorgelegt, auf der die Namen der fünf Top-Terroristen oder vermeintlichen Top-Terroristen stehen. Die liest er und fragt gegebenenfalls nach: „Achmed? Ist das nicht der Schwager von Mohamed, der vergangene Woche auf der Liste stand? Haben Sie mir nicht von Achmed erzählt, er habe fünf Kinder und sei kein Terrorist, nur sein Schwager?“ Ihm wird geantwortet: „Unsere Erkenntnislage hat sich geändert, Mr. President, wir haben neue Informationen.“ Wenn Achmed Glück hat,

sagt der Präsident: „Lassen Sie uns nächste Woche noch einmal darüber reden. Ich muss jetzt zum Lunch mit meiner Frau.“ So läuft das bei uns. Das ist doch irrwitzig. Und mehr noch: Das ist offener Verfassungsbruch und völkerrechtswidrig, das ist ein Verbrechen. Mein Vater war über 30 Jahre als Anwalt tätig. Er liebte seine Arbeit, liebte das Recht. Er würde sich im Grabe umdrehen, wüsste er, wie bei uns heute das Recht verletzt wird und der Supreme Court, unser Oberster Gerichtshof, dies ungestraft zulässt.

Wie viele Kinder haben Sie?

Ich habe fünf Kinder und neun Enkel. Deshalb tue ich das alles, engagiere ich mich in der Friedensbewegung und protestiere auch gegen die Relaisstation für den Drohnenkrieg im US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein, der sich übrigens nicht, wie oft behauptet wird, auf extraterritorialem Gebiet befindet. Ramstein gehört hoheitsrechtlich dem deutschen Staat. Aber die deutsche Regierung hält es wie die drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Damit macht sie sich mitschuldig an völkerrechtswidrigen Handlungen.

Der Afghanistan- und der Irakkrieg haben eine ganze Region destabilisiert, ins Chaos gestürzt und Europa und Deutschland eine Flüchtlingswelle beschert

Und auch in diesem Fall werden die falschen Fragen gestellt: „Wo sollen wir all die Menschen unterbringen? Wie viele können wir noch aufnehmen?“ Die eigentliche Frage lautet: Wie werden Flüchtlinge gemacht? Und die führt zur Frage: Wie werden Kriege gemacht? Wie kam der Terrorismus in die Welt? Er ist doch nicht in der DNA der Araber oder Afrikaner angelegt. Aber viele bei uns glauben das: Da steht einer frühmorgens in Bagdad, Aleppo oder Paris auf, reibt sich die Augen, streckt sich und stellt fest: „Ach, das ist heut‘ aber ein schöner Tag! Er eignet sich vorzüglich für ein Selbstmordattentat.“

Es wird bei uns immer von einer „Selbstradikalisierung“ gesprochen. Das ist doch Quatsch. Der Westen wird auch nicht vornehmlich wegen seiner demokratischen Staatsform und der Freiheit, in der wir zu leben glauben, gehasst. Nein, wir werden wegen der ignoranten und arroganten Politik unserer Regierung gehasst. Diese Wahrheit müssen wir uns endlich eingestehen. Und die Deutschen sollten kraft ihres Hoheitsrechtes klar und deutlich „Nein“ sagen: „Keine Drohne wird mehr von Ramstein aus gelenkt!“

Wie kann man den wirklichen Terroristen, dem IS und all den anderen gewaltbereiten Fundamentalisten erfolgreich begegnen?

Wie man auch die Malaria besiegt. Würden Sie jeder einzelnen Mücke hinterherjagen und sie mit einer Fliegenklatsche totschiessen? Vermutlich nicht. Die Malaria bekämpft man, in dem man die Brutstätte der Moskitos ausfindig macht und ausräuchert.

Und wie „räuchert“ man Terrorbrutstätten aus?

Indem man global die Armut und ökonomische Ungerechtigkeit bekämpft, all die Millionen Menschen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika von ihren täglichen Beschwerden befreit.

Sie haben einmal gesagt, 9/11 wäre vermeidbar gewesen?

Das sage ich auch heute noch. NSA, FBI und CIA hätten den Terroranschlag auf das World Trade Center und das Pentagon verhindern können. Es gab zahlreiche Geheimdienstinformationen, die man jedoch zurückhielt. Für einen Insider ist die damalige Passivität unglaublich, unerhört. Ich nenne jene Menschen Helden, die versuchen, die Wahrheit herauszufinden. Sie werden von den regierungshörigen Medien als „Verschwörungstheoretiker“ verleumdet und blockiert. Selbst der offizielle 9/11-Report wurde behindert. Unsere Dienste und unsere Regierung spielten nicht mit offenen Karten, versuchten zu leugnen, zu vertuschen, die Wahrheit zu verbiegen, wo es nur ging. Es ist gut, dass es Whistleblower und kritischen, investigativen Journalismus gibt. Es sind immer noch viele Fragen offen. Sie zu beantworten sind wir allen Opfern schuldig.

- 1 Raymond McGovern, Jg. 1939, war fast drei Jahrzehnte als Analyst für die CIA tätig, mit Schwerpunkt UdSSR. Gegen Ende seiner Karriere war er für die morgendliche Berichterstattung im Weißen Haus zuständig. Zu seinen Aufgaben gehörte die Mitarbeit an Dossiers wie dem National Intelligence Estimate und dem Presidents Daily Brief. Bei seiner Pensionierung erhielt McGovern vom US-Präsidenten George W. Bush senior die Intelligence Commendation Medal, die er im März 2006 aus Empörung über die Beteiligung von CIA-Mitarbeitern an Folterungen in Irak zurückgab. Drei Jahre zuvor hat er mit anderen ehemaligen CIA-Mitarbeitern aus Protest gegen den von George W. Bush junior befohlenen Irakkrieg die Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS) gegründet, die sich der Aufgabe verschrieb, den Missbrauch von Geheimdienstinformationen zu entlarven.
- 2 Siehe DIE LINKE international Nr. 2/2014.

Die Sehnsucht nach der starken Hand — ein globaler Trend

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Seit einigen Jahren ist weltweit ein Trend zu autokratischen Führungsfiguren zu beobachten. Ob Trump, Erdoğan, Duterte oder Orban und Co., Populisten gewinnen mit der Losung „Wir gegen alle anderen“, mit Anti-Establishment-Attitüden, mit Ausgrenzung und mit der Forderung nach mehr Sicherheit in ihren Ländern Millionen Anhänger, gewinnen Wahlen und können sich im Amt behaupten, obwohl sie eine autoritäre Politik verfolgen und demokratische Freiheiten beschneiden. Und auch wenn man Frauke Petry und Björn Höcke von der Alternative für Deutschland nicht in die Riege der charismatischen Führer einsortieren kann, ist nicht zu leugnen, dass sich dieser Trend auch hierzulande breitmacht und die AfD mit populistischen Forderungen, mit Ausgrenzung und dem Ruf nach mehr Sicherheit in zweistelliger Höhe in die Landtage einzieht.

Woher kommt diese Sehnsucht nach der starken Hand? Warum sind Menschen bereit, demokratische Errungenschaften für mehr vermeintliche Sicherheit aufzugeben? Sicher kann bei der Analyse nicht auf jedes der folgenden Beispiele dasselbe Raster aufgelegt werden. Die Rollen im politischen System, die Historie der Länder sind jeweils unterschiedlich, die Art, wie und gegen wen Ausgrenzung vonstattengehen soll ist verschieden, ebenso der Anteil an neoliberaler Politik, den die neuen Autokraten vertreten. Dennoch gibt es auffällige Gemeinsamkeiten, die womöglich weniger an der spezifischen politischen Lage vor Ort liegen als an generellen Entwicklungen, die global zu beobachten sind.

Donald Trump, von dem anfangs kaum jemand glaubte, dass er sich als Präsidentschaftskandidat der Republikaner durchsetzen könnte, liefert sich in den Umfragen trotz seiner zahlreichen skandalösen Äußerungen ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Hillary Clinton. Er geriert sich als Außenseiter, der mit dem politischen Establishment in Washington ordentlich aufräumen will. Mit aller Härte will er gegen illegale Migranten vorgehen und an der Grenze zu Mexiko eine Mauer bauen. Seine Anhänger scheinen Meinungsumfragen zu Folge seinen Wahlslogan „Make America great again“ verinnerlicht zu haben.¹ Für sie verkörpert Trump den amerikanischen Traum. Sein Großvater war aus Deutschland eingewandert, hundert Jahre später ist der Enkel Unternehmer und Milliardär. Obwohl er als Unternehmer selbst Teil der amerikanischen Wirtschaftselite ist, nimmt man ihm seine Anti-Establishment-Haltung ab, oder gerade deshalb. Seine Befürworter glauben, dass er im Gegensatz zu den politischen Eliten nicht korrumpierbar sei, da er nicht für Geld in die Politik ginge. Auch seine verbalen Fehltritte werden ihm nicht angekreidet, sondern positiv gewertet. Er gilt als jemand, der endlich mal den Mund aufmacht und sagt, was Sache ist, der sich nicht verbiegen lässt, und Rückgrat beweist, auch wenn er medial starken Gegenwind zu spüren bekommt. Als Unternehmer habe er bereits bewiesen, dass er gut verhandeln und managen könne.

Die Enttäuschung über die bisherige Politik spielt auch

eine gewichtige Rolle. Der von Obama versprochene Wandel kam nicht, die Wirtschaft hat sich nach der großen Krise 2008 nur langsam erholt, die soziale Spaltung des Landes geht tief und Terroranschläge wie 2013 in Boston oder im Juni in Orlando verunsichern die Bevölkerung eines Landes, das sich vom kollektiven Trauma des 9.11. nicht erholt hat. Trump macht die etablierte Politik und die Einwanderer verantwortlich, und kann mit seiner Sündenbock-Rhetorik punkten. Bernd Greiner nennt ihn einen „Angstunternehmer“², dessen Geschäft darin bestünde, „Unsicherheit in Angst zu verwandeln, abstrakte Risiken in akute Gefahren umzudeuten und Gefahren umstandslos als Bedrohung innerer und äußerer Sicherheit aufzubauschen. Ihr ungeschriebenes Statut lässt sich in einem einzigen Satz zusammenfassen: Je rücksichtsloser das Spiel mit Ressentiments, Affekten und Ängsten, desto einträglicher die politische Dividende.“³ Auch wenn nicht alle Anhänger Trump zutrauen, die Probleme des Landes wirklich zu lösen, so hoffen sie doch darauf, dass endlich mal jemand mit harter Hand durchgreift.

Wie das Regieren mit harter Hand aussehen kann, sieht man besonders in der Türkei und in den Philippinen. Auch Präsident Duterte machte mit seinen verbalen Ausfällen weltweit Schlagzeilen. Doch beließ er es nicht bei Verbalattacken, sein Drogenkrieg forderte inzwischen 2.400 Todesopfer. Als Rodrigo Duterte im Juni sein Amt antrat, forderte er öffentlich zur Ermordung von Drogenhändlern, Drogensüchtigen und Kriminellen auf. Seitdem wurden 1.011 Menschen bei Polizeioperationen getötet, 1.391 vermutlich von Auftragsmördern und selbsternannten Bürgerwehren.⁴ Große Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien in Manila und ein populistischer Wahlkampf halfen dem 71jährigen Bürgermeister von Davao City mit 39 Prozent der Stimmen zum Sieg bei der Präsidentschaftswahl. Wie Trump ist auch Duterte kein Mann, der „von unten“ kommt. Seine Familie ist Teil lokaler Clans, in seiner Heimatregion politisch etabliert, weshalb seine Wahl auch nichts am Klassencharakter der Regierung ändert, lediglich die bisherige Verteilung unter den Eliten in Frage stellt. Interessant an Dutertes Regierung ist, dass er dem linken Lager aufgeschlossen gegenübersteht, einige Vertreter linker Politik mit in die Regierung geholt hat, wo sie progressive Politikansätze verfolgen wie den Stopp der Privatisierung von Krankenhäusern oder föderale Reformen. Er selbst trat öffentlich für gleichgeschlechtliche Ehen ein. Eine Einordnung seiner Politik als neofaschistisch greift zu kurz.⁵ Das Bild des Brandstifters, der zündelt, um sich selbst als Feuerwehr ins Spiel zu bringen, bzw. des „Angstunnehmers“ trifft im Fall der Philippinen nicht ganz. 2013 hatten die Philippinen die höchste Mordrate in Asien, mehr als eine halbe Million nicht-registrierter Waffen ist im Umlauf, Drogen und Kriminalität sind ein reales allgegenwärtiges Problem.⁶ Allerdings richtet sich der Drogenkrieg vor allem gegen die Armen, deren Sucht, oder allein schon die Verdächtigung, zum Todesurteil führt. Hier wird mit massiven Menschenrechtsverletzungen ein Symptom des viel größeren Problems der sozialen Ungerechtigkeit bekämpft. Einer Umfrage vom Juli zufolge aber befürworten 90 Prozent der Bevölkerung seine Politik.⁷

Auch Präsident Erdoğan in der Türkei erfreut sich großer Beliebtheit. Bei dem zweiten Anlauf der Parlamentswahlen im November 2015 konnte seine Partei AKP mit 49 Prozent

eine regierungsfähige Mehrheit erlangen. Und dies trotz der starken Polarisierung der Gesellschaft, trotz massiver Einschränkungen bei Demokratie und Meinungsfreiheit, trotz Korruptionsvorwürfen gegen ihn und seine Regierung, und trotz, oder gerade wegen des wiederaufgeflamten Krieges in den kurdischen Gebieten. Schon vor der ersten Parlamentswahl im Juni verschärfte Erdoğan seine antikurdische Rhetorik, dennoch zog die prokurdische HDP mit deutlichem Stimmengewinn ins Parlament ein. Als nach dem brutalen Anschlag in Suruç im Juli 2015 auf eine kurdische Jugendorganisation, zwei Polizisten von der PKK aus Rache ermordet worden sind (sie sollen mit dem IS zusammengearbeitet haben), kündigte Erdoğan den Waffenstillstand auf. In der Folge kamen seitdem mehrere hundert Zivilisten in den kurdischen Gebieten ums Leben, wurden in zahlreichen Städten wochen-, gar monatelang Ausgangssperren verhängt, ganze Stadtteile von der türkischen Armee in Schutt und Asche gebombt. Doch der stetige Verweis darauf, dass man nur den Terrorismus bekämpfe, scheint bei den meisten Anhängern Erdoğan's zu verfangen. So auch bei den heftigen Maßnahmen nach dem Putschversuch im Juli gegen die Gülen-Bewegung im eigenen Land mit mehr als 20 000 Festnahmen, 100 000 Entlassungen, der Schließung zahlreicher Verlage und Medienanstalten. Seitdem sind Erdoğan's Umfragewerte auf 67 Prozent gestiegen.⁸

Mehr als eine Million Menschen hatten sich nach dem Putsch zu einer Großdemonstration in Istanbul versammelt und laut die Todesstrafe gefordert, die Erdoğan selbst zuvor in die öffentliche Debatte geworfen hatte. Immer wieder schwört er seitdem seine Anhänger auf den Kampf gegen den Terrorismus ein, wobei er keine Unterschiede macht zwischen dem IS, der PKK und der Gülen-Bewegung. Dabei ist es gerade die Politik der Regierung Erdoğan's, die für die aktuelle instabile Situation des Landes verantwortlich ist. Jahrelang hatte sie islamistische Kräfte in Syrien unterstützt, gegen Assad und gegen die Kurden im Norden Syriens. Nun haben islamistische Anschläge auch in der Türkei zugenommen. Der Friedensprozess mit den Kurden war zumindest eine Weile lang auf einem guten Weg, doch war es die Regierung Erdoğan's, die schon im Vorfeld der Juni-Wahl letztes Jahr die Gespräche abgebrochen und in der Kurdenfrage auf eine härtere Gangart umgeschaltet hatte. Viele der heute als Gülen-Anhänger Verdächtigten haben nichts mit dieser Bewegung zu tun. Sie sind Lehrer, die 2015 an einem Streik einer linken Lehrgewerkschaft teilgenommen haben, Akademiker, die einen Aufruf für Frieden unterzeichnet haben, Journalisten, die Erdoğan öffentlich kritisiert haben. Vielleicht hätte die Gülen-Bewegung zu einer Bedrohung der Macht Erdoğan's werden können, immerhin wird ihr nachgesagt, hinter den geleakten Dokumenten zu stecken, die den Korruptionsskandal 2013 aufdeckten. Ob sie aber in dem Maße, wie Erdoğan es darstellt, eine Bedrohung der inneren Sicherheit war, ist zweifelhaft. Die Entlassung von 100 000 Staatsbediensteten, Polizisten, Juristen, Lehrern usw. könnte jedoch eine werden. Erdoğan schürt selbst die Feuer, die er angeblich löschen will, und verstärkt damit die Spaltung der Gesellschaft.

Die Brandstifter in Europa verfolgen eine ähnliche Taktik, sie reden bestehende Probleme groß und befeuern Stimmungen, auf die ihre Antworten dann „mehr Sicher-

heit“ und Ausgrenzung lauten. In vielen Ländern bisher nur mit verbalen Äußerungen und von der Oppositionsbank aus, doch in Ländern wie zum Beispiel Ungarn oder Polen auch in Regierungsverantwortung zu beobachten. Polen weigert sich mit Verweis auf die Sicherheit im Lande, Flüchtlinge aufzunehmen, die Unabhängigkeit der Gerichte und der Medien wurde teilweise eingeschränkt, die Fremdenfeindlichkeit nimmt zu und wird von der Regierung befeuert. In Umfragen steht die PiS-Partei mit 41 Prozent aktuell sogar noch besser da, als bei der Wahl (37,6 Prozent). In Ungarn werden unter Victor Orban seit 2010 Menschenrechte systematisch eingeschränkt. Mit Grenzzäunen schottet man sich gegen Flüchtlinge ab. Nach Umfragen wäre die rechtspopulistische Fidesz von Orban noch immer stärkste Kraft, die rechtsextreme Partei Jobbik könnte sogar auf 27 Prozent kommen.

Lange galt die These von den Modernisierungsverlierern als Erklärungsmuster für rechte Einstellungen in der Bevölkerung. Infolge von sozialem Wandel büßen Teile der Bevölkerung ihre ökonomische und soziale Stellung ganz oder teilweise ein. Das macht sie anfälliger für Sündenbockdiskurse und Frustration über die etablierten Parteien. Doch weder in den USA, noch in der Türkei, noch in Europa sind es nur sozial Abgehängte aus bildungsfernen Schichten, die ihren Führern zujubeln, auch wenn aus diesen Milieus die Mehrheit der Wähler stammt. Die polnische PiS-Partei hatte bei der Parlamentswahl 2015 vor allem unter den Arbeitern, Arbeitslosen und Rentnern deutlich gewonnen, war aber auch bei Hochschulstudenten stärkste Kraft.⁹ Die AfD liegt bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin auch unter Beamten und Selbständigen im zweistelligen Bereich. Auch die Anhänger von Trump stehen, was Einkommen und Bildung betrifft besser da, als der Durchschnitt der Amerikaner.¹⁰

Einem Erklärungsansatz kommt man vielleicht näher, wenn man den Begriff „Modernisierungsverlierer“ weiter fasst und über den persönlichen ökonomischen Status hinausblickt. In einer immer komplexer gewordenen Welt, in der Waren- und Informationsaustausch so rasant vorstattengehen, wie nie zuvor, schwinden traditionelle Orientierungsrahmen. Die Welt ist ein Dorf geworden, doch was passiert, wenn das Dorf in der Welt untergeht? Wenn klassische familiäre Bindungen und soziale Netze nicht mehr halten? Wenn Städte ständig wachsen und Dörfer überaltern? Wenn Mobilität so zunimmt, dass vorhandene lokale Gemeinschaften langsam zerbröseln, neue nur noch oberflächlich bleiben? Was passiert, wenn man bei Kriegen und Terroranschlägen dank Dauerberichterstattung in den Medien immer live in der ersten Reihe mit dabei sein kann? Und was passiert, wenn man sich angesichts der Informationsflut dank Facebook und Co in seiner Echoblase einrichten kann und Informationen nur noch stark gefiltert und selektiv aufnimmt?

Populisten verstehen es, auf vorhandene Ängste und reale Sorgen einzugehen, sie zu verstärken, und darauf einfache Antworten zu präsentieren. Sie vermitteln ihren Anhängern ein Wir-Gefühl – wir, die wahren Amerikaner; wir, die Türken als geeinte Nation gegen alle Feinde – und vermitteln damit ein Stückchen Identität.

Wollen wir die Demokratie vor diesen gefährlichen Führern schützen, gibt es viel zu tun. A und O bleibt mehr soziale Sicherheit, Bildung, Medienkompetenz, etc. Doch

brauchen wir auch eine links gewendete Debatte um Identität. Dem ausschließenden „(nur) Wir“ der Demagogen müssen wir ein offenes „Wir“ entgegensetzen, das die Vielfalt der modernen Welt als selbstverständlich erachtet, ein plurales Verständnis von Identität, die sich über gemeinsame Werte definiert, nicht als Mehrheitsgesellschaft, die Minderheiten toleriert, sondern alle gemeinsam als Teil derselben bunten Gesellschaft begreift. Und vielleicht gelingt es dann auch, den Ängstlichen aufzuzeigen, dass wir keine starke Hand brauchen, die mehr zerstört, als sie schafft, sondern dass wir zusammen und gemeinsam die Probleme besser lösen können.

- 1 Das Politmagazin The Atlantic hat eine aufschlussreiche Zusammenstellung von Argumenten einiger Trump-Befürworter veröffentlicht, vgl. <http://www.theatlantic.com/politics/archive/2015/08/donald-trump-voters/401408/> (abgerufen am 30.08.2016).
- 2 Bernd Greiner, „United States of Angst. Donald Trump und der Extremismus der Mitte“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2016, S.43-50.
- 3 Ebenda, S. 44.
- 4 Vgl. <http://time.com/4478954/philippines-rodrigo-duterte-drug-war-vigilante-killing-deaths/> (abgerufen am 17.09.2016).
- 5 Siehe dazu Analyse der Partidos Lakas Ng Masa der Philippinen: http://www.masa.ph/index.php?option=com_content&view=article&id=414:the-contradictions-of-the-duterte-regime.
- 6 Nash Jenkins: „Why Did the Philippines Just Elect a Guy Who Jokes About Rape as Its President?“ vom 10.05.2016- <http://time.com/4324073/rodrigo-duterte-philippines-president-why-elected/> (anggerufen am 12.09.2016).
- 7 Rosette Adel: „91% of Filipinos trust Duterte“ vom 20.07.2016 <http://www.philstar.com/headlines/2016/07/20/1604814/91-filipinos-trust-duterte-pulse-asia> (abgerufen am 12.09.2016=
- 8 Siehe Meldung vom 12.08.2016 <http://www.presstv.com/Detail/2016/08/12/479599/Turkey-Recep-Tayyip-Erdogan-approval-rating-surge-failed-coup-putsch> (abgerufen am 17.09.2016) Bei den Präsidentschaftswahlen 2014 hatte Erdogan 51 Prozent erreicht.
- 9 Artikel des polnischen Nachrichtensenders TV N24 vom 25.10.2015, <http://www.tvn24.pl/wiadomosci-z-kraju,3/wybory-pis-z-najwiekszym-poparciem-wsrod-najlepiej-wyksztalconych,589077.html> (abgerufen am 17.09.2016).
- 10 Süddeutsche Zeitung, 18.9.2016 – <http://www.sueddeutsche.de/politik/us-wahl-wer-trump-wirklich-waehlt-1.2996402-2> (abgerufen am 17.09.)

Europäische Union

„Die EU bräuchte eine neue Verfassung, in der soziale Grundrechte Vorrang haben vor Binnenmarktfreiheiten oder Wettbewerbsregeln“

Interview mit Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, 2. 5. 2016, Aus: www.linksfraktion.de

Wenn mehrere Stürme sich vereinigen, bilden sie einen perfekten Sturm. Übertragen auf die gegenwärtige Situation der Europäischen Union: Braut sich über der Europäischen Union ein perfekter Sturm zusammen?

Sahra Wagenknecht: Wer so viel Wind gesät hat, braucht sich über Stürme nicht wundern. Erst hat die EU bei der Bewältigung der Finanz- und Eurokrise kläglich versagt. Dann hat sie sich im Schlepptau der USA in eine Konfrontation mit Russland begeben und blutige Konflikte in der Ukraine und in Syrien mit angeheizt. Auf die resultierende Flüchtlingskrise hat die EU keine Antwort gefunden. Statt Fluchtursachen zu bekämpfen und europäische Werte und Grundrechte zu verteidigen, haben die EU-Staaten Mauern und Zäune gebaut, Grundrechte geschreddert und ausgerechnet mit dem Terrorpaten Erdogan einen schmutzigen Deal ausgehandelt. In Ungarn und Polen sind Rechtspopulisten schon an der Macht, in vielen anderen EU-Staaten treiben sie die Regierung vor sich her. Gut möglich, dass die britische Bevölkerung sich am 23. Juni für einen Ausstieg aus der EU entscheidet. Im Sommer wird sich auch die Krise um Griechenland erneut zuspitzen – wie wir es schon im letzten Sommer vorausgesagt haben.

Das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu den politischen Eliten in Europa könnte schlechter kaum sein. Das jüngste Beispiel war das Referendum in den Niederlanden zum EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen, das eine Mehrheit ablehnte. Wo liegen Ihrer Meinung nach die Gründe für die politische Legitimationskrise der EU?

Die EU ist eine Union, in der die wirtschaftlich Mächtigen und Reichen den Ton angeben. Dagegen geraten soziale und demokratische Rechte immer mehr unter die Räder. Im Interesse der großen Konzerne verhandelt die EU über Handelsabkommen, die eine große Gefahr für Beschäftigte, Verbraucher und die Demokratie darstellen. Die EU schnürt Rettungspakete für Banken und reiche Anleger und bürdet die Kosten der armen Bevölkerung auf. Fast ein Viertel aller EU-Bürger lebt inzwischen in Armut, während sich die Zahl der europäischen Milliardäre seit Beginn der Krise mehr als verdoppelt hat. Die neoliberale Konstruktion der EU und der Eurozone befördert Steuerdumping, Sozial- und Demokra-

tieabbau. Die Europäische Zentralbank pumpt jeden Monat zig Milliarden Euro in die Finanzmärkte, aber für sinnvolle Investitionen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit gibt sie keinen Cent. Eine Regierung, die Armut bekämpfen und Umverteilung durchsetzen will, bekommt schnell blaue Briefe aus Brüssel – oder man dreht ihr gleich den Geldhahn zu wie der griechischen Linksinregierung im letzten Jahr. Da ist es doch nur logisch, wenn sich bei den Menschen das Gefühl einstellt: Egal wen ich wähle, in dieser EU kommt doch nur immer die gleiche unsoziale Politik dabei heraus. Zumal in Brüssel auf berechtigte Kritik einfach nicht reagiert wird. Die Bevölkerung lehnt TTIP mehrheitlich ab? Dann gibt es eben eine neue Werbekampagne dafür. Die Bevölkerung in den Niederlanden oder Frankreich lehnt eine neoliberale EU-Verfassung ab? Dann lässt man so oft wählen, bis das Ergebnis korrigiert wird. Es ist diese Arroganz der Macht, die immer mehr Menschen einfach satthaben.

Am 23. Juni stimmen die Briten über einen Austritt aus der Europäischen Union ab.

Was würden Sie den Briten raten?

Ich möchte den Briten keine Ratschläge erteilen. Mich stört auch die Arroganz, mit der Politiker aus der EU und den USA der britischen Bevölkerung drohen, falls sie sich für einen Brexit entscheiden. So hat US-Präsident Obama gewarnt, dass sich der Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der USA und dem Vereinigten Königreich im Fall eines Brexit verzögern würde. Dass man Abkommen wie TTIP oder CETA besser entgehen kann, ist aus meiner Sicht allerdings ein Argument für einen EU-Ausstieg. Entscheidend sind die Kräfteverhältnisse in Großbritannien selbst: Ein von rechten und extrem neoliberalen Kräften vorangetriebener EU-Ausstieg birgt die Gefahr, dass selbst minimale soziale Rechte, die etwa in der EU-Arbeitszeitrichtlinie oder der Elternzeit- und Mutterschaftsrichtlinie verankert sind, noch über den Haufen geworfen werden.

Was würde ein Brexit für die EU bedeuten?

Die EU würde weltpolitischen Einfluss einbüßen, was aber kein Nachteil sein muss. Die neoliberalen Kräfte, die die EU so stark geprägt haben, würden durch den Austritt Großbritanniens etwas geschwächt. Auf der anderen Seite würde die deutsche Hegemonie in der EU noch erdrückender werden. Vermutlich würden die Konflikte zwischen hochverschuldeten Staaten, die zu Recht auf ein Ende der Kürzungspolitik und einen Schuldenschnitt dringen und der Bundesregierung, die über extrem niedrige Zinsen von der Eurokrise profitiert, noch schärfer werden.

Sie haben kürzlich auch eine Volksabstimmung gefordert. Die Bundesregierung solle die Bevölkerung zu den transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA befragen. Welche Rolle spielen diese Abkommen für die Krise der EU?

Die Art und Weise, wie die EU über derart wichtige Fragen verhandelt, hat sicher viele Menschen erschreckt und empört. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit kungelt die EU mit Konzernen und Wirtschaftsverbänden und versucht, deren Programm zum Abbau von Sozial- und Umweltstandards an demokratisch gewählten Parlamenten vorbei durchzudrücken. Es ist doch nur den massiven Protesten zu danken, dass die Bundesregierung inzwischen davon aus-

geht, dass es sich bei CETA und TTIP um sogenannte „gemischte Abkommen“ handelt, über die auch in allen EU-Mitgliedstaaten abgestimmt werden muss. Dank TTIP und CETA wissen nun deutlich mehr Menschen, welche Interessen die EU vertritt: Nämlich die der großen Konzerne und nicht die der normalen Bevölkerung.

Was muss aus linker Sicht getan werden, damit aus dem Europa der Eliten und Konzerne wieder ein Europa der Bürgerinnen und Bürger und der Demokratie wird?

Wer keine EU der Eliten und Konzerne will, der muss die europäischen Verträge ändern, die den Unternehmen mehr Rechte und Freiheiten einräumen als den Bürgerinnen und Bürgern. Der ungebremste Standortwettbewerb, der zu Lohn- und Steuerdumping führt, der Druck zur Liberalisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Dienste, das Sozial- und Regulierungsdumping durch Konzerne und Banken – all dies ist mit den neoliberalen Verträgen eng verknüpft. Die EU bräuchte daher eine neue Verfassung, in der soziale Grundrechte Vorrang haben vor Binnenmarktfreiheiten oder Wettbewerbsregeln. Allerdings sollte man sich keine Illusionen machen: Eine neue Verfassung wird in einer Union aus 28 Mitgliedstaaten nur schwer durchsetzbar sein. Wahrscheinlicher ist daher, dass sich eine Koalition der Willigen bildet, die mit den undemokratischen und neoliberalen Regeln der EU bricht um eine andere Wirtschaftspolitik betreiben zu können. Vor ein paar Monaten haben 80 französische Ökonomen die französische Regierung dazu aufgefordert, gemeinsam mit Portugal und Griechenland sowie Italien und Spanien einen solchen Pakt zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu schließen, „der den ökonomischen und sozialen Notwendigkeiten Vorrang vor den neoliberalen Regeln gibt.“ Der französische Präsident wäre gut beraten gewesen, diesen Rat anzunehmen statt die Forderungen der EU zur Deregulierung des Arbeitsmarkts durchzusetzen.

Die Realität sieht in vielen Ländern der EU aber anders aus. Rechte EU-Skeptiker haben Auftrieb und leiten die Ängste und Nöte der Menschen auf ihre Mühlen.

Wie dem begegnen?

Das ist eine wichtige Frage. Ich denke wir müssen die Rechtspopulisten in der sozialen Frage stellen, statt nur – wie die anderen Parteien – einen Kulturkampf mit ihnen zu führen. Wir müssen für unsere Alternativen in verständlicher Sprache werben und noch stärker auf all die Menschen zugehen, die sich von den etablierten Parteien zu Recht im Stich gelassen fühlen. Selbstgerechte Überheblichkeit im Umgang mit Menschen, die sich rechtspopulistischen Parteien zuwenden, halte ich für falsch. Auch sollten wir nicht auf jede rechte Provokation mit Empörung reagieren, weil das den Provokateuren nur die gewünschte Aufmerksamkeit verschafft. Wir dürfen uns von rechten Parteien nicht treiben lassen, das gilt auch und gerade in inhaltlichen Fragen: Unsere Kritik an der unsozialen und undemokratischen EU ist ja nicht weniger berechtigt, nur weil einzelne Argumente von der AfD geteilt werden. Dass die EU von rechts kritisiert wird, hat viele Gewerkschaften und auch viele Linke leider dazu verleitet, der EU bedingungslos die Stange zu halten. Wenn EU-Gesetze und Verträge aber nur von rechts in Frage gestellt werden, rückt auch die EU im Ergebnis immer weiter nach rechts. Strategie

gisch sinnvoller scheint mir eine Position, wie sie auch von Labour-Chef Jeremy Corbyn vertreten wurde: Wir sagen nur dann JA zur EU, wenn die EU sozialer und demokratischer wird.

Sprechen wir über die europäische Flüchtlingspolitik. Eine tragfähige Lösung ist in Europa nicht in Sicht. Kanzlerin Merkel steht mit ihrem „Wir schaffen das“ allein. Was tun in einem Europa, in dem nationale Egoismen wichtiger sind als Solidarität?

Statt sich über den nationalen Egoismus der anderen zu beklagen, sollte die Bundesregierung sich mal an die eigene Nase fassen: Seit vielen Jahren betreibt Deutschland eine unfaire Wirtschaftspolitik gegenüber seinen europäischen Nachbarn. Die Einführung des Euro verbunden mit einer Politik des Lohndumpings hat der deutschen Wirtschaft extreme Wettbewerbsvorteile verschafft. Im Zuge der Krise wurde die deutsche Hegemonie über Europa dann noch weiter ausgebaut. Wirtschaftlich schwächere Staaten mussten sich unsozialen Kürzungsprogrammen unterwerfen, während die Bundesregierung von der Kapitalflucht aus den Krisenstaaten in Form niedriger Zinsen profitiert hat. Wer dann noch wie CDU-Fraktionschef Volker Kauder öffentlich darüber triumphiert, dass in Europa „endlich deutsch gesprochen“ wird, muss sich nicht wundern, wenn Kanzlerin Merkel jetzt in der Flüchtlingskrise der Wind ins Gesicht bläst. Alles in allem haben wir uns von einem Europa der Solidarität in den letzten Jahren immer weiter entfernt. Das liegt zum einen an der Merkelschen Rettungs politik, welche die Krisenverursacher aus dem Blickfeld genommen und stattdessen die Bevölkerung verschiedener Länder gegeneinander aufgehetzt hat. Es liegt aber auch an der neoliberalen Konstruktion der EU und Eurozone selbst. Ich denke, dass ein Rückbau der neoliberalen Marktintegration die Voraussetzung dafür ist, dass sich ein solidarisches Europa entwickeln kann.

Europe ... what's left?

**Ein Diskussionsangebot der Vorbereitungsgruppe
der europäischen Strategiekonferenz
„Europe – what's left?“, Berlin, 2.-5.6.2016**

Aus: <https://www.rosalux.de>

„Europa“ ist für viele Millionen Menschen immer noch eine Hoffnung. „Europa“ ist trotz gegenteiliger Entwicklungen Hoffnung auf Schutz vor Krieg und Verfolgung. Jeden Tag halten jene, die unsere militarisierten Grenzen überschreiten, die Frage einer anderen Zukunft Europas offen.

„Europa“ sind auch all jene Millionen von Menschen, die die Geflüchteten willkommen heißen. Sie erheben damit einen Anspruch auf eine solidarische und demokratische Lebensweise – ein politisches Statement gegen eine ver Einzelnde Konkurrenzgesellschaft und „Postdemokratie“. „Europa“ sind all jene, die sich gegen ein alternativloses und autoritär zugerichtetes Austeritätsregime wenden, für Wohnraum, Gesundheit und Bildung, eine intakte Umwelt oder garantierte Sozial- und Arbeitsrechte für alle streiten, sich engagieren. Dieses Europa ist in der Polarisierung zwischen dem autoritär regierenden Machtblock und einem sich radikalierenden Rechtspopulismus aus dem Blick geraten. Diesen „dritten Pol“ gilt es wieder sichtbarer und politikwirksam zu machen.

Europa: Das ist aber nicht nur ein Horizont oder eine Möglichkeit. Das real existierende Europa ist eine blutige Wirklichkeit für viele. Die Institutionen und Politiker*innen der EU haben systematisch Verarmungsprogramme für ganze Gesellschaften aufgelegt, haben die parlamentarische Demokratie ausgehöhlt, haben die Abschottung nach außen organisiert und restauriert. Unabhängig von den inneren Konflikten und der variablen Geografie der europäischen Prozesse macht Europa also ganz und gar keine gute Figur. „Europa“ ist vielmehr für viele zum Synonym der Beschneidung ihrer sozialen und demokratischen Rechte, ihrer Verelendung geworden. Der Glaube an Europa ist für viele daher keine Hoffnung; mehr Europa steht für weniger Demokratie, weniger soziale Rechte, mehr Neoliberalismus. Dieses Bild wird nur dort gebrochen, wo Europa mit steigendem Wohlstand assoziiert wird: Eine Assoziation allerdings, die seit der Krise sekundär geworden ist.

Europa ist aber auf diese Weise auch zu einem gemeinsamen Problem geworden; nicht zuletzt zu einem Problem der Linken. Das betrifft nicht nur die Spaltungslinien, sondern auch das im negativen Sinne Verbindende: Trotz aller Unterschiede und nationalen wie lokalen Besonderheiten synchronisieren sich die gesellschaftlichen Konflikte zunehmend und stiften eine gemeinsame Lage, die ursächlich mit der politischen Tendenz des Kontinents verwoben ist. Es sind die Fragen des neuen Rechtspopulismus, der Migration, der neoliberalen Austerität, der demokratischen Alternativen, der Erneuerung der Sozialdemokratie, der neuen linken Parteien und die Entstehung neuer Bewegungen, die gemeinsame Fragen geworden sind – nicht alle zur gleichen Zeit, aber zumindest in einem gemeinsamen Kontext, einem Zeitraum. Selbst die „antieuropäische Linke“ bezieht sich auf diesen Zusammenhang und weiß in Wirklichkeit, dass auch der Angriff auf die EU ein europäischer sein muss – genauso wie eine „proeuropäische“ Linke immer

zuerst auf die Notwendigkeit eines Angriffs auf die „undemokratischen Institutionen“ der EU hinweist. Das sind die Widersprüche einer europäischen linken Politik, die sich nicht durch Diskussionen aus der Welt schaffen lassen.

Aber von welchem Europa und von welcher EU reden wir überhaupt? Der Sommer der Migration hat die politischen Risse im europäischen Machtblock vertieft; das Referendum in Großbritannien hat jetzt schon weiteres Misstrauen erzeugt. Neue und variable Allianzen entstehen, themenabhängig gruppieren sich Europas Staaten in neuen Bündnissen; die institutionellen Arrangements sind vielfältig (Schengen; Eurogruppe, EU etc.) und zunehmend brüchig. Dazu kommt eine eigentümliche Situation, in der die politischen Lager auf beinahe dem gesamten Kontinent quer an bestimmten europäischen Gretchenfragen gespalten werden: Wie hältst Du es mit der EU und wie mit den Geflüchteten? Nicht nur an diesen Fragen geht ein Riss durch alle politischen Lager, die merkwürdige neue Verbindungslinien entstehen lassen. Was bedeutet das eigentlich?

Und schließlich: Gibt es nicht eine ganz einfach europäische Tendenz der politischen Entwicklung? Nämlich die, dass sich real nur die Alternative zwischen rechtspopulistischer Abschottung und autoritärem Neoliberalismus zu stellen scheint? Und dass diese allgemeine Tendenz ganz offensichtlich eine transnationale Antwort braucht? Muss die Linke nicht internationalistischer handeln als bisher, schon allein, um gegen die neue rechtspopulistische Internationale gut aufgestellt zu sein?

Generell müssen wir offen bleiben für rasche gesellschaftliche Verschiebungen. Die europäische Krise ist keineswegs gelöst. Immer wieder ereignen sich dramatische Wendungen: der Coup gegen die griechische Regierung im vergangenen Sommer, die Reaktion gegen den Sommer der Migration und die Etablierung einer mindestens rechtspopulistischen Partei in der Bundesrepublik etc. Aber es kommt auch zu überraschenden positiven Entwicklungen: von der sozialdemokratischen Brise in Großbritannien und den USA über die Anti-Austeritäts-Regierung in Portugal, die Willkommensinitiativen und die neuen Empörten in Frankreich, die die Demokratiebewegungen von 2011 wieder aufscheinen lassen. Der „dritte Pol“ bleibt aktiv! Es gibt nichts schönzureden. Aber die Lage bleibt offen. Um nur ein Beispiel zu nennen: die Situation der Geflüchteten in Griechenland und der Umgang der türkischen Regierung mit Flüchtenden sind unhaltbar. Auch wenn die inhumane Schließung der Balkanroute die Lage der deutschen Regierung im Inneren vorübergehend entspannt, kann und wird wahrscheinlich der Deal mit der Türkei noch Sprengkraft entfalten. Und schließlich befördert die Debatte um den BREXIT jetzt schon Desintegrationstendenzen in der EU. All dies macht deutlich: Unsere Strategiebildung muss entsprechend reaktionsfähig sein und zugleich eine eigene Agenda entwickeln können.

Lage der Linken

Doch die Lage der Linken ist widersprüchlich: Im Osten ist die Situation für die Linke meist hoch prekär. Im Norden, angefangen bei Skandinavien über Deutschland bis Frankreich, fehlt es an gesellschaftlicher Dynamik für eine Linkswende, während die radikale Rechte reüssiert. In den

anhaltend von der Krise betroffenen Ländern, von Griechenland über Spanien und Portugal bis Irland, wurde die politische Landschaft erschüttert, die etablierten Parteien sind geschwächt, während Bewegungen und/oder linke Parteien einen neuen Frühling erleben. Doch die herrschenden Gruppen und Regierungen setzen ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen fort. Sie stützen sich auf ihre strukturelle, transnationale Macht. Sowohl die breiten und bunten Ströme zivilgesellschaftlicher Organisierung als auch die neuen Regierungen in Griechenland oder Portugal erreichen die „soliden Institutionen“ der Herrschaft nicht.

Die Kämpfe sind nach Europa zurückgekehrt. Aber eine europäische Bewegung gibt es nicht, auch wenn Ansätze sichtbar werden. Der Kampf findet meist auf nationalstaatlicher Ebene statt und wird nur langsam und punktuell grenzüberschreitend entwickelt. Die Bedingungen sind von Ungleichzeitigkeiten geprägt, die Dynamiken unterschiedlich, die Kräfte meist zu gering. Die Lernprozesse auf dem Weg zu einer praktischen Solidarität sind schwierig, wenn auch nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Auf unzähligen kleinen und größeren Treffen tauscht man sich über Widersprüche und Probleme, Thematisierungsweisen und Strategien aus. Offen bleibt dabei, was Verdichtungspunkte einer transnationalen Organisierung sein könnten.

Die stärkste europäische Orientierung scheint in jenen Ländern dominant, die eher von schwacher Dynamik geprägt sind, wie etwa Deutschland und Italien. Auf der anderen Seite spielten in Ländern mit starker Dynamik von links europäische Perspektiven eine eher untergeordnete Rolle bzw. spiegelten von Griechenland bis Portugal mit dem Wirken der Troika das Negativbild der EU. Vor allem mit Blick auf die Organisierung und das Wachsen dieser Tendenzen erscheinen die lokale und nationale Ebene günstiger. Dabei ist die Notwendigkeit für eine europäische Organisierung dringlicher denn je, wenn die „soliden Institutionen“ transnationaler Herrschaft erreicht werden sollen.

Was die Solidarität unter europäischen Gewerkschaften betrifft, so bietet sich ein dramatisches Bild. Der Europäische Gewerkschaftsbund ist für eine europäische Koordination kaum geeignet, zu stark sind die Eigeninteressen der Mitgliedsverbände und Gewerkschaften, zu unterschiedlich die Bedingungen in den jeweiligen Ländern. Am 14. November 2012 kam es zu einem in der Geschichte des Europäischen Gewerkschaftsbundes einmaligen historischen Schritt: zu einem gemeinsamen Generalstreik in mehreren europäischen Ländern beziehungsweise zu gemeinsamen Solidaritätsaktionen. Besonders deutsche Gewerkschaften wie die IG Metall sind zerrissen zwischen ihrer Kritik an der neoliberalen Kürzungspolitik und den Vorteilen, die sie aufgrund ihrer Einbindung in das deutsche Krisenmanagement zulasten anderer Gruppen von Lohnabhängigen genießen. So beteiligen sie sich praktisch kaum an den europäischen Krisenprotesten. Öffentlichkeitswirksam wurde Kritik an der Troika und die Solidarität mit Griechenland erst relativ spät formuliert – erst mit dem Aufruf „Europa neu begründen“ und dem DGB-Vorschlag eines „Marshall-Plans für Europa“. In der Praxis bleiben diese Erklärungen allerdings noch weitgehend folgenlos.

Für ein Lager des OXI: Konstitutiver Prozess und Neugründung Europas

1. Es war mehr als klar und immer wieder formuliert worden, auch von Tsipras: Ein Land allein kann es unmöglich schaffen. In Griechenland hat man das Unmögliche versucht, hat Zeit gewonnen, hat die Frage der (Schulden)Krise und der Demokratie in Europa politisiert. Damit war Syriza ein „großer Katalysator“ (Strohschneider), der den Charakter des derzeitigen EU-Projekts eines autoritären Neoliberalismus demaskierte und zugleich wieder **Hoffnung auf ein anderes Europa** weckte. Künftig wird über vieles in der EU anders gesprochen werden müssen.

2. Die Linke in den sogenannten „Kernländern“ der EU hat zu wenig beigetragen zur **Verschiebung der Kräfteverhältnisse**. Die gar nicht so kleine Linke, Parteien wie Bewegungen, Intellektuelle und Gewerkschaften sowohl in Deutschland als auch in der EU haben es an keinem Punkt geschafft, eine gemeinsame Initiative zu starten, um jenseits aller Grabenkämpfe einem vereinigenden Ziel, dem Ende der Austerität und der autoritär-neoliberalen Zurichtung Europas, näher zu kommen.

3. Es ist also zu fragen: Was wäre eine strategische Position – nicht nur eine programmatische – die tatsächlich diese Kräfteverhältnisse ändert? Das bringt die Organisationsfrage wieder auf die Tagesordnung: mehr werden! Hier lässt sich immer noch enorm viel von den Erfahrungen in Griechenland und Spanien seit 2011 lernen: Griechenland und Spanien haben gezeigt, wie mit einer Strategie, die sich stärker der Intervention in konkrete soziale Alltagsverhältnisse durch zivilgesellschaftliche Organisierung zuwendet und dies mit veränderten Praxen innerhalb eines linken Mosaiks verbindet, die gesellschaftliche Basis verbreitert werden kann. Und dies weit **über die üblichen Milieus der Linken und der bereits Aktiven hinaus**. Zentral waren dabei Solidarstrukturen, die auf wechselseitige Hilfe und politische Organisierung setzten und mit „verbindenden Parteien“ (Porcaro) neuen Typs verknüpft wurden. Syriza und auf andere Weise die verbindenden kommunalen Plattformen und teilweise Podemos symbolisieren Verdichtungspunkte, die die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und den Protest in die Perspektive der Übernahme der Regierungsmacht übersetzen. Um vielleicht „scheitern“ zu können wie Syriza, müssten wir in anderen Ländern erst einmal so erfolgreich sein, so weit kommen. Oder doch einen ganz anderen Weg gehen?

4. Wenn es darum geht, Kräfteverhältnisse in Europa zu verschieben, stellt sich natürlich die Frage einer transnationalen Organisierung der Gewerkschaften. Die Erfahrung von Syriza im Jahr 2015 hat deutlich gezeigt, wie schwach bis abwesend die Antwort der Gewerkschaften war. Dennoch dürfte ohne ihre Einbindung jeder Versuch scheitern, die Kräfteverhältnisse zu verschieben. Nach wie vor sind viele Lohnabhängige bei Gewerkschaften organisiert, was grundsätzlich positiv ist. Doch wie lassen sich Konkurrenz und Konflikte zwischen Gewerkschaften unterschiedlicher Länder überwinden? Welche gemeinsamen Forderungen wären zu stellen, damit die Arbeiter*innen Europas nicht mehr gegen- sondern miteinander kämpfen, auch wenn sie

jeweils in anderer Weise von der Austeritätspolitik betroffen sind? Dass Repräsentanten der italienischen Fiom bei den Blockupy-Protesten in Frankfurt zur Eröffnung der EZB im März 2015 dabei waren, stellt sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung dar, reicht aber angesichts der Herausforderungen noch nicht aus.

5. Seit 2011 setzen sich Demokratiebewegungen gegen das autoritäre Krisenmanagement des Austeritätsregimes zur Wehr. Nun, nach der griechischen Erfahrung, versuchen unterschiedliche Initiativen **eine europäische Demokratiebewegung** voranzubringen – bevor es zu spät ist und ein Zerfall der EU zum Rücksturz in die 1930er Jahre führt: DiEM25, unterschiedliche Varianten eines PlanB, der AlterSummit oder Blockupy, um nur die bekanntesten zu nennen. An welche Grenzen stoßen die unterschiedlichen Versuche? Wie könnten sie sich verbinden? Und woran müssten sie eventuell anknüpfen, um eben „mehr zu werden“?

6. Die Notwendigkeit, EU-weit und europäisch Kräfte zu bündeln, wird offenbar mit größerer Dinglichkeit verstanden und verfolgt. Verschwendet wäre die Anstrengung, wenn am Ende zahlreiche Initiativen miteinander konkurrieren, unterhalb einer kritischen Masse bleiben und wirkungslos verpuffen. Es wird viel über „Was tun?“ diskutiert, was alles geändert werden müsste, selten wird jedoch die Frage gestellt, „wer es tut und wie?“. **Debatten über die politische Form der Organisation** und über den Prozess zur Findung verbindender Praxen sind notwendiger denn je. Aber: die Debatte verbleibt häufig auf der bloß programmatischen Ebene, geleitet von der Annahme: hätten wir nur die besseren Alternativen, würde es schon klappen. Auffällig ist der fehlende Unterbau vieler Initiativen. Wie können wir vermeiden, dass die verschiedenen Initiativen zu einem aktivistischen europäischen Jetset werden, der eine Luftblase aufgeregter Debatte produziert und die realen Kräfteverhältnisse in der EU nicht oder kaum berührt?

7. Einen etwas anderen strategischen Schwerpunkt setzen jene Kräfte, die man als Bewegungen eines **neuen Munizipalismus** bezeichnen könnte: Sie gehen davon aus, dass weitergehende Versuche europäischer Organisation verborgens sind, wenn es nicht eine Basis der Organisation im Alltag der Einzelnen gibt – in den Nachbarschaften, am Arbeitsplatz, in den Kommunen. In Spanien konnten solche verbindenden Plattformen die meisten großen Städte für sich gewinnen. Nicht nur in Barcelona und Madrid stellen die neuen linken Kommunalregierungen nun sogar die Bürgermeister*innen. Es ist kein Zufall, dass sich die neuen Bewegungen vor allem auf der Ebene von Stadtvierteln und Städten herausgebildet haben. Dies ist bei geringen Ressourcen vielleicht der notwendige – wenn auch nicht hinreichende – Ort politischer Organisation einer populären Bewegung, um „mehr zu werden“. Hier lassen sich partizipative Formen der Organisation, Versammlungen mit glaubwürdiger Repräsentation von Interessen und institutionellen Praxen verbinden, die die Apparate für „die Massen“ öffnen, Konsultationen und Entscheidungen in die Zivilgesellschaft zurückverlagern. Es muss jeweils konkret die Frage gestellt werden, wo nach der jeweiligen Situation der geeignete Ort linker Organisation sein kann.

8. Im Falle Syriza zeigten sich die Grenzen einer nationalen Linksregierung in einem autoritären Europa. Dies gilt in anderer Weise natürlich auch für einen neuen Munizipalismus. Daher geht es auch um „jumping scales“, um die Übertragung solcher Politiken und Organisationen auf die europäische Ebene und die Verknüpfung mit ihr – für ein Netzwerk von Städten und Regionen oder, emphatischer, die Perspektive einer europäischen Kommune, für den Prozess der Konstituierung eines anderen Europas von unten. Entsprechend haben sich die verbindenden kommunalen Plattformen auffällig bei der Gründung von DiEM25 engagiert. Das Netzwerk der Ciudades Rebeldes der seit Mai linksregierten spanischen Großstädte steht exemplarisch dafür, wie eine Demokratisierungsbewegung aussehen könnte.

9. Die (national-) **staatliche Ebene** ist nach wie vor der wichtigste Raum demokratischer Prozesse, wenn auch unzureichend. Auch linke Organisation spielt sich größtenteils auf dieser Ebene ab, auf Seiten der Bewegungen, wie linker Parteien. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass sie ein wichtiger Bezugspunkt bleibt, etwa aktuell für die Reorganisation der Linken in Italien. Das muss aber nicht im Widerspruch stehen zu Versuchen, auf europäischer Ebene zu starten bzw. sich daran zu beteiligen. Zwingt uns nicht das Konstrukt „Europa“ selbst dazu, die beiden Ebenen – die staatliche und die europäische – im Blick zu haben? Es geht also nicht um ein Entweder-Oder, sondern darum, entsprechend der Situation Prioritäten zu setzen und Verknüpfungen vorzunehmen.

10. Die staatliche Ebene bleibt auch mit Blick auf die **Perspektive linker Regierungen** ein zentrales Kampffeld. In Portugal einigten sich Kommunisten und Linksblock im Oktober 2015 mit der PS auf die Unterstützung einer sozialistischen Minderheitsregierung. Sollte es im spanischen Staat doch noch zu einer Mitte-Links-Regierung kommen, besteht zumindest die Möglichkeit des Umschlags von Quantität in Qualität: mit Griechenland, Portugal und dann Spanien könnten drei Anti-Austeritätsregierungen die Kräfteverhältnisse innerhalb der europäischen Institutionen zumindest partiell in Frage stellen.

11. Der Anspruch auf **Rückgewinnung der Souveränität** ist für viele ein wichtiger Bezugspunkt. Mit dem Fokus auf Verteidigung der Errungenschaften des jeweiligen Mitgliedsstaates wird dieser Anspruch leicht auf die „nationale Souveränität“ reduziert. Dies muss aber nicht so sein. Es ist kaum zu erwarten, dass wir in Zeiten transnationaler Produktionsnetze und Finanzmärkte allein auf der nationalen Ebene Souveränität wiedererlangen können. Ohnehin müsste gefragt werden, für wen diese Souveränität sein soll? Doch nicht für einen Staat! Die Menschen beklagen, dass sie keinen Einfluss auf ihre unmittelbaren Lebensbedingungen haben, diese aber selbst gestalten wollen. Es geht also nicht um den Rückfall in einen nationalistischen Diskurs, sondern um eine Souveränität der populären Klassen. Das bezieht sich auf alle Ebenen der Politik, kommunal, regional, staatlich wie supranational. Könnte ein solcher Souveränitätsdiskurs von Plan B bis DiEM25 eine **verbindende Perspektive** sein? Könnte auf diese Weise der Impuls der Renationalisierung zu einem Impuls der

Dezentralisierung und Europäisierung umgearbeitet werden?

12. Wie könnte eine solche Architektur aussehen? Im Zentrum muss die **Ausweitung demokratischer, sozialer, ökologischer und individueller Rechte** stehen. Hierzu gibt es vielfältige Vorschläge für die Durchsetzung entsprechender europäischer Mindeststandards, die Einrichtung von Sozialkorridoren als institutionellem Mechanismus für eine behutsame Angleichung der Lebensbedingungen in Europa nach oben, Vorschläge für Steuergerechtigkeit oder die Einschränkung der Macht von „Finanzmärkten“ und Konzernen etc. Auch hier ist die Rolle der Gewerkschaften und ihrer möglichen transnationalen Organisation von großer Bedeutung.

Einige konkretere Vorschläge

13. Die **Stärkung der Partizipation von der Kommune bis zur europäischen Ebene** wäre ein weiteres Leitmotiv hin zu einer nicht nur formellen und repräsentativen, sondern „wirklichen Demokratie“. Dies schließt Volksabstimmungen von der kommunalen bis hin zur europäischen Ebene ebenso ein wie die institutionalisierte Partizipation bei der alltäglichen politischen Entscheidungsfindung z.B. in kommunalen oder regionalen Räten. Die Parlamente auf allen Ebenen sind gegenüber den Exekutiven zu stärken, Bürgerplattformen und Räte institutionell in die Entscheidungsfindung zu integrieren bzw. bestimmte Entscheidungen wieder in die Zivilgesellschaft zurückzuverlegen. Das Europäische Parlament ist mit den vollen parlamentarischen Rechten einer Legislative auszustatten.

14. Tatsächlich wäre auch zu überlegen, **ob bestimmte Kompetenzen von der EU-Ebene auf andere Ebenen „zurück“ gegeben werden**. Es ginge um eine neue Verbindung von Dezentralität mit transnationalen Vermittlungen: Kommunale Belange sollen auch auf dieser Ebene entschieden werden. Was über die Kommune oder eine bestimmte Region hinaus Auswirkungen auf andere hat, muss überregional oder staatlich unter Beteiligung der Betroffenen geregelt werden – bis hin zu Fragen, die nur europäisch angegangen werden können, etwa europäische Infrastrukturen, Klimapolitik, Regulierung der Finanzmärkte, Finanzausgleich o.ä. Welche Fragen auf welcher Ebene geregelt werden sollen, wäre in einem konstituierenden Prozess zu klären, der auf eine grundlegende neue institutionelle Verfassung und Staatlichkeit des europäischen Projekts zielt. Dies bezieht sich auch auf die Neugründung existierender Institutionen, ohne sich darauf zu beschränken. Angesichts der Ungleichzeitigkeit politischer Prozesse in Europa kann die selbstbestimmte Aneignung von Kompetenzen bis hin zur Geldschöpfung, Besteuerung, Neubildung von Staatsapparaten auf einer untergeordneten Ebene im europäischen „Mehrebenensystem“ auch strategisch notwendig sein, wenn nämlich die übergeordnete staatliche oder EU-Ebene gezielt demokratische Prozesse und Entscheidungen blockiert, wie es beim griechischen OXI oder auch in Katalonien der Fall war und ist. Die selbstbestimmte Aneignung von Kompetenzen in einem begrenzten Raum kann dann notwendig sein, um dort demokratische Prozesse zu stabilisieren oder überhaupt erst zu ermöglichen. Sie kann vorü-

bergehenden Charakter tragen, bis eine bessere Lösung in einem größeren Raum möglich wird.

15. Ohne grundlegende Infragestellung alter und Schaffung neuer Institutionen bliebe jede Initiative chancenlos. Es gilt daher, einen **Terrainwechsel** zu vollziehen und auch **demokratische Gegeninstitutionen** aufzubauen. Ein partizipativer, lokal und überregional verknüpfter verfassungsgebender Prozess der Beratung und Organisation in räteartigen **Versammlungen – von den Vierteln bis zur europäischen Ebene** – hätte die enorme Aufgabe zu bewältigen, vielfältige Positionen der gesellschaftlichen Linien zu einer gemeinsamen Alternative zu verdichten. Dabei muss man nicht darauf warten, dass die Institutionen einen solchen Prozess erlauben. Man kann ihn „einfach“ organisieren!

16. Nicht nur auf zivilgesellschaftlicher Ebene, auch auf der Ebene der EU-Institutionen wären „öffentlich politische Verständigungsprozesse zu organisieren, die z.B. das Europäische Parlament und die Idee eines Europäischen Konvents aktiv nutzen, ohne sich darauf beschränken zu lassen“ (Wolf 2016). **Am Ende** stünde **vielleicht eine verfassungsgebende Versammlung für Europa**, die zumindest durch allgemeine und gleiche Wahlen zusammengesetzt sein müsste – eine Strategie, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Eindringen der Massen in die Politik ermöglicht hat und nun u.a. von DiEM aktualisiert wird. Welches Europa wollen wir? Wie wollen wir darin leben?

17. Eine Alternative ist nicht abstrakt-idealistisch zu formulieren, sondern ausgehend von den Alltagsproblemen der Menschen und den realen Kräfteverhältnissen. Ein konstitutiver Prozess wäre zunächst nicht ein verfassungsgebender Prozess, sondern zuallererst die **Produktion eines politischen Subjekts** der Vielen, sonst bleibt die Diskussion abstrakt und tendiert dahin, technokratisch zu werden und keine Aussicht auf Durchsetzbarkeit zu haben.

18. Ein solcher konstitutiver Prozess kann und muss auf allen Ebenen ansetzen: **von den Kommunen bis zur europäischen Ebene**, sowohl in den existierenden Institutionen als auch gegen sie. Ein Beispiel sind die rebellischen Kommunen im spanischen Staat, die versuchen, Kompetenzen neu auszufeuchten oder etwa über Schuldenaudits eine Neuverhandlung und Streichung von Schulden zu erzwingen. Ein weiteres Beispiel ist der katalanische Unabhängigkeitsprozess, aber auch die Debatte der Madrider Plan B Initiative über eine Mitte-Links-Regierung (bzw. einen Block südeuropäischer Mitte-Links-Regierungen), um über eine „einseitige“ Neudefinition des Verhältnisses zur EU einen Neukonstitutionsprozess in der EU zu erzwingen – eine Neugründung, die die positiven Elemente der EU verteidigt und aufhebt. Dies wäre zu ergänzen mit einem europäischen Verständigungsprozess, wie ihn unterschiedliche europäische Plattformen bereits begonnen haben.

19. Zu kompliziert? Vielleicht hilft es, sich **den konstitutiven Prozess als Dach** zu denken, mit dem Anspruch auf wirkliche Demokratie als Fluchtpunkt. In diesem „leeren Signifikanten“ können unterschiedlichste Gruppen und Initiativen ihre Interessen und Projekte einschreiben, ihre jeweilige Praxis verfolgen und zugleich ihre wichtigen The-

men (von TTIP, über Schulden, Anti-Austerity bis zur Flüchtlingspolitik, der Unabhängigkeit von Katalonien und anderen Regionen oder der Debatte um das Währungssystem) fortführen – aber als Teil eines konstitutiven Prozesses von unten, diesen immer als Referenzpunkt, als Perspektive thematisierend. Bei jedem dieser Themen und Bewegungen geht es um eminente Fragen der Demokratie und der Verfasstheit eines anderen Europas.

20. Ein Element europäischer Verständigung von unten könnte eine organisierende Kampagne für eine **europäische Bürgerinitiative** sein, die einige wenige, noch zu definierende Kernziele benennen würde: z.B. a) für ein **Ende der Kürzungspolitik** und der Privatisierungen und für **Investitionen in eine europaweite soziale Infrastruktur** (Gesundheit, Bildung, Wohnen, Energie, Mobilität sowie b) für einen **solidarischen Umgang mit den Geflüchteten**. Es darf gern konkreter und besser formuliert sein, nicht mehr als zwei oder drei Punkte. Dass europäische Kampagnen möglich sind, hat zuletzt die Anti-TTIP-Kampagne vorgemacht. Dieses Mal dürfte es noch etwas anspruchsvoller werden.

21. Der antidemokratische Hegemonismus, die Unterwerfung und Verarmung in Griechenland stoßen auch in Deutschland bei einer relevanten Minderheit von 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung **bis weit in die links-liberale, grüne und bürgerliche Mitte** auf **Kritik**: Jürgen Habermas, Gesine Schwan, Reinhard Bütikofer u.v.a. stehen dafür. Das Drama der Geflüchteten verschärft dieses Unbehagen noch erheblich. „Mehr denn je geht es jetzt um die Überschreitung der bisherigen Grenzen der Proteste und die Bildung eines gesellschaftlichen Lagers des Neins zur Kürzungspolitik und zur Zerstörung der Demokratie, das über klassisch linke Kreise hinausgeht“ (Riexinger, ND, 11.8.2015). Im Rest Europas ist der Unmut insbesondere gegenüber der deutschen Regierung ohnehin enorm gewachsen. Es würde nicht schaden, wenn linke Parteien, soziale Bewegungen und kritische Gewerkschafter*innen sich europaweit auf einige wenige Mindestforderungen einigen könnten, um eine solche Kampagne auf den Weg zu bringen.

22. Solche und andere Strategien sollen auf der **europäischen Strategiekonferenz „Europe – what’s left?“ der Rosa Luxemburg Stiftung** mit den verschiedensten gesellschaftlichen Initiativen, Gruppen, Strömungen und Organisationen diskutiert werden. Es wird darum gehen, neben den politischen Inhalten die richtigen politischen Formen und Möglichkeiten für deren Verknüpfung zu finden. Angesichts der knappen Ressourcen der gesellschaftlichen Linken geht es um eine Strategie der Verbindung der unterschiedlichen Ebenen – lokal/kommunal, staatlich, EU-weit, europäisch: Wo ist jeweils die richtige Ebene politischer Intervention und Organisation? Trotz unterschiedlicher Positionen und Zielvorstellungen gilt es verbindende Perspektiven und Praxen zu finden, die keine vereinheitlichte Vorgehensweise, aber doch eine Synchronisierung widerständiger Politiken für ein anderes Europa ermöglichen. **Diesmal gemeinsam**. Der erste Schritt jedes konstitutiven Prozesses ist die Schaffung eines politischen Subjekts.

Hallo, hier spricht der Kapitalismus

Anmerkungen zur Zukunft Europas und der transformatorischen Linken

Vortrag von Walter Baier, Koordinator von „transform!“, Europäisches Netzwerk für alternatives Denken und politischen Dialog auf der Sommeruniversität der FKP, aus: www.transform-network.net www.transform-network.net

Das Dilemma Europas ist real. Einerseits ist offensichtlich – und das wurde einmal mehr durch das britische Referendum bestätigt –, dass Europa nicht so weitermachen kann, wie bisher. Das „Nein“ richtete sich, wohlgerne, nicht nur auf die Union, sondern auch auf die politische Klasse Großbritanniens. Damit wird deutlich, dass das Scheitern des neoliberalen Modells nicht nur die Europäische Union bedroht, sondern auch die Mitgliedstaaten.

Es stimmt, dass unsere Linke – die transformatorische Linke – in vielen Staaten wie etwa in Spanien, Griechenland, Irland etc. an Zustimmung gewinnt. Auch die Partei der Europäischen Linken, die erst vor einem Jahrzehnt gegründet wurde, stellt eine wichtige Errungenschaft dar. Allerdings bleibt ein wunder Punkt: Bis heute gibt es kein gemeinsames Projekt zur Mobilisierung Europas – und ohne ein solches Projekt wird es der Linken nicht gelingen, die Machtverhältnisse auf europäischer Ebene so zu ändern, dass sich dies auf nationaler Ebene auswirkt. Das Beispiel Griechenlands illustriert das gut.

Wenn wir kämpfen, bewerten wir die Machtverhältnisse oft zu optimistisch. Die Zahlen sprechen jedoch eine deutliche Sprache. In den neun europäischen Staaten, in denen im Jahr 2015 Wahlen abgehalten wurden, erreichten die Linksparteien 11% der Stimmen, während die nationalistischen und autoritären Parteien der Rechten 22% auf sich vereinigen konnten. In Polen gingen sie sogar als Sieger*innen aus der Präsidentschaftswahl hervor.

Diese Ergebnisse veranschaulichen die Polarisierung der politischen Landschaft als Folge der Krise und zeigen, dass die stärkste Dynamik von der radikalen Rechten ausgeht – jedenfalls auf europäischer Ebene.

Darüber hinaus deutet der Aufstieg der extremen Rechten überall in Europa darauf hin, dass wir es nicht bloß mit einer Serie von unangenehmen Einzelfällen zu tun haben (z.B. in Österreich, Ungarn, Frankreich), sondern mit einem Rechtsruck auf europäischer Ebene, der sich auch auf die Parteien der Mitte auswirkt (wie z.B. in Frankreich) und der eine völlig neue Qualität hat: Allen genannten Parteien ist gemeinsam, dass sie sich gegen die europäische Integration stellen.

Daher stehen wir vor einer doppelten Herausforderung, die keine Vereinfachung zulässt: Die Linke muss erstens dem autoritären Neoliberalismus ins Auge sehen, der sich als alternativlos präsentiert. Zweitens muss sie der radikalen Rechten die Stirn bieten, die im wiederbelebten Nationalismus schwelgt, der sich nicht nur auf die einzelnen Staaten bezieht, sondern vorgibt, eine bessere europäische Ordnung zu repräsentieren.

Wie positioniert man sich also in dieser Schlacht, die real geworden ist und sich als rechtes Zweiparteiensystem auf europäischer Ebene herauskristallisiert?

Vorab muss man klarstellen, dass der Vertrag von Maastricht, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Fiskalpakt nie Projekte der Linken gewesen sind. Warum muss sie jetzt also ein System aus Verträgen und Institutionen verteidigen, die sie zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung bekämpft hat?

Die Europäische Union ist nicht bloß eine schlecht konzipierte Freihandelszone mit einer gemeinsamen Währung. Sie verkörpert auch ein System internationaler Beziehungen, das als Ergebnis des Kalten Kriegs eingerichtet wurde, den schlussendlich der Westen gewonnen hat. Dieses System ist zweifellos hierarchisch organisiert, intransparent und wenig demokratisch. Aber hallo, hier spricht der Kapitalismus – oder der Imperialismus, wenn man so will. Wir dürfen nicht enttäuscht sein, wenn wir uns von ihm misshandeln lassen.

Welche anderen Strategien stehen uns also offen?

Mein eigener Zugang zur Thematik ist, dass wir uns keine Illusionen über ein Post-EU-Europa machen dürfen. Dies wäre nämlich kein idyllischer Ort, an dem die Staaten – endlich befreit von der Unterdrückung Brüssels – friedlich nebeneinander existieren, miteinander verhandeln und zusammenarbeiten. Vielmehr wäre dieses „neue“ Europa dem alten Europa der Zwischenkriegszeit gleich, das von Rivalitäten der Großmächte, die sich in die Konflikte der kleinen Staaten einmischten, geprägt war. Ganz besonders in Mitteleuropa, wo die Grenzen, die nach dem Ersten Weltkrieg gezogen wurden, noch immer nicht die multinationale Natur der Territorien widerspiegeln (z.B. Südtirol, Sudetenland, Siebenbürgen) – was jede strikte Anwendung des nationalistischen Prinzips absurd macht. Außerdem zeichnet sich ein Bürgerkrieg in der Ukraine ab. Anders gesagt, brächte uns die Zerschlagung der EU den Zielen der Linken nicht näher. Dies wäre nur der Fall, wenn wir glauben, dass die größeren Probleme der Gesellschaften besser in einem Europa der 28, 35 oder 50 nationalen Währungen, Einzelstaaten und Grenzregimes gemeistert werden können. Das bezweifle ich.

Wie können wir uns also aus diesem Dilemma zwischen Pest und Cholera, zwischen dem naiven Pro-Europa-Kurs und einer Annäherung an den Nationalismus, herausmanövrieren?

Ich sehe Europa in erster Linie als ein strategisches und nicht als ein ideologisches Konstrukt. Wir brauchen keinen Bauplan eines idealen, vorgefertigten Europas, der uns eher trennt als inspiriert. Entweder entsteht ein demokratisches, soziales Europa aus den Kämpfen der Menschen oder es entsteht gar nicht.

Deshalb benötigen wir Ausgangspunkte für eine europäische Strategie. Eine Strategie, die uns vereint, kann es uns ermöglichen, auf die politischen Erfordernisse (die natürlich je nach Land und Region unterschiedlich sind) angemessen zu reagieren.

Mein Vorschlag zu diesem Thema gliedert sich in drei Unterpunkte:

1. Wir sind uns alle darüber einig, dass die Europäische Union keine Zukunft hat, wenn sie der Austeritätspolitik nicht den Rücken kehrt. Das sagt der gesunde Menschenverstand. Wie können wir das aber erreichen? Dies

erfordert eine Diskussion ohne Tabus. Joseph Stiglitz schlug kürzlich in einem Artikel in den Financial Times vor, die gemeinsame Währung durch ein System zu ersetzen, das er den „flexiblen Euro“ nennt. Es umfasst einen starken „Nord-Euro“ und einen schwächeren „Süd-Euro“ – warum nicht? Er fügt jedoch hinzu: „Gute Währungsabkommen können keinen Wohlstand garantieren; schlechte führen zu Rezessionen und Depressionen.“ Anders gesagt, man kann das Währungssystem ändern, aber die Probleme bleiben bestehen, weil es tiefer greifender Änderungen bedarf. Unter anderem stellt Stiglitz fest: „Eine Bankenunion, gemeinsame Regelungen zur Beschränkung der Exportüberschüsse, ein Mechanismus zur Kollektivierung von Schulden, eine Geldpolitik, die den Arbeitsmarkt im Blick hat, Wachstum und Stabilität, Industriepolitik: Das schwierigste Problem dabei ist, sich vom Erbe der Schulden zu lösen.“ Das führt uns zum zweiten Punkt:

2. All dies können wir nur mit einem starken europäischen Zusammenhalt erreichen. Dieser muss von der Linken befürwortet und unterstützt werden! Wir alle müssen diese europäische Verantwortung wahrnehmen. Wir müssen auch ehrlich zugeben, dass wir uns in den großen Kampf der griechischen Regierung gegen die Institutionen nicht auf geeignete Art und Weise eingebracht haben. Die paneuropäische Perspektive ist jedoch nicht die einzig zulässige. Die falsche Dichotomie zwischen der europäischen Integration und der nationalen Selbstbestimmung ist abzulehnen. Wir wollen ein Europa, in dem eine demokratisch gewählte Regierung ein Programm von Thessaloniki umsetzen darf! Ein Europa, das die demokratische Souveränität eines jeden Volks anerkennt – das ist alles! Nur dann kann sich Europa „demokratisch“ nennen.
3. Im globalisierten Kapitalismus, in dem Europa eines der Zentren darstellt, kann sich die Souveränität der Bevölkerung nicht realisieren, wenn sie außer ihrem nationalen Ausdruck nicht auch einen europäischen findet. Ohne jetzt zu stark zu vereinfachen: Das Herz der Demokratie stellt der Parlamentarismus dar, der mit den nationalen Revolutionen erreicht wurde, jedoch auf europäischer Ebene noch nicht existiert. Dieses europäische Laster schadet auch den nationalen Parlamenten, deren Zuständigkeiten in einem Schwall an nationaler und europäischer Bürokratie untergehen – was für die gemeinschaftliche Methode typisch ist. Daher möchte ich eine Linke sehen, die sich für ein vollwertiges Europäisches Parlament einsetzt; ein gewähltes Parlament, das durch eine allgemeine und faire Wahl gewählt wird, das alle europäischen Rechte auf sich vereint und seine Souveränität nicht zum Nachteil der nationalen Parlamente ausübt, sondern auf der Basis einer vernünftigen und transparenten Aufteilung der Zuständigkeiten beruht, die in einer demokratischen Verfassung festgeschrieben sind.

Um es abzuschließen:

Es ist eine Tatsache, dass die EU heute in Frage gestellt wird. Angesichts der letzten Jahrhunderte und der Probleme, die sich uns heute stellen, muss die Linke in der

europäischen Integration eine führende Rolle einnehmen. Wenn die Idee einer friedlichen europäischen Integration allerdings vor zunehmendem Nationalismus geschützt werden muss, muss sie neu erfunden werden. Entweder wird die Europäische Union sozial, oder sie wird nicht gebraucht. Sie wird demokratisiert, oder sie diskreditiert sich. Sie bleibt friedlich, oder sie zerfällt. Angesichts dieses Dilemmas müssen wir einen Bruch wagen – nicht mit der Idee eines vereinigten Europas, sondern mit dem neoliberalen und autoritären Kader der Institutionen und Verträge, sodass diese Idee realisiert werden kann.

(Übersetzung aus dem Französischen: Veronika Peterseil)

Zwischen Erweiterung, Brexit und neoliberalen Dogma

Über eine versäumte Debatte zur demokratischen Vertiefung der EU

Von Martina Michels, MEP

Der Sommer begann mit zwei Ereignissen, die die Debatte um die Zukunft der EU in besonderer Weise bewegten und letztlich nachhaltig beeinflussen werden. Das war zum einen die Entscheidung über den Brexit, den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU, den eine knappe Mehrheit der Bevölkerung am 23. Juni in einem Referendum entschied. Zum anderen wird der gescheiterte Putsch in der Türkei, besonders seine Folgen innerhalb des Landes und auch in der Region nicht mehr einfach so unter den diplomatischen Teppich zu kehren sein. Spätestens im August trat die Türkei massiver als zuvor in Kampfhandlungen in Syrien ein und unterschied in ihrer Bodenoffensive nicht mehr zwischen dem IS und kurdischen Milizen wie der YPG. Das veranlasste US-Vizepräsident Biden an einem Tag zur Solidarität mit dem NATO-Partner Türkei gegen die Kurden und am nächsten Tag zu verhaltener Kritik.

Zugleich ist festzuhalten, dass das Spektakel um den schmutzigen Deal der Europäischen Union mit Ankara zu Lasten des Grundrechts auf Asyl in der zerklüfteten europäischen Öffentlichkeit inzwischen immer mehr verdeckt, dass es neben der Türkei auch eine ganze Reihe von Ländern des westlichen Balkans gibt, die in intensiven EU-Beitrittsverhandlungen stehen. Dabei wiederholen Markterweiterungs- und Privatisierungsstrategen besonders gern, was der konservative deutsche Europaabgeordnete David McAllister bereits im Juni festhielt: Der Erweiterungsprozess der EU sei ein Erfolgsmodell und Reformhebel für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Linke aus den Ländern, die in Beitrittsverhandlungen stehen, unterschreiben derartige Einschätzungen. Linke aus den jüngst beigetretenen Ländern sehen solche Aussagen hingegen äußerst kritisch. Sie verweisen – wie viele andere auch – auf Ungarn und Polen, auf die Einschränkung der Medienfreiheit und der Unabhängigkeit der Verfassungsgerichte.

Die wiedererwachte Diskussion um die Erweiterungspolitik wird kaum einfacher, schaut man in Gänze auf die osteuropäischen Transformationsprozesse, zum Beispiel auf die Folgen der gravierenden Reduktion der gesetzlichen Rente in Polen, auf radikale Privatisierungsschübe, den entscherten Arbeitsmarkt, auf Abwanderung, soziale Verwerfungen, deren Folgen oft in katholischen patriarchalen Familienstrukturen aufgefangen werden. Ich habe eine Einbindung mittel- und osteuropäischer Länder in die EU immer begrüßt, um Kohäsionsprozesse, den Ausgleich zwischen den Regionen, den Metropolen und Peripherien voranzubringen und eine wirtschaftliche und soziale Angleichung der Lebensbedingungen nicht aus den Augen zu verlieren. Die kann aber nur funktionieren, wenn die freie demokratische Aushandlung, gebunden an Bildungsprozesse, an Kulturaustausch und die Schaffung von Räumen für europäische Öffentlichkeit ernst genommen wird.

All dies wird nicht aufgehen können, ohne die Frage nach der Vertiefung der EU erneut deutlich zu stellen. Der Brexit hat inmitten eines zu oft nur nach Himmelsrichtungen geführten Demokratiediskurses ein neues Kapitel aufgeschlagen. Nun steht, wenn es ehrlich zuginge, auch der Zustand der Demokratie, die in Westeuropa in enger transatlantischer Verbindung nach dem Zweiten Weltkrieg gewachsen ist, auf dem Seziertisch der genauen Analyse. Matti Taubbi überschrieb einen Kommentar im Rolling Stone vom 27. Juni 2016 mit dem Titel: „The Reaction to Brexit Is the Reason Brexit Happened“. In seinem zugespitzten Beitrag richtete er sich vor allem an die reichlich vorhandenen medialen Elitedebatten, in denen oft behauptet wurde, dass man den Briten wohl irgendwie „zu viel“ Demokratie gegeben habe. Er sagte all jenen deutlich ins Gesicht, mit einer solchen Haltung verrieten sie nur, dass sie selber gar nicht ernsthaft an demokratische Prozesse glauben. Natürlich geht es ihm darum, dass auch die aktuelle Beschaffenheit der Demokratie sowohl in den Nationalstaaten als auch in den Europäischen Institutionen Gegenstand der Kritik sein müssten.

Dem ehemaligen Erweiterungskommissar Günter Verheugen verdanken wir die nachdenkliche Feststellung: „Würde sich die EU bei uns um Beitritt bewerben, müssten wir sagen: demokratisch ungenügend.“ Dies formulierte er inmitten der Welle der EU-Osterweiterung 2005. Seit dem Scheitern der EU-Verfassung wirkt die Debatte über ein Leitbild der europäischen Integration bis zum heutigen Tage wie eingefroren. Auch die Linke in Europa kann kaum sagen, ob die Integration in Richtung einer internationalen Organisation, eines Staatenverbundes oder eines Bundesstaates gehen soll. Einzig Teil einer Freihandelszone soll die EU nicht werden. Wie Weltoffenheit, lokale und globale Solidarität durchsetzbar werden, dafür fehlen jedoch konkrete politische Konzepte und Strategien.

Die deutsche Linke hat gemeinsam mit den Partnerparteien in der GUE/NGL-Fraktion stets grundlegend unterstützt, dass der Artikel 49 des EU-Vertrages jedem europäischen Staat, der demokratische Werte achtet und fördert, den Antrag auf Beitritt ermöglicht. Zugleich darf unsere Kritik daran nicht verstummen, dass jeder Beitritt an die herrschende Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik gebunden wird. Eine Vernachlässigung der sozialen Auswirkungen der Transformationsprozesse und die Verknüpfung des EU-Beitritts mit dem NATO-Beitritt sind absolut inakzeptabel.

Es steht außer Frage, dass die Entwicklung zum Rechtsstaat, die Herausbildung demokratischer Institutionen, sinnvolle Dezentralisierung, Korruptionsbekämpfung und die Garantie bürgerlicher Freiheiten in den Kandidatenländern durch Beitrittsverhandlungen positiv beeinflusst werden. In den rasanten Erweiterungsprozessen ist allerdings weder Augenmerk auf die Entwicklung einer zivilgesellschaftlichen Demokratie gelegt worden noch konnte die EU mit ihrem seit der Finanzkrise verfolgten Spar- und Privatisierungskurs bei gleichzeitiger weiterer Entdemokratisierung ihrer Entscheidungsprozesse das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen.

Es ist doch nicht zu übersehen, dass die Methode der „Governmentalisierung der Politik“ in der EU rapide zugenommen hat. Wie viele Finanzsondergipfel entschieden frei von parlamentarischen Einflüssen über Rettungspakete? Von wem ist der Klub der Eurogruppe, die Troika insgesamt eigentlich legitimiert? Warum entscheidet die EU-Kommission über die Ablehnung einer EU-Bürgerinitiative mit über 3 Millionen Unterschriften, wenn davon ihr eigenes Mandat zu geheimen Verhandlungen mit den USA über TTIP betroffen ist?

Und warum, um beim jüngsten Beispiel einer demokratieentkernten EU zu bleiben, wird ein EU-Türkei-Deal via Erklärung der Mitgliedsländer besiegelt? Ganz einfach, damit das Parlament keine Mitsprache erhält. Nun drehen und winden sich die Diplomaten, weil die Türkei mit ihrer massiven Verfolgung der politischen und gesellschaftlichen Opposition – und das sogar außerhalb des Landes – nicht gerade berechenbarer geworden ist. In der Erklärung zum Deal wurde der Türkei auch Visafreiheit in Aussicht gestellt. Das könnte man schlicht als „Amtsanmaßung“ von Seiten des Rates kennzeichnen, denn für diese Entscheidung ist die Mitbestimmung des Parlaments zwingend. Jetzt weiß niemand so recht, wie hier das Parlament „auf Kurs“ gebracht werden soll, damit die Politik der Abschottung der EU gegenüber den Konflikten der Welt im Bündnis mit Despoten weiterlaufen kann.

Was uns in West- und Südeuropa mit den wachsenden Erfolgen der Le Pens, von UKIP oder der Lega Nord schon länger begegnet und sich nachholend in Deutschland mit der AfD ausbreitet, überrascht uns nunmehr mit den Durchgriffen Orbans in Ungarn und der PiS-Regierung in Polen. Doch das Erstarken nationalistischer und xenophober Kräfte ist nicht in erster Linie die Folge einer unbewältigten EU-Erweiterung, sondern immer auch Ergebnis einer verfehlten EU-Politik, der nicht stattfindenden Debatte über die Vertiefung der europäischen Integration jenseits von Abschottung und neoliberalen Glaubenssätzen.

Die Unfähigkeit, eine gemeinsame humane Flüchtlingspolitik auf den Weg zu bringen, geht nicht, wie gern verkürzt behauptet wird, auf das Konto osteuropäischer Regierungen. Sie zeigt sich genauso in Frankreich, Österreich oder Dänemark. Auch unsere Kritik am EU-Türkei-Deal ist nur vor diesem Hintergrund nachhaltig.

Im Berliner Wahlkampf, den ein Landesverband der LINKEN ohne Zugeständnisse an nationalistische Ressentiments erfolgreich geführt hat, wofür die Partei am 19. September als drittstärkste Kraft in den Berliner Senat einziehen konnte, hatte der Spitzenkandidat Klaus Lederer gemeinsam mit Gregor Gysi in einem Artikel¹ zuvor darauf aufmerksam gemacht, dass wir Linken es bisher versäumt

haben, Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Stadt wie auch Europas wieder zu wecken und dies in der Öffentlichkeit klar zu vertreten. Das heißt jedoch auch, dass wir um die Debatte über die Vertiefung einer von Grund auf umgekrempelten EU nicht herumkommen.

Der EU enttäuscht den Rücken kehren und uns auf eine Bundespolitik ohne ernsthafte europapolitische Perspektive einzuschwören wird uns nicht weiterbringen. Zum einen deshalb nicht, weil Merkel und Schäuble oder deren „Nachfahren“ ihre abenteuerliche Politik innerhalb der EU dann ganz ungerührt fortsetzen könnten. Andererseits bin ich davon überzeugt, dass eine wie auch immer konstruierte Politik des Lexit – des EU-Austritts von links, ob ökonomisch oder politisch, kein Ansatz für globale Solidarität sein wird und letztlich internationale Herausforderungen tendenziell ausblendet.

Dies alles bedeutet für die europäische Linke allerdings auch, endlich ihre strategischen Hausaufgaben zu machen, das heißt, neue Bündnisse zu schmieden, klare und manchmal auch viele kleinteilige Politikvorschläge für Europa – vom Mutterschaftsurlaub bis zur Rüstungskontrolle, vom digitalen Wandel bis zum Kampf gegen Sozialdumping, von einer humanen Flüchtlingspolitik bis zur sozialen und kulturellen Integration – vorzulegen und auszubauen. Zum Glück fangen wir hier nicht bei null an. Meine Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament, Gabi Zimmer, hat in der vergangenen Woche, als Juncker zum zweiten Mal zu einer schönen Sonntagsrede ohne jede politische Konsequenz über Zustand der EU ausgeholt hatte, geantwortet: „Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir den Status quo beibehalten und die Missstände und Fehlkonstruktionen der EU bloß verwalten, um damit am Ende zu scheitern? Oder wagen wir eine neue, demokratische und soziale Union? Aus unserer Sicht muss das europäische Haus grundlegend saniert werden. Nur den bröckelnden Putz auszubessern reicht nicht mehr.“²

In diesem Sinne stellen die Entwicklungen in Europa auch Linke vor die Situation, liegengebliebene Herausforderungen endlich anzupacken, politische Vorschläge wirklich öffentlich und vor Ort zu diskutieren und zu zeigen, dass ein solidarisches Europa in konkreten Ansätzen und Projekten existent ist, dass der demokratische Dialog benötigt wird, damit Alternativen in einer überzeugenden Politik auch europaweit durchsetzbar werden.

1 Gregor Gysi und Klaus Lederer, „Holen wir die Hoffnung wieder auf die linke Seite“, in: Neues Deutschland, 4. 9. 2016.

2 Gabi Zimmer: „Europäisches Haus muss grundsaniiert werden“, Pressemeldung über die Debatte zum State of the Union am 14. 9. 2016 im Europäischen Parlament, in: HYPERLINK "<http://www.dielinke-europa.eu/article/10735>" <http://www.dielinke-europa.eu/article/10735>

Brexit, Migration, EU-Krise — was kommt als nächstes?

Von Jiří Málek¹, aus www.transform-network.net

Die Ereignisse der vergangenen Monate haben alle Ideen und Visionen einer Entwicklung Europas zerstört, wie sie noch vor wenigen Jahren aktuell waren. Die Frage ist, ob diese Tatsache auch die Region Zentral- und Osteuropa (CEE) betrifft. In gewissem Maße ja. Die Region weist jedoch einige besondere Eigenschaften auf. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass sich die Entwicklung dieses Teils des Kontinents in den letzten 25 Jahren auf andere Weise vollzogen hat, als im Großteil der anderen europäischen Staaten. Mit anderen Worten: Die CEE-Staaten haben die aufwändige Phase des Aufbaus eines Sozialstaates nach westlichem Vorbild übersprungen und die direkte Abkürzung zum neoliberalen, globalisierten Europa genommen, das von eingeschränkten sozialen Absicherungen geprägt ist. Hier soll auch angemerkt werden, dass einige Soziolog*innen und Historiker*innen in der schnellen Ausbreitung des Sozialstaates in den 1950er und 1960er Jahren eine Antwort des Westens auf die sozialistischen Realitäten in Osteuropa sehen. Die aktuelle Lage stellt uns vor eine Reihe von Fragen, auf die wir Antworten finden müssen. Beeinflusst die aktuelle europäische Lage den CEE-Raum auf bestimmte Weise? Wie soll die radikale Linke handeln und was sollen ihre Ziele sein?

Die wachsende Bedeutung der CEE-Region

Heute sind sich die Staaten in Europa der Rolle der CEE-Staaten und ihres Einflusses auf die Entwicklung Europas stärker bewusst. Durch den Brexit wird den CEE-Staaten noch größere Bedeutung zukommen, da ihr relatives Gewicht in der EU zunimmt. Aktuell umfassen die Staaten der CEE-Region 21 Prozent der EU-Bevölkerung und verfügen über 26,5 Prozent der Mandate im EU-Parlament. Wenn Großbritannien die EU verlässt, wird der Anteil der CEE-Bürger*innen an der EU-Bevölkerung auf 23 Prozent ansteigen, und Polen wird den fünften Rang unter den bevölkerungsstärksten Ländern der EU einnehmen. Ganz zu schweigen von der wachsenden Bedeutung der CEE-Länder aufgrund ihrer geostrategischen Rolle. Heute liegen nahezu alle Staaten der CEE-Region nahe an Gebieten, in denen politische, wenn nicht in einigen Fällen auch militärische Spannungen keimen; nahezu alle sind NATO-Mitglieder. Alle diese Staaten haben einen Übergang zur Demokratie durchlaufen, der auf den Prinzipien des Washington Consensus basierte. Alle verharrten im Zustand der EU-Semi-Peripherie, und für sie bestehen nur geringe Chancen, in einem überschaubaren Zeithorizont dem EU-Durchschnittsniveau näherzukommen. Nirgendwo in Europa wurden das Ziel der Umsetzung des neoliberalen Konzepts und die Auslöschung des Solidaritätsgedankens in der Bevölkerung in einem so hohen Maße erreicht.

Das Verschwinden der Linken in der CEE-Region

Als Folge der Übergangsprozesse in der Region ging die relevante Vertretung der radikalen Linken in der Politik verloren. Die Unterdrückung linker Sichtweisen setzte auf

allen Ebenen ein. Sie haben die Unterstützung in der Bevölkerung eingebüßt — leider oft zugunsten populistischer bzw. rechtsradikaler Parteien und Bewegungen.

Seit den 1990er Jahren und spätestens seit dem Beginn der Krise 2008 wurden die Unterschiede in der sozialen und politischen Entwicklung in einem beängstigenden Maße vernachlässigt. Die gängige Annahme war, dass das (west-)europäische linke Beispiel automatisch auch die linken Kräfte in den CEE-Region zum Erfolg führen würde. Das Gegenteil war jedoch der Fall: Im Westen erlebten wir die Spaltung und Schwächung der Linken, während wir in der CEE-Region über ihr praktisches Verschwinden ohne verbleibende Hintergrundstrukturen sprechen. Man sollte hier jedoch anmerken, dass die CEE-Region nie ein homogener Raum war — weder aus geopolitischer noch aus historischer Sicht. Viele CEE-Staaten kämpften mit tiefgreifenden Widersprüchen und Problemen. Sie haben jedoch auch vieles gemeinsam, wie z.B. ihre aktuellen Status im europäischen Integrationsprozess als semi-periphere Akteur*innen. Dieser Punkt wird bei der Formulierung der strategischen und taktischen Ziele der europäischen radikalen Linken leider nahezu ganz außer Acht gelassen. Die Linke im CEE-Raum trägt dafür teilweise die Schuld, da sie ihre historische Verantwortung beinahe gänzlich verleugnete und sich nicht mit eigenen Ideen für linke europäische Strukturen einbrachte.

Die negative Einstellung der Bevölkerung zur EU

Im Folgenden möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Visegrád-Gruppe (V4-Gruppe, bestehend aus Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen) lenken. In allen diesen Staaten außer Tschechien wurde die radikale Linke fast ausgelöscht. Die Staaten der V4-Gruppe wollten ihre Position innerhalb der EU koordinieren und konsolidieren, da die herrschenden Kreise dieser Staaten der Idee anhängen, so ihre Verhandlungsposition tendenziell stärken zu können. Damit waren sie mehr oder weniger erfolgreich. Auf Seite der Linken erleben wir jedoch innerhalb der V4-Gruppe keine wirkliche Zusammenarbeit, obwohl sie dringend nötig wäre. Keiner der Staaten zeichnet sich durch besonderen EU-Enthusiasmus aus — in der Slowakei, in Ungarn und Polen geben gerade einmal 40 Prozent der Bevölkerung an, sie hätten „Vertrauen in die EU“, während sich diese Ziffer in Tschechien auf magere 28 Prozent beläuft (was sogar noch unter den 35 Prozent in Großbritannien liegt).

In Tschechien besteht keine Ablehnung gegenüber der Idee der europäischen Einheit an sich und der gemeinsamen Bewältigung bestimmter paneuropäischer Aufgaben. Es besteht aber Misstrauen hinsichtlich der aktuellen institutionalisierten Lösungen, die mit der EU in Verbindung gebracht werden.

Mit dem Brexit spitzte sich die negative Einstellung der Bevölkerung gegenüber der EU weiter zu. In ihrem Wesen blieb sie jedoch unverändert, da sie von langfristigen Prozessen bestimmt wird. Die tschechische radikale Linke, hauptsächlich vertreten durch die Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM), setzte sich mehrere Jahrzehnte lang für die Umsetzung eines Verfassungsgesetzes ein, das die Abhaltung eines rechtlich bindenden Referen-

dums vorsieht. Derzeit fordert sie das Mitspracherecht der tschechischen Bevölkerung zur Frage der NATO-Mitgliedschaft, die sie für das momentan schwerwiegendste Problem hält. Die KSČM vertritt jedoch keine EU-Austrittsgedanken. Der kürzlich stattgefundenen Parteitag sollte darüber diskutieren, welche Position die Partei zur EU-Mitgliedschaft einnehmen soll. Bis jetzt gibt es jedoch keinen breiten Konsens innerhalb der Tschechischen Kommunistischen Partei dazu, wie der Prozess der europäischen Integration angegangen werden soll. Am meisten Gehör verschaffen sich derzeit die Nationalist*innen, deren Vorgehen jenem der Rechtspopulist*innen relativ ähnlich ist. Dies ist keine Überraschung, wenn man die grundsätzlich negative Einstellung der tschechischen Bevölkerung zur Integration, wie sie die EU heute handhabt, in Betracht zieht.

Die Definition eines radikal linken Handlungskonzepts für die Region

Nun stellt sich die Frage, wie wir mit dem Mangel an radikal linken Kräften in den meisten Staaten Zentraleuropas umgehen. Als ein erster Schritt ist es notwendig, ein radikal linkes Handlungskonzept für die Region zu definieren, um besonders nach dem Brexit Lösungen für die Krise der europäischen Integration zu finden. Dabei handelt es sich um ein dringendes Anliegen, da die Slowakei, die derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, zu einem EU-Sondergipfel im September aufgerufen hat. Das Fehlen eines linken Konzeptes, das auf der Lebensrealität der zentraleuropäischen Gesellschaften aufbaut, bereitet den Weg zur wachsenden Beliebtheit rechtspopulistischer Ideen, die von extrem nationalistischen europäischen Akteur*innen vorgebracht werden und auch traditionelle Unterstützer*innen und Wähler*innen der Linken ansprechen

Jetzt stehen wir vor der Frage, wer diese Vision tatsächlich formulieren soll. Angesichts der aktuellen Lage kann dies nicht von den radikal linken Strukturen in diesen Staaten übernommen werden, da sie – mit der Ausnahme Tschechiens – kein ausreichendes politisches Gewicht und nicht genügend Umsetzungskapazitäten haben oder unpopulär sind. Natürlich sollen diese Kräfte aber am Prozess teilhaben und ihr Wissen über lokale Realitäten einbringen. Die Partei der Europäischen Linken scheint ebenfalls nicht im Stande zu sein, diese Aufgabe zu übernehmen, da sie nur wenig Einfluss und wenige Mandatsträger im CEE-Raum hat und daher nicht genügend Druck ausüben kann. Die einzige verhältnismäßig starke Partei aus diesem Raum, die in der EL mitarbeitet, ist die KSČM. Allerdings hat sie seit der Gründung der EL nur Beobachterstatus und hält damit eine gewisse Distanz zum Mainstream der europäischen Partei.

Das bedeutet, dass diese Aufgabe an die GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament und die radikalen Linksparteien der Mitgliedstaaten, wie die deutsche LINKE, fällt (die derzeit versucht, ihre sozialistische Vergangenheit mit den Aufgaben einer Vertreterin radikal linker Politik in der heutigen neoliberalen Welt zu vereinbaren). Darüber hinaus werden sich verschiedene Stiftungen und professionelle Einrichtungen – die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Nicos-Poulantzas-Institut und andere – ebenfalls einbringen. Die Einbindung der KSČM wäre ebenfalls ratsam.

Ich persönlich denke, dass transform! hier eine Schlüs-

selrolle einnehmen, Analysen anstoßen und Alternativen präsentieren soll. In diesen Prozess soll auch eine breitere linke intellektuelle Front eingebunden werden. Ich wäre allerdings vorsichtig, nur diese Expertise in einem Bereich zuzugestehen, in dem viele in westlichen, mit Aktivitäten des Wirtschaftsmagnaten George Soros verbundenen Institutionen arbeiten. Die Einbindung deutscher Akteur*innen wird mit geostrategischen Faktoren begründet, da wir über den Interessensbereich der deutschen Bundespolitik sprechen. Obwohl Polen aktiv die Wichtigkeit der Partnerschaft mit den USA betont, sollten wir bedenken, dass Deutschland als einer der wichtigsten Wirtschaftspartner eines jeden V4-Staates eine immer wichtigere Führungsrolle in der EU einnimmt.

Europäische Einheit und sinnvolle Integration

Einen nächsten Meilenstein stellt die Europawahl 2019 dar. Derzeit scheint es, dass es sich dabei um ein zentrales Ereignis handelt, das sowohl die Zukunft der europäischen Integration als auch der Union selbst prägen wird. Die Erfahrungen der sogenannten postsowjetischen Staaten mit dem unerwarteten, unvorhersehbaren und sehr raschen Zerfall des sowjetischen Systems lehrte uns, die zukünftige Entwicklung eines jeden Projekts sorgfältig und kritisch zu beurteilen. Wir werden nicht vergessen, dass Margaret Thatchers TINA-Prinzip („There Is No Alternative“) nicht einmal auf die bloße Existenz der EU anwendbar ist. Daher wird es nötig sein, alle Möglichkeiten zur Stärkung der europäischen Einheit zu analysieren, während das Interesse an linken Konzepten und deren Nutzen – mehr Solidarität, Verteilungsgerechtigkeit, die Stärkung demokratischer Prinzipien in der Organisation der Gesellschaften; kurz demokratischer Sozialismus – hochgehalten wird. Das bedeutet nicht, alles zu verurteilen, was die EU je umgesetzt hat (denn Manches geschah auch gegen den Willen der neoliberalen Eliten).

Die radikale Linke in der CEE-Region vertritt hauptsächlich jene, die die grundsätzlichen Systemveränderungen in der europäischen Gesellschaft hoffnungsvoll beobachten und große Vorbehalte gegenüber dem modernen neoliberalen Kapitalismus haben. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, in der CEE-Region Bedingungen für echte europäische Einheit und sinnvolle Integration zu schaffen. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, ein strategisches Ziel zu definieren, während man die Unterschiede in den Ansätzen der einzelnen nationalen linken Strukturen ausklammern sollte, z.B. bei Themen, die Migration und Umwelt (Atomkraft) betreffen. Außerdem soll weniger Gewicht auf die Befürwortung von Multikulturalismus und gewisse Minderheitenrechte gelegt werden. Das gemeinsame Interesse soll sich auf die Überwindung des neoliberalen europäischen Projekts konzentrieren und zuverlässige Unterstützung für die Linke im CEE-Raum sicherstellen. Dies muss eines der Hauptthemen der Wahlkämpfe dieser Region sein.

Das Ziel der Europawahl 2019

Es ist unrealistisch, bei dieser Wahl alles auf einen gemeinsamen Spitzenkandidaten oder eine Spitzenkandidatin zu

setzen. Die Erfahrung der letzten Europawahl, als Alexis Tsipras als gemeinsamer Kandidat ins Rennen geschickt wurde, zeigt, dass dieser Ansatz in der CEE-Region nicht funktioniert. Viele linke Parteien und deren Wähler*innen in der Region konnten sich nicht wirklich für ihn erwärmen. Von einigen (wenn wahltechnisch auch eher unbedeutenden) Strukturen erhielt er aktive Unterstützung. Obwohl er in vielen westeuropäischen Staaten sehr gute Ergebnisse erzielte, brachte diese Praxis in der CEE-Region keine besonderen Resultate. Es ist nicht sinnvoll, sich unrealistische Ziele zu setzen. Für die bevorstehende Wahl wird es daher nötig sein, einen anderen Weg einzuschlagen. Wir sollten versuchen, den Niedergang der linken Bewegung aufzuhalten, indem wir ihre Glaubwürdigkeit in der Region wiederherstellen. Der oder die „europäische Repräsentant*in“ oder auch mehrere, die diese Mission auf sich nehmen, werden dazu imstande sein, die historische Erfahrung der regionalen Bevölkerung zu berücksichtigen (einschließlich der Phase der realsozialistischen Systeme) und die sozialen und politischen Erwartungen der CEE-Bevölkerung innerhalb Europas zu artikulieren, da diese Region für Europa bedeutend und gleichwertig mit anderen ist. Wir müssen die Grundlagen für ein Ergebnis schaffen, das zumindest eine etwas bessere Vertretung der linken CEE-Bewegungen in den europäischen Strukturen mit sich bringt. Das ist das Ziel, das wir als unsere höchste Priorität definieren müssen. Deshalb stimme ich Slavoj Žižek nicht zu, der kürzlich schrieb: „[...] die heutige Linke [...] ist berühmt für ihre faszinierende Fähigkeit, nie eine Gelegenheit auszulassen, eine Gelegenheit auszulassen.“²

- 1 Jiří Málek, Mitglied der Partei des Demokratischen Sozialismus (SDS – Tschechische Republik, Mitgliedspartei der Partei der Europäischen Linken, EL) und Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Europäischen Dialog (SPED)
- 2 www.europe.newsweek.com/brexit-eu-referendum-left-wing-politics-europe-zizek-474322?rm=eu

Ein schlechter Deal für Europa

Drei EU-Parlamentarier klagen an: CETA schwächt das demokratische Europa. Nicht nur, weil es Umwelt, Verbrauchern und Arbeitnehmern schadet. Der Ruf der EU ist in Gefahr

Von Eva Joly (Europe Écologie – Les Verts), Fabio De Masi (DIE LINKE) und Emmanuel Maurel (Parti socialiste), aus: Die Zeit, 14. Oktober 2016

Die EU-Kommission sowie die nordamerikanischen Regierungen versprochen, dass bei den euro-atlantischen Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (Ceta) alles anderes sein würde als bei Nafta. Das nordamerikanische Freihandelsabkommen mit Mexiko führte zur Vernichtung von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie, zum Druck auf Löhne und zu einer Schwächung von Umwelt- und Verbraucherschutz.

Der genetische Code von TTIP, Ceta und Nafta ist jedoch identisch. Die Handelspartner werden gezwungen, wechselseitig ihre Standards zu akzeptieren, was häufig zur Durchsetzung der jeweils schwächsten Regulierungen führt. Auch der wachsende Unmut, der sich gegen die Entwicklungen in der Europäischen Union richtet, rührt von einem Binnenmarkt, der die Globalisierung häufig nicht bündigt, sondern künstlich anheizt. Der Einfluss der Parlamente wird nach Ceta noch schwächer sein als in der EU. Und auch wenn TTIP vorerst gestoppt ist: US-Konzerne werden Ceta nutzen, sofern sie über eine Zweigniederlassung in Kanada verfügen.

Für gemeinsame Standards braucht es kein Handelsabkommen

Wir sehen nicht ein, warum der Handel zwischen der EU und Nordamerika, mit kaum noch existierenden Zöllen und einem Handelsvolumen von über 680 Milliarden Euro, die Entmachtung von Parlamenten und Demokratie erzwingt. So wird etwa das unschuldige Beispiel der Harmonisierung von Pkw-Außenspiegeln angeführt, die TTIP beziehungsweise Ceta erfordern würden, um Produktionskosten zu senken. Derartige Probleme können jedoch durch Industriedialoge beziehungsweise durch internationale Normensetzer wie die ISO bewältigt werden.

Der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström zufolge wird Ceta „Standards erhöhen“ und „Arbeitsplätze schaffen“. Chrystia Freeland, Kanadas Handelsministerin, geht sogar noch weiter, wenn sie Ceta als Abkommen bezeichnet, das „fortschrittliche Werte“ verkörpere. Wenn es bei Ceta aber „wirklich darum ginge, höhere Standards und mehr Wohlstand zu erreichen, warum verstecken sich die Regierungen dann vor der Öffentlichkeit und fürchten die Demokratie? Das Verhandlungsmandat der EU-Staaten (Europäischer Rat) wurde erst nach Abschluss der Verhandlungen veröffentlicht. Die EU-Kommission wollte zunächst nicht einmal die nationalen Parlamente beteiligen, obwohl Ceta in die Kompetenz von EU-Mitgliedsstaaten eingreift. Nun sollen zwar auch die nationalen Parlamente entscheiden. Jene großen Teile des Abkommens, die nur EU-Kompetenzen betreffen, sollen aber ohne Entscheidung der nationalen Parlamente (vorläufig) in Kraft treten. Das belgische Regionalparlament der Wallonie hat zu Recht sein Veto gegen die vorläufige Anwendung von Ceta erneuert.

Das Bundesverfassungsgericht kann Ceta nach wie vor stoppen

Das deutsche Verfassungsgericht hat in einem Eilverfahren die Bundesregierung aufgefordert, die einseitige Kündbarkeit von Ceta zu gewährleisten. Darüber hinaus wurde verfügt, dass noch mehr Bereiche – wie etwa das Berufsrecht – in nationale Kompetenz fallen. Zudem rügten die Karlsruher Richter, dass ein gemeinsamer Ceta-Ausschuss ohne demokratische Kontrolle das Abkommen auf immer mehr Wirtschaftsbereiche ausdehnen soll. Das Gericht behält sich weiter vor, Ceta ganz zu stoppen.

Die Skepsis ist berechtigt. Anders als behauptet, wird Ceta keinen Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen. Sogar Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel nannte solche Prognosen „Voodoo“. Selbst die optimistischsten Studien

sagen lediglich ein moderates Wachstum voraus, während unabhängige Studien, die ein realistischeres UN-Modell für internationalen Handel verwenden, sogar negative Auswirkungen und EU-weit den Verlust von 200.000 Arbeitsplätzen ermitteln. Die EU-Kommission sagt, dass Ceta kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) helfen wird. Von 21 Millionen KMU in der EU exportieren aber gerade einmal 600.000 außerhalb des EU-Binnenmarktes. Viele Mittelständler fürchten indes die Marktmacht der nordamerikanischen Großkonzerne.

Nicht China anprangern, sondern selbst Vorbild sein

Nun haben Ceta-Befürworter die Geopolitik entdeckt. Demnach ginge es darum, mit Kanada Regeln gegen Dumping aus China zu setzen. Aber auch hier wird das Abkommen nicht den Ansprüchen gerecht: Etwa weil das in der EU herrschende „Vorsorgeprinzip“, wonach vor Zulassung eines Stoffes dessen Unbedenklichkeit nachgewiesen werden muss, durch den sogenannten „wissenschaftlichen Ansatz“, bei dem die Gefährlichkeit bewiesen werden muss, untergraben wird. Wir kennen den Effekt: In der EU sind zum Beispiel 1.300 Chemikalien in Kosmetika verboten, während es in den USA nur elf sind. Auch unsere Klimaschutzverpflichtungen aus dem Pariser Abkommen werden durch Ceta untergraben.

Der VW-Skandal zeigt, dass in manchen Bereichen die Standards in Nordamerika sogar höher sind als in Europa. Immer wenn in der EU versucht wurde, die Verbraucher, die öffentliche Gesundheit oder die Umwelt zu schützen, gab es harten Widerstand der Autolobby. Die Abgasuntersuchungen sind ein konkretes Beispiel, wo sich die europäische Autoindustrie gegen eine Harmonisierung der Abgastests beziehungsweise eine Angleichung an die realistischeren Tests in den USA stemmte. Ähnlich ist es für Deutsche Bank und Co. Die USA verlangen mehr Eigenkapital von ausländischen Banken, um ihre Steuerzahler zu schützen. Denn die US-Bankenaufsicht hat nur begrenzten Einfluss auf deren Geschäfte. Gegen die Bankenregulierung laufen EU-Kommission und die europäische Bankenlobby Sturm. Es geht bei Ceta somit nicht um höhere, sondern niedrigere Standards.

140 000 Tonnen Rind- und Schweinefleisch aus Kanada

Das EU-Kanada Freihandelsabkommen ist das Gegenteil von dem, was Europa wirklich braucht. Die EU benötigt in der Wirtschafts- und Flüchtlingskrise öffentliche Investitionen und einen funktionierenden Staat mit guten, öffentlichen Diensten. Ceta fördert jedoch die Liberalisierung öffentlicher Dienste, den Druck zu Privatisierungen und damit die öffentliche Auftragsvergabe ohne Schutz von Löhnen und Umwelt. Manchmal ist es gar wichtiger zu betrachten, was in Ceta nicht drin steht, als das, was drin steht. Ceta öffnet öffentliche Dienstleistungen, die kommerziell erbracht werden, für die transatlantische Konkurrenz, sofern diese nicht ausdrücklich in einer Negativliste ausgenommen wurden. Ceta schwemmt zudem die Märkte,

statt sie zu regulieren. Während EU-Landwirte verzweifelt nach mehr Schutz im Binnenmarkt rufen, öffnet Ceta neue Quoten für kanadische Rind- und Schweinefleischexporte von über 140.000 Tonnen pro Jahr.

Erst Schutz, dann Profitinteressen

Nach drei Jahrzehnten wilder Globalisierung und dem Eindruck vieler Bürger, dass ihre Regierungen machtlos sind, sollen Regierungsentscheidungen über Schiedstribunale noch stärker durch Konzerne attackiert werden. Die neue Investitionsgerichtsbarkeit (ICS, englisch: Investor Court System) in Ceta unterscheidet sich nicht grundlegend vom alten Investitionsschutzverfahren (ISDS, englisch: Investor-state dispute settlement). Sowohl die EU als auch Kanada verfügen über funktionierende Rechtssysteme. Wir wollen nicht noch mehr Fälle wie die Klage von Vattenfall gegen die Bundesrepublik auf Grundlage der EU-Energiecharta wegen des Atomausstiegs nach Fukushima. Wir hatten Fälle, in denen die erklärte Investitionsabsicht eines Konzerns reichte, um Regierungen wegen Maßnahmen zu verklagen, die ihre „legitimen Profitinteressen“ beeinträchtigten.

Der Europäische Gerichtshof muss einbezogen werden

Der deutsche Richterbund hat starke Zweifel an der Vereinbarkeit dieser Paralleljustiz mit dem EU-Recht und hat die EU-Kommission, die Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament dazu aufgefordert, vor Verabschiedung von Ceta eine Stellungnahme des Europäischen Gerichtshofes einzuholen. Die Skepsis ist berechtigt: Ausländische Investoren werden bevorzugt, weil sie den ordentlichen Rechtsweg umgehen können. Außerdem werden ICS-Richter nach Anzahl beziehungsweise Dauer der Verfahren bezahlt, was einen Interessenkonflikt schafft. Oft sind sie nicht ausreichend mit den jeweiligen Rechtssystemen vertraut, während das staatliche Recht zu regulieren durch Ceta ihrem Urteil überlassen wird.

Die EU-Kommission und die deutsche Regierung wollen die Öffentlichkeit nun mit einer zusätzlichen Erklärung beruhigen, die mit dem Abkommen verabschiedet werden soll. Diese „interpretative Erklärung“ kann nach Auffassung von Völkerrechtlern aber nicht den harten Kern von Ceta verändern. Die Liberalisierung von Dienstleistungen wird damit nicht eingeschränkt, das Vorsorgeprinzip nicht abgesichert, die Klimaziele von Paris werden nicht verteidigt und die Probleme des ICS nicht behoben. Weder die Erklärung noch der eigentliche Ceta-Vertrag beinhalten rechtlich verbindliche Sozial- und Arbeitsrechte, wie etwa von deutschen Landesregierungen bei früheren Beratungen über EU-Handelsabkommen im Bundesrat eingefordert.

Wir glauben, dass fairer Handel im multilateralen Rahmen möglich ist. Wir unterstützen Handelsabkommen, die Verbesserungen für Arbeitnehmer und Verbraucher schaffen, die Globalisierung regulieren, den Kampf gegen die Klimaerwärmung unterstützen und unsere Demokratie erhalten. Alle anderen Abkommen müssen verhindert werden. Daher werden wir weiter gegen Ceta kämpfen!

Aus der internationalen Linken

Kein Gesicht, keine Partei

**Tragödie der Sozialdemokraten,
Niedergang der Kommunisten:
Die Krise der alten Linken in Frankreich**

Von Bernard Sander, Paris, aus: Neues Deutschland, 11.6.16

Wie sehr die Franzosen mittlerweile ihre Politiker verachten, die linken unter diesen eingeschlossen, konnte man bei der jüngsten Nachwahl zur Nationalversammlung beobachten: Die Wahlbeteiligung lag bei nur noch 22,5 Prozent. Wieder und wieder hat sich in den vergangenen Jahren die wachsende Parteienverdrossenheit gezeigt, und sie betrifft nicht zuletzt das Mitte-Links-Lager: Bei den Regionalwahlen Ende 2015 wurden die Sozialdemokraten der Parti Socialiste mit 23,3 Prozent abgefertigt, die Grünen mussten eine Halbierung ihrer Zustimmung hinnehmen. Und die Linke der Linken erhielt die Quittung für Zwietracht und Sektierertum: Die Kommunisten erreichten nur noch 1,56 Prozent, das Wahlbündnis Front de Gauche 2,52 Prozent, linke Listenverbindungen mit den Grünen bekamen 2,82 Prozent und die radikale Linke blieb bei 1,54 stecken. Eine Renaissance der französischen Linken zeichnet sich derweil nicht ab. Und die Umfragen für die Präsidentschaftswahl in knapp einem Jahr verheißen nichts Gutes.

Mit großen Hoffnungen hatten die Franzosen 2012 den rechtsbürgerlichen Nicolas Sarkozy und seinen Pakt der Leistungswilligen abgewählt, weil er an der Bewältigung der sozialen Folgen der Großen Krise nach 2008 kein Interesse zeigte. Der sozialdemokratische Kandidat François Hollande eröffnete damals seinen Wahlkampf mit den Worten: „Mein wahrer Gegner hat keinen Namen, kein Gesicht, keine Partei. Er wird niemals seine Kandidatur bekanntgeben. Er wird niemals gewählt werden. Und trotzdem regiert er. Mein Gegner, das ist die Finanzwelt.“ Es waren nicht zuletzt die zusammen rund 11 Prozent der linken Kandidaten jenseits der Parti Socialiste, die ihm in der zweiten Runde zum Sieg verhalfen.

Hollandes Rede von Le Bourget aus dem Jahr 2012 markiert die Höhe, von der aus die Sozialdemokraten mit ihrem umstrittenen Arbeitsgesetz von 2016 gefallen sind. Auch gegen das Gewicht der Bundesregierung in den EU-Institutionen blieb Frankreich zahnlos. Es gelang der Regierung Hollande weder, in der Frage der Umschuldung für Griechenland Akzente zu setzen, noch eine Lockerung der fiskalischen Fesseln oder gar ein Ende der Sparpolitik beziehungsweise einen europäischen Wachstumsimpuls durchzusetzen.

Stattdessen kochten wechselnde Wirtschaftsminister mit der Mehrheit aus Parti Socialiste und Grünen nach den

neoliberalen Rezepten, deren Geschäftsgrundlage doch längst brüchig geworden war. Steuererleichterungen von 41 Milliarden Euro und die Verallgemeinerung der Sonntagsarbeit sorgten nicht dafür, dass das Wachstum anzog oder die Erwerbslosigkeit unter zehn Prozent sank. Im Gegenteil: Frankreich verliert beständig Industriearbeitsplätze. Der Beitrag des produzierenden Gewerbes zum Bruttoinlandsprodukt sank zwischen 2000 und 2014 von 15,7 Prozent auf 11,2 Prozent. Doch linke Kräfte wie die kommunistische PCF, die Gewerkschaften oder die linke Parti de Gauche können nur ein Verteilungsproblem zwischen Profit und Löhnen erkennen.

Als am 3. Mai 1936 in einem von Faschisten umlagerten Frankreich die Volksfrontregierung an die Macht gewählt wurde, kürzte sie die gesetzliche Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und führte den bezahlten Urlaub ein. Heute, achtzig Jahre danach, macht sich Präsident Hollande daran, die eigenen Errungenschaften wie die 1998 eingeführte 35-Stunden-Woche abzuwracken, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren, das Verhandlungsmandat der Gewerkschaften zu schwächen und Belegschaften erpressbar zu machen. Die Gewerkschaften, mit ihrem Organisationsgrad von etwa 9 Prozent im Privatsektor und 20 Prozent im öffentlichen Sektor, laufen Sturm gegen den Rückfall ins 19. Jahrhundert. Sie versuchen Masse durch Militanz zu ersetzen. Und sie haben die Sympathien der Bevölkerungsmehrheit auf ihrer Seite. Doch Wirtschaftsminister Emmanuel Macron, der nicht Mitglied der Parti Socialiste ist, will „noch weiter“ gehen als Ministerpräsident Manuel Valls, der unlängst verlangt hatte, Frankreich müsse „mehr arbeiten, um weniger zu verdienen“.

Die hier nur kurz geschilderte Tragödie der Parti Socialiste ist die vieler ehemals sozialdemokratischer Parteien. Sie suchten als Defensivreaktion auf die Weltwirtschaftskrisen nach 1974/75 im Kreis der bürgerlichen Mitte ihr Heil. Die Mehrheitsfähigkeit in einer sich wandelnden Wählerschaft sollte erhalten werden, dabei folgte man scheinbar den Bedürfnissen der durch ihre eigenen Erfolge abgesicherten Kernbelegschaften und modernen Dienstleister beim Staat.

Als die Sozialdemokraten aber nach Jahren des Sparens und Durchwurstelns erkannten, dass sich die ökonomischen Strukturen zu einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gewandelt hatten, versuchten sie darauf mit einem neuen Gesellschaftsentwurf gestaltend Einfluss zu nehmen. Der so genannte Dritte Weg sollte die eigenen Wählerschichten in die Eigentümergesellschaft führen, in der Studienkredite, Wohneigentum, kapitalbasierte Altersvorsorge und die juristische Anerkennung neuer Lebensformen aus jeder und jedem den Schmied des eigenen Glücks machen sollten.

Die französische Sozialdemokratie hatte schon in den 1970er Jahren zu spät gestaltend Einfluss auf die fordristische Wirtschaft und Gesellschaft zu nehmen versucht. Der Versuch, die darin liegenden Potenziale in einen „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ zu überführen, scheiterte an den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer Überakkumulationskrise, der galoppierenden Inflation und der immer erfolgreicher werdenden deutschen Exportwirtschaft. Heute aber ist es noch weit schlimmer: Die Parti Socialiste ordnet die Notwendigkeiten von Globalisierung und Arbeitsplatzabbau in allgemeine Modernisierungs-

erfordernisse und nationale Standortlogik ein, in der sich deren Opfer weder als „unterdrückte Klasse“, noch als Träger eines Projekts, oder als zukünftige Nutznießer wiederfinden.

Ein mehr oder weniger großer Teil der Sozialdemokraten behielt jedoch ein Bewusstsein davon, dass die lohnabhängigen Schichten von gesellschaftlichen Umverteilungssystemen abhängig bleiben, und dass es die Aufgabe des (Sozial-)Staates ist, nicht nur gleiche Startchancen zu garantieren, sondern auch die Früchte der Arbeit anders zu verteilen. Sie machen in der aktuellen Parlamentsfraktion der Parti Socialiste 30 bis 40 Abgeordnete aus. Einige haben bereits neue Kleinstparteien gegründet. Mit der Durchsetzung der umstrittenen Arbeitsgesetze per Notverordnungsparagraph gegen den Willen der Mehrheit in Bevölkerung und Parlament sowie gegen anhaltenden Protest auf der Straße dürfte aber auch für die Opposition innerhalb der Parti Socialiste klargeworden sein, wie groß ihr Spielraum noch ist.

Der Sozialstaat des Rheinischen Kapitalismus war nicht das Projekt der Sozialdemokratie, sondern das Resultat jahrzehntelanger sozialer Kämpfe der eigentumslosen Schichten und der Reaktionen herrschender Kräfte zur Beruhigung der Lage. In Frankreich war allerdings ein Konsens fixiert worden, mit dem die verschiedenen Kräfte des Widerstandes gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg sich vertraglich zu weitreichenden Sozialreformen nach der Niederwerfung des Faschismus verpflichteten.

Als sich die kommunistische PCF in den Großbetrieben des Fordismus und der Peripherie der Großstädte verankerte, die man heute den gottverlassenen „französischen Wilden Westen“ nennt, stützte man sich noch auf eine vage Erwartung von Revolution und sozialer Republik. Man praktizierte eine eigenständige Kommunalpolitik im sehr lebendigen Einklang mit einer Lohnarbeitergesellschaft, eine Umverteilung zu den benachteiligten und diskriminierten Gruppen der Arbeitswelt gelang. Der Aufstieg des Kommunismus war ein Aufstieg der industriellen Vororte, der Stabilisierung ihres Beschäftigtenstatus, ihrer Würde und ihres proletarischen Stolzes.

Die kommunistische Verwaltung wurde jedoch mit ebenso voller Wucht vom Rückzug des Wohlfahrtsstaates, vom Sinken der öffentlichen Ausgaben und von der relativen Umverteilung nach oben getroffen. Die Folgen treffen nun die sozialdemokratischen „Täter“ ebenso wie die Linke der Linken, die sich erfolgreich an der Verwaltung dieses Sozialstaats beteiligt hatte.

Mit der Weltwirtschaftskrise 1975 wuchs die PCF zur zweitstärksten kommunistischen Partei in Westeuropa heran – 1978 holte sie über 20 Prozent bei den Wahlen. Aber je länger die Krise dauerte, desto deutlicher wurden die Verluste: 1981 waren es nur noch gut 16 Prozent, nach dem Austritt aus der Linksunion (die PCF war 1981 bis 1984 an der Regierung von Pierre Mauroy beteiligt), sackte sie auf 11 Prozent ab.

Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und der Krise der kommunalen Basis wurde sie mit ihrem auf Mandatsüberweisungen angewiesenen Apparat Gefangene der Sozialdemokraten – denn nur durch deren Stimmübertragungen im jeweils zweiten Wahlgang gelang es, überhaupt noch nennenswert kommunistische Mandate

auf den verschiedenen Ebenen zu besetzen. Das machte eigenständige Politik immer schwieriger. Der linke Publizist Emanuel Todd bilanzierte diese Entwicklung in drastischen Worten: Frankreich habe dadurch „einen gewaltigen Kulturapparat“ verloren, der „in den einfachen Schichten den Glauben an Fortschritt und Bildung lebendig erhielt“ und für „das Vertrauen in das Universelle sowie die Zurückweisung der Fremdenfeindlichkeit“ mitentscheidend war.

Es war nicht zuletzt die Schwäche der PCF, die den Weg in das Wahlbündnis Front de Gauche ebnete. Es war aber auch die Schwäche der anderen Kräfte links der Sozialdemokratie. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 waren neben den Kommunisten auch noch die ökologischen Globalisierungskritiker und die trotzkistische LCR angetreten – und mit jeweils knapp 4 Prozent im Abseits gelandet. Bei den Wahlen von 2007 lief es nicht besser, Konsequenzen wurden – obwohl es gute Beispiele der lagerübergreifenden Kooperation mit anderen Linkskräften etwa gegen den EU-Verfassungsvertrag 2005 gegeben hatte – bis dahin nicht gezogen. Die anhaltende Schwäche lockerte dann jedoch den Widerstand der Traditionskommunisten vor allem aus den alten Montan-Hochburgen der Partei im Norden, die sich bisher allen Neuerungen – etwa der Aufgabe des Bezugs auf den Marxismus-Leninismus 1979 oder der Absage an den demokratischen Zentralismus 1994 – widersetzt hatten.

Mit der Öffnung zu den sozialen Bewegungen und der Bildung der Linksfrente Front de Gauche stabilisierten sich die Wahlergebnisse – doch es verkomplizierten sich die Diskussionen in der Partei. Dies wird durch Partner wie die Parti de Gauche, eine linke Abspaltung von den Sozialisten, nicht gerade erleichtert. Was auch mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen gilt: Während die Kommunisten noch versuchen, sich darüber klar zu werden, ob sie den aus der Zivilgesellschaft kommenden Ruf nach Vorwahlen für die gesamte Linke einschließlich der sozialdemokratischen Parti Socialiste unterstützen, hat Parti-de-Gauche-Gründer Jean-Luc Mélenchon seine Präsidentschaftskandidatur bereits erklärt – ohne dies mit den Partnern in der Linksfrente abzusprechen.

Mittlerweile wird das Vorhaben von über 100 000 Menschen unterstützt, darunter auch Hunderte PCF-Mitglieder und Funktionäre aus der Parteiführung. Mélenchon handelte aus einer schwierigen Lage: Er hat früh gespürt, dass Parteien als Organe der Willensbildung verschlissen sind. Auch das Bündnis Front de Gauche aus Zirkeln, Einzelpersonen, Splitterparteien und übergelaufenen Strömungen hatte sich hoffnungslos zerstritten. Dennoch signalisieren die Umfragen nicht einmal so schlechte Chancen. Nachdem die Kommunal-, Europa- und Regionalwahlen für die Listen um Mélenchon enttäuschend verliefen, ist er inzwischen in Umfragen mit 12 bis 13 Prozent dem Amtsinhaber Hollande, der 14 bis 15 Prozent erhält, auf den Fersen. Der kommunistischen PCF wirft Mélenchon vor, die Methode der Sammlung aufgegeben zu haben. Wahlstimmen zu gewinnen heiße, Bewusstsein zu gewinnen. Sein Projekt wird über den Vertrieb des dünnen Taschenbuchs „Die Ära des Volkes“ sowie in Internetforen vorangetrieben. Darin wird unter anderem für einen Plan B plädiert, mit dem der „Ausstieg aus den Verträgen“ – gemeint ist die Europäische Union – zumindest vorbereitet werden soll.

Dies ist in der eigenen Partei und noch mehr bei den Grünen und den Kommunisten umstritten. Gleiches gilt für ein weiteres Thema von Mélenchon – den Ausstieg aus der in Frankreich so verbreiteten Atomwirtschaft.

Auf die „Auführer“ in der sozialdemokratischen Fraktion nimmt der Europa-Abgeordnete ausdrücklich keine Rücksicht. Doch Mélenchons auf Polarisierung angelegte Kandidatur ist kein Selbstläufer. Indem er die Parteien auf der Linken zwingt, sich für oder gegen ihn zu entscheiden, gehen alle Beteiligten ein hohes Risiko ein – es könnte sein, dass am Ende neben der Front National weder ein Sozialdemokrat noch ein Linker, sondern wieder nur ein Rechtsbürgerlicher in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl einzieht.

Jeremy Corbyn, die zweite

Die Labour Party nach Brexit und Corbyn-Wiederwahl

Von Thomas Kachel, Referent der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Die Entscheidung für Jeremy Corbyn zum Chef der Labour Party in der nunmehr zweiten Urwahl binnen eines Jahres ist ein Etappensieg für die Parteilinke. Trotz der ständigen Angriffe gegen ihn, die nach dem Brexit-Votum in Großbritannien ihren Höhepunkt erreichten, kann der Parteivorsitzende dadurch seine Position vorerst festigen. Er kann die Partei weg von neoliberaler Unbestimmtheit und hin zu linken politischen Inhalten orientieren. Ungeachtet der überwiegend schlechten Beurteilungen in der Öffentlichkeit stellt sich jetzt heraus, dass die Positionierung, die Corbyn der Partei in der Frage des EU-Referendums gab, keineswegs so unsinnig war, wie seine Kritiker behaupten, sondern im Gegenteil eine kluge strategische Wahl darstellte.

Im Sperrfeuer der eigenen Partei

Nach Jeremy Corbyns erster Wahl zum Parteivorsitzenden hatte es in der ersten Hälfte dieses Jahres den Anschein, als ob der interne Grabenkrieg und die Angriffe aus der mehrheitlich neoliberalen Parlamentsfraktion abebben würden. Corbyn stellte sein Schattenkabinett politisch sehr breit auf. Auch ausgesprochene Blair-Anhänger und Politiker aus der Mitte der Partei wurden mit Posten bedacht, so z.B. der Blair-Vertraute Lord Falconer, der noch heute die Intervention im Irak rechtfertigt, als Schatten-Justizminister oder Angela Eagle, die im Gegensatz zu Corbyn für eine Aufrechterhaltung des britischen Atomwaffenarsenals eintritt, als Schatten-Verteidigungsministerin. Corbyn ging von einer nur generellen politischen Rhetorik ab und begann konkrete politische Vorschläge zu formulieren, so zum Beispiel eine Investitionsoffensive durch die Gründung einer staatlichen Investitionsbank, verbunden mit einer massiven Aufstockung der Mittel für den sozialen Häuserbau und der

Hilfen für Forschung und Entwicklung, oder erste Pläne zur Rücknahme des britischen Bahnnetzes in öffentliches Eigentum.

Bei den englischen Kommunalwahlen im Mai dieses Jahres, die als erster Wählerstest für Corbyn gehandelt wurden, konnte die Labour Party ihre Positionen halten: Mit 31 Prozent wurde sie stärkste Partei, gewann die Wahl in London und stellt nun dort mit Sadiq Khan den Oberbürgermeister. Auch bei der Gesamtzahl der Stadt- und Gemeinderatsplätze wurde der bisherige Stand wieder erreicht. Das schlechte Ergebnis bei den schottischen Parlamentswahlen, wo Labour auf den dritten Platz verwiesen wurde, setzte einen generellen Trend fort, der sich seit der Entscheidung der alten Labour-Führung abzeichnete, die Referendums-Kampagne gegen die Unabhängigkeit Schottlands zusammen mit den Konservativen zu führen. Corbyn hatte das damals abgelehnt.

Nach einigem Manövrieren fand man in der neuen Labour-Führung auch zu einer tragbaren Positionierung in der Frage des anstehenden Referendums über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens. Das Schattenkabinett kam gemeinsam zu der Auffassung, dass man keine unreflektiert positive Pro-EU-Kampagne starten könne, weshalb man gemeinsame Auftritte mit der offiziellen Pro-EU-Plattform „Stronger in Europe“ ablehnte. Stattdessen verständigte sich Labour auf die Formel „Remain and Reform“, um einer legitimen EU-Kritik Rechnung zu tragen, ohne die grundsätzlich proeuropäische Orientierung aufzugeben. Labour verbesserte sich in den Meinungsumfragen: Die Partei machte Rückstand gut und bewegte sich bis einschließlich Juni ungefähr auf gleicher Höhe mit den Konservativen.

Dennoch setzte sich die Kette negativer Stellungnahmen zur Parteiführung, insbesondere durch Pressestatements und Interviews von Corby-kritischen Unterhausabgeordneten, in den Medien fort.

Labour und der Brexit

Erst am Morgen des 24. Juni stand das überraschende Ergebnis des Referendums über den EU-Verbleib fest: Eine klare absolute Mehrheit der Briten (52,2 Prozent) hatte sich für den Austritt des Landes entschieden. Dies war das Ergebnis einer Vielzahl von Faktoren, doch bereits am Tag danach hatten die Kommentatoren der Medien, und viele rechte Labour-Abgeordnete, einen Schuldigen gefunden: Jeremy Corbyn. Unter einer Lawine von Vorwürfen, vor allem, dass Corbyn zu wenig proeuropäisch aufgetreten sei und dies seine Unfähigkeit zur Führung der Partei bestätigte, distanzieren sich immer mehr Mandatsträger öffentlich von ihm. Am 28. Juni wurde eine Vertrauensabstimmung in der Fraktion beantragt, in der ihn nur 40 Abgeordnete unterstützten, während 172 sich gegen ihn aussprachen. Als Corbyn mit Verweis auf das klare Votum der Parteibasis einen Rücktritt ablehnte, verließen über 60 Minister und Berater das Schattenkabinett. Das taten sie jedoch nicht gemeinsam, sondern einzeln über einen Zeitraum von drei Tagen, so dass eine anhaltende negative Aufmerksamkeit für die Partei in den Medien „gesichert“ war. Das lässt auf eine geplante Aktion der Corbyn-Gegner schließen.

Die Anschuldigungen gegen den Parteichef im Hinblick auf das Referendum und die Führung in der Europa-Frage brachten viele Variationen des Themas der Corbyn-Kritiker zusammen: allgemeine Führungsschwäche, linke Europa-Skepsis, das Setzen „falscher“, das heißt linker Themen, mit denen man nicht zu den Wählern durchdringe. Diese Vorwürfe wiederholen die Medien bis heute, ohne sie auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Dabei ist festzuhalten: Laut den Statistiken der Meinungsforschung konnte die Labour-Kampagne rund 63 Prozent der gesamten Labour-Wählerschaft mobilisieren, für den Verbleib in der EU zu stimmen. Sie wies mit Recht darauf hin, dass die Konservativen unter Cameron bei dieser Aufgabe versagten, denn sie erreichten nur 39 Prozent. Darüber hinaus ist auch anzuzweifeln, ob sich die Wählermobilisierung bei einer undifferenziert EU-freundlichen Labour-Kampagne hätte nennenswert steigern lassen: Umfragen zeigen, wie sehr die Debatte davon abhängig war, wie die Wählergruppen ihre materiellen Interessen definierten. So wiesen namhafte Beobachter, z.B. der Politologe John Curtice, darauf hin, dass eine sozialdemokratische Partei wie Labour immer in Schwierigkeiten geraten wird, wenn sie nicht offensiv kommunizieren kann, wie die europäische Integration den Interessen der Geringverdienenden und Unterprivilegierten in der Gesellschaft nützt, unabhängig davon wie der Vorsitzende heißt.¹

Doch die Corbyn-Kritiker beharren auf ihrer Kritik und fordern jetzt die effektive Annullierung des Referendumsergebnisses durch eine Abstimmung über den Brexit im Parlament (Hilary Benn) oder gar ein zweites Referendum (Owen Smith). Im Unterschied zu ihnen hat Corbyn zugesagt, dass die Partei die demokratische Legitimität des Referendums anerkennt. Gegenwärtig stellt er im Unterhaus klar, dass er die konkreten Bedingungen des Brexit zum Hauptstreitpunkt mit der Regierung machen wird. Dabei betont er, dass der Austritt nicht „zulasten der arbeitenden Menschen in Britannien und ihres Lebensstandards“ gehen darf.²

Der zweite Sieg

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen nach dem Referendum forderte der walisische Parlamentsabgeordnete Owen Jones Jeremy Corbyn im Juli zu einer Neuwahl des Parteivorsitzenden heraus, wobei er Corbyns Persönlichkeit zum Hauptthema erklärte. Kurzerhand übernahm er viele der politischen Ziele Corbyns in sein Wahlmanifest und behauptete, dieser sei persönlich unfähig, die Partei zu führen. Doch Owens' plötzlicher politischer Linksschwenk wirkte angesichts seiner Vergangenheit als Lobbyist – unter anderem beim Pharmakonzern Pfizer – wenig glaubwürdig. Die negativen Kommentare aus den Reihen der Labour-Fraktion hielten an und wurden durch Diskussionen um ein angebliches Antisemitismus-Problem in der Labour-Party weiter genährt. Zudem behaupteten Corbyn-kritische Abgeordnete, sie seien wegen ihrer Haltung Beleidigungen und sogar Gewalt ausgesetzt.

Jeremy Corbyn beauftragte die allseits geachtete Shami Chakrabarty (britische Vorsitzende von Amnesty International), die Antisemitismus-Vorwürfe untersuchen zu lassen. Chakrabarty machte einzelne antisemitische Vorfälle aus,

betonte aber, dass diese nicht über das allgemeine Niveau antisemitischer Einstellungen in der britischen Gesellschaft hinausgingen. Bei der Parlamentseröffnung einige Wochen später entschied Corbyn – offenbar ohne gründliches Nachdenken – Chakrabarty einen lebenslangen Labour-Sitz im Oberhaus zuzusprechen, womit er unwillentlich dazu beitrug, dass die Medien das Ergebnis der Untersuchung im Nachhinein in den Ruch der Vorteilsnahme bringen konnten. Dadurch gerieten Corbyns konkrete politische Vorschläge für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme Großbritanniens und eine Überwindung der neoliberalen Niedriglohnökonomie, die er in seinem Wahlmanifest in einem durchdachten Zusammenhang präsentiert hatte, ein weiteres Mal in den Hintergrund.

Trotz aller dieser widrigen Umstände gewann Jeremy Corbyn die zweite Urwahl zum Vorsitzenden der Labour Party am 24. September sogar mit dem verbesserten Votum von 62 Prozent aller Mitglieder. Die auf dem anschließenden Parteitag verabschiedeten politischen Beschlüsse sind allesamt in Corbyns Sinne. So soll eine künftige Labour-Regierung eine Offensive für den Bau von bis zu 12 000 Sozialwohnungen jährlich starten und den von den Konservativen abgeschafften Migrant Impact Fund zur Unterstützung besonders von Zuwanderung betroffener Stadt- und Landesteile wieder auflegen. Allerdings zeigen die Entscheidung, die Probleme Brexit und Trident (Atomwaffen) nicht auf dem Parteitag zu diskutieren, wie auch verschiedene Personalbeschlüsse die Potenziale für weitere innerparteiliche Zerwürfnisse.

Ausblick

Jeremy Corbyn als Labour-Vorsitzender hat schon jetzt – nach nicht einmal 13 Monaten im Amt – die politische Debatte in Großbritannien irreversibel nach links verschoben. Eine konservative moderate Premierministerin wie Theresa May, die trotz vielfacher Vergleiche nichts mit Margaret Thatcher gemein hat, wäre in der neoliberalen Renaissance der letzten Jahre undenkbar gewesen. Ihre Wahl manifestiert, dass die Tories bereits den Zwang verstanden haben, Kreide zu fressen. Allein das widerlegt das Mantra vieler Labour-Abgeordneten, dass nur „Labour in Power“, also an der Regierung, imstande wäre, die politischen Bedingungen entscheidend zu verändern. Diese politische Kraft erhält einen Bewegungscharakter durch die Welle der Solidarisierung mit Corbyn. „Momentum“ als linkes Unterstützungsnetzwerk für die „Corbinistas“ ist jetzt mit 100 000 Unterstützern die größte politische Strömung in der Partei. Insofern ist die britische Variante der Gegenbewegung zum europäischen Neoliberalismus heute innerhalb der Labour Party zu finden – schon aufgrund des speziellen Wahlsystems sucht sie hier andere Wege.

Auch die Art und Weise der Bewältigung des Brexit wird eine spezifisch britische linke Antwort erfordern, die die insulare Ablehnung der EU als Institution wird in sich aufnehmen müssen. Hier sucht Corbyn mit dem ökonomischen Schwergewicht der Labour-Linken, Schatten-Schatzkanzler McDonnell, eine neue Dynamik unter der Maßgabe, dass der Austritt einen Nutzen für die einfachen Menschen bringen muss. Dies sind Voraussetzungen, unter denen mittelfristig durchaus eine Erholung der Partei von den letzten

Umfrage-Rückständen erreicht werden kann, die seit Beginn der offenen Rebellion der Fraktion auf bis zu 18 Prozentpunkte angewachsen sind.³ Und dies angesichts der sich rapide verdunkelnden gesamtwirtschaftlichen Situation in Großbritannien. Jedoch könnte genau das Premierministerin May dazu bewegen, möglicherweise bereits im Mai Neuwahlen anzusetzen. Wie sehr es Labour bis dahin gelungen ist, unter der Wählerschaft wieder Vertrauen aufzubauen, wäre dann die große Frage.

- 1 <http://www.newstatesman.com/politics/staggers/2016/06/dont-blame-jeremy-corbyn-polls-show-only-tory-voters-could-have-kept-us-eu>
- 2 Jeremy Corbyn in Prime Ministers Questions, 12.10.2016
- 3 <http://labourlist.org/2016/10/may-posts-huge-poll-lead-over-corbyn-on-brexite-and-economy/>

Portugal: Der Linksblock und sein Kampf gegen die Austerität

Von Hugo Monteiro, Philosoph, Porto,
aus: www.transform-network.net, 30.5.2016

Die portugiesische Politik ist in der Schwebel. Die gute Nachricht ist jedoch, dass das dünne Eis, auf dem sich die sozialdemokratische Minderheitsregierung bewegt, auch eine Chance darstellt: Die Regierung kann klare und saubere Politik machen und hat tatsächlich Verhandlungsspielraum. Die schlechte Nachricht für die Rechte und ihre Verbündeten ist, dass sich dieses dünne Eis als bemerkenswert widerstandsfähig herausstellt – und damit so ganz und gar nicht brüchig, wie von den Gegner*innen erhofft.*

Ende Juni hält der Linksblock (Bloco Esquerda – BE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken) seine Nationalversammlung ab, der die strategische Linie der Partei vorgibt. Die Medien verfolgen die Geschehnisse und die Dynamik innerhalb der Partei so genau wie nie zuvor und schlagen Alarm: „Der Linksblock bombardiert die Regierung mit überhöhten Forderungen.“ Den Medien zufolge überhäuft der BE also die Regierung – die auf seine Unterstützung angewiesen ist – mit Drohungen und Bedingungen.

Diese Darstellung ist völlig übertrieben und auch beleidigend, sagt jedoch einiges über die Rolle des Linksblocks in der aktuellen Regierungskonstellation aus: So wird deutlich, dass der Partei große Verantwortung übertragen wird. Aufgrund der großen Verzweiflung bei der zersplitterten Rechten wird die Regierung von den verschiedensten informellen politischen Akteur*innen (z.B. den Massenmedien) mit großem Misstrauen beäugt. Diese sind nach wie vor loyale Anhänger*innen der Austeritätspolitik. Im Folgenden eine Zusammenfassung des Status quo.

Die Neupositionierung der politischen Debatte

Die Koalition der Rechtsparteien gewann die Wahl im Oktober 2015 mit einem Stimmenanteil von 38 Prozent. Es

gelang ihr jedoch nicht, für die Unterstützung einer Rechtsregierung eine Mehrheit im Parlament zu gewinnen. Die Sozialistische Partei (PS) erreichte 32 Prozent der Stimmen und wurde dazu gezwungen, sich von ihrer neoliberalen Agenda, die sie noch im Wahlkampf verfolgt hatte, abzuwenden, um so den Bedingungen der linken Parteien zu entsprechen und mit ihnen eine Mehrheit im Parlament erreichen zu können. Diese Bedingungen umfassten das Ende der Privatisierungen, die Anhebung von Löhnen und Renten sowie die Einstellung der Angriffe auf die Arbeitnehmer*innenrechte.

Die linken Parteien sind nicht direkt an der von Premierminister António Costa geführten PS-Regierung beteiligt, doch sie sind unverzichtbar für die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Mehrheit. Die Unterstützung der Linksparteien basiert auf strategischen politischen Vereinbarungen und umfasst auch die Zustimmung zum Staatshaushaltsplan. Da sie nicht Teil der Regierung sind, können die linken Parteien ihre strategische und programmatische Unabhängigkeit bewahren, die in diesem aktuellen politischen Klima von größter Wichtigkeit ist, während sie von außen auf das Machtgefüge Einfluss ausüben.

Die konkrete Ausformung dieser Vereinbarungen hat sich als außerordentlich wichtig erwiesen: So konnte der politische Kampf auf den Bereich Demokratie verlagert werden, und der Rechten wird es überlassen, die Entscheidungen der europäischen Institutionen zu befürworten. Anstelle der „Politik der Unvermeidbarkeit“, von der die vorangehende Regierung redete, anstelle des Fatalismus der Troika und der „Chancen“, die das Eldorado Neoliberalismus versprach, erleben wir nun eine Repolitisierung der Parlamentsdebatten und die vermehrte Entstehung von sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen. Der Linksblock verfolgt in diesem Kampf eine klare politische Agenda: Er kämpft für die Wiederanhebung des Lohnniveaus und mehr soziale Rechte. Der vom Linksblock vorgebrachte Vorschlag des Sozialstromtarifs, mithilfe dessen die Energiekosten für Niedrigverdiener*innen gesenkt werden sollen, kommt einer Million Haushalten zugute. Die dadurch entstehenden Kosten werden von den großen Akteuren der Branche getragen.

Doch wir haben es mit einem zerbrechlichen Gefüge von Vorschlägen zu tun. Sie werden von vier unterschiedlichen politischen Kräften vorgebracht, die sich in Sachen Wiederanhebung des Lohnniveaus und Wiederaufbau des Landes einig sind. Ein solches Gefüge, so fragil es auch sein mag, ist ein natürliches Produkt der Demokratie. Es wird jedoch von den Medien, die immer noch dem rechten Austeritätswahn anhängen, mit konstantem Misstrauen betrachtet. Die neuen Umstände und verschobenen Grenzen werden der neuen politischen Konstellation nach wie vor als Schwächen angelastet.

Eine neue Strategie

Keihen wir zurück zur Sichtweise der Medien auf die Arbeit des Linksblocks. Diese Perspektive strotzt nicht nur von Voreingenommenheit und Panikmache, sondern gibt auch eine Art Freud'sche Fehlleistung preis: Die Medien spiegeln in ihrer Kritik ganz einfach die politische Einstellung ihrer Geldgeber*innen wider. Das veranlasste Linksblock-Spre-

cherin Catarina Martins zu einer öffentlichen Klarstellung. Sie schreibt, dass es „ohne eine neue Strategie für das Land“ nicht möglich ist, „die Austerität zu besiegen und sich der Anhebung des Lohnniveaus zu widmen, worauf die Parlamentsmehrheit beruht“. Diese neue Strategie ist essentiell für den Kampf um politischen Raum für Europas Zukunft. Daher ist sie weder eine Warnung noch eine politische Waffe, sondern die logische Folge von etwas viel Grundlegenderem: Portugal wird es nicht gelingen, sich als Land zu erhalten, wenn es sich weiterhin an Rettungsprogramme und die im Fiskalpakt vorgegebenen Auflagen bindet.

Klarerweise geht es bei den Uneinigkeiten zwischen Sozialdemokrat*innen und linken Parteien um die unterschiedlich gearteten politischen Antworten an die Institutionen, die das europäische Projekt für sich vereinnahmt haben. Im Fall Portugals stellt dies eine der offensichtlichsten Differenzen dar, aber auch eine der komplexesten. Als Nachfolgerin einer Regierung, die sich den europäischen Institutionen beugte, ist die Linke nun unablässig damit beschäftigt, die Themen Staatsschulden und Fiskalpakt im Rahmen einer Agenda zu umreißen und weigert sich dabei, den Widersprüchen der PS nachzugeben. Sämtliche Verhandlungen waren von diesen Differenzen geprägt, die jedoch schließlich zum ersten Entwurf des Staatshaushalts führten, dem das gesamte Spektrum der linken Parteien zustimmte. Es handelt sich dabei um das erste Budget seit Jahren, das der portugiesischen Verfassung tatsächlich entspricht und ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit vorsieht. Neben dem Ausgleich der Differenzen zwischen der PS und der Linken lag eine weitere Schwierigkeit darin, die Austeritätspolitik zu überwinden, während gleichzeitig die Auflagen der Eurozone eingehalten werden müssen.

„Frau Merkel hat sicher genug Sorgen mit ihrem eigenen Budget“

Trotz aller Schwierigkeiten gibt es klare Erfolge zu vermelden. Die Tatsache, dass die PS-Regierung auf die Unterstützung der linken Parteien angewiesen ist, hält sie davon ab, nach rechts abzudriften. Die gespannten Beziehungen der EU-Institutionen zur portugiesischen Regierung illustrieren, dass die EU das Verhalten der PS als „fehlerhaft“ bemängelt. Ein Beispiel dafür ist die Neuformulierung des ersten Haushaltsentwurfs, der von den EU-Institutionen als die „schlechteste Version“ eines Budgets bezeichnet wurde, das ohnehin „bereits als mitte-links einzustufen war“. Gleichzeitig beugte sich die PS jedoch der Erpressung durch Brüssel, was zum Verkauf der BANIF Bank (die fünfte Bank, die innerhalb von acht Jahren Insolvenz anmeldete) an Santander führte; und was ein äußerst schlechtes Geschäft für die portugiesischen Staatskassen darstellte. Der Linksblock und die PCP stimmten gegen diesen Deal, und der Linksblock verwies dabei auf die Wichtigkeit der Verstaatlichung von Banken.

Trotz aller Schwierigkeiten ermöglichte der starke Einfluss der linken Parteien, die durch ihre guten Wahlergebnisse an Legitimität gewonnen haben, eine (vorläufige) Einkommensumverteilung, eine (bescheidene) Verbesserung der Löhne und des Arbeitsrechts und einen (wenn auch geringen) Erfolg bei den sozialen Rechten.

Außerdem zeigte sich von Anfang an eine veränderte

Grundhaltung, die nicht zu unterschätzen ist. Während der ersten gemeinsamen Pressekonferenz der deutschen Kanzlerin und des neuen portugiesischen Premiers fragten die Journalist*innen immer wieder nach Einzelheiten zum Staatshaushalt, der auch von den europäischen Institutionen debattiert worden war. António Costas Antwort beschränkte sich in einem Fall nicht darauf, die Aufmerksamkeit der Konferenz zurück auf die Flüchtlingskrise zu lenken (was den Grund für das Treffen darstellte), sondern forderte die Journalist*innen dazu auf, „Frau Merkel nicht mit dem portugiesischen Budget zu belasten, da sie sicherlich genug Sorgen mit ihrem eigenen Budget hat“. Dieser wenig verschleierte Seitenhieb auf die Troika-Loyalist*innen war sehr offensichtlich, stellte jedoch nicht den bemerkenswertesten Aspekt der Konferenz dar. Hauptsächlich ging aus dieser Konferenz hervor, dass sich Europa nun auf eine stärkere Stellung Portugals im Zusammenspiel mit politischen Akteur*innen gefasst machen kann und die EU keine gehorsamen bürokratischen Erfüllungshelfen mehr vor sich hat, die nach ihrer Pfeife tanzen, wie das bei der vorhergehenden Regierung der Fall war.

Die „Kraft der Hoffnung“

Die Linke bereitet den Boden für einen neuen Dialog und lehnt es ab, auf passive Weise Privilegien abzunicken. Daher stammt auch der Titel des politischen Antrags des Linksblocks, „Die Kraft der Hoffnung“, der sich als Analyse und Programm einer portugiesischen Linken präsentiert, die nun einflussreicher ist, als je zuvor. Die Linke kämpft heute selbstbewusst und ohne Naivität; übernimmt bewusst Verantwortung und entzieht sich dieser nicht, versucht sich im Namen des Widerstands an die Gesellschaft als Ganzes zu wenden, während sie ständig neue Alternativen aufzeigt. Wir haben es mit einer „Kraft der Hoffnung“ zu tun, die ihren sozialistischen Kern nicht vernachlässigt, die Alternativen und neue Möglichkeiten zur Fortführung des Kampfes erforscht. Gleichzeitig nimmt sie ihre soziale und parlamentarische Verantwortung ernst, um nacheinander alle Rechte zurückzuerobern, die im Zuge der Austeritätspolitik verloren gegangen sind. Der Erfolg dieses Kampfes ist die wichtigste Voraussetzung dafür, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, die für zukünftige Erfolge so wichtig ist.

Ein Klima tatsächlichen Wandels scheint sich in Portugal zu verbreiten. Wir müssen aber der Versuchung widerstehen, eine unflexible, generelle Haltung der Ablehnung und Verweigerung anzunehmen, ohne den breiteren Kontext zu sehen. Denn wie könnten wir gegen Marx' Worte argumentieren: „Wenn ich die gepuderten Zöpfe verneine, habe ich immer noch die ungepuderten Zöpfe“.

* Seit November 2015 wird Portugal von einer Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei (PS) regiert. Die PS ist im Parlament auf den Linksblock (Bloco Esquerda – BE) und das Wahlbündnis CDU (Coligação Democrática Unitária – Vereinte Demokratische Koalition) aus PCP (Portugiesische Kommunistische Partei) und Grünen angewiesen. Diese linken Parteien haben der PS ihre Unterstützung bis zum Ende der Legislaturperiode zugesagt.

Aufbruch in Österreich: Raus aus der Komfortzone!

Von Sebastian Reinfeldt, Politikwissenschaftler, Wien,
Mitbegründer des linken Blogs Semiosis,
aus: www.semiosis.at/2016/06/05/

Länger als ein Jahr hat es gedauert, dass aus dem <http://mosaik-blog.at>, der einen Teil der österreichischen Mosaiklinken umfasst, eine politisch sichtbare Bewegung entstanden ist. Mehr als 1000 Menschen aus ganz Österreich, allerdings mit Schwerpunkt aus Wien kommend, haben sich am 3. und 4. Juni 2016 in Wien-Liesing versammelt, um eine Kampagne zu beraten und mit ihrer Umsetzung zu beginnen. Unter dem Motto „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ soll sowohl der rechtspopulistischen FPÖ als auch der neoliberalen Wirtschaftspolitik der SPÖ/ÖVP-Koalition Paroli geboten werden.

„Ein Schnittpunkt vieler Fragen ist die groteske Ungleichverteilung von Vermögen und, damit verbunden, von Lebenschancen in Österreich und darüber hinaus“, so formulierte Benjamin Opratko, einer der Sprecher von #Aufbruch, in einem Gespräch mit www.unsere-zeitung.at. Unser Anliegen ist es, sichtbar zu machen, dass positive soziale Reformen nur dann machbar sind, wenn wir auch die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums angehen.“

Wer ist #Aufbruch eigentlich?

„Wir wollen das Gemeinsame über das Trennende stellen.“ Sehr oft wurde in den Tagen der Aktionskonferenz #Aufbruch in Wien-Liesing diese Aussage wiederholt. Dieser Umstand verweist darauf, dass die Akteurinnen und Akteure sich darüber im Klaren sind, dass die Linke in Österreich organisatorisch zerfasert war und ist und ideologisch äußerst heterogen zusammengesetzt. Es gibt bislang keinen linken Hegemon, der in der Lage ist, einen organisatorischen und ideologischen Kompromiss zu formulieren und so umzusetzen, dass eine Linke jenseits der SPÖ und den Grünen entsteht, die machtpolitisch relevant wäre. Und genau diese vereinigende politische Kraft soll im Zuge der kommenden Kampagne entstehen – so lautet jedenfalls der Anspruch.

Viele undogmatische Linke, die Realpolitik machen wollen, tun dies derzeit in den Grünen, dort sind sie allerdings machtpolitisch klar in der Minderheit. Der große Rest der österreichischen Linken ist traditionell stark auf die Sozialdemokratie orientiert (von ihrer Jugendorganisation SJ über die trotzkistische SLP, die traditionsbewusste KPÖ bis zur Redaktion Der Funke) – und die organisierte autonome Linke hatte lange Zeit auf Demonstrations-Aktionismus gegen die FPÖ gesetzt.

In diesem Organisations-Mosaik konnten sich allerdings viele politisch Engagierte, die in keiner Organisation eingebunden sind, nicht wiederfinden und drohten zu „vereinsamen“, wie es Lukas Oberndorfer eingangs der Konferenz für seinen eigenen Weg formulierte. Besonders durch das enorme zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete im Sommer 2015 wurde nach dem Rollback der österreichischen Regierung im Winter 2015 – schmerzlich sicht-

bar, dass es keine politische Form für diese Art Initiativen von unten gibt. Zwar haben diese Menschen in den Wiener Gemeinderatswahlen 2015 die dortige SPÖ gewählt, aber es stellte sich schnell heraus, dass die Sozialdemokratie keine politische Heimat mehr bieten kann bzw. will. Und die Grünen arbeiten professionell im Parlament mit, doch können (und wollen) sie keine Strahlkraft für eine grundlegendere gesellschaftliche Veränderung entwickeln.

Im #Aufbruch kooperieren jetzt nicht nur Personen aus den genannten Gruppierungen – die vielen ungebundenen politisch Aktiven werden durch die besondere Rolle von Personen, die bei ATTAC-Österreich politische (Kampagnen-)Erfahrung gesammelt haben, in der #Aufbruch-Initiative repräsentiert. Und dieser Mix könnte ein Erfolgsrezept sein. Denn die Schlagworte, die in den Plenums-Wortmeldungen bei der #Aufbruch-Konferenz zur Sprache kamen, decken wohl nicht zufällig das ATTAC-Themenspektrum ab: Vom guten Leben für alle über Wohnen und steigende Mieten bis hin zur Verteilungsgerechtigkeit und zur sozialen Sicherheit und Demokratisierung. Lisa Mittendrein, die bei ATTAC mitarbeitet, hielt dann auch das Input-Referat zur politischen Situation: „Wir werden aufzeigen, warum es so vielen immer schlechter geht und wer davon profitiert. Und wir müssen in den Mittelpunkt stellen, wie es anders geht, wie ein gutes Leben für alle möglich werden kann.“ Aber, so wurde von anderen immer wieder betont, das gute Leben für alle sollte antikapitalistisch sein. Also: Aufbruch wohin?

Aufbruch – doch wohin?

Vorerst wurde ein Vorschlag für die Organisierungskampagne vorgestellt, mit deren Umsetzung in Arbeitsgruppen und lokalen Aufbruchgruppen bereits begonnen worden ist. Unter dem Konzept „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ soll von links eine gesellschaftliche Diskussion über „Reichtum“ angeregt werden. „Hören wir auf, uns die Reichen zu leisten, wenn genug für alle da ist,“ so erläuterte Hanna Lichtenberger im Plenum die Zielsetzung der Kampagne. Das bedeutet aufzuzeigen, „wer in unserer Gesellschaft reich ist und wer diesen Reichtum eigentlich schafft“, so wird es im schriftlichen Konzept dann formuliert. Kernaspekt wird die Umverteilung von „Unten nach Oben“ sein. Das Konzept steht auf drei Säulen, „Gutes Wohnen und Mobilität für alle!“, „Gute Arbeit für alle!“, „Gute Gesundheitsversorgung für alle und ein dichtes soziales Netz“. Diese enthalten etwa die Forderung nach einem Mindestlohn von 10 €/h, ein Aus für MaklerInnengebühren, mehr Rechte für Mieter*innen, Demokratische Mitsprache im Betrieb, verbesserte Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und in der Pflege. Das Papier lässt Spekulationen zur Vergesellschaftung von Energieversorgung, Leerstand und privater Versicherungsträger zu. Klar ist allerdings, es wird keine zentralen Vorgaben geben, wie diese Forderungen österreichweit umgesetzt werden sollen, sondern es soll hier Spielraum für die lokalen Aufbruch-Gruppen sein, denn „Gutes Wohnen bedeutet etwas anderes in Braunau als in Ottakring“, meinte Luca Tschiederer bei der Vorstellung des Kampagnenkonzeptes.

Die anwesenden Aktivist*innen hatten in der Folge in 100 Arbeitsgruppen zu je 8 Personen die Möglichkeit diesen Vorschlag und vor allem die Möglichkeiten zur aktivisti-

schen Realisierung einer solchen Kampagne zu diskutieren. Daraus ergaben sich in einem Prozess von unten Zielvorgaben wie „In einem Jahr soll uns ganz Österreich kennen“, „Wir wollen radikal verständlich sein und klassenbewusste Politik machen“. Und bei den Aktionsformen entfaltete sich ein breites Spektrum von Ideen, vom „Stammtischschummler“ bis hin zur Leerstandsbesetzung.

Antikapitalismus? Radikaler Reformismus?

Eine Konferenz mit rund tausend Teilnehmer*innen durchzuführen, und das alles auf ehrenamtlicher Basis, ist eine enorme organisatorische Herausforderung, die die Träger*innen des #Aufbruchs gut bewältigt haben. Zwei Moderatorinnen und ein Moderator haben den #Aufbruch-Prozess professionell gestaltet und es so ermöglicht, dass so viele Menschen miteinander kommunizieren konnten, was eine Leistung ist. Dies zeigt, dass es bereits einen professionellen Quantensprung in der österreichischen Linken gibt, was besonders in Hinblick auf eine mögliche Beteiligung an der kommenden Nationalratswahl einen enormen Pluspunkt darstellt.

Allerdings wurde dafür ein Preis bezahlt, dessen Höhe und dessen Auswirkung sich in den kommenden Monaten zeigen wird. Denn mögliche Kontroversen kamen bislang offen nicht zur Sprache und sind nur indirekt sichtbar geworden. So wurde die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen erhoben, wozu nur etwa die Hälfte der Anwesenden Beifall klatschte, dies aber sehr eindringlich. Und der Ruf nach einem Kommunismus 2.0 kam auch nur bei der Hälfte der Anwesenden gut an. Es gilt daher Wege zu finden, wie grundlegende Unterschiede in ein demokratisches Verhältnis zueinander gebracht werden können. Das #Aufbruch-Kernteam setzt hier auf „Ausverhandlungsprozesse“, wie Alexandra Stricker gegen Ende der Veranstaltung betonte. Das ist sicherlich ein Weg, wenn es darum geht, Aktionsideen und passende Aktionsinhalte in lokalen Gruppen zu entscheiden. Doch bei großen Richtungsentscheidungen, die irgendwann einmal zu treffen sind, kann dies nur auf eine transparente und demokratische Weise gelingen.

Noch hat der #Aufbruch keine juristische Struktur, er soll nun von unten nach oben stattfinden – ausgehend von lokalen Gruppen und Themengruppen, die Delegierte in das Planungstreffen entsenden, in dem dann unter anderem die politische Linie festgelegt wird, Sprecher*innen bestimmt werden und so weiter. Als Ziel wird genannt, dass immer ein Konsens zu suchen ist, man will sich nicht gegenseitig „niederstimmen“. Aus dieser Gruppe wiederum wird eine Koordination gewählt, die über den gesamten #Aufbruch-Prozess den Überblick behalten soll. So einfach und übersichtlich, wie die Struktur des #Aufbruchs nach eigenen Angaben sein soll, ist sie allerdings nicht. Es bleibt offen, wie sie sich mit Leben erfüllen wird. Eine weitere offene Frage ist, wie viele Menschen bereit und zeitlich in der Lage sind, den #Aufbruch in ganz Österreich geschehen zu lassen. Wenn am Ende nur die Organisierten übrigbleiben, dann wäre der #Aufbruch-Impuls verloren gegangen. Die selbst gesteckten Ziele sind hoch: Wenigstens in 15 Gemeinden stabile Kampagnen-Gruppen bilden; 10 000 Gespräche mit Menschen auf der Straße führen und doku-

mentieren, mindestens 300 Aktionen auf die Straße bringen und ein Netzwerk von 10 000 Menschen innerhalb eines Jahres weben. Während der Aktionskonferenz sind bereits 25 Gruppen entstanden. Nun also wird es ernst.

Weichenstellung in eine unsichere Zukunft

Der IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KPBM) in einer sich verändernden politischen Landschaft

Von Oliver Schröder, stellvertretender Leiter des Bereichs Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Im Prager Top-Hotel, welches etwas außerhalb der Stadt gelegen ist und in dem 2007 der zweite Kongress der Europäischen Linken (EL) stattfand, traten die Delegierten der KPBM am 14. und 15. Mai 2016 zum IX. Parteitag zusammen.

Die KPBM steht in diesem Jahr vor wichtigen Regionalwahlen auf Bezirksebene, und auch die Wahlen zum Abgeordnetenhaus sind nicht mehr weit (voraussichtlich Herbst 2017).

In dieser Situation stimmten die Delegierten über eine neue Führung ab, und zum ersten Mal in der Geschichte der KPBM traten drei Kandidaten für den Vorsitz an.

Desweiteren wurde diszipliniert inhaltlich gearbeitet und eine Reihe von Dokumenten verabschiedet. In einem Grundsatzbeschluss bestätigte der Parteitag u.a.:

- den Tätigkeitsbericht über die Parteiarbeit seit dem VIII. Parteitag (2012),
- das Dokument „Die strategische Ausrichtung und die Hauptaufgaben der Partei nach dem IX. Parteitag der KPBM“,
- einen Vorschlag zur Verbesserung der Leitung der Organisationsstruktur der KPBM und Veränderungen am Statut der KPBM,
- Neun Prioritäten des IX. Parteitages der KPBM (siehe Anlage).

Auch wenn die Arbeit des Parteitages insgesamt diszipliniert und ohne größere Reibungen verlief, so war er doch nicht frei von Konflikten und teilweise harter Kritik am Vorsitzenden Vojtěch Filip. In mehreren Redebeiträgen wurde darauf hingewiesen, dass er zu sehr auf die Parlamentsfraktion setze und die Parteiarbeit vernachlässigt habe. Der von der Parteiführung eingebrachte Vorschlag zur Verbesserung der Organisationsstruktur war der Versuch einer Antwort auf diese Kritik.

Bemängelt wurde, dass es der KPBM derzeit nicht gelinge, die junge Generation anzusprechen. Ein Blick auf das Durchschnittsalter der Delegierten (58 Jahre) scheint diese These zu bestätigen, ebenso Wahluntersuchungen, die die Altersgruppe der Rentner und Pensionäre als stärkste Unterstützung der KPBM ausmachen.

Ein weiteres Problem ist die sinkende Mitgliederzahl. Zwar ist die KPBM mit fast 47 000 Mitgliedern immer noch die größte Partei Tschechiens, doch die Tendenz geht seit Jahren eindeutig nach unten. 2011 hatte sie noch 61 000 Mitglieder.

Aufgefallen ist das recht unausgewogene Verhältnis von Männern und Frauen unter den Delegierten. Nur 21 Prozent der Delegierten waren weiblich. Eine ähnliche Situation besteht auch im Zentralkomitee.

Vojtěch Filip hielt in einer einstündigen kämpferischen Rede dagegen. Die KPBM sei in guter Verfassung. Die Ziele des 8. Kongresses seien erreicht worden. Die Arbeit der Partei sei mit einem Marathonlauf zu vergleichen – schnelle Ergebnisse in puncto Veränderung des neoliberalen kapitalistischen Systems in Tschechien seien nicht zu erwarten.

Während der Wahl des Parteivorsitzenden zog der Gegenkandidat Ivan Hruža seine Kandidatur zugunsten des Kandidaten des linken Flügels der Partei, Josef Skala, zurück. Vojtěch Filip wurde mit 203 Stimmen (von 356) gegen 150 für Skála wieder gewählt.

Der Parteitag hatte Delegationen folgender Parteien zu Gast:

- Kommunistische Partei der Russischen Föderation
- Kommunisten Russlands
- Kommunistische Partei der Slowakei
- Kommunistische Partei Griechenlands
- Französische Kommunistische Partei
- AKEL (Zypern)
- Portugiesische Kommunistische Partei
- Kommunistische Partei der Ukraine
- DIE LINKE (Deutschland)

Dokumentation:

Neun Prioritäten des IX. Parteitages der KP Böhmens und Mährens

Unsere Ziele können wir nur dank der Unterstützung der Mehrheit der Bürger und in Zusammenarbeit mit ihnen realisieren. Deshalb begrüßen wir eine offene Diskussion über unsere Vorhaben und die Bedürfnisse der Gesellschaft. Wir haben aus unserer Vergangenheit gelernt und gedenken unsere Fehler nicht zu wiederholen.

1. Mit Nachdruck werden wir die berechtigten Forderungen der Bürger durchsetzen. Eine wirklich konsequente Lösung der hauptsächlichen Probleme der Gesellschaft ermöglicht jedoch erst ein neues sozial gerechteres System, dessen Durchsetzung und Aufbau wir anstreben.
2. Wir respektieren die Gleichberechtigung aller Eigentumsformen, die Zukunft sehen wir jedoch im gesellschaftlichen Eigentum der Produktionsmittel. Wir unterstützen die Entwicklung genossenschaftlicher und kommunaler Unternehmen.
3. Wir wollen mehr Demokratie, eine stärkere wechselseitige Durchdringung von direkter und Vertreterdemokratie, ein Gesetz über Referenda, die Verhinderung der Verflechtung von ökonomischer, politischer, medialer und anderer Macht, Objektivität der öffentlich-rechtlichen Medien, die Einschränkung von Bürokratie und das effektive Funktionieren der staatlichen und öffentlichen Verwaltung.

4. Das Recht auf bezahlbares und würdiges Wohnen, auf Gesundheitsfürsorge von hoher Qualität, auf Sozialversicherung und Bildung betrachten wir als unveräußerliche Rechte des Menschen.

5. Das Bildungswesen muss vorrangig aus öffentlichen Quellen finanziert werden, wir vertreten eine komplexe Lösung der Unterstützung der lebendigen Kultur und den Schutz des Kulturerbes genauso wie die Unterstützung von Körpererziehung und Breitensport.

6. Wir fordern gerechten Lohn und menschenwürdige Renten, wir bestehen auf der progressiven Besteuerung von Gewinnen vor allem der supranationalen Konzerne und der Oligarchen.

7. Wir unterstützen den Übergang zu einem ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Leben, die Einstellung der Zerstörung von Landschaften und Böden, konsequente Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Umwelt und die Gewährleistung des Rechts auf Wasser.

8. Wir setzen uns für Friedenspolitik ein. Wir wollen ein soziales, ökonomisch leistungsfähiges und ökologisches Europa, vereint auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Staaten und Nationen mit einer eigenständigen Sicherheitspolitik. Wir streben den Austritt der Tschechischen Republik aus dem NATO-Pakt an. Die Armee der Tschechischen Republik muss vor allem der Verteidigung der Bürger unseres Landes dienen.

9. Wir fordern eine konsequente Beschränkung der Wirtschaftsmigration. Die Flüchtlingskrise ist eine Folge zielgerichteter Einmischung in die Angelegenheiten der Entwicklungsländer. Die Rechnung müssen vor allem die daran Schuldigen, das heißt, die Aggressoren, bezahlen. Wir vertreten null Toleranz nicht nur gegenüber dem Terrorismus, sondern auch allen Erscheinungsformen von Neofaschismus und Nationalismus.

(Übersetzung aus dem Tschechischen: Klaus Kukuk)

Polen: Razem auf Distanz zu Nationalkonservativen und Wirtschaftsliberalen

Von Holger Politt, Warschau

Seit über zehn Jahren dominieren zwei Parteien das politische Leben Polens, die ihre Herkunft gleichermaßen aus der heroischen „Solidarność“-Zeit ableiten. Dennoch sind Polens Wirtschaftsliberale (PO) und Polens Nationalkonservative (PiS) zutiefst verfeindet, derzeit hat das ganze Land zudem den Eindruck, als kämpfte man um Leben und Tod. Dabei ist es in erster Linie die Regierungsseite, die das Treiben verrückt macht. Keine Gelegenheit wird ausgelassen, den politischen Gegner zu verteufeln. Welche Atmosphäre da zuweilen herrscht, verdeutlichen zuletzt die heftigen Salven, die aus dem Regierungslager im Zusammenhang mit der Premiere des Films „Smolensk“ im September auf die Gegner blindlings abgefeuert wurden. In einer der wichtigsten Regierungszeitungen schrieb die junge Journalistin keck, der Film über die Flugzeugkatastrophe vom 10. April 2010 sei eine Erzählung über das unter Manipulation und Lüge leidende Polen, das zugleich stolz und unerschütterlich sei, halte es sich doch an die eigene Identität und Geschichte. Es klingt, als befänden sich Polens aufrechte Ritter in einer wahrhaften Schlacht. Beschworen wird ein historisches Kontinuum, der seit Jahrhunderten weitergegebene Glauben an die nationale Identität, der ritterliche Ethos des Dienstes am Vaterland und dergleichen abstruser Dinge mehr. Das noch junge Alter der Schreiberin solcher verstiegener Zeilen ist bezeichnend, denn das Wahlverhalten der jungen Menschen gab 2015 den Ausschlag für den Sieg der Nationalkonservativen.

Gestritten wird im einstigen „Solidarność“-Lager nicht erst seit Polens EU-Beitritt. Gleich nach der turbulenten Wendezeit 1989 zerfiel die fragile Einheit, die nur in der Gegnerschaft zur Regierungsseite in der VR Polen gehalten hatte. Zum Stein des Anstoßes wurde der Runde Tisch, also jene Gespräche zwischen der „Solidarność“-Opposition und der Regierung, die im Frühjahr 1989 den Weg bereiteten für den tiefgreifenden Systemwechsel. Als Tadeusz Mazowiecki, Polens erster Ministerpräsident mit „Solidarność“-Herkunft, schnell von der Notwendigkeit eines Schlussstriches und von Versöhnung sprach, war die Frontlinie eröffnet. Seine Gegner im eigenen Lager sprachen nun immer öfter von Beschleunigung oder Abrechnung, später wurde auch dem Verrat das Wort geredet. Zunächst stellte sich der Ende 1990 ins Präsidentenamt gewählte Lech Wałęsa an die Spitze der Beschleuniger, denn er versprach, mit der Axt durch das Land zu ziehen, um endlich aufzuräumen. Noch während seiner Amtszeit wurde er selbst angegriffen und als ein „roter Verräter“ verleumdet, so, als die Kaczyński-Brüder vor dem Präsidentensitz eine ihm nachgestellte Puppe verbrennen ließen.

Politische Nutznießer dieser Querelen im „Solidarność“-Lager waren allerdings die Nachfolger der einstigen Regierungsseite, die überraschend schnell an Stärke und Wählerzuspruch gewannen. Um sich von dem in breiter Öffentlichkeit ausgetragenen „Krieg an der Spitze“ abzugrenzen, versprachen die sich als Sozial- oder Linksdemo-

kraten ausrichtenden einstigen Staatssozialisten den besorgten Bürgern den Weg in die Zukunft, der ja sehr viel sinnvoller sei als ein Weg, auf dem ständig zurückgeschaut werden soll. Diese Rückschau in dramatische Zeiten solle den Historikern überlassen bleiben, verantwortungsbewusste Politiker hätten in die Zukunft zu führen. Als die so beschriebene Zukunft mit dem EU-Beitritt 2004 tatsächlich erreicht wurde, brach die politische Hegemonie der Wendelinken zusammen. Sie wurden schnell eingeholt von denen, die glaubhaft versprachen, das liberale Geschäft eines schnellen und aufholenden Wirtschaftswachstums besser zu verstehen, und von denen, die verwegen behaupteten, den von den Liberalen verratenen „Solidarność“-Geist von einst in den neuen Zeiten auferstehen zu lassen. Das Hauptgeschäft der Politik betreiben seither ein „liberales“ Polen – angeführt von den Wirtschaftsliberalen – und ein „solidarisches“ Polen – angeführt von den Nationalkonservativen.

Der Weg der Wendelinken in Polen lässt sich seit dieser dramatischen Wachablösung beschreiben als ein vergeblicher Versuch, im Schatten der Wirtschaftsliberalen Fahrt aufzunehmen und an Kraft zu gewinnen. Sie träumten davon, noch einmal auf der Regierungsebene als Juniorpartner gebraucht zu werden, um die Nationalkonservativen im Schach zu halten. Der Preis war ein hoher, denn das arg vernachlässigte Thema der Sozialpolitik wurde zur leichten Beute der Nationalkonservativen. Außerdem sonnte man sich gerne in dem trügerischen Gefühl, auf der linken Flanke unersetzlich zu sein. Alle Warnzeichen, dass auch diese letzte verbliebene Hegemonie nur noch eine Frage der Zeit ist, wurden sträflich übersehen. Nach dem Hochmut kam der tiefe Fall – das Jahr 2015 brachte nicht nur die Nationalkonservativen in die Vorhand, sondern es zerschmetterte auch endgültig das Koordinatensystem für Polens linksgerichtete Kräfte, wie es seit 1990 gewachsen war.

Jetzt gibt es zwei vielleicht gleichwertige Kraftzentren unter den Linken, soweit von solchen angesichts der herrschenden Zustände überhaupt die Rede sein kann. Den einen eilt jetzt der Ruf voraus, gescheitert und überhaupt zu sehr von Vergangenheit geprägt zu sein. Lang ist es her, als sie noch Zukunft ausriefen und erfolgreich damit waren. Die anderen gelten als junge und unverbrauchte Kraft, woraus sich Hoffnung speisen soll für eine künftige erfolgreiche Linke in Polen. Die einen zehren noch von den nun immer kleiner werdenden Resten einer einst starken, landesweiten Organisationsstruktur. Die anderen bauen mit allem erdenklichen Elan eine solche auf, denn nur so kann die erhoffte oder erträumte Führungsrolle unter den Linkskräften ausgeübt werden.

Diese frische, noch junge Kraft nennt sich Razem (Zusammen) und sieht sich als basisdemokratische Partei in einem breiter gefassten linksalternativen Spektrum. Der Parteiname zeigt bereits an, dass es trotz aller Jugend eine recht bunt zusammengewürfelte Kraft ist, die ihre Stärke aus den gebündelten Erfahrungen ihrer vormaligen, in recht unterschiedlicher Richtung sprudelnden Quellen zu schöpfen sucht. Zu nennen wären da Teile der Młodzi Socjaliści (Jungsozialisten), die es bis in die Strukturen der Partei der Europäischen Linken (EL) geschafft und sich ein wenig an das Erbe der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) zu halten versucht hatten. Außerdem haben etliche Razem-Leute eine Vergangenheit als aktive Mitglieder in der Polnischen

Partei der Arbeit (PPP), die sich einst als verlängerter Arm der sich radikal verstehenden kleinen Gewerkschaft „Sierpion ´80“ (August ´80) verstanden hatte. Ein dritter wichtiger Teil kommt aus der jungen grünen Bewegung Polens, die etliche Metamorphosen erlebt hat und sich noch immer nicht auf der großen politischen Bühne durchsetzen konnte.

Außerdem sehen die Führungsleute ihre Partei in einer Reihe mit anderen unorthodoxen Linkskräften in Europa, an erster Stelle mit Podemos in Spanien, aber auch Syriza in Griechenland ist durchaus gefragt. Im Grunde hält man sich viele Gesprächsfäden bis hinein in den grün-alternativen Bereich offen, nur die Kontakte zu jenen Linkskräften werden vermieden, die noch auf ihre Zeit im einstigen sowjetisch geprägten Staatssozialismus zurückgeführt werden können. Das hat in erster Linie Gründe, die in Polen selbst liegen, denn Leute wie Aleksander Kwaśniewski, Leszek Miller oder Włodzimierz Cimoszewicz gelten ihnen als die Totengräber oder, wenn man so will, Verräter einer authentischen Linken. Es ist kein Zufall, dass unter den Razem-Leuten die alte Trennung zwischen dem Ethos-Lager der „Solidarność“-Seite und den Schmutzkindern der einstigen Regierungsseite fröhliche Urständ feiert – nur wird den „Postkommunisten“ hierbei vorgeworfen, im Unterschied zur ursprünglichen Arbeiter-„Solidarność“ niemals rot gewesen zu sein.

Der linksgerichtete Soziologe Jan Sowa lobt entschieden die heroische „Solidarność“-Zeit, die er selbst allerdings nur als kleines Kind erlebt hat. Was aus dieser Zeit in heutiger Sicht zu beachten wäre, sei weniger die Massenbewegung als solche, vielmehr gelte es, das phantastische Gespür für die soziale Wirklichkeit zurückzugewinnen, das in den Massenstreiks zum Ausdruck gebracht worden sei. Diesem feinen Gespür stellt er die Blindheit der liberalen Eliten im heutigen Polen in sozialen Fragen gegenüber, die niemand so trefflich offenbart habe wie Bronisław Komorowski, als er während des vorjährigen Wahlkampfes um das Präsidentenamt frohgemut in die Falle tappte. Ein junger Mann hatte den Amtsinhaber gefragt, was seine Schwester tun solle, die zwar ein anspruchsvolles Hochschulstudium erfolgreich absolviert habe, aber mit ihrem niedrigen Gehalt bei den Banken keine Gnade finde, sobald sie um einen Wohnungskredit nachsuche. Der kluge Rat des Staatsoberhauptes verbreitete sich in Windeseile in den sozialen Netzwerken: Er rate der Schwester, sich eine neue, besser bezahlte Arbeit zu suchen, um den gewünschten Kredit beantragen zu können. Für die Razem-Leute ist klar, dass auch die Wendelinke in dieses liberale Lager gehört, in dem soziales Gewissen nur kümmerlich ausgeprägt sei.

Wo steht nun aber die Razem-Partei? Die öffentlichen Proteste gegen die Regierungspolitik gewannen schnell an Kraft, sobald offensichtlich wurde, mit welchen Mitteln die Nationalkonservativen unter Jarosław Kaczyńskis Führung darangingen, den liberalen Geist der polnischen Verfassung auszuhöhlen, ohne die nötige Zweidrittelmehrheit im Parlament zu besitzen, mit der Verfassungsänderungen vorgenommen werden können. Fast jedes einzelne Gesetz, das ab November 2015 mit der Mehrheit der Abgeordneten durchgesetzt wurde, schlug tiefe Breschen in die Verfassung von 1997. Das Verfassungsgericht wurde blockiert, die öffentlich-rechtlichen Medien wurden in nationale

umgestaltet und direkter Regierungskontrolle unterstellt, die staatliche Geschichtsbehörde IPN (Institut für das Nationale Gedenken) wurde noch einmal tüchtig umgekrempelt und in den Rang einer faktischen Geschichtspolizei erhoben, die nun im ganzen Land darüber wachen wird, ob der öffentliche Raum genügend von allen Hinterlassenschaften des Kommunismus gesäubert ist.

Einem Komitee zur Verteidigung der Demokratie (KOD) gelang es, im Winter und Frühjahr 2016 Menschenmassen gegen die Regierungspolitik in einer Zahl zu mobilisieren, wie sie in Polen in der Zeit nach 1990 nicht mehr auf den Straßen und Plätzen gesehen wurden. Gefordert wurden insbesondere die Einhaltung der Verfassung und die Beibehaltung des bisherigen EU-Integrationskurses. Jarosław Kaczyński hatte frühzeitig gedroht, den gesamten Kurs der EU-Mitgliedschaft des Landes gründlich korrigieren zu wollen, weil der bisherige Weg die nationale Identität untergrabe und die nationale Gemeinschaft gefährde. Zum Symbol der KOD-Proteste wurde das EU-Blau, das die Regierenden scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Schnell hatte Kaczyński den Vorwurf zur Hand, den Protestierenden ginge es nur um eigene Pfründe. Er polarisierte, als er Polens Bevölkerung einsortierte in diejenigen, die der von den Nationalkonservativen verkündeten „guten Änderung“ folgen, und in die anderen, die eben – so drückte er es deftig aus – zu einer schlechteren Sorte Polen gehören. Die Razem-Partei hielt sich aus dem Streit heraus mit dem Argument, man stehe beiden Lagern gleichermaßen distanziert gegenüber. Die Liberalen von KOD verteidigten auf den Straßen und Plätzen lediglich ihre Freiheit, die die Freiheit zur grenzenlosen Ausbeutung einschließe und von der ein Großteil der Bevölkerung nichts habe. Die Nationalkonservativen hingegen verwässerten mit dem verführerischen Argument der nationalen Einheit die Dinge, unterstellten sie doch stillschweigend, polnisches Kapital würde anders ausbeuten und den breiten Volksschichten weniger zusetzen. Der Sieg der Nationalkonservativen im letzten Jahr sei in erster Linie eine gigantische Niederlage der liberalen Eliten, die völlig vergessen hätten, in welcher Gesellschaft sie sich bewegten. Insofern sei es Aufgabe der linksgerichteten Kräfte, die Illusion zu bekämpfen, als stünde dem Kaczyński-Lager ein großer Block der zivilgesellschaftlichen Verständigung oder eine breite Koalition der demokratischen Kräfte entgegen.

In den Mittelpunkt rücke die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, die wichtiger sei als die Verteidigung der Demokratie. Als Adressaten bleiben die Lohnabhängigen und die prekär Beschäftigten übrig, die unübersehbar als eine Art neuer Arbeiterklasse gedeutet werden. Soziologe Jan Sowa spricht dann auch gleich von den Volksklassen, die nicht länger von den Liberalen geführt werden wollten. Fast klingt es, als werde da nach einem neuen Lassalle gerufen, der einst im tiefen 19. Jahrhundert die junge, noch unerfahrene Arbeiterbewegung vor den politischen Verlockungen der Liberalen gewarnt hatte, die entgegen aller schillernden und gutklingenden Losungen doch nur den eigenen Interessen des schnöden bürgerlichen Geschäfts folgten. Auch deshalb ist der Bezug auf die Arbeiterkämpfe in der „Solidarność“-Zeit bei den Razem-Leuten so manifest. Würden sie diesen Gedanken konsequent weiterentwickeln und vertiefen, bliebe schließlich der Verrat der „Solidarność“-Liberalen, die am Runden Tisch mit den

Regierungsvertretern gekungelt und dabei die Arbeiter-„Solidarność“ geopfert hätten. So ähnlich klingt es heuer auch bei den Kaczyński-Leuten, wobei sie dem ganzen kranken Geschichtsbild kräftige nationalkonservative Farben verpassen. Wo die Razem-Leute den Klassenverrat herausstellen, wittern die Nationalkonservativen schlimmen nationalen Verrat.

Allerdings steht vor Polens Linkskräften tatsächlich die Aufgabe, aus dem Fahrwasser der Wirtschaftsliberalen herauszukommen. Der Vorwurf der Razem-Vertreter, dass bei den Linksdemokraten noch immer nicht Kurs darauf genommen werde, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Andererseits ist die Verteidigung der geltenden Verfassung keine Nebensache – zumindest nicht für Linkskräfte. Die Verfassung von 1997 spiegelt in Geist und Buchstaben das damalige Kräfteverhältnis wieder – tonangebend waren die Linksdemokraten und der liberale Flügel des einstigen „Solidarność“-Lagers. Auch hier darf ruhig an Lassalle erinnert werden, der Verfassungstexte für den Ausdruck bestehender politischer Kräfteverhältnisse hielt. Anders gesagt: Jede Verfassungsänderung, die im Augenblick in Polen durchgesetzt werden kann, spielt allein den Rechten in die Hände. Insofern wirkt es hilflos und naiv, wenn führende Razem-Leute leichtfertig darauf verweisen, wie weit Verfassungsfragen von den Alltagssorgen und -nöten der breiten Volksschichten entfernt seien.

In aktuellen Umfragen wird Razem in einem Bereich zwischen einem und vier Prozent notiert. Insgesamt kommen Polens linksgerichtete Kräfte höchstens auf zehn Prozent. Das ist nicht unbedingt ein Hoffnungszeichen, denn niemand kann heute voraussagen, wohin das Pendel ausschlagen wird, wenn die Nationalkonservativen an Wählerzuspruch verlieren, der derzeit immer noch in etwa die Höhe besitzt wie vor einem Jahr bei ihrem Wahlsieg. Sollte die in den zurückliegenden Jahren fast alles beherrschende Alternative zwischen den Wirtschaftsliberalen und den Nationalkonservativen an Bindungskraft verlieren, braucht es ein attraktives linksgerichtetes Lager, damit die Stimmen nicht noch weiter nach rechts ziehen. In dieser Verantwortung steht nun in erheblichem Maße auch Razem, wobei in den Führungskreisen noch immer die Überzeugung verbreitet ist, der beste Weg sei eine klare Abgrenzung vom links- bzw. sozialdemokratischen Erbe der Wendelinken. Um diesen Anspruch zu bekräftigen und zu unterstreichen, wird auf das Vermächtnis der Arbeiter-„Solidarność“ vom August 1980 gepocht. Das soll rüsten für die schwierigen politischen Kämpfe der kommenden Zeit.

Die Lösung muss dem Kapital wehtun

Die Linke in Osteuropa ist in einem beklagenswerten Zustand, das systemkritische Denken jedoch nicht, meint der ungarische Historiker Tamás Krausz*

*Interview in Neues Deutschland, 20.8.2016,
Interviewerin: Susan Zimmermann*

Im Herbst 1997 haben Sie in einem ND-Interview die Lage der Linken in Ungarn und Osteuropa kritisch analysiert. Wie sehen Sie die Situation heute, mehr als 25 Jahre nach der Wende?

Seit dem Systemwechsel von 1989/1991 haben in Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern die politischen Regime zahlreiche Metamorphosen durchlaufen. Die Grundtendenz besteht dabei, so wie wir das vorausgesehen haben, in der Entstehung autoritärer politischer Systeme.

Die zivilgesellschaftliche Sphäre ist seit Langem der Sphäre der Politik einverleibt, und dies darf nicht nur als Leistung der nationalistischen autoritären Systeme begriffen werden. Die Organisationen, die in der Ära des Systemwechsels und unmittelbar darauf entstanden und sich als Motoren sozialer Bewegung begriffen, sind zugrunde gegangen, und heute gibt es bestenfalls bei den rechten Organisationen Merkmale sozialer Bewegung. Die systemkritischen Kräfte der Zivilgesellschaft, die im Prinzip an der langfristigen Zielsetzung der gesellschaftlichen Gegenmacht festhalten, sind schwach, sehr schwach, und nicht in der Lage, ihre Kräfte zu vereinen.

Es ist auffallend, wie unbedeutend und kraftlos sich insgesamt die Protestbewegungen gegen die Diktatur des Kapitals in Osteuropa darstellen. Sicher, auch in Westeuropa hat seit dem Zerfall der klassischen Arbeiterbewegung nirgendwo eine antisystemische, antikapitalistische Bewegung der arbeitenden Menschen die Bühne der Geschichte betreten, und die radikale Verringerung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften ist eine gesamteuropäische Erscheinung. Die Internationale des Kapitals funktioniert, jene der Arbeit dagegen nicht. In jüngster Zeit illustriert insbesondere die Migrationsproblematik diesen Zustand klar und deutlich.

Was ist das Neue am Regime Orbán, und wie ist es um die parlamentarischen Oppositionskräfte bestellt?

Im Jahr 2010 ist in Ungarn die Rechte mit einer Zweidrittelmehrheit an die Macht gekommen, und außerdem gehören im Parlament nahezu 20 Prozent der Abgeordneten der extremen Rechten, der Partei der Jobbik (Rechte bzw. Besere) an, die eigentlich eine Opposition auf Seiten der Regierung darstellt. Dieses Wahlergebnis, das sich in hohem Maße der blinden neoliberalen Politik des vorhergehenden Ministerpräsidenten, des Parvenü-Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány verdankt, hat das „polnische Syndrom“ nach Ungarn gebracht. Die Rechte hat im Parlament mehr als 80 Prozent der Sitze inne. Heute, im Jahr 2016, können wir beobachten, dass die Jobbik versucht, sich in einen Wolf im Schafspelz zu verwandeln. Sie hat sich im Parlament von ihrer antisemitischen Rhetorik abgewandt und bereitet sich auf die im Jahr 2018 bevorstehenden Wahlen vor. Die Ungarische Sozialistische Partei (Mag-

yar Szocialista Párt, USP) und jene beiden Kleinparteien, die sich von ihr abgespalten haben, die Partei Gemeinsam (Együtt) und die von Gyurcsány geführte Demokratische Koalition (Demokratikus Koalíció) erwägen, die Jobbik in mögliche Koalitionskonstellationen einzubeziehen, wenn es eine Chance dafür geben soll, die jetzige Regierungskoalition aus Fidesz und Christdemokraten unter Ministerpräsident Viktor Orbán unter Druck zu setzen.

Orbáns Geheimnis besteht nicht einfach darin, dass er im Zeichen einer nationalpopulistischen Freiheitsrhetorik, die Brüssel die Schuld an den Problemen gibt, ein autoritäres Regime installiert hat. Das Geheimnis des ungarischen „Triumphalismus“ besteht darin, dass er tatsächlich Macht erringen konnte. Orbán ist es mit seiner Politik der Machtkonzentration gelungen, praktisch die gesamte elektronische Presse unter seine Kontrolle zu bringen. Er hat sich mit beinahe goebbelsscher Arroganz darangemacht, die ungarische Gesellschaft geistig neu durchzukneten, und es sieht ganz danach aus, dass diese Gesellschaft in ihrer Mehrheit tatsächlich zur Anhängerin nationalistischer und fremdenhasserischer Politik geworden ist. Die entsprechende politische Rhetorik breitet sich in ganz Europa aus. Der Beitrag Orbáns hierzu ist unverkennbar. Orbán hat mithilfe regelmäßiger „Beteiligungen“ eine neue Oligarcho-Bourgeoisie geschaffen, die ihm treu ergeben ist, und er hat nahezu jede Form des politischen und gesellschaftlichen Widerstandes erstickt, sogar das Streikrecht hat er de facto beschnitten. Die neue Verfassung, das Staatsgrundgesetz von 2010, markiert für Ungarn den definitiven Bruch mit der bürgerlich-demokratischen Tradition. Das politische System der Epoche seit der Wende ist damit nach links hin endgültig und hermetisch geschlossen, nach rechts dagegen ist es im Zeichen der Restauration im Geiste eines Neo-Horthyismus offen.

Welchen Widerhall findet Orbáns Flüchtlingspolitik in Ungarn?

Orbán ist die Flüchtlingsfrage sehr zupass gekommen, denn sie erlaubt es ihm unter Berufung auf den „nationalen Selbstschutz“ seine anti-globalistische Demagogie, die die Politik der Machtkonzentration ideologisch untermauert, zu vervollkommen. Er hat die Flüchtlinge zum Sündenbock, zum neuen Gegner stilisiert, der quasi schuld ist an der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität, am Terrorismus und an der existenziellen Unsicherheit. Die Roma und die Juden sind damit als Zielscheibe in den Hintergrund getreten. Die antikommunistische Rhetorik und die geistige Indoktrination sind stärker denn je. Meinungsumfragen haben ergeben, dass etwa 80 Prozent der Bevölkerung Orbáns Anti-Flüchtlingspolitik unterstützen. Das Regime verschweigt und vernebelt systematisch, dass die NATO diese Menschen zu Vertriebenen gemacht hat. Mithilfe des manipulativen Systems werden die arbeitenden Menschen eingeschüchtert, und die gesamte Gesellschaft wird demoralisiert und „refeudalisiert“.

Sie sprechen immer wieder vom Bündnis zwischen „liberalem Atlantismus“ und der extremen Rechten – was meinen Sie damit?

Ich habe seit 2010 betont, das Orbán-Regime kann auf dem klassischen Weg der Parlamentswahlen nicht beseitigt werden. Ausschließlich eine gesellschaftliche Massenbewe-

gung, ein Volksaufstand kann dieses Regime verjagen. Die Liberalen und Neoliberalen in Ungarn wollen dies nicht sehen. Die westlichen Regierungen haben sich mittlerweile mit Orbán arrangiert, sich praktisch hinter ihn gestellt, denn in Ungarn und in den meisten anderen osteuropäischen Ländern verbindet sich die Unterwerfung unter Brüsseler und andere Spar- und Reformdiktate mit einer radikalen pro-atlantischen Politik. Die USA haben sich militärisch in Osteuropa endgültig eingerichtet, sie bauen ihre gegen Russland gerichteten Militärbasen und -strategien stetig aus. Dabei wird behauptet, dass auf diese Weise die Demokratie gegenüber dem autoritären russischen System verteidigt wird. Aber indem die NATO und die USA sich so verhalten, legitimieren, sanktionieren sie eben die Grundlagen der autoritären Regime in der Region. Diese autoritären Systeme werden überall von den Verhältnissen des oligarchischen Kapitalismus bestimmt. Das russische Macht- und Wirtschaftssystem wird von den Ländern des Zentrums militärisch und wirtschaftlich bedrängt und isoliert, und aus dieser Motivation heraus wird sogar das ukrainische Pro-Nazi-Regime „erhalten“.

Ist diese Haltung der parlamentarischen Opposition schuld am Fehlen einer linken Alternative?

Dass die Opposition sich sogar mit der extremen Rechten zusammentun will, verrät so einiges über deren Engagement für die Demokratie und ihre angebliche Sehnsucht nach gesellschaftlichem Fortschritt. Die Opposition will an der Abgeschlossenheit des Systems nach links und seiner Offenheit nach rechts nichts ändern. In Osteuropa haben sich die Triebkräfte für einen wahrhaften Fortschritt im begrifflichen und politischen Rahmen der Demokratie erschöpft, wenn es sie denn je gegeben hat. Noch nach dem Systemwechsel, ja, sogar bis in die Mitte der 1990er Jahre konnte über das „Nachholen“ und das „Einholen“ Westeuropas geschwafelt werden, aber dieses Gerede kaufen die Menschen den Eliten heute nicht mehr ab. In Ungarn führen heute sogar die Verkaufsstellen für Tabakwaren den Namen „Nationale Verkaufsstelle“. In der Ukraine arbeitet das bandenartige Pro-Nazi-Regime seit 2014 de facto am Massenmord, in Lettland gibt es öffentliche Unterstützung für die Verherrlichung der Waffen-SS, in Ungarn fordert ein der Fidesz zugehöriger Politik-Halodri namens Lezsák die Errichtung einer öffentlichen Statue für den großen antisemitischen Politiker des Horthy-Zeitalters, Pál Teleki. In unseren Breiten feiert die Geschichtsfälschung auf der Grundlage von Russophobie und Antisemitismus, Antiislamismus und Fremdenhass fröhliche Urstände.

Können Sie uns angesichts dieser schockierenden Bestandaufnahme Genaueres über den Zustand der zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Ungarn sagen?

Die systemkritische Linke in Ungarn und in Osteuropa knüpfte zunächst große Hoffnungen an die zivilgesellschaftlichen Bewegungen als neue Basis des antikapitalistischen Widerstandes. Wir erinnern uns noch gut an unsere ursprünglichen Vorstellungen, die wir in Budapest und Wien, Moskau und Paris, Prag und Ljubljana formulierten. In Abgrenzung von der stalinistischen Restauration einerseits und der kapitalistischen Restauration andererseits kann eine Alternative entwickelt werden, die auf der gesell-

schaftlichen Selbstorganisation, auf der Zivilgesellschaft als gesellschaftlicher Gegenmacht beruht. Dies war das Konzept des tertium datur, der dritten Möglichkeit.

Realiter sind in Ungarn die antikapitalistischen bzw. systemkritischen Organisationen und Netzwerke stark zersplittert. Im Grund lassen sich drei Richtungen unterscheiden. Die Ungarische Vereinigte Linke (Magyar Egyesült Baloldal, Mebal), bringt Gruppen wie Attac Ungarn, die Stiftung Ungarisches Sozialforum und kleine Vereine wie den Arbeiterfreizeitverein von Franzensstadt, einem Stadtteil von Budapest, zusammen. Bei den Initiator*innen und Aktivist*innen handelt es sich in der Mehrheit um marxistische Intellektuelle. Dieses Netzwerk befasst sich, ganz so wie verwandte Gruppierungen in Westeuropa und Russland, einstweilen nicht mit dem Anliegen einer Parteigründung, sondern fokussiert sich auf soziale Projekte, die, so der Gedankengang, dem Schutz der unteren gesellschaftlichen Schichten dienen sollen. Die Zahl der Mitglieder und Unterstützer dürfte sich auf einige Hundert Personen belaufen. In ihren öffentlichen Stellungnahmen unterstreicht die Mebal, dass sie Parteigründungen unter den jetzigen Bedingungen deswegen ablehnt, weil es ohne bedeutende finanzielle Mittel und eine entsprechende Infrastruktur und insbesondere ohne breite gesellschaftliche Unterstützung nicht möglich ist, die radikale Linke auch nur in die Nähe einer parlamentarischen Vertretung zu bringen.

Als zweite markante Richtung ist die Partei Grüne Linke (Zöld Baloldal) zu nennen. Die Grüne Linke ist ein Zusammenschluss aus der Ungarischen Arbeiterpartei 2006 (Magyarországi Munkáspárt 2006, Mitglied der Europäischen Linken) und der Gruppierung Grüne Linke. Die Partei ist bei den Parlamentswahlen von 2010 und 2014 zwar angetreten, konnte aber nirgendwo auch nur eine Wahlliste aufstellen. Auch bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften ist es ihr nur selten gelungen, einen eigenen Kandidaten zu nominieren. In solchen Fällen ruft die Partei ihre Sympathisant*innen dazu auf, entweder die Ungarische Arbeiterpartei oder die Abspaltung Ungarische Arbeiterpartei 2006 zu wählen.

Das dritte klar erkennbare Lager der systemkritischen Linken besteht aus anarchistischen und anarcho-kommunistischen Gruppierungen, die miteinander rivalisieren. Hier wird dem Staat ebenso wie jeder traditionellen Form der politischen Organisation der Kampf angesagt. Dieses Lager verkörpert die Idee der Linken als politischer Subkultur. Happening in der liberalen Presse ist vielen Vertreter*innen wichtiger als die Massenaktion. Die Vertreter dieses Lagers begreifen sich als antifaschistisch und antirassistisch.

All diese Gruppierungen sind eng mit jenen antikapitalistischen Traditionen der Region verbunden, die sich durch gesellschaftliche Selbstorganisation vom Kapitalismus abkoppeln wollen. Zu denken ist hier an die Jahre 1945 bis 1948 und später die Solidarność in Polen, an 1905, 1917 und 1989 bis 1991 in Russland bzw. der Sowjetunion, und an die selbsttätigen Arbeiterräte und Arbeiterkomitees, die die Vergesellschaftung des Staatseigentums anstrebten. Unter dem Druck der neoliberalen Weltordnung und der kapitalistischen Restauration in Osteuropa ist es aber heute kaum möglich, kraftvoll an diese tatsächlich radikalen, zivilgesellschaftlichen Experimente anzuknüpfen. Unterdessen verwendet der ungarische Staat auch im Jahr 2016, 60 Jahre nach dem Aufstand von 1956, große Ener-

gie darauf, die Erinnerung an 1956 zu enteignen. Eine noch nie gesehene Propagandakampagne und Monsterkonferenzen an den Universitäten verbreiten die Fidesz-Programmatik der „nationalen Übereinkunft“ und die Botschaft der Systemlegitimation. Zugleich wird seit der Wende das Erbe der Arbeiterräte von 1956 konsequent verschwiegen oder verfälscht. Dies ist ein weiterer Beweis der extremen Schwäche der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in unserer Region auch 25 Jahre nach der Wende.

Sehen Sie eine Chance, dass sich die Dinge für die Linke politisch zum Besseren wenden könnten?

Die zentrale Frage ist, ob es in der heutigen Situation möglich ist, „organisierte Zentren“ des Antikapitalismus aufzubauen. Dabei geht es nicht um irgendeinen bürokratischen Apparat. Der Vorstellung der netzwerkförmigen Organisation, die schon bei Lenin auftaucht, haftet in ideologisch-theoretischem wie praktisch-politischem Sinne eine gewisse Genialität an, denn sie sucht nach den schwachen Punkten des kapitalistischen Systems. Wenn bestimmte Gruppierungen und Bewegungen heute jede auf Disziplin basierende Organisationsform ablehnen, dann verstehen sie nicht, was die russischen Sozialdemokraten bereits vor mehr als einem Jahrhundert begriffen haben. Damals und dort ging die – in unseren Tagen so nicht mehr durchsetzbare – politische Revolution von einem solchen „organisierten Zentrum“ aus. Heute ist die kapitalistische Ausbeutung in Europa anders organisiert, die Krise hat eine andere Struktur, deswegen müssen auch die „organisierten Zentren“ eine andere Gestalt annehmen als zu Lenins Zeiten. Eine wirkungsmächtige antikapitalistische Bewegung ohne Arbeiterbewegung ist nicht möglich. Gerade weil das Kapital und der Staat die gesellschaftlichen Bewegungen effektiv von den Arbeitsplätzen fernhalten, wären übergreifende, diese Sphäre einbeziehende Organisationsbestrebungen besonders wichtig. Doch dies ist das komplizierteste Problem. Die heutigen systemkritischen Organisationen erreichen nicht einmal die jugendlichen Arbeiter, haben sich dies noch nicht einmal konkret zur Aufgabe gemacht. Die kapitalistische Arbeitsteilung zersplittert den organisierten Widerstand der Arbeiterschaft, und das Bewusstsein der Arbeiterklasse wird von den manipulativen Strukturen des Systems beherrscht.

Sehen Sie eine politische Perspektive darin, wenn die Linke versucht, sich den Nationalismus zunutze zu machen?

Mit ihrer EU- und Euro-Feindlichkeit führt die nationale Romantik nicht nach links, sondern treibt die ganze Region in die Richtung des nationalen Populismus, wie ihn Viktor Orbán verkörpert. Der Nationalstaat weist gegenüber der EU keinerlei fortschrittliche Momente auf, er verhüllt vielmehr den Kampf verschiedener Gruppen der Bourgeoisie und steht für manche Linke anstelle des Nachdenkens über die Überwindung des Kapitalismus. Der romantische Kommunismus hält ebenfalls keine adäquaten Lösungen parat für jene gesellschaftlichen Experimente, denen es um die globale Überwindung des Kapitalismus zu tun ist. Ohne breiten gesellschaftlichen Widerstand geht es nicht. Die heutige Zeit ist zweifellos eine Zeit der Schaffung der Voraussetzungen für „organisierte Zentren“, und es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Analyse der Lage der Dinge

unzulässig vereinfachen und die Buntheit und Vielfältigkeit des Aktivismus ignorieren würden. Am schlimmsten ist es, wenn sich die verschiedenen Gruppen unnötig aneinander reiben, sich gegenseitig verletzen. Von der politischen Strategie her gesehen ist klar, dass die Lösung nur eine sein kann, die dem Kapital wehtut. Der Kern der Sache besteht darin, die Produktion des Profits zu verhindern, und das heißt, dass nicht die Wall Street, sondern die Arbeitsplätze besetzt werden müssen. Das ist leicht gesagt, aber in der Praxis sehr kompliziert. Die Arbeitenden müssen ihre eigenen Vertreter wählen, die im Wege der Zentralisierung von unten nach oben die unterste Stufe des organisierten Gemeineigentums entwickeln. Und darüber, wie das gehen kann, wissen wir viel – aus der Geschichte der Revolutionen und aus den Werken von Marx, Luxemburg, Lenin, Gramsci und anderen.

Gibt es etwas, was Sie heute fundamental anders sehen als vor 20 Jahren? Sind Sie klüger geworden?

Ich denke, dass ich die Geschichte des osteuropäischen Staatssozialismus und jene des Systemwechsels selbst heute differenzierter sehe als 1989. Im Geiste des Humanismus sage ich heute wie damals, dass keine Art der Apologetik des kapitalistischen Systems akzeptabel ist, doch habe ich besser zu verstehen gelernt, wie außerordentlich tief verwurzelt das kapitalistische System im Denken der Menschen ist. All die negativen „Prophezeiungen“, die ich im Jahr 1989 und Anfang der 1990er Jahre gemacht habe, sind wahr geworden, dasselbe gilt für meine optimistischen Vorhersagen leider nicht. Viele Freunde und Genossen haben mit der Distanzierung vom Staatssozialismus auch alle progressiven kulturell-sozialistischen Traditionen weggeworfen. Dies lehne ich als sektiererischen Fehler ab. Je umfassender die Tradition ist, mit der wir gegen den Kapitalismus mobilisieren können, desto besser.

Der Systemwechsel und alles, was danach geschehen ist, hat für mich bewiesen, dass es sich vom theoretischen, methodologischen und politischen Standpunkt her lohnt, konsequent zu Marx und zum revolutionären marxischen Erbe mit seiner antistalinistischen und antikapitalistischen Botschaft zu stehen. Nach 1989 konnte ein reales Lebensziel letztlich bestenfalls wohl darin bestehen, den Fortbestand eines systemkritischen, antikapitalistischen Denkens zu sichern, und ich glaube, dazu haben wir einen gewissen Beitrag geleistet. Das ist nicht viel, aber auch nicht nichts.

* **Tamás Krausz**, geboren 1948, ist Historiker und Universitätsprofessor an der Eötvös Loránd Universität in Budapest. Seine Forschungen beschäftigen sich in erster Linie mit der Geschichte der Sowjetunion in der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg, mit der Geschichte des Bolschewismus und mit Laufbahn und Lebenslauf von Lenin und Stalin. In jüngster Zeit hat er über „umstrittene Fragen in der Geschichte der Sowjetunion und Osteuropas im 20. Jahrhundert“ und den „verschwiegenen Völkermord“, verübt unter anderem durch die ungarischen Besatzungstruppen in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, publiziert. Seine monumentale Studie „Reconstructing Lenin. An Intellectual Biography“ wurde nach dem Erscheinen der englischsprachigen Übersetzung im Jahr 2015 mit dem Deutscher Memorial Prize ausgezeichnet. Krausz ist eine Schlüsselfigur der antikapitalistischen Linken in Ungarn. In den Jahren 1988/89 nahm er an der Gründung der Vereinigung der Linken Alternative (Baloldali Alternatívá Egyesülése) teil, einer Organisation von mehreren Hundert Intellektuellen, die sich die Verwirklichung des Selbstverwaltungssozialismus zum Ziel gesetzt hatten. Dies, so Krausz, „war kein scheinnaiver Verein, sondern eine moralische Gemeinschaft“. Unter anderem gestützt auf die Mitglieder dieser Organisation wurde der Wis-

senschaftler zu einem der Mitbegründer einer politischen Plattform im Rahmen der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP), die sich als anti-kapitalistisch und antistalinistisch definierte, und später den Namen „Verband der Linken“ (Baloldali Tömörülés) annahm. Von 1989 bis 2009 war Krausz stellvertretender Vorsitzender dieser innerparteilichen Plattform. Im April 2009 trat Krausz aus der USP aus. Als widerstandsfähigste Initiative, an deren Schaffung Krausz gemeinsam mit einigen Freunden führend beteiligt war, erwies sich die Vierteljahresschrift für Gesellschafts- und Kulturkritik „Eszmélet“. Diese einzige marxistische theoretische Zeitschrift Ungarns erscheint seit 1989. Tamás Krausz ist von Beginn an Redakteur des Blatts.

„Wir werden den Widerstand organisieren“

Der Vorsitzende der linkskurdischen HDP, Selahattin Demirtas*, über den Hungerstreik, das Erdogan-Regime nach dem Putschversuch und das Schweigen der Bundesregierung zur Besetzung der kurdischen Region Rojava

Aus: Neues Deutschland, 8. 9. 2016

Die HDP und weitere kurdische Organisationen haben einen Hungerstreik gestartet. 50 Politiker beteiligen sich daran. Was sind die Forderungen dieses Hungerstreiks?

Am 15. Juli, am Tag des Putschversuches, hat ein Militärhubschrauber versucht, auf der Gefängnisinsel Imrali zu landen, auf der Abdullah Öcalan inhaftiert ist. Daraufhin wurde dieser Hubschrauber von der Insel aus beschossen, der anfliegende Hubschrauber hat diesen Beschuss erwidert. Wir haben über diesen Vorfall konkrete Informationen erhalten. Uns liegen aber keine weiteren Berichte vor, was noch an diesem besagten Abend geschehen ist. Aus diesen Gründen haben wir verständlicherweise Bedenken, was die Gesundheit und das Leben von Abdullah Öcalan betrifft.

Gibt es über den PKK-Führer irgendwelche Informationen?

Es sind mittlerweile 50 Tage seit dem Putschversuch und dem Vorfall auf der Insel vergangen, und wir haben bis heute keine Informationen über den Zustand oder ein Lebenszeichen von Öcalan erhalten. Alle Besuchsanträge der Rechtsanwälte und Familienangehörigen wurden von den offiziellen Stellen konsequent abgelehnt. Diese Haltung hat dazu beigetragen, dass unsere Bedenken immer größer wurden. Wir können zurzeit den Konflikt und den Krieg in der Türkei und außerhalb leider nicht stoppen. Aber dass Öcalan unrechtmäßig wie eine Geisel behandelt wird, dass sogar seine Familie und Rechtsanwälte keine Nachricht von ihm erhalten, kann und wird von uns nicht akzeptiert werden. Aus diesem Grund sind 50 Politiker in den unbefristeten Hungerstreik getreten. Und es werden weitere Protestaktionen folgen.

Rechnen Sie mit einer positiven Reaktion der türkischen Behörden?

Es geht nicht darum, dass neue Friedensverhandlungen aufgenommen werden sollen. Wir verfolgen nur eine Forde-

zung: Zugang der Rechtsanwälte oder der Familienangehörigen, um Informationen über den gesundheitlichen Zustand von Abdullah Öcalan. Sobald dies geschieht, wird der Hungerstreik beendet. Sollte diese Forderung jedoch nicht akzeptiert werden, werden unsere Sorge und die Wut innerhalb der Bevölkerung wachsen. Diese Wut wird sich in verschiedensten Protestformen ausdrücken.

Per Dekret wurden in der Türkei mehr als 2300 Akademiker suspendiert und zum Teil verhaftet. Unter ihnen befinden sich auch die Unterzeichner des Appells „Akademiker für den Frieden“. Wie schätzen Sie die Lage der Presse-, Meinungs- und Bildungsfreiheit in der Türkei derzeit ein?

Die regierende AKP von Recep Tayyip Erdogan versucht, die Türkei in einen Einparteienstaat zu verwandeln. Sie wollen niemanden im Staatsapparat haben, der sich nicht der AKP unterordnet oder ihr treu ergeben ist. Die Leute haben die Wahl. Entweder sind sie türkische Rassisten beziehungsweise Nationalisten – oder ihnen wird ein Platz im Staatsapparat, an den Universitäten oder in der Bürokratie verwehrt. Das ist aus unserer Sicht eine ganz gefährliche Entwicklung.

Aber sie dauert schon länger an. Welche Rolle spielte der gescheiterte Putschversuch dabei?

Die AKP versucht seit 13 Jahren, Stück für Stück, den Staat zu übernehmen. 13 Jahre lang wurde dieses Ziel von Erdogan gemeinsam mit Fethullah Gülen angestrebt. Sie haben zuerst die Gülen-Bewegung im Staatsapparat installiert. Nun, da Gülen gegen die AKP einen Putschversuch unternommen hat, werden all seine Anhänger in der Türkei politisch und zum Teil auch physisch liquidiert. Nun weitet sich diese Hexenjagd aus.

Wer ist alles von dem Vorgehen der Regierung in Ankara betroffen?

Im Fokus stehen jetzt Linke, Sozialisten, Demokraten, Revolutionäre und Kurden. Die AKP erhofft sich von dieser „Säuberung“ eine Verschnaufpause und will sich politisch Türkei noch fester etablieren. All das kann zwar die AKP, die mit innenpolitischem Druck umzugehen hat, vorübergehend entlasten. Aber genau diese repressive Praxis, die jetzt verfolgt wird, vergrößert nur die Wut der Bevölkerung.

Es gibt aber auch Unterstützungsbekundungen für die AKP. Welche Strategie verfolgt Ihre HDP?

Ich sage es hier ganz offen: Die Aufgabe der HDP ist es, diese Wut zu organisieren und zu politisieren. Wir werden unter allen Umständen den Widerstand gegen diese Politik organisieren. Wir werden uns der AKP nicht ergeben und werden sowohl im Parlament als auch auf der Straße jedem zurufen, sich dieser Politik nicht zu beugen oder zu ergeben.

Es hat Berichte über ein mögliches Treffen zwischen Erdogan und dem syrischen Machthaber Baschar al-Assad in Moskau gegeben. Dies wurde inzwischen dementiert, aber die Konstellation im Syrien-Konflikt scheint sich zu wandeln.

Die AKP hat aufgrund ihrer fehlgeschlagenen Außenpolitik beschlossen, eine Kehrtwende zu vollziehen und sich von ihrem bisherigen Kurs zu verabschieden. Die für Erdogan

innenpolitisch unvorteilhafte Lage hat dazu geführt, dass die AKP nach außen hin Zugeständnisse machen muss. Sie kann nicht gleichzeitig an zwei Fronten kämpfen. Dafür ist sie zu schwach.

Welche Zugeständnisse meinen Sie?

Die Zugeständnisse zeigen sich etwa darin, dass sich die Haltung der türkischen Regierung gegenüber Russland, Israel und insbesondere gegenüber Assad radikal geändert hat. Aus Feind wurde Freund oder zumindest Verbündeter. Assad, der für die türkische Regierung vorher als ein Hauptfeind galt, ist heute nicht mehr das Problem, sondern für die Türkei ein Teil der Lösung. Der eigentliche Grund für die Annäherung an Assad liegt aber darin, dass die Anerkennung der kurdischen Region Rojava um jeden Preis verhindert werden soll. Die Kurdenfeindlichkeit ist die Grundlage für diese Zusammenarbeit. Erdogan versucht nun, eine fehlgeschlagene Außenpolitik durch eine neue fehlerhafte Politik wettzumachen.

Geht es dabei nur um die regionalen Konflikte?

Das Augenmerk muss auf die Ereignisse innerhalb der Türkei gerichtet werden. Solange innenpolitisch nicht durch eine Reorganisation der Politik ein friedliches und demokratisches Zusammenleben möglich ist, wird die AKP außenpolitisch den fehlerhaften Kurs des früheren Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu weiterverfolgen. Und sie wird damit nichts erreichen. Die Türkei wurde unter Erdogan in einen Sumpf aus Chaos und Krieg getrieben. Bei einem „Weiter so“ wird sie aus diesem Sumpf nicht mehr herauskommen.

Das türkische Militär ist inzwischen in Nordsyrien einmarschiert. Die internationale Gemeinschaft hat dazu mehr oder weniger geschwiegen. Einige Regierungen haben diesen Schritt sogar begrüßt. Wie erklären Sie sich das, wo doch die Kurden in Nordsyrien bisher als Verbündete des Westens gegen die Terrormiliz IS angesehen und unterstützt wurden?

Die internationale Gemeinschaft weiß genau, was dort passiert. Sie lässt der Türkei aber vorerst freie Hand. Die anderen Staaten sind sich allerdings ebenso bewusst, dass sich die Regierung in Ankara mit ihrem Vorgehen ins Aus manövriert. Wir als HDP haben von Anfang an gesagt, dass die Türkei bei einer solchen Politik dasselbe Schicksal erleiden wird wie der sogenannte IS. Nämlich eine Niederlage. Der Kampf gegen den sogenannten IS war für Ankara nur ein Vorwand. Das eigentliche Ziel Erdogans ist, die Vereinigung von ganz Rojava zu verhindern. Es ist keine neue Ausrichtung. Im Gegenteil. Die Türkei verfolgt einfach weiter ihren antikurdischen Kurs, aber jetzt ist das Risiko viel höher.

Warum ist die Türkei in Syrien einmarschiert?

Der Einmarsch in Dscharabulus erfolgte, da nach der Befreiung der Stadt Manbidsch durch kurdische Kräfte der Korridor geschlossen gewesen wäre, der für die von der türkischen Regierung unterstützten IS-Terroristen lebenswichtig ist. Jegliche logistische Unterstützung von der Türkei in Richtung der IS-Hochburg Raqqa wäre unterbunden worden. Das wäre das Aus für den Einfluss der türkischen Regierung im Syrienkonflikt gewesen. Das wollte die AKP verhindern. Die Türkei hat es geschafft, dass sich alle fort-

schrittlichen Kräfte in Nordsyrien auf Dscharabulus und die anderen von der Türkei besetzten Gebiete konzentrieren müssen. Dadurch ist für die IS-Terroristen anderswo Raum geschaffen worden, in dem sie ungestört agieren können. IS-Terroristen, die mit Uniformen der Freien Syrischen Armee ausgestattet worden sind, werden von türkischem Boden nach Dscharabulus geschickt.

Die Bundesregierung taktiert in dem Konflikt, das militärische Vorgehen gegen die Kurden hat an der freundlichen Haltung gegenüber Erdogan nichts geändert. Haben Sie sich eine andere Reaktion erhofft?

Deutschland kann und darf nicht mehr so tun, als ob es den legitimen Kampf der Kurden in der Region nicht gibt. In einer Zeit, in der die internationale Gemeinschaft Angst vor dem IS-Terror hat, war es die Bevölkerung von Rojava, der es als einziger Kraft wirklich gelungen ist, den IS in der Region zu besiegen. Statt diesen Erfolg als eine große und bedeutende Leistung der Bevölkerung von Rojava und auch als internationale Botschaft im Kampf gegen den IS-Terrorismus zu würdigen, hat die internationale Gemeinschaft weitgehend geschwiegen. Einige Regierungen stehen immer noch auf dem Standpunkt, die kurdisch-syrische Partei der Demokratischen Union (PYD) sei eine terroristische Organisation. In Deutschland werden die Symbole und Fahnen der Bevölkerung Rojavas verboten. Dabei ist es doch objektiv gesehen so, dass die PYD die einzige effektive Kraft ist, mit der ein Bündnis gegen den IS geschaffen werden kann.

Hat es dazu wenigstens Ansätze gegeben?

Das Gegenteil ist der Fall. Die internationale Gemeinschaft unterstützt die Aggressoren gegen die PYD und ihre Volksverteidigungseinheiten, die YPG. So wird die Hoffnung auf eine demokratische Lösung in der Region zunichtegemacht. Die Bundesregierung muss daher ihre Außenpolitik, speziell ihre Syrienpolitik, überdenken. Wie lange will Berlin noch so tun, als ob es die 50 Millionen Kurden und ihren Kampf nicht gäbe? Die deutsche Bundesregierung darf eines nicht vergessen: Der Kampf der Kurden in Syrien gegen den IS ist auch ein Kampf für die Sicherheit der Bevölkerung in Deutschland und in ganz Europa. Wenn die europäischen Regierungen weiter zur Besatzung Rojavas durch die Türkei schweigen, wenn der IS dann diese Gebiete erneut kontrolliert und sich dadurch wieder stärkt, wird erneut Angst um sich greifen. Deswegen ist der Widerstand in Rojava nicht nur eine interne Angelegenheit der Kurden, sondern ein Kampf um Menschlichkeit für alle.

* **Selahattin Demirtas** ist seit seinem 18. Lebensjahr politisch aktiv. Er hat Schiffsmanagement und Rechtswissenschaft studiert und als Menschenrechtsanwalt gearbeitet. 2014 trat er der linken Partei HDP bei und wurde zum Kovorsitzenden gewählt. Die Partei hat eine Doppelspitze aus einem Mann und einer Frau, die andere Kovorsitzende ist Figen Yükkedag.

Die „Gemeinsame Liste“ und progressive Politik in Israel

Von Hana Amoury, Yossi Bartal und Tsafrir Cohen¹,
„Standpunkt“ der Rosa Luxemburg Stiftung Nr. 24/2016,
aus: www.rosalux.de

Die neugegründete „Gemeinsame Liste“ – ein Wahlbündnis, das sehr unterschiedliche Positionen, von sozialistischen bis zu liberalen und islamisch-konservativen, einschließt – ist ein spannendes politisches Projekt der palästinensischen Minderheit in Israel². Sie ist nicht nur für die israelische Politik von Bedeutung, sondern potenziell auch für die gesamte Region des Nahen Ostens. Mit einem Ergebnis von 10,6 Prozent der Stimmen bei den letzten nationalen Wahlen und 13 Sitzen in der Knesset stellt die Gemeinsame Liste seit 2015 die drittgrößte Parlamentsfraktion. Nach dem ersten Jahr ihres Bestehens ist es an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Inwieweit ist dieses einzigartige Bündnis in der Lage, angesichts eines fortgesetzten Rechtsrucks und antidemokratischer Entwicklungen im Land progressive Anliegen voranzutreiben?

Alarmiert von Meinungsumfragen, wonach dem Likud eine Niederlage drohte, hatte sich Israels Premierminister Benjamin Netanjahu im Vorfeld der vorgezogenen Parlamentswahlen im März 2015 direkt mit einer Warnung an die jüdische Öffentlichkeit gewandt: „Arabische Wähler gehen in Massen in die Wahllokale, linksorientierte Organisationen bringen sie in Bussen dorthin.“³ Damit wollte er Angst vor der palästinensischen Minderheit in Israel schüren. Mit Erfolg: Viele unentschlossene rechte Wähler*innen ließen sich damit anscheinend an die Urnen locken und der Likud ging als eindeutiger Gewinner aus diesen Wahlen hervor.

Netanjahus Äußerung ist in eine umfassendere Kampagne einzuordnen, die darauf abzielt, die palästinensischen Staatsbürger*innen Israels und ihre gewählten Vertreter*innen zu delegitimieren. Seit 2009 setzt seine Regierung alles daran, deren politische Grundrechte wie Rede- oder Meinungsfreiheit zu beschneiden, etwa durch ein Gesetz, das das öffentliche Gedenken an die Nakba, die massenhafte Flucht und Vertreibung der Palästinenser*innen während der Gründung des Staates Israel (1947–1949), unter Strafe stellt. Wiederholten Versuchen, ein direktes Verbot von arabischen Parteien durchzusetzen, konnte nur durch den Obersten Gerichtshof Einhalt geboten werden. 2014 hatte die Netanjahu-Regierung bereits eine verschärfte Sperrklausel für die Knesset (von 2,0 auf 3,25 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen) durchgesetzt, ganz offensichtlich, um damit den Wiedereinzug von Vertreter*innen verschiedener arabischer Wahllisten zu verhindern.

Diese beschlossen, den Verschärfungen mit der Bildung eines bis dahin nie dagewesenen parteiübergreifenden Bündnisses zu begegnen und mit diesem bei den Knesset-Wahlen 2015 an den Start zu gehen: der sogenannten Gemeinsamen Liste. Beteiligt daran sind die arabisch-jüdische sozialistische Chadasch/al-Jabha (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit) mit der KP Israels als stärkster Kraft, die sozialdemokratisch gefärbte und palästinensisch-national ausgerichtete Balad/al-Tadschamu

(Nationales demokratisches Bündnis), die konservative Islamische Bewegung (südlicher Flügel) sowie die liberale Tal'al (Arabische Bewegung für Veränderung), die vor allem durch ihren charismatischen Führer Ahmad Tibi bekannt ist.

Die Entscheidung dieser politisch unterschiedlichen Parteien, sich zusammenzuraufen, schien angesichts der erhöhten Prozhürde unbedingt geboten. Ferner hatten Meinungsumfragen gezeigt, dass 85 Prozent der palästinensischen Bevölkerung in Israel solch einen Zusammenschluss von allen nicht zionistischen Parteien befürworteten. Bei parlamentarischen Abstimmungen hatten diese in der Vergangenheit zudem fast immer an einem Strang gezogen, wenn es etwa um die Rechte der palästinensischen Minderheit, Bürgerrechte oder soziale Fragen ging.

In den beteiligten Parteien meldeten sich allerdings auch skeptische Stimmen zu Wort. Über Jahrzehnte hinweg waren Chadasch, Balad und die Islamische Bewegung politische Gegner gewesen. Themen wie die Repräsentation von Frauen, die Sichtbarkeit christlicher Praxen oder weltlicher Kulturen in der Öffentlichkeit oder LSBTTIQ-Rechte⁴ hatten immer wieder zu heftigen Kontroversen geführt. Manche fürchteten, die Bildung einer gemeinsamen Liste könnte als opportunistisch gedeutet werden. Einwände gab es insbesondere in den Reihen der Chadasch, wo man sich Sorgen um die Zukunft der jüdisch-arabischen Partnerschaft machte, einem Eckpfeiler des eigenen Parteiprogramms, der in der neuen Liste mit einer überwiegend arabischen Beteiligung in den Hintergrund zu rücken drohte. Während sich einige führende Persönlichkeiten bei der Chadasch explizit gegen eine Beteiligung an der Gemeinsamen Liste aussprachen, stimmte die überwältigende Mehrheit der Mitglieder auf einem Parteitag dafür.

Die Wahlkampagne – Zwischen Volksfront und nationaler Einheit

Die Verhandlungen über die Bildung einer Gemeinsamen Liste hatten begonnen, nachdem im Dezember 2014 – als Ergebnis einer Krise der Regierungskoalition – überraschend Neuwahlen angesetzt worden waren. Bis Ende Januar 2015 mussten sich alle an der Gemeinsamen Liste beteiligten Parteien die Zustimmung ihrer Mitglieder einholen und sich auf ein gemeinsames Programm sowie eine Kandidatenliste einigen. Unumstritten waren Forderungen nach voller Gleichstellung der palästinensischen Israelis, nach Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten, nach Anhebung des Mindestlohns und einer Überwindung jeglicher Form von Rassismus in der israelischen Gesellschaft. Es wurden aber auch solche Forderungen aufgenommen, zu denen sich Mitglieder der Islamischen Bewegung nur schwer öffentlich bekennen konnten, darunter die vollständige Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen und eine klare Ablehnung religiös begründeter Konflikte. Als die größte der vier beteiligten Parteien konnte Chadasch durchsetzen, dass ihr gerade neu gewählter Vorsitzender, Ayman Odeh, die Gemeinsame Liste anführt. Die säkulare Linke (Chadasch und Balad) stellte neun der Kandidat*innen auf den vorderen 15 Listenplätzen (vier kamen aus der Islamischen Bewegung, zwei aus der Tal'al). Zudem belegt die Diversität der Kandidat*innen (darunter zwei Frauen, zwei Christ*innen, zwei Beduinen,

ein Druse und ein Jude), dass es sich hierbei um ein nicht sektiererisches und gegenüber feministischen Anliegen offenes Bündnis handelt.

Die Ad-hoc-Bildung der Gemeinsamen Liste bedeutete erhebliche Herausforderungen. In den nur sieben Wochen, die bis zum Urnengang blieben, musste ein Wahlkampf in zwei Sprachen geführt und koordiniert werden. Da sich die inhaltlichen Differenzen nicht einfach in Luft auflösten, kam es anlässlich einiger unwichtiger organisatorischer Unstimmigkeiten zu emotional aufgeladenen Auseinandersetzungen, die das Image der Einheit gefährdeten. Um dem entgegenzuwirken, nahmen daraufhin an allen Wahlveranstaltungen immer Vertreter*innen von mindestens zwei zur Gemeinsamen Liste gehörenden Parteien teil. Zusätzlich sorgte eine lebhaftige Kampagne in den sozialen Netzwerken, der sich Hunderte Freiwillige mit ihren eigenen kreativen Initiativen anschlossen, für ein Gefühl der Gemeinsamkeit.

Was den Erfolg des Projekts zwischenzeitlich am stärksten infrage stellte, war ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis vom politischen Charakter der gemeinsamen Wahlliste. Der eine Ansatz, der vor allem von Chadasch-Mitgliedern propagiert wurde, sah in der Gemeinsamen Liste eine breite antirassistische Front und suchte die Zusammenarbeit mit den zionistischen Mitte-links-Parteien, um eine machtpolitische Alternative zu der gefährlich nach rechts gerückten Netanjahu-Regierung aufzubauen. Die meisten Mitglieder von Balad und der Islamischen Bewegung verstanden die Gemeinsame Liste wiederum als einen nützlichen Schritt zur Förderung der kulturellen und politischen Autonomie der Palästinenser*innen in Israel und lehnten deshalb Verbindungen mit zionistischen Mitte-links-Parteien strikt ab. Der junge Vorsitzende der Gemeinsamen Liste, Ayman Odeh, der vorher in der jüdischen israelischen Öffentlichkeit völlig unbekannt war, verkörpert in seinen öffentlichen Auftritten klar die mehr auf Integration ausgegerichtete Tendenz, wobei er sich oft auf Martin Luther King als Vorbild beruft. In seinen zahlreichen Interviews im Vorfeld der Wahlen bediente er sich sehr stark eines bürgerrechtlichen Diskurses und betonte die Forderung nach einer vollkommenen Gleichstellung der palästinensischen Israelis und die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Odeh erwies sich bald als populäre Persönlichkeit und erhielt häufig Einladungen zu hebräisch-sprachigen TV- und Radio-sendungen. Es gelang ihm auch, die Aufmerksamkeit ausländischer Journalist*innen auf sich zu ziehen, von denen viele auf die unverkennbare Ähnlichkeit in Stil und Inhalt mit der HDP (Demokratische Partei der Völker) in der Türkei und deren Vorsitzenden Selahattin Demirtaş hinwiesen.

Ein zentraler Punkt bei Odehs Wahlkampfauftritten war die Darstellung der Gemeinsamen Liste als Antwort auf den wachsenden Rassismus in der israelischen Gesellschaft. In einer aufsehenerregenden Fernsehdebatte schlug er Arieh Deri, dem Vorsitzenden der religiösen Schas-Partei, die in Anspruch nimmt, die Interessen der Mizrachim – der aus muslimisch geprägten Ländern Asiens und Afrikas stammenden jüdischen Israelis – zu vertreten, eine Kooperation vor. Er bot ihm an, zum Wohl aller „übersehenen“ Bevölkerungsgruppen in Israel – damit sind arabische Menschen, aus Äthiopien stammende Israelis, migrantische Arbeitskräfte, Frauen etc. gemeint – zusammenzuarbeiten und rief zu einer breiten Koalition aller Unterdrückten auf. Damit

positionierte Odeh die Gemeinsame Liste als ein Bündnis, das jede Art von Diskriminierung bekämpft und nicht nur als Repräsentantin der palästinensischen Israelis. Odehs Auftritte und Schwerpunktsetzungen riefen jedoch Unbehagen unter palästinensischen Aktivist*innen hervor, vor allem unter Mitgliedern von Balad. Sein wenig konfrontatives Auftreten in öffentlichen Diskussionen wurde von einigen als Schwäche gedeutet. Seine Art, wie er über die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung sprach sowie über die Notwendigkeit, die Besatzung zu beenden, ohne ständig die Legitimität der zionistischen Ideologie grundsätzlich infrage zu stellen, brachte ihm Popularität unter liberalen jüdischen Israelis ein, während er damit die radikaleren antizionistischen Mitglieder der Gemeinsamen Liste verprellte.

Es war nicht einfach, mit diesen widersprüchlichen Ansätzen umzugehen. Deswegen konzentrierte man sich auf die Gemeinsamkeiten. Der zentrale Slogan für den arabischsprachigen Wahlkampf lautete dementsprechend: „Der Wille des Volkes“. Es wurde betont, wie wichtig es ist, der palästinensischen Minderheit in Israel eine stärkere parlamentarische Vertretung zu verschaffen. Dafür war es allerdings notwendig, die Menschen davon zu überzeugen, von ihrem Wahlrecht überhaupt Gebrauch zu machen. In den letzten 20 Jahren ist die Wahlbeteiligung unter palästinensischen Israelis kontinuierlich zurückgegangen, viele waren enttäuscht von der politischen Wirkungslosigkeit der wenigen in der Knesset vertretenen arabischen Abgeordneten. Die Gemeinsame Liste sah die einmalige historische Chance, mit vereinten Kräften zur drittgrößten Fraktion im nationalen Parlament zu werden. „Wir schaffen 15“ – gemeint sind damit 15 Knesset-Mandate – lautete dementsprechend einer ihrer zentralen Wahlkampfslogans. Es sollte sich zeigen, dass dies durchaus eine realistische Option war.

Ein bedeutender Sieg – Die Gemeinsame Liste als game changer in der Knesset?

Trotz weitverbreiteter Ressentiments gegen die Likud-Partei und ihre Sozialpolitik erwies sich Netanjahus extrem polarisierender Wahlkampf als erfolgreich. Es gelang ihm, seine Wählerbasis zu mobilisieren und damit seiner Partei ein Viertel der Parlamentssitze zu sichern. Die Ergebnisse der anderen rechten Parteien gewährleisteten den Fortbestand der Regierung Netanjahu und machten jede Hoffnung auf eine Mitte-links-Koalition, die die Gemeinsame Liste eventuell hätte unterstützen können, zunichte.

Angesichts solch bedrohlicher Entwicklungen fand das gute Ergebnis der Gemeinsamen Liste relativ wenig mediale Aufmerksamkeit. Dabei war es ihr gelungen, die Wahlbeteiligung der israelischen Palästinenser*innen von 57 auf beachtliche 64 Prozent zu erhöhen und 85 Prozent der Stimmen in den mehrheitlich arabischen Ortschaften auf sich zu versammeln. Allerdings blieb der Anteil der jüdischen Wähler*innen (weniger als 2 Prozent) weit hinter den Erwartungen zurück. Die Gemeinsame Liste errang am Ende nicht 15 Sitze, wie im Wahlkampf angestrebt, sondern 13 (von insgesamt 120). Das machte sie trotzdem zu einem maßgeblichen Akteur in der Knesset, der über mehr Einflussmöglichkeiten verfügt als jede parlamentarische Ver-

tretung der palästinensischen Israelis jemals zuvor. Als zweitgrößte oppositionelle Fraktion spielt sie eine entscheidende Rolle in der Oppositionsarbeit.

Unter anderem bekam sie den Vorsitz des Knesset-Ausschusses zur Förderung von Frauen zugesprochen. Vorsitzende dieses Ausschusses ist seit letztem Jahr Aida Touma-Suleiman, eine feministische Aktivistin und Mitglied von Chadasch. Damit hat zum ersten Mal in der Geschichte Israels ein(e) palästinensische(r)Staatsbürger(in) die Kontrolle über einen ständigen Knesset-Ausschuss mit tatsächlichen Gesetzgebungsbefugnissen. Als Vorsitzende des Knesset-Ausschusses konnte Touma-Suleiman feministische Kämpfe von der Perspektive mehrfach diskriminierter Gruppen aus präsentieren und Themen auf den Tisch bringen, die nie zuvor im Ausschuss behandelt worden waren, darunter zum Beispiel die Auswirkungen der Abrisse von Häusern in den besetzten Gebieten auf Frauen und Kinder, die Situation auf Entbindungsstationen, wo palästinensische und jüdische Frauen getrennt voneinander behandelt werden, sowie das Thema sexuelle Gewalt von Seiten der Polizei. Dass sie in der Lage war, im Parlament Aufmerksamkeit auf „allgemeine“ Frauenfragen zu lenken und dabei die spezifischen Anliegen von palästinensischen Frauen, Frauen aus der Arbeiterklasse und von LSBTTIQ zu thematisieren, zeugt von dem großen Potenzial der Gemeinsamen Liste, Israels herrschender Segregationspolitik entgegenzutreten.

Doch der wahrscheinlich größte Erfolg, den sich die Gemeinsame Liste zuschreiben kann, ist die Zustimmung der Regierung zu einem Haushaltsplan, demzufolge in den nächsten fünf Jahren rund 3,5 Milliarden Euro in Projekte in mehrheitlich von arabischen Menschen bewohnten Kommunen fließen sollen. Damit soll die soziale Kluft zwischen der palästinensischen und der jüdischen Bevölkerung in Israel verringert werden. Dass der Plan Ende 2015 trotz massiver Einwände einiger Regierungsmitglieder verabschiedet werden konnte, ist dem Engagement von Mitgliedern der Gemeinsamen Liste, des Komitees der arabischen Bürgermeister und einigen linken NGOs zu verdanken.

Die Tatsache, dass es die Gemeinsame Liste gibt, hatte noch weitere positive Auswirkungen auf die palästinensische Gesellschaft in Israel. So hat die Annäherung von zuvor verfeindeten politischen Gruppierungen die Kampagnen gegen Waffengewalt und insbesondere Gewalt gegen Frauen gestärkt. Nachdem die Organisatorin des ersten Frauen-Marathons in der arabischen Stadt Tira Morddrohungen von fundamentalistischen Islamisten erhalten hatte und auf ihr Auto geschossen worden war, konnte umgehend ein Solidaritätsbesuch von Mitgliedern aller an der Gemeinsamen Liste beteiligten Parteien, einschließlich der Islamischen Bewegung, organisiert werden. Die Existenz der Gemeinsamen Liste ebnete auch den Weg, direkten Kontakt mit konservativen Kreisen aufzunehmen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. So berichtet Aida Touma-Suleiman, wie die Zusammenarbeit mit der Islamischen Bewegung es ihr als feministischer Kommunistin zum ersten Mal ermöglicht habe, mit Beduinenfrauen zusammensitzen und ihnen zuzuhören, was vorher in den sehr religiösen Bevölkerungskreisen des Negev unvorstellbar gewesen sei.

Auch unter den jüdischen Anhänger*innen regte die Gemeinsame Liste eine parteipolitisch übergreifende

Zusammenarbeit an. Dies drückt sich zum Beispiel in der Gründung einer neuen Gruppe aus, der „Partnerschaft zwischen Mizrachim und Palästinensern“. Diese Gruppe progressiver Aktivist*innen und Intellektueller hat sich der Gemeinsamen Liste angeschlossen, um den Kampf gegen die Diskriminierung der aus Asien und Afrika stammenden jüdischen Bürger*innen mit dem palästinensischen Kampf für gleiche Rechte zu verbinden.

Einheit bewahren in Zeiten des Aufruhrs

An der jüngsten Gewaltwelle in den besetzten palästinensischen Gebieten, die auf Israel übergeschwappt ist, waren auch junge palästinensische Israelis beteiligt. Zwar handelt es sich dabei um relativ wenige Fälle⁵, doch haben sich daraufhin die arabisch-jüdischen Beziehungen in Israel weiter verschlechtert. So ist es in Israel in letzter Zeit mehrfach zu mobartigen Angriffen auf Menschen gekommen, die für palästinensisch gehalten werden. In sozialen Netzwerken und in von Regierungskreisen unterstützten öffentlichen Kampagnen werden Menschenrechtsorganisationen, linke Aktivist*innen und Mitglieder der Gemeinsamen Liste als Gefahr für die innere Sicherheit dargestellt. Unterdessen ist die Führung der Arbeitspartei immer weiter nach rechts gerückt, hat ihr Engagement für eine Zweistaatenlösung hintangestellt und fordert ein härteres Vorgehen des Militärs gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Die Eskalation der Gewalt und die brutale Reaktion der israelischen Armee haben heftige öffentliche Diskussionen ausgelöst. Speziell die Mitglieder der Gemeinsamen Liste bekamen dabei den geballten rechtspopulistischen Zorn zu spüren. Nach einem Treffen von Balad-Mitgliedern mit Familien von getöteten palästinensischen Angreifern, das dazu dienen sollte, die Rückgabe der Leichen ihrer Kinder für die Beerdigung zu koordinieren, forderte Netanjahu, ihnen sofort das Mandat zu entziehen. Umgehend wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das einer parlamentarischen Mehrheit den Ausschluss von Abgeordneten aus der Knesset ermöglicht. Auf diese bössartigen Angriffe, darunter auch Gewaltdrohungen gegen Abgeordnete⁶, hat die Gemeinsame Liste bisher mit Entschlossenheit und Einigkeit reagiert. So hat Ayman Odeh die Balad-Mitglieder vorbehaltlos verteidigt. Er drohte mit dem Rücktritt aller Abgeordneten der Gemeinsamen Liste, sollte nur eine oder einer von ihnen aus dem Parlament ausgeschlossen werden.

Schlussbemerkungen

Entgegen vieler kritischer Prognosen, die ihren Zerfall unmittelbar nach den Wahlen vorhergesagt haben, stellt die Gemeinsame Liste heute in Israel eine erfolgreiche Plattform für linke Politik dar – und das trotz des verstärkten politischen Drucks von rechts. Vor allem angesichts des enttäuschenden Wahlergebnisses der Meretz-Partei (fünf Sitze) und des ständigen Rechtsrucks der Arbeitspartei hat sich die Gemeinsame Liste inzwischen zur führenden linken Kraft entwickelt, die konsequent für soziale Gerechtigkeit und Frieden in Israel eintritt.

Die Bedenken der mehrheitlich säkular ausgerichteten linken Aktivist*innen, dass ein Pakt mit der Islamischen

Bewegung den progressiveren Teilen der Gemeinsamen Liste schaden könnte, haben sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: Die Gemeinsame Liste kann durchaus als ein sehr produktives Partnerschaftsprojekt zwischen arabischen und jüdischen Linken gedeutet werden, das Einfluss auf die politische Agenda des gesamten Landes nimmt und soziale Veränderungen aus einer Position der Stärke anstrebt. Darüber hinaus kann der Dialog in Israel zwischen Linken und der Islamischen Bewegung, die ihre Positionen etwa in Bezug auf Frauenrechte im Laufe des letzten Jahres erheblich liberalisiert hat, als ein positives Modell für die Zusammenarbeit mit verschiedenen islamischen Gruppen in der gesamten Region dienen.

Eine sehr ermutigende Auswirkung der Gemeinsamen Liste ist die hoffnungsvolle Botschaft, die von ihr insbesondere für die Palästinenser*innen ausgeht. Die zehnjährige, oft mit Gewalt verbundene Spaltung zwischen Hamas und Fatah in den besetzten Palästinensergebieten (und damit zwischen dem Gaza-Streifen und der Westbank) mit ihren verheerenden Folgen für den Kampf um die nationale Unabhängigkeit ist ein Desaster für die gesamte palästinensische Gemeinschaft. Eine funktionierende Partnerschaft zwischen verschiedenen religiösen (muslimischen, christlichen, drusischen, jüdischen) und säkularen Kräften, die alle an einem gemeinsamen politischen Projekt beteiligt sind, verkörpert die reale Möglichkeit, Konflikte demokratisch und gemeinwohlorientiert zu lösen. Mit der Zunahme der Gewalt zwischen den Religionsgruppen in der arabischen Welt, die durch den Krieg in Syrien weiter angefacht wird, gewinnt diese Botschaft an Relevanz. Neben den Wahlerfolgen der HDP in der Türkei, deren politisches Programm viele Ähnlichkeiten aufweist, ist die Gemeinsame Liste eine der sehr wenigen progressiven politischen Strömungen im Nahen Osten, die in letzter Zeit an Fahrt gewonnen haben und Unerwartetes erreichen konnten. Somit ist das weitere Bestehen der Gemeinsamen Liste von größter Bedeutung, nicht nur für Israel und Palästina, sondern für die gesamte Region.

Trotzdem gibt es noch viele Schwierigkeiten, die die Gemeinsame Liste daran hindern, ihr volles Potenzial auszuschöpfen: Fehlende Parteistrukturen und Mängel bei der täglichen Koordination haben bereits zu peinlichen Auftritten in den Medien geführt und bestehende Konflikte verschärft. Mehr noch: Dieses Manko behindert die Entwicklung einer langfristigen Strategie, wie auf parlamentarischem Weg weiterreichende Ziele durchgesetzt werden können. Und schließlich leidet darunter auch die moralische Autorität, die der Gemeinsamen Liste als der einzig demokratisch gewählten Vertretung des palästinensischen Volkes zukommt (in den besetzten Palästinensergebieten haben seit Jahren keine Wahlen mehr stattgefunden) und die sie nutzen könnte, um zur nationalen Aussöhnung beizutragen. Allerdings geht für sie weiterhin die größte Gefahr von Versuchen der extremen Rechten aus, ihre Mitglieder aus der Knesset auszuschließen. Die juristische und öffentliche Kampagne zur Delegitimierung der Linken und der palästinensischen Minderheit sowie die wiederholten und vielfältigen Vorstöße der Regierung, die Rechtsstaatlichkeit in ihren Fundamenten zu erschüttern, stellen eine echte Bedrohung für alle demokratischen Kräfte in Israel dar.

In der aktuellen Situation plädieren die Mitglieder der

Gemeinsamen Liste dafür, den Kampf für gleiche Rechte und mehr soziale Gerechtigkeit in Israel nicht getrennt von dem palästinensischen Kampf um Unabhängigkeit zu begreifen. Aus ihrer Sicht gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Repressionswelle, die sich gegen die Linke und die palästinensische Minderheit in Israel richtet, und der intensivierten Gewaltanwendung der Armee und der jüdischen Siedler*innen in den besetzten Gebieten. Angesichts der Zugewinne der von Netanjahu angeführten demokratiefeindlichen Rechten in Israel ist internationale Solidarität mehr denn je gefragt. Die Intensivierung von öffentlichen Kontakten mit der Gemeinsamen Liste erscheint als Gebot der Stunde.

- 1 Hana Amoury ist eine palästinensische-israelische Aktivistin und ehemalige Leiterin der arabischen-jüdischen Jugendorganisation Sadaka-Reut (Freundschaft). Sie ist Mitglied der Gruppe Hithabrut-Tarabut (Miteinander verbunden) und beteiligt sich an verschiedenen sozialen und politischen Kämpfen, insbesondere für das Recht der palästinensischen Bevölkerung in Jaffa auf angemessenen Wohnraum und für einen verbesserten sozialen Wohnungsbau. Yossi Bartal ist Aktivist und freier Autor. Aufgewachsen in Jerusalem, arbeitete er in der palästinensisch-israelischen Organisation The Alternative Information Center und beteiligte sich am gewaltfreien Widerstand gegen die Sperranlage in den besetzten Gebieten. Seit seinem Umzug nach Berlin ist er in verschiedenen antirassistischen und queeren Initiativen aktiv. Tsafirir Cohen leitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.
- 2 Ungefähr 20 Prozent der israelischen Staatsbürger*innen gehören der arabisch-palästinensischen Minderheit an. Anders als die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen, im Westjordanland und in Ost-Jerusalem haben palästinensische Israelis formal dieselben Rechte wie jüdische Israelis, das heißt, sie verfügen auch über das aktive und passive Wahlrecht.
- 3 Zit. nach: www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/israel-benjamin-netanjahuparlamentswahl-appell.
- 4 LSBTTIQ steht als Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, intersexuelle und queere Menschen.
- 5 Laut einem vor kurzem auf der Website des Allgemeinen Sicherheitsdienstes veröffentlichten Bericht waren vier Prozent der Angreifer in der jüngsten Welle der Gewalt israelische Staatsbürger.
- 6 Vgl. „Arabische Parlamentsabgeordnete in Israels Knesset leiden unter Hetze und Hass“, in: Aljazeera, 23.10.2015.

Die Neoliberalen sind zurück

Lateinamerikas Linksregierungen sehen sich einer Offensive der Neuen Rechten und der USA ausgesetzt

Von Dieter Boris und Achim Wahl,
AK Lateinamerika der LINKEN

Lateinamerika machte sich Anfang des 21. Jahrhunderts auf die Suche nach Alternativen zum Neoliberalismus. Sie begann mit dem Aufstand der Zapatisten 1994 im Lakandonischen Urwald von Mexiko, führte über die Weltsozialforen bis hin zur Einführung des partizipativen Bürgerhaushalts im brasilianischen Porto Alegre (2001). 1990 entstand das São-Paulo-Forum linker Parteien Lateinamerikas. Politische und soziale Bewegungen begannen, die politische Hegemonie des Neoliberalismus infrage zu stellen. Wahlsiege führten zur Bildung von Linksregierungen. Der Ausbruch der Krise 2007/2008 in den USA zwang die Länder der kapitalistischen Zentren, wichtige Schwellenländer, unter anderem Brasilien, in die Versuche zur Überwindung der Krise einzubeziehen. Die Krise des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus schien die Dominanz des Kapitalismustyps der Zentren zu relativieren, wobei sich in anderen Weltregionen, auch in Lateinamerika, teilweise unter politischer Führung von Linksregierungen, Varianten kapitalistischer beziehungsweise staatskapitalistischer Wirtschaften stärker entfalteten.

Die Linksregierungen

Die jüngsten Rechtstendenzen in Argentinien, Venezuela und Brasilien werfen die Frage auf, warum sich die Linksregierungen in Lateinamerika gegenwärtig offenkundig in einer Defensivposition – bis hin zur Verdrängung – befinden.

Die Beantwortung macht einen Rückblick erforderlich. Der Neoliberalismus verschärfte die sozialen Ungleichheiten, eröffnete dem Kapital mehr Möglichkeiten der Kapitalakkumulation und bewirkte eine starke Fragmentierung der Arbeiterklasse. Träger der Mobilisierungen gegen die Folgen neoliberaler Politik wurden soziale Bewegungen. Ihre Dynamik gewannen sie aus dem Widerstand in ihren Kommunen, aus lokalen Aktivitäten oder aus der Frauenbewegung, aus dem Kampf um Menschenrechte und als Umweltbewegungen. Entstanden als auf konkrete Ziele gerichtete Bewegungen im Widerstand gegen neoliberale Praktiken, politisierten sie sich zunehmend und erkannten die Notwendigkeit der Formierung neuer politischer Instrumente. Das waren in Ecuador die Pachakutik, in Bolivien die Bewegung zum Sozialismus (MAS) und in Venezuela die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV).

Gewonnene Wahlen schufen die Möglichkeit, Regierungen, auch Koalitionsregierungen wie in Brasilien, zu bilden. Der Rechts-, Sicherheits- und Militärapparat oder der ökonomische Bereich wurden dabei nicht angetastet.

Die sozialen Bewegungen bewiesen ihre Fähigkeit, neue Wege zu gehen. Aber historische Transformationsprozesse brauchen Zeit. Fünfzehn Jahre Linksregierungen sind ein kurzer Zeitraum. Es öffnete sich ein „Zeitfenster“, von dem Valter Pomar (ehemaliger Exekutivsekretär des São-Paulo-

Forums) sagte, dass „es durch die hegemoniale Linke genutzt werden muss oder sie diese Möglichkeit verliert.“

Die Entwicklung in einzelnen Ländern Lateinamerikas ging unter kapitalistischen Bedingungen – abgesehen von übergreifenden Elementen wie Kampf gegen die Armut, Vertiefung der Demokratie oder Sicherung der nationalen Unabhängigkeit – unterschiedliche Wege. Die verfassunggebenden Prozesse in Venezuela, Bolivien und Ecuador waren ein Schritt zu einer Demokratie von unten, in der sich soziale Bewegungen zeitweise als hegemoniale Akteure empfinden konnten. Das geschah in heftiger Auseinandersetzung mit alten Strukturen und Kräften. Insofern sind diese Prozesse nach vorn hin offen und nach wie vor reversibel.

Die Linksregierungen verzeichneten Erfolge bei der Realisierung von Sozialprogrammen. Die erforderlichen Mittel wurden aus den Einnahmen des Rohstoffexports erzielt, so dass die Wirtschaftsmodelle der post-neoliberalen Politik im Wesentlichen die herkömmliche Einbindung der Länder Lateinamerikas in die Arbeitsteilung der Weltwirtschaft beibehielten. Das erwies sich als Entwicklungsfalle, da dieses Modell zu keinen strukturellen Veränderungen führte und weitergehende wirtschaftliche und politische Reformen ausblieben. Widersprüche wie in Brasilien entstanden, da einerseits dreißig Millionen Menschen aus der tiefsten Armut geholt wurden, aber andererseits die Reichen immer reicher wurden.

Die soziale Inklusion durch die Realisierung von Sozialprogrammen war nicht mit der Überwindung der kapitalistischen Grundlagen der Gesellschaft verbunden. Solche Programme sind unter anderen politischen Bedingungen auswechselbar, beziehungsweise können, wie Argentinien aktuell zeigt, eingestellt werden.

Die Linksregierungen favorisierten ein Entwicklungsmodell der moderaten Transformation. Wachsender Widerstand in der Bevölkerung und zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten (Verfall der Rohstoffpreise) zeigten, dass dieses Modell an seine Grenzen stößt. Offensichtlich sind darin Ursachen für die Schwierigkeiten der Linksregierungen zu suchen.

Probleme des Transformationsprozesses

Im Transformationsprozess veränderte der lateinamerikanische Kapitalismus seinen Charakter. Die wirtschaftlichen Eliten durchliefen Etappen einer „Modernisierung“, die zu ihrer stärkeren Integration in den globalen Finanzmarktkapitalismus führte. Beispiel dafür ist die Verschmelzung der Latifundisten mit dem Bankkapital zur Agrarbourgeoisie (Agrobusiness), eine Fraktion der Bourgeoisie, die eng mit den auf Rohstoffexport orientierten Oligarchien verbunden ist. Diese Fraktion der internen Bourgeoisie ging sowohl in Brasilien und wie auch in Argentinien einen zeitweiligen „Stillhalte-Pakt“ mit den Linksregierungen ein und tolerierte sie. Das zwang die Linksregierungen zu Zugeständnissen, die – vor allem in längeren ökonomischen Rezessionsperioden – zum Abschmelzen ihrer Wählerbasis führten.

Ähnlich entwickelte sich eine Allianz der bolivianischen Regierung mit den Transnationalen Unternehmen und dem Finanzsektor. Nach der Nationalisierung strategischer Rohstoffe (Gas, Erdöl) nahm der bolivianische Staat das Achtfache

an Finanzmitteln zur Realisierung sozialer Maßnahmen ein. Gleichzeitig verdreifachten sich aber auch die Gewinne der Transnationalen (Repsol, Petrobras). Der private Finanzsektor erhöhte seine Gewinne von 43 Millionen Dollar 2005 auf 283 Millionen Dollar im Jahre 2014.

Generell veränderte sich ebenfalls die soziale Basis der Linksregierungen. In Venezuela entstand rund um die PSUV eine „Boli-Bourgeoisie“, die vom bolivarianischen Prozess profitierte und vor Korruption nicht gefeit war. Diese Erscheinung diskreditierte den bolivarianischen Prozess und ist eine der Ursachen für die aktuellen Entwicklungen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Opposition, die die Mehrheit im Parlament besitzt, spitzen sich zu. Letztere strebt ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Maduro an und versucht, durch groß angelegte politische Manöver und Mobilisierungen, die von der bürgerlichen Presse weltweit wesentlich übertrieben werden, die Hauptstadt Caracas „zu erobern“. Dagegen demonstrieren Hunderttausende Anhänger des Chavismus. Die von der UNASUR (Union der südamerikanischen Staaten) angestrebten Vermittlungsversuche zwischen den beiden Lagern scheiterten. Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage, besonders die Versorgungslage der Bevölkerung, bedeutend zugespitzt. Eine Lösung der erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist nicht in Sicht.

Der soziale Aufstieg bestimmter Schichten führte nicht zwingend zur Erhöhung ihres politischen Bewusstseins. Funktionäre der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) und der Gewerkschaft CUT meinen, dass ihre „Mission mit der Verbesserung der sozialen Lage und ihrer eigenen Besserstellung“ erfüllt sei.

Bolivien verzeichnet die Entstehung einer Kleinbourgeoisie und einer Mittelschicht indigener Bevölkerung, die ethnisch/familiär vernetzt sind und den informellen Handel sowie den Transportsektor und die Bergbaugenossenschaften dominieren.

Der periphere, abhängige Kapitalismus veränderte sich. Es vollzog sich eine Differenzierung innerhalb der herrschenden Klassen wie auch der Mittelschichten. Soziale Bewegungen wurden teilweise durch die Linksregierungen kooperiert, was ihre politische Basis schwächte.

Auch die Linksregierungen selbst veränderten sich und erlagen den Herausforderungen der Regierungstätigkeit (Bürokratisierung, autoritäre Tendenzen). Die Art und Weise des Regierens entsprach im Wesentlichen denen der bürgerlichen Parteien. Entstandene Allianzen linker Kräfte mit Fraktionen der Wirtschaftseliten führten zur Schwächung linker Kräfte sowohl in den Regierungen als auch an der Basis. Neue Reiche und Technokraten verteidigen ihren Status und betrachten sich als Gewinner. Die Schwäche der Linksregierungen ermöglichte den Aufstieg und die Bündelung rechter Kräfte, die noch vor kurzem heillos zerstritten und diffus waren.

Die Neue Rechte

In einer politisch veränderten Situation mussten sich die alten Eliten in ihrem Wirken gegen die Linksregierungen umstellen. Mit „konstitutionellen Putschen“ wurden in Honduras 2009 Präsident Mel Zelaya und 2012 Präsident Fernando Lugo in Paraguay gestürzt. Auch der aktuelle Putsch

in Brasilien gegen Präsidentin Dilma Rousseff gehört in diese Reihe. Nicht gewählte Organe wie Gerichte, Staatsanwälte und Polizei werden zu Exekutoren einer rechten Politik innerhalb der Staatsapparate. Mit Hilfe der Medien werden im Interesse der konservativen politischen Eliten Kampagnen gegen ungeliebte Personen und die Regierungen realisiert.

Die politische Rechte erhält massive Unterstützung aus der traditionellen Mittelklasse und sogar aus bestimmten subalternen Sektoren. Charakteristisch für sie ist ihre konservative Haltung. Der Wähler der Mittelschicht sieht seine Stimme als eine Ware. Kulturell wird er damit durch die Konsumgesellschaft geprägt und ist im Sinne der neoliberalen Ideologie individualistisch orientiert. Soziologische Untersuchungen zeigen, dass die Unterstützer neoliberaler Modelle in Lateinamerika rund 35 bis 40 Prozent der Wähler ausmachen.

Das Vorgehen der neuen Rechten ist rücksichtslos. Alles, was sich ihr in den Weg stellt, wird hinweggefegt. Der neue Präsident Argentiniens Mauricio Macri agiert in diesem Sinne. Parallelen zu Argentinien zeichnen sich jetzt in Brasilien ab. Die „Regierung“ Temer verändert Arbeitsgesetze und setzt demokratische Errungenschaften außer Kraft. Mit der mehrheitlichen „Entscheidung“ des Senats wurde Ende September 2016 das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff abgeschlossen und der ehemalige Vizepräsident Temer zum Präsidenten ernannt. Mit diesem Schritt setzten sich die neoliberalen, konservativen Kräfte in Brasilien durch und vollendeten den konstitutionellen Putsch.

Das rasante Anwachsen evangelikaler Sekten erklärt sich aus den Schwierigkeiten der sozialen Bewegungen, die Menschen zu mobilisieren. Die Argumente der Evangelikalen finden Nährboden in den benachteiligten Schichten. Unterstützt werden sie durch die Brüder Koch aus den USA, die im eigenen Land die Tea Party – Bewegung unterstützen.

Die USA sind in Lateinamerika zurück

In der Außenpolitik der USA gegenüber Lateinamerika geht eine Veränderung vor. Nach dem Teilrückzug der USA aus Afghanistan und dem Nahen und Mittleren Osten wird den Entwicklungen in Lateinamerika mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei darf man nicht vergessen, dass die USA den Kontinent nie aus den Augen verloren haben. Auf die verstärkte Präsenz Chinas und Russlands und die zunehmende internationale Bedeutung Brasiliens und Argentiniens musste die Obama-Administration reagieren. Ende 2014 unternahm Präsident Obama mit der Verbesserung der Beziehungen zu Kuba den ersten Schritt, dem inzwischen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und im März 2016 sein Besuch in Kuba folgten. Der sich anschließende Besuch in Argentinien galt der Unterstützung des Präsidenten Macri, der mit der Forderung, Venezuela aus dem Mercosur auszuschließen, eine offen gegen Venezuela gerichtete Politik betreibt.

Mit der Normalisierung der Beziehungen zu Kuba versuchen die USA, verlorenes Terrain in Lateinamerika zurück zu gewinnen. Diese Politik richtet sich aber auch gegen das Schwellenländerbündnis BRICS (Brasilien, Russland, Indien,

China, Südafrika) in dem Brasilien eine bedeutende Rolle spielt. Das Streben der USA war immer darauf gerichtet, Brasilien als Partner zu haben oder wenigstens Brasiliens Einfluss in Lateinamerika zu neutralisieren. Die Erklärungen der Putsch-Regierung Temer lassen vermuten, dass diese sich der USA annähern wird, obwohl deren Reaktion auf das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Rousseff noch verhalten ausfiel. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht deshalb eindeutig Brasilien. Zu erwarten ist, dass die USA versuchen, ihre Positionen in Lateinamerika mit einer Politik der „smart power“ zu stärken. Sie werden mit diplomatischen Mitteln, verstärktem wirtschaftlichem Einfluss und der Unterstützung „legaler demokratischer Manöver“ der traditionellen Eliten in Lateinamerika den Linksregierungen das Leben weiterhin so schwer wie möglich machen.

Kein vorzeitiger Abgesang

Niederlagen, Proteste, ökonomische Probleme: Ist Lateinamerikas Linke schon am Ende?

Von Günther Maihold, aus: Neues Deutschland, 23.5.2016*

Das linke Projekt in Lateinamerika ist noch nicht verbraucht, aber es bedarf dringender Korrekturen. Ohne sie steht die Linke in der Region aufgrund eigener Fehler in großer Gefahr, sich selbst abzuschaffen.

Die Niederlage von Daniel Scioli, dem Kandidaten von Argentiniens Präsidentin Cristina Kirchner im November 2015, und der Erfolg des konservativen Mauricio Macri, der Erdrutschsieg der venezolanischen Opposition bei den Wahlen im Dezember 2015 sowie das für Präsident Evo Morales im Februar 2016 negativ verlaufene Referendum über eine Verfassungsänderung, die ihm eine erneute Wiederwahl eröffnen sollte, stehen als Glieder einer Kette von Wahlentscheidungen, die ein Ende linker Vorherrschaft in der Politik Lateinamerikas ankündigen.

Der vom verstorbenen Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez ausgerufene „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ scheint an sein Ende zu gelangen. Es schwindet die soziale Akzeptanz, zumindest was die Re-Legitimierung durch Wahlen angeht. Der Rekurs auf Ideologeme wie „das gute Leben“ (buen vivir) oder die „endogene Entwicklung“, die sich von den konjunkturellen Zyklen der kapitalistischen Wirtschaft unabhängig machen wollten, verfangen an den Wahlurnen immer weniger. Die Wirtschaftskrise hat mit dem Ende des Rohstoffbooms in den Ressourcenökonomien wieder Einzug gehalten und verunsichert die Wählerschaft.

Dieses Bild verdichtet sich auch jenseits der Ermüdung der Wähler mit linken Präsidenten: Das angelaufene Amtsenthebungsverfahren gegen Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff weist auf die Verstrickung der Arbeiterpartei PT und ihrer Führer in Korruption großen Ausmaßes hin. Und selbst in dem Kronjuwel linker Projektionen, dem Kuba der Castro-Brüder, deuten sich mit der Entspannung der Beziehung zu den USA seit Dezember 2014 Tendenzen an, die auf eine Einbeziehung des Revolutionsregimes in die kapitalistische Weltwirtschaft hindeuten.

Steht Lateinamerika vor dem Ende der Dominanz linker Regierungen? Tritt eine Pendelbewegung ein, die wieder stärker in Richtung konservativer Kräfte weist? Schnell sind die Urteile gefällt, dass die „rosa Welle“ ausgelaufen sei. Sie hatte seit 2003 linke Regierungen an die Macht gespült, die in Wahlen bestätigt wurden. Doch nun ist deren Akzeptanz gebrochen, die Wählerschaft wendet sich ab und sucht neue politische Optionen.

Doch ein generelles Ende des linken Projektes in Lateinamerika ist damit nicht besiegelt, ein Abgesang verfrüht: In Bolivien, Chile, Ecuador und Uruguay sind weiterhin Präsidenten verschiedener linker Ausrichtung im Amt. Das linke Projekt in der Region ist noch nicht verbraucht, aber es bedarf dringender Korrekturen. Ohne Umsteuerung steht die Linke Lateinamerikas aufgrund eigener Fehler in großer Gefahr, sich selbst abzuschaffen.

Gründe des Niedergangs

Der Einbruch in der Wählergunst ist ein Alarmzeichen für die linken Regierungen und verweist zunächst auf alte Fehler. Da ist zum einen die Selbsttäuschung, mobilisierte Massen auf der Straße für eigene Mehrheiten zu halten. Zum anderen mangelt es an Erneuerungsfähigkeit. Dies gilt in personeller Hinsicht, da alle linken Präsidenten – soweit sie dafür die Mehrheiten mobilisieren konnten – durch Verfassungsänderungen eine Wiederwahlmöglichkeit einführen und so personelle Kontinuität als Garantie für das politische Projekt ausgaben. Nach Venezuela hat Nicaragua als zweites Land der Region die unbegrenzte Wiederwahlmöglichkeit im Präsidentenamts eingeführt.

Auch externe Faktoren spielen eine Rolle. Seit 2003 stand Lateinamerika für Wachstum, Reduzierung der Armut und Einkommensumverteilung, während sich in anderen Weltregionen wirtschaftliche Krisen zuspitzten. Der Ressourcenboom, insbesondere die Nachfrage Chinas, garantierte hohe Staatseinnahmen, mit denen Sozialprogramme und die Subventionierung staatlicher Dienstleistungen finanziert wurden. Nicht zuletzt ist der viel gerühmte Aufstieg der Mittelklassen in Südamerika ein Symptom dieses tief greifenden Wandels. Hohe Weltmarktpreise und eine führende Rolle von Staatsunternehmen gingen bei diesem Wachstumsmodell Hand in Hand.

Doch die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung ist fraglich. Viele strukturelle Probleme wie die Mängel in den Bildungssystemen, unzureichende Gesundheitsversorgung sowie der mangelnde Ausbau der öffentlichen Infrastruktur blieben ungelöst. Heute stehen deutlich gefallene Rohstoffpreise und damit rückläufige Wachstumsraten, steigende Inflation, Korruption und soziale Unzufriedenheit auf der politischen Tagesordnung. So hat die Wirtschaftsflaute den Expansionskurs der lateinamerikanischen Ökonomien massiv getroffen, in vielen Ländern de facto abgebrochen. Die Preise für Erdöl und -gas sind gefallen, die chinesische Nachfrage nach Eisenerz, Kupfer und Soja hat sich abgeflacht. Damit sind für die auf Rohstoffexporte ausgerichteten Ökonomien die Einnahmen drastisch geschrumpft und die Staatshaushalte nicht mehr in der Lage, Sozialleistungen und Investitionen zu finanzieren.

Nur wenige Länder haben Vorsorge gegen diese Schwankungen getroffen, die große Mehrheit der linken

Regierungen hat im Boom die finanziellen Ressourcen eingesetzt, um Sozialprogramme aufzulegen und staatliche Leistungen auszuweiten. Ein Beispiel dafür sind die Misiones Sociales (Sozialprogramme), die von der Regierung von Präsident Hugo Chávez direkt beim nationalen Ölkonzern PdVSA angesiedelt wurden und damit außerhalb der öffentlichen Haushalte arbeiten. Die lateinamerikanischen Rohstoffökonomien sind damit erneut in die Ressourcenfalle geraten und haben es verpasst, in die Neuaufstellung ihres Landes in Bezug auf technologische Innovation und höheres Bildungsniveau zu investieren.

Schließlich haben die langen Regierungsjahre eine Selbstbedienungsmentalität gefördert, bei der die Grenzen zwischen persönlichem Gewinnstreben, Parteiinteressen und staatlichen Unternehmen ins Rutschen geraten sind. In vielen Ländern wird „die Linke“ heute mit Korruption gleichgesetzt. Diesen Makel werden die politischen Organisationen des linken Spektrums nicht so schnell abstreifen können; er wird auch die anstehende personelle und programmatische Erneuerung belasten.

Nicht Gegner, die Linke besiegt sich selbst

Wie Argentinien, Venezuela, Bolivien, aber auch Brasilien zeigen, ist die Linke nicht angesichts der Stärke ihrer Gegner im Niedergang. Die Gegenspieler sind jeweils breite Sammlungsbewegungen von Parteien und außerparlamentarischen Kräften, die wenig gemeinsame Substanz aufweisen, weder in organisatorischer noch in programmatischer Hinsicht. Es eint sie die Ablehnung der linken Regierungen. Bei der Bestimmung eines positiven Programms treten die inneren Divergenzen schnell zutage. Die Linke ist weniger an der Stärke ihrer Opponenten als an ihren eigenen Schwächen gescheitert, wie der Unfähigkeit zur Korruptionskontrolle in den eigenen Reihen, an einem übersteigerten Personalismus ihrer Führungsfiguren und an der Realitätsverweigerung, wenn es um die Anerkennung der unmittelbaren Bürgerinteressen geht. In einer kritischen Selbstbeschau könnten diese Defizite erkannt und beseitigt werden. Ob die linken Kräfte dazu in der Lage sind, ist jedoch zweifelhaft, wenn jetzt führende Vertreter auf die ideologische Karte setzen und vor einer Rückkehr des Neoliberalismus warnen.

Ist das „linke Projekt“ schon gescheitert?

Eine unmittelbare Lehre aus den jüngsten Wahlen ist: Mit traditioneller Klientelpolitik sind auch in Lateinamerika keine Wahlen mehr zu gewinnen. Die Wählerschaft ist selbstbewusster und lässt sich immer weniger mit traditionellen Politikmustern binden. Hinzu kommt die personelle Erschöpfung der Linken, denn neue Führungspersönlichkeiten sind nicht in Sicht. Das Projekt der Linken der Jahrhundertwende ist das Werk einer Generation geblieben. Namen wie Luiz Inácio „Lula“ da Silva (Brasilien), Hugo Chávez (Venezuela), Evo Morales (Bolivien), Cristina Kirchner (Argentinien), José Mujica und Tabaré Vazquez (Uruguay) oder Rafael Correa (Ecuador) haben ebenso den Kontinent geprägt wie Fidel und Raúl Castro Kuba oder Daniel Ortega Nicaragua.

Doch die sie tragenden politischen Bewegungen verloren an Dynamik, sie wurden Anhängsel personalistischer Projekte. Die Schwierigkeiten für Nachfolger sieht man am Niedergang des chavistischen Projekts unter Präsident Nicolás Maduro in Venezuela, aber ebenso bei Dilma Rousseff in Brasilien. Die kubanische intra-familiäre Nachfolge-Regelung unter den Castro-Brüdern ist andernorts nicht durchführbar, mit dem angekündigten Abtreten von Raúl Castro als Präsident im Jahr 2018 steht hier die Nagelprobe bevor.

Unterschiedlichkeit der Projekte beachten

Die Gleichzeitigkeit in der Amtsführung der genannten linken Präsidenten sollte nicht dazu führen, von einem kollektiven Projekt zu sprechen, wie dies oft mit der Formel der „progressiven Regierungen“ versucht wurde. Übergreifende Projekte wie die „Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika – Handelsvertrag der Völker“ (ALBA-TCP) dürfen angesichts des Versiegens ihrer wirtschaftlichen Grundlagen aus dem Ölgeschäft Venezuelas als gescheitert gelten. Es bleiben Gemeinsamkeiten wie die erfolgreiche Bekämpfung der Armut, eine Verbreiterung der Mittelschicht, die Unterstützung des Castro-Regimes in Kuba, die damit verbundene Distanzierung von den USA sowie die Zusammenarbeit bei Infrastrukturprojekten im Binnenraum Südamerikas. Diese müssen weiterentwickelt werden.

Dass Kuba aus der Phalanx gegen die USA ausgeschieden ist und eine Normalisierung zum nördlichen Nachbarn betreibt, ist von der Sorge um sein wirtschaftliches Überleben angesichts des Niedergangs Venezuelas getrieben. Es macht auch deutlich, wie flexibel die Positionen der einzelnen Länder sind, sodass die jeweiligen politischen Projekte stark nationalen Besonderheiten und den persönlichen Prioritäten der jeweiligen Präsidenten folgen. Das reicht vom „andinen Sozialismus“ in Bolivien bis zum bolivarianischen Projekt Venezuelas, das im verstorbenen Präsidenten Chávez seinen eigenen Bezugspunkt als „Chavismus“ gefunden hat und letztlich autoritär erstarrt.

Diese Heterogenität der „Linken“ könnte sich als ihr verbleibendes politisches Kapital erweisen, um das Überschwappen der aktuellen Rückschläge auf die weiterhin links regierten Länder wie Bolivien, Chile, Ecuador und Uruguay zu vermeiden. „Links“ in den unterschiedlichen Schattierungen, wie sie heute Lateinamerika prägen, ist ein weiterhin offenes Konzept geworden, das auf die Dominanz der Führungspersönlichkeiten verkürzt wurde.

Die Parteien und Bewegungen haben ihre gesellschaftliche Bedeutung nicht eingebüßt, sie sind nach wie vor mobilisierungs- und konfliktfähig. Es bedarf der Fähigkeit, die verschleppte personelle und programmatische Erneuerung anzugehen und nicht in etablierten Führungsstilen und Diskussionsverboten zu erstarren. Entscheidend wird somit die Innovationsfähigkeit der Linken sein, um sich selbst am Schopf zu packen und aus der Krise zu ziehen.

* **Günther Maihold**, Jahrgang 1957, ist Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin und stellvertretender Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik. Er war von 2011 bis 2015 Inhaber des Wilhelm-und-Alexander-von-Humboldt-Lehrstuhls an der Universidad Nacional Autónoma de México und dem Colegio de México. Sein Beitrag ist in Heft 115 von »welttrends« erschienen.

Eine politische Revolution für die US-Linke

Von *Ethan Young, Gewerkschaftsaktivist, New York*, aus: *www.zeitschrift-luxemburg.de*, März 2016

Nach Jahrzehnten des Niedergangs ist die US-Linke dabei, wieder zu Kräften zu kommen. Zu Beginn der Obama-Jahre hatte sie sich in einem erschreckenden Zustand befunden: politisch zerrissen, ohne Bezug zur eigenen Geschichte, organisatorisch und sozial fragmentiert. Doch seit einigen Jahren gab es Anzeichen eines Wiedererwachens, und in den letzten Monaten erleben wir nun so etwas wie eine progressive Erhebung, die das öffentliche Bewusstsein in einem seit Generationen nicht mehr gekannten Maße erfasst. Ihren markantesten Ausdruck findet diese Erhebung derzeit in der Kampagne für die Nominierung von Bernie Sanders zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei. Sanders ist, seit Anfang des 20. Jahrhunderts Eugene V. Debs als Präsidentschaftskandidat der Socialist Party antrat, der erste erklärte Sozialist, der landesweit Zulauf findet, und seine politische Basis dürfte erheblich breiter sein als die irgendeines führenden Sozialisten in der US-Geschichte.

Es handelt sich in erster Linie um eine politische Bewegung mit sozialen Obertönen – besonders durch den Anklang, den sie bei (mehrheitlich weißen) Studierenden und jungen Menschen allgemein findet, die Sanders' klare, kraftvolle und unbeirrbar Kampfansage an die Austeritätspolitik anzieht. Die starke Resonanz bei weißen Amerikanern ist deshalb so bemerkenswert, weil es ansonsten meist Afroamerikaner und Latinos sind, die den am entschiedensten linksstehenden Teil der Wählerschaft und der landesweiten Arbeitnehmerschaft ausmachen.

Auch die sozialen Probleme, die durch den Neoliberalismus und durch den Aufstieg der nativistischen, religiös-fundamentalistischen und auf Waffenbesitz pochenden äußersten Rechten entstanden sind, haben soziale Bewegungen ausgelöst (oder wiederbelebt). Black Lives Matter beispielsweise ist ein Netzwerk junger schwarzer Aktivistinnen, die gegen die Epidemie tödlicher rassistischer Polizeigewalt ankämpfen. Fight for 15 nennt sich eine von gewerkschaftlicher Seite angestoßene Kampagne, mit der vorwiegend nichtorganisierte Beschäftigte aus Niedriglohnssektoren einen höheren Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde einfordern. Die DREAMers (benannt nach dem „Development, Relief and Education for Alien Minors Act“ – d. Ü.) schließlich verlangen, mit der Abschiebung und massenhaften Inhaftierung von Einwanderern ohne gültige Aufenthaltserlaubnis Schluss zu machen. Und das sind nur drei von vielen sozialen Bewegungen.

Soziale Bewegungen und ihre Repression

Auf den politischen Stand der Dinge werde ich später ausführlicher eingehen, denn bevor wir uns von der Kategorie „US-Linke“ eine Vorstellung machen können, müssen noch einige Eigenarten sozialer Bewegungen in den USA erläutert werden. Es ist hierzulande wiederholt, aber stets erfolglos versucht worden, eine sozialdemokratische oder Arbeiterpartei zu bilden, die das Duopol aus Demokraten

und Republikanern aufbrechen könnte. Zwischen 1900 und 1946 fand die politische Linke sich größtenteils in zwei Parteien wieder, Sozialisten und Kommunisten. Beide Parteien führten in den Jahren des New Deal und des Zweiten Weltkriegs ein Schattendasein. Und in der Nachkriegszeit, als Regierung, Gewerkschaften und Öffentlicher Dienst von Linken „gesäubert“ wurden, gerieten sowohl SP als auch KP ins politische Abseits. Seither waren Sozialismus-Anhänger mehrheitlich entweder ehemalige Parteimitglieder oder Unabhängige ohne parteipolitischen Hintergrund. Nur im höheren Bildungswesen konnten einige wenige es sich leisten, öffentlich sozialistische Positionen zu vertreten, ohne in Acht und Bann getan zu werden.

Der amerikanische Staat – besonders das FBI – hat viele Millionen dafür ausgegeben, linke soziale Bewegungen auszuspionieren und zu zerschlagen. Das verwundert kaum, weil dieser Bereich der Gesellschaft am wenigsten berechenbar und für die insulare, konformistische Kultur des US-Kapitalismus kaum verständlich war. Dennoch entstanden immer wieder neue soziale Bewegungen und bedrohten tendenziell einen Status quo, der während des Goldenen Zeitalters der US-Wirtschaft allgemein als unüberwindlich galt. Und jedes Mal wandten sich einige derer, die sich an Protestaktionen solcher Bewegungen beteiligten und auf die Straße gingen, organisiertem politischen Handeln zu und begannen, Einfluss auf die Richtung der politischen Entwicklung zu gewinnen, sowohl lokal als auch landesweit. Aber da es nach 1969, als der SDS, die größte radikale Studentenorganisation in der US-Geschichte, zerbrach, keine zentrale politische Instanz für die Linke im weiteren Sinne mehr gab, verlegten viele sich auf Marxismus-Studien und schlossen sich diversen Kadergruppen und Sekten an.

Obwohl ihre Unterstützung durch – marginale – politische Parteien und Gewerkschaften sich in Grenzen hielt, konnten soziale Bewegungen während der Regierungsjahre der Präsidenten Johnson und Nixon – ungeachtet der wirtschaftlichen Stabilität jener Zeit und trotz der nicht weit zurückliegenden Repressionsperiode der 1950er Jahre – erstaunliche Erfolge erzielen. Der Bürgerrechtsbewegung gelang es, Rassentrennung und -diskriminierung de jure abzuschaffen und die gewaltsame Wahlrechtsverweigerung, der Afroamerikaner im Süden des Landes ausgesetzt waren, zu durchbrechen. Die Frauenbewegung konnte gesellschaftlich tief verankerte Einschränkungen der Gleichberechtigung überwinden. Bahnbrechende rechtliche Fortschritte kennzeichnen die Entwicklung der Folgejahre und -Jahrzehnte. Die politische Rechte wiederum sah sich hierdurch veranlasst, den Frontalangriff auf Ziele und Errungenschaften der sozialen Bewegungen ins Zentrum ihrer Strategie zu rücken.

Die dramatische Wendung der öffentlichen Meinung gegen den Vietnamkrieg veränderte die Politik auf beispiellose Weise. Anfang der 1970er Jahre war die Stimmung gänzlich umgeschlagen: von fragloser Akzeptanz des Militarismus und imperialer Kreuzzüge zu offener Feindseligkeit gegenüber den kriegsgeneigten Positionen beider Großparteien. Der Wandel in der gesellschaftlichen Einstellung resultierte aus den Antikriegsaktivitäten der Studentenbewegung unter Johnson und Nixon, die eine breite Friedensbewegung mit Hunderttausenden von Aktivisten auslösten. Diese Bewegungen sahen sich ständiger staatlicher

Repression ausgesetzt, die von Infiltrationsmaßnahmen über Inhaftierung bis hin zu Mordakten reichte. Aber auch innere Spannungen trugen dazu bei, ihren politischen Zusammenhalt zu untergraben. Wo es in den folgenden Jahrzehnten zu Entwicklungen kam, die auf massenhafte Ablehnung des Neoliberalismus hindeuteten – etwa Jesse Jacksons Kampagnen bei den Präsidentschaftswahlen 1984 und 1988, die „Schlacht von Seattle“ beim Protest gegen die WTO-Konferenz 1999 oder später Occupy Wall Street –, konnte von Unterstützung oder gar Anleitung durch irgendeine traditionell organisierte politische Linke kaum oder gar nicht die Rede sein.

Von Bush zu Obama

Die Zersplitterung der Linken spiegelte in mancher Hinsicht die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft im Zeichen des Neoliberalismus wider. Die tiefen Gräben zwischen dem intellektuellen Sektor der Linken, der politischen Linken und den sozialen Bewegungen wirkten sich auf alle drei schwächend aus. In der akademischen Welt verkam die Erörterung von Ideen, die den sozialen Bewegungen entstammten, oft zu apolitischer Haarspalterei. Dieses der zunehmenden Prekarität von Hochschulkarrieren geschuldete Phänomen („publish or perish“) beeinflusst nach wie vor Inhalt und Tonlage der Diskussionen in sozialen Bewegungen und der politischen Linken.

Noch trübere Aussichten für die Linke brachte das Jahr 2000. Der Einfluss der Rechtskräfte in der Judikative erzwang die – eigentlich illegitime – Einsetzung George W. Bushs ins Präsidentenamt. Dieser Vorgang war in vieler Hinsicht fatal: Er bedeutete eine Außerkraftsetzung der elektoralen Demokratie; eine Art Putsch durch eine Partei und eine der Staatsgewalten, der die Gewaltenteilung aushebelte; und parallel dazu eine wahre Kette von Kapitulationen der Demokratischen Partei vor der nach rechts strebenden Privatwirtschaft und dem Pentagon. Fast unmittelbar darauf folgten die Anschläge des 11. September 2001, die eine Welle der Fremdenfeindlichkeit und eines militaristischen Chauvinismus auslösten, unter deren Einfluss große Teile der Bevölkerung bis heute stehen. Das gefährlichste Resultat war der Patriot Act, der bestehende Barrieren gegen Repression im Innern und gegen Militärinterventionen im Ausland absenkte. Es folgte der unsägliche Irakkrieg. Dass massenhafte Proteste Bombenangriffe und Besatzung nicht abwenden konnten, ließ die Friedensbewegung im Grunde zerbrechen.

Die Wahl Obamas (2008) und seine Wiederwahl (2012) überraschten Anhänger wie Gegner gleichermaßen. Obama war ein Mitte-Links-Politiker, der den Wahlkampf mit seiner Ablehnung des Irakkriegs und milder Kritik am Neoliberalismus bestritt. Das unterschied ihn von seiner Konkurrentin Hillary Clinton, doch wog dieser Unterschied wenig im Vergleich zu der Überraschung, dass ein afroamerikanischer Kandidat die Wahl gewinnen konnte, zumal in einer Zeit relativ geringer Aktivitäten der schwarzen sozialen Bewegungen. Die Hautfarbe spielt im Kapitalismus der USA eine ganz fundamentale Rolle, und bis in die 1980er Jahre hinein war es geradezu undenkbar, dass ein Schwarzer Präsident werden könne. Obamas Erfolg ratifizierte sozusagen landesweit den Aufstieg einer schwarzen politischen Klasse

auf der Ebene der Städte und Bundesstaaten, die ihre Stellung seit den bereits erwähnten Jackson-Kampagnen hatte ausbauen können. Zugleich indizierte Obamas Wahlsieg den demographischen Wandel, in dessen Folge Nicht-Weiße binnen weniger Jahrzehnte die Bevölkerungsmehrheit bilden werden.

Obamas Kritiker auf Seiten der Linken prangerten seine Politik der kleinen Schritte an und warfen ihm vor, an der Rolle der Bush-Administration im Nahen und Mittleren Osten festzuhalten. Doch Obama war kein Neokonservativer und hielt extrem mächtigen Kräften gegenüber – unter ihnen die Öl- und die Pharmaindustrie, Versicherungskonzerne, die Waffenlobby und Pro-Likud-Falken – an kritischen Positionen fest. In manchen Fällen ließ er solcher Kritik auch Taten folgen – so etwa im Kampf gegen die Religiöse Rechte –, und alles in allem eröffnete dies linken, anti-neoliberalen Kräften in der Wählerbasis der Demokratischen Partei neue Entfaltungsmöglichkeiten.

Bernie Sanders' Kampagne

Der stürmische Aufschwung von Bernie Sanders' Kampagne zeigt dies deutlich. Er erfolgte in mancher Hinsicht ähnlich präzedenzlos und unerwartet wie seinerzeit der Aufstieg Obamas. Sanders war in der amerikanischen Politik stets eine Ausnahmeerscheinung. Seit seinen politischen Anfängen als studentischer Aktivist in den frühen 1960er Jahren hält er beharrlich an den Ansichten der Neuen Linken fest: sozialistisch, aber nicht prosowjetisch, und geprägt von den aufeinander folgenden sozialen Bewegungen. Wie viele andere engagierte er sich in Wahlkämpfen und parlamentarischer Arbeit, betrachtete aber die Demokratische Partei als eher sumpfiges Gelände. Doch ebenso wenig entging ihm, woran die Wahlkampagnen sozialistischer Parteien krankten: So interessierte die seinerzeit größte, die Socialist Workers Party, sich stets mehr für die Verbreitung ihres trotzkistischen Programms als für Wahlerfolge.

Sanders war zu sehr Pragmatiker, um sich an dieser Praxis nicht zu stoßen. So siedelte er nach Vermont über, in einen ländlichen, überwiegend weißen Neuenglandstaat, der viele Ostküstenliberale und -linke anzog. Er arbeitete in örtlichen Dritte-Partei-Initiativen mit und gewann als unabhängiger Kandidat eine Wahl nach der anderen – Sanders wurde Bürgermeister von Burlington (Vermonts größter Stadt), Kongressabgeordneter in Washington und schließlich Senator des Bundesstaats Vermont, als einziger in den US-Senat gewählter Unabhängiger. Seine Erfolge basieren auf einer umsichtigen Bündnispolitik und darauf, dass er hält, was er im Wahlkampf verspricht. An seiner sozialistischen Orientierung hat er zu keinem Zeitpunkt Abstriche gemacht.

Der anti-neoliberale Flügel der Demokraten und Occupy-Veteranen hatten ursprünglich auf Elizabeth Warren, Senatorin aus Massachusetts, gesetzt. Als klar wurde, dass Warren nicht vorhatte zu kandidieren, richtete sich die Aufmerksamkeit auf Sanders. Dieser galt allerdings – sowohl seiner Sozialismus-Orientierung als auch seiner Unabhängigkeit von der Demokratischen Partei wegen – als riskante Wahl. Doch die Progressive Democrats of America, eine in mehreren US-Bundesstaaten aktive Gruppe-

rung, konnte Sanders schließlich dafür gewinnen, gegen die mutmaßliche Favoritin Hillary Clinton anzutreten und um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten zu kämpfen. Online-Aktivisten von Occupy begannen, die Datenbasis für eine Sanders-Kampagne zu schaffen.

In der Demokratischen Partei setzte zunächst niemand große Erwartungen in die Sanders-Kampagne. Linke Kritiker bedrängten Sanders, er solle als unabhängiger oder grüner Kandidat antreten. Dieser betonte, seine ganze Hoffnung richte sich darauf, vermehrt Anhänger für ein anti-neoliberales Programm mobilisieren zu können. Um das Stigma zu vermeiden, er spalte die Wählerschaft der Demokraten und ver helfe damit den Republikanern zum Sieg, sicherte Sanders für den Fall, dass er die Vorwahlen verlieren oder beim nationalen Wahlkongress der Demokratischen Partei unterliegen werde, jedem dort nominierten Kandidaten im Voraus seine Unterstützung zu. (Linken Demokraten liegt bis heute Ralph Naders Präsidentschaftskandidatur 2000 als Grüner schwer im Magen, ganz gleich, ob diese tatsächlich ein Wahlstimmenpatt zwischen George W. Bush und Al Gore bewirkt haben mag oder nicht. Mit Blick auf 2016 hatte Donald Trump seinerseits den Republikanern ursprünglich ein ähnliches Versprechen gegeben wie Sanders den Demokraten, doch nahm Trump seines zurück, als ein anderer rechter Demagoge, Rafael „Ted“ Cruz, seinen Vorsprung gefährdete.)

Sanders' unverblühte Attacken auf Wall Street, den politischen Einfluss des Großen Geldes und den Rassismus fanden zunächst bei alternden Linken, dann aber – gänzlich unerwartet – auch bei jungen Leuten Anklang. Sein Ruf verbreitete sich eher durch Sharing und Networking in den Sozialen Medien als durch Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen mit aufwändigen Kampagnen zur Steigerung der Wahlbeteiligung (get out the vote). So kam es zu einer in der Geschichte amerikanischer Wahlkämpfe beispiellosen Flut von Kleinspenden für die Sanders-Kampagne. Die Parteiführung der Demokraten zeigte sich völlig überrumpelt – was die Republikaner anfangs begeisterte, bis ihnen klar wurde, dass da ein Sozialist unter allen Kandidaten den größten Publikumszulauf fand.

Die „politische Revolution“

Das wohl Bedeutsamste an der Sanders-Kampagne ist das Einvernehmen des Kandidaten mit seinen Wahlhelfern darüber, dass nur eine koordinierte politische Massenbewegung (eine „politische Revolution“) einen Präsidenten befähigen könnte, der „Milliardärsklasse“ wirksam entgegenzutreten, ganz gleich, wie groß sein Stimmenvorsprung am Wahltag sein möge. Dass Sanders es schafft, nominiert zu werden, steht allerdings keineswegs fest. Aber ob nun die zentristische Hillary Clinton oder einer der rechtslastigen Bewerber der Republikaner die Wahl im November gewinnt – die Aufgabe, eine organisierte, politisch kohärente Linke zu schaffen, innerhalb wie außerhalb des Parteien-Duopols, bleibt in jedem Fall vordringlich.

Ein Teil der erneuerten Linken, die gerade entsteht, dürfte die Form eines anti-neoliberalen Flügels innerhalb der Demokratischen Partei annehmen, als „Sanders-Demokraten“. Dadurch könnten die Parteizentristen in jedem einzelnen Bundesstaat unter Druck geraten und die politi-

schen Auseinandersetzungen sowohl im Kongress als auch auf einzelstaatlicher und kommunaler Ebene eine neue Richtung nehmen. Auch jene puristische Tendenz unter Linken, die Demokraten permanent als eine Art Klassenfeind attackiert, würde stärker in Frage gestellt. In dieser Sichtweise, der der Aufbau einer dritten Partei stets als unmittelbare Priorität jeder Wahlbeteiligung gilt, sind alle, die anders darüber denken, immer gleich Karrieristen oder naive Liberale. Die meisten unabhängigen Linken praktizieren jedoch eine Inside/Outside-Strategie und unterstützen dort, wo die Macht des Parteiapparats die Kandidatur progressiver Reformer verhindert, unabhängige Kandidaten. Der Erfolg der Sanders-Kampagne lässt mittlerweile auch manche Unentwegte aus dem anderen Lager umdenken. Mit seiner Kampagne tritt Sanders für ein Politikverständnis ein, das sich gegen Neoliberalismus und staatsverachtenden Konservatismus richtet. Den Kapitalismus als solchen untergräbt die Kampagne, auch wenn er sie unter dem Sozialismus-Banner führt, nicht per se. Wer Sanders fürchtet, fürchtet ihn vor allem deshalb, weil er auf Massenmobilisierung setzt – auf eine Stärkung der durch interessierte Wirtschaftskreise und quasifaschistische Elemente bedrohten Demokratie. Sanders' Kampagne hat Worten wie „Sozialist“ oder „sozialistisch“ eine Akzeptanz verschafft, die es in den Vereinigten Staaten so noch nie gab. Die winzige sozialistische Bewegung des Landes hat jetzt die Chance, aus alten Gräben heraus und ins Freie zu kommen – die Chance, sich mit einer neuen Generation zusammenzutun, die Abscheu vor dem kapitalistischen System umtreibt und die zunehmend entschlossen ist, dieses System durch etwas Gerechtes, Nachhaltiges und Schönes zu ersetzen.

Der Beitrag wurde verfasst für das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York.

Indiens Linke steckt in einer tiefen politischen Krise

Trotz eines Wahlsieges in Kerala sehen viele Wähler und Wählerinnen in den Kommunisten keine Alternative. Die einstige Hochburg Westbengalen ist dafür beispielhaft

Von Stefan Mentschel, Leiter des Regionalbüros Neu Delhi der Rosa-Luxemburg-Stiftung, aus: Neues Deutschland, 30.7.2016

Bittere Armut, massive soziale Ungerechtigkeit, eine religiös-nationalistische und wirtschaftsliberale Zentralregierung: Die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Indien böten der Linken zahlreiche Ansatzpunkte, um Widerstand zu leisten und mit eigenen alternativen Politikkonzepten zu punkten. Doch die Realität sieht anders aus. Die Wahlergebnisse in ihren Hochburgen im Osten und Süden waren in den vergangenen Jahren schlecht. Ihr Einfluss auf Regional- und Bundesebene ging stetig zurück.

So mancher Beobachter hat den Parteien des linken Spektrums schon das Abrutschen in die politische Bedeutungslosigkeit prognostiziert. Umso bemerkenswerter ist es daher, dass die größte linke Partei – die Kommunistische Partei Indiens/Marxistisch (CPI/M) – seit Kurzem wieder den Ministerpräsidenten im Bundesstaat Kerala an der Südwestspitze des Subkontinents stellt. Angeführt von CPI/M-Politbüromitglied Pinarayi Vijayan gelang es der Linken Demokratischen Front (LDF), die Kongresspartei bei den Landtagswahlen im Mai von der Regierung zu verdrängen. Neben der CPI/M gehörten die kleinere Kommunistische Partei Indiens (CPI) sowie neun weitere Parteien dem Wahlbündnis an, das 23 Mandate hinzugewinnen und 91 der 140 Sitze im Landesparlament erringen konnte. Zuletzt hatten die Linken Kerala von 2006 bis 2011 regiert.

„Die Parteien der LDF haben sich im Wahlkampf konsequent gegen die hindunationalistischen Kräfte gestellt“, sagt der Journalist und Historiker Vijay Prashad. Die seit 2014 in Delhi regierende Indische Volkspartei (BJP) von Ministerpräsident Narendra Modi konnte ihren Stimmenanteil zwar auf rund 15 Prozent mehr als verdoppeln. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts errang sie jedoch nur einen einzigen Sitz im Parlament. Der BJP sei es trotz des Einsatzes erheblicher finanzieller Mittel nicht gelungen, im multi-religiösen Kerala die Hindu-Karte zu spielen, glaubt Prashad. Viele Menschen hätten sich eher mit Klasse und Kaste identifiziert, was einen Erfolg der Rechten verhindert habe.

Prashad sieht noch einen weiteren Grund für den Erfolg der LDF. „Die Linke hat sich für die Rechte von Arbeitern und Bauern eingesetzt.“ Der Kampf für angemessene Löhne und anständige Lebensbedingungen habe im Mittelpunkt der Wahlkampagne gestanden. Gleichzeitig sei die Schwäche des politischen Gegners den Linken zugutegekommen. „Die Verstrickungen der Kongresspartei-Regierung in Korruption und Vetternwirtschaft sind der Bevölkerung nicht verborgen geblieben.“ Zudem habe die Kongresspartei Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge geschwächt, ergänzt Prashad. Das indienweit vorbildliche Bildungs- und Sozialsystem sei dadurch in den vergangenen Jahren geschwächt worden. Auch das habe die Menschen aufgebracht.

Der Praxistest für Keralas Linke ist gerade erst angelauten. Es bleibt abzuwarten, ob sie mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik tatsächlich andere Akzente als die Vorgängerregierung setzen kann. Erste Zweifel kamen daran vor wenigen Tagen auf, als Ministerpräsident Vijayan eine neoliberale Harvard-Professorin zu seiner offiziellen Beraterin für Finanzangelegenheiten ernannte. Vijayan selbst umwehen seit Jahren Korruptionsvorwürfe. Doch die LDF-Koalition verfügt über eine stabile Mehrheit, um den aufkommenden Stürmen zu trotzen.

So wichtig der Sieg für die Kommunisten in Kerala ist, so verheerend ist das Ergebnis in Westbengalen. Auch in der einstigen Bastion der indischen Linken wurde im Mai ein neues Landesparlament gewählt. Bereits 2011 waren die Kommunisten in dem östlichen Bundesstaat nach mehr als drei Jahrzehnten von der Macht verdrängt worden. Damals hatte die linke Wahlallianz bei der Abstimmung 171 ihrer Sitze verloren und nur noch 62 der 294 Mandate geholt. Seitdem hält die Partei Trinamul Congress (TMC) unter der charismatischen Ministerpräsidentin Mamata Banerjee in Westbengalen die Zügel fest in der Hand und konnte im vergangenen Jahr auch die Kommunalwahlen deutlich für sich entscheiden.

Die CPI/M hatte sich in Westbengalen nach fünf Jahren in der Opposition leise Hoffnungen auf eine Rückkehr in Regierungsverantwortung gemacht. Gelingen sollte das unter anderem durch eine Wahlallianz mit der Kongresspartei. Doch die Rechnung ging nicht auf: Im neuen Parlament verfügen die linken Parteien nur noch über 32 Mandate, ein weiterer Einbruch um fast 50 Prozent.

Für den Politikprofessor Kamal Chenoy von der Delhi Jawaharlal-Nehru-Universität ist der Grund für die Niederlage der CPI/M und ihrer Partner in Westbengalen klar: „Die Partei hat sich nie ernsthaft mit den Gründen ihrer Wahlniederlage auseinandergesetzt. Zudem hat sie über Jahre hinweg die Basisarbeit vernachlässigt. Auch ihre Rhetorik verfängt nicht mehr bei den Massen.“ Die Kommunisten seien für viele Menschen keine politische Alternative mehr, weil sie keine Antwort auf Zukunftsfragen hätten, ergänzt Chenoy.

Der Journalist Kuldeep Kumar stimmt dem zu. „Es reicht einfach nicht, die Politik der Regierung in Delhi zu kritisieren.“ Um die Jugend zu erreichen, müssten die linken Parteien Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftsordnung entwickeln und auf den Tisch legen. Das hätten CPI/M, CPI und die anderen bislang jedoch nicht getan. Im Gegenteil: Eine weitere Ursache für die Niederlage 2011 in Westbengalen war nach Ansicht von Beobachtern wie Kumar die umstrittene Wirtschaftspolitik von CPI/M-Ministerpräsident Buddhadeb Bhattacharya. Beispiele dafür sind die Ereignisse von Nandigram und Singur.

Im Jahr 2007 ließ die kommunistische Regierung in der Ortschaft Nandigram südwestlich von Kolkata rund 4 000 Hektar privates Ackerland enteignen, um eine Sonderwirtschaftszone einzurichten. Die Massenproteste dagegen wurden gewaltsam niederschlagen – 14 Dorfbewohner starben bei den Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften, mehr als 70 weitere wurden verletzt. Ähnliches spielte sich wenig später in Singur nördlich von Kolkata ab, wo 400 Hektar Ackerland für eine Automobilfabrik enteignet werden sollten. Auch in Singur gab es über Monate hinweg Proteste und schwere Unruhen.

Mamata Banerjee und ihre TMC setzten sich damals an die Spitze der Protestbewegung und sorgten mit dafür, dass die beiden Prestigeprojekte der CPI/M-Regierung scheiterten. Bei den Wahlen fügte die TMC Bengalens Kommunisten dann eine Niederlage zu, von der sie sich bis heute nicht erholt haben.

Ein weiteres Problem der indischen Kommunisten ist nach Ansicht von Professor Chenoy die fehlende innerparteiliche Demokratie. Wie schwer sich die Partei mit der Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen tut, zeigt der Parteiausschluss der populären Generalsekretärin des Frauenverbandes All India Democratic Women's Association (AIDWA), Jagmati Sangwan. Frau Sangwan hatte während der Sitzung des Zentralkomitees der CPI/M Mitte Juni heftig gegen die gescheiterte Wahlallianz der Linken mit der Kongresspartei in Westbengalen protestiert und mit ihrem Rücktritt gedroht. Soweit kam es nicht. Wegen „Disziplinslosigkeit“ wurde sie kurzerhand aus der Partei ausgeschlossen. Bereits in den vergangenen Jahren waren zahlreiche prominente Mitglieder aus der Partei entfernt worden – zumeist, weil sie die Parteiführung kritisiert hatten.

Chenoy kann darüber nur den Kopf schütteln und sagt: „Unter solchen Bedingungen sind ernsthafte innerparteiliche Debatten nicht möglich.“ Jahrzehntelang war er selbst Mitglied der CPI. Vor einigen Jahren verließ er die Partei aus Frust über den mangelnden Reformwillen. Mit seinem Austritt, so sagt er augenzwinkernd, sei er wahrscheinlich dem eigenen Parteiausschluss zuvorgekommen. Chenoy schloss sich der Aam Admi Party (AAP) an. Die selbsternannte „Partei der einfachen Leute“ entstand 2012 aus einer sozialen Protestbewegung. Sie stand für ein neues Politikmodell in Indien – demokratisch, pluralistisch, nah an der Basis. Getragen von diesen Prinzipien konnte sie beachtliche Erfolge erringen und im vergangenen Jahr unter anderen die Landtagswahlen in Delhi haushoch gewinnen. Heute allerdings sind auch weite Teile der AAP im politischen Mainstream angekommen.

„Die linken Parteien in Indien haben nur eine Chance, wenn sie sich inhaltlich und strukturell reformieren und parteiintern demokratisieren“, weiß Chenoy. Dazu gehören seiner Ansicht nach die Akzeptanz parteiinterner Meinungsvielfalt und die konstruktive Auseinandersetzung damit. Zudem sollten Kampfbegriffe wie „Diktatur des Proletariats“ aus den Parteiprogrammen von CPI/M und CPI gestrichen werden, findet er. „Die Kommunisten müssen sich endlich Themen wie Umweltschutz und Geschlechtergerechtigkeit annehmen. Oder anders ausgedrückt: Indiens Linke muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Andernfalls verliert sie immer weiter an Bedeutung.“

Der Bedeutungsverlust droht inzwischen auch höchst offiziell bestätigt zu werden. Aufgrund der schlechten Wahlergebnisse in Westbengalen prüft Indiens Wahlkommission, ob der CPI/M der Status als „nationale Partei“ entzogen werden muss. Dabei sah das noch vor nicht allzu langer Zeit ganz anders aus. „Mit Westbengalen steht und fällt der Erfolg der Linken auf Zentralstaatsebene“, glaubt der Journalist Subir Bhaumik. „Regieren die Kommunisten in Kolkata, können sie auch in Delhi ihren Einfluss geltend machen. Das haben sie in der Vergangenheit immer wieder bewiesen.“ So wäre 1996 der damalige Ministerpräsident von Westbengalen Jyoti Basu fast indischer Premierminister geworden. Nach den Unterhauswahlen im Jahr 2004 unter-

stützten die 62 linken Abgeordneten die Minderheitsregierung von Premier Manmohan Singh.

Zum Bruch mit der Regierung Singh kam es 2008 im Streit über ein ziviles Nuklearabkommen zwischen Indien und den USA, dem die Kommunisten die Zustimmung verweigerten. Singh suchte sich andere Partner, die Linke wurde nicht mehr gebraucht. Bei den Parlamentswahlen ein Jahr später holten die linken Parteien dann nur noch 24 von 545 Mandaten. Es folgte die verheerende Niederlage in Westbengalen – und seit den Wahlen 2014 sitzen nur noch zehn Kommunisten im Unterhaus. Zwei davon kommen aus Westbengalen, zwei aus dem kleinen Nordoststaat Tripura und sechs aus Kerala.

„Die Linke ist aber noch längst nicht geschlagen“, resümiert Kamal Chenuy. Das habe der Wahlsieg in Kerala gezeigt. Zudem stellten die Kommunisten eine weitere Landesregierung in Tripura. Allerdings dürften sie sich nicht davon blenden lassen. „Denn ungeachtet der vereinzelter Erfolge befindet sich die indische Linke in einer ernsthaften Krise.“ Daher müssten die Parteien, allen voran die CPI/M, in den kommenden Monaten und Jahren hart daran arbeiten, ihr Profil zu schärfen. „Kann die Linke strategische Allianzen mit anderen säkularen Parteien gegen die hindunationalistische BJP schmieden? Können die linken Parteien modernisiert und demokratisiert werden? Können sie das Tempo der Modernisierung mithalten?“, fragt Chenuy. „Die Antworten darauf werden das Schicksal der Linken und die Zukunft der säkularen Demokratie in Indien mitentscheiden.“

Neue Solidarität schaffen

Das 11. Asia-Europe People's Forum Ulaanbaatar

Von Carsten Schatz,

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Unter dem Titel „Neue Solidarität schaffen – arbeiten wir an inklusiven, gerechten und gleichen Alternativen in Asien und Europa“ trafen sich vom 4. bis 6. Juli ca. 750 Aktivistinnen und Aktivisten in der mongolischen Hauptstadt Ulaanbaatar.

Das AEPF ist eine Veranstaltung der Zivilgesellschaften aus den Teilnehmerstaaten des ASEM, des Asiatisch-Europäischen Treffens, das seit 1996 alle zwei Jahre stattfindet. 1994 schlug der Premierminister von Singapur Goh Chok Tong dem französischen Amtskollegen Balladur das Konzept eines „Asien-Europa-Gipfels“ vor, um die Beziehungen zwischen Europa und Asien zu vertiefen. Mittlerweile nehmen 51 Staaten und zwei Organisationen (EU und ASEAN) an den Gipfeln teil. Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs und das vorgelagerte Treffen der Zivilgesellschaften werden alternierend in Europa und Asien abgehalten.

Unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hatte ich die Möglichkeit, an der Veranstaltung teilzunehmen und eine mitteleuropäische Sicht zu Flucht und Fluchtursachen im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit einzubringen.

Für den Hintergrund erscheint es sinnvoll, sich die aktu-

elle Situation in der Mongolei vor Augen zu führen. Als asiatisches Binnenland zwischen den beiden Riesen Russland und China gelegen, versucht die Mongolei einen eigenen Weg ökonomischer Entwicklung zu beschreiten. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus, der eng an die Sowjetunion gebunden war, hat das rohstoffreiche Land internationalen Konzernen eine Reihe von Bergbau-Konzessionen erteilt und in der Boom-Periode der Weltwirtschaft gut mitverdient. Vieles an dieser Entwicklung ging zu Lasten der großen Mehrheit der mongolischen Bevölkerung, die noch immer weitgehend nomadisch lebt oder trotz Stadtwohnsitz auch diese Tradition pflegt. Ökologische und soziale Probleme gingen einher mit dem Rückgang der globalen Nachfrage nach Rohstoffen, wobei festzustellen ist, dass auch in der Zeit des Rohstoffbooms die meisten Arbeitskräfte – selbst für einfache Tätigkeiten – von den ausländischen Konzernen mitgebracht wurden. Der Großteil der Menschen in der Mongolei hat von der Ausbeutung der Naturreichtümer des Landes nicht profitiert. Als die Nachfrage nach Rohstoffen sank, brach auch die ökonomische Entwicklung ein. Bauruinen in der Hauptstadt zeugen vom nachlassenden Interesse des Auslands.

Als Folge dieser Entwicklung verläuft das politische Leben in der Mongolei äußerst wechselhaft. Wenige Tage vor dem AEPF fand eine Parlamentswahl statt, bei der die Nachfolgepartei der einst regierenden Mongolischen Revolutionären Volkspartei (MVRP) – die Revolution hat den Parteinaamen mittlerweile verlassen – jetzt also die MVP – einen Erdrutschsieg einfuhr. Erst vor wenigen Jahren hatte die vereinigte Opposition einen ähnlichen Wahlsieg gegen die MVP erreichen können, Teile der Partei haben sich – unter Verwendung des alten Namens – selbständig gemacht.

In diesem Umfeld ist eine Zivilgesellschaft entstanden, die energisch und aktiv auftritt. Hunderte Vertreter*innen der mongolischen Zivilgesellschaft nahmen am 11. AEPF teil und brachten sich in viele Diskussionen ein.

Besonders in der von der RLS betreuten Workshopleiste, die sich mit globalem Handel, mit Freihandelsabkommen und dem Widerstand dagegen befasste, kam es zu lebhaften Diskussionen. Menschen aus entlegenen Regionen des Landes, die von Bergbau-Konzernen überrollt wurden und die eine weitere Verschärfung der Lebensbedingungen der Menschen durch weitere Liberalisierungen und Deregulierungen für Konzerne im Gefolge von Freihandelsabkommen befürchten, äußerten freimütig Kritik an ihrer Regierung. Sie waren begeistert über die Beiträge von Aktivist*innen aus allen Teilen Asiens und Europas in ihrem Kampf gegen weitere Freihandelsabkommen. Auch wenn die globale Debatte gerade von den Abkommen TPP (USA – Asien) und TTIP (USA-EU) dominiert wird, sind neue Projekte am Horizont sichtbar. So hat die EU vor, ein Freihandelsabkommen mit den südostasiatischen Ländern der ASEAN abzuschließen. TPP und TTIP stehen dafür als Blaupause bereit. Gerade in der EU müssen wir unsere Auseinandersetzungen um CETA und TTIP auch auf diese Projekte richten, wenn unsere Forderung nach einem globalen fairen Handel glaubwürdig bleiben soll. Landraub, ökologische Probleme, Zugang zu Wasser, Arbeitsbedingungen sind nur einige Stichworte für diesen Zusammenhang.

Auch in der Workshopleiste zu Frieden und Sicherheit spielte eine gerechte Weltwirtschaftsordnung eine Rolle.

Wenn wir heute die Fluchtbewegungen als eine humanitäre Herausforderung begreifen wollen, müssen wir die Ursachen bekämpfen. Dazu gehört auch der Kampf um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Hoch gewürdigt wurde die Tatsache, dass die Mongolei als einer der ersten Staaten der Welt und Asiens einen atomwaffenfreien Status für sich deklariert hat. In der Abschlusserklärung des Forums wurden alle Teilnehmerstaaten des ASEM aufgefordert, diesem Schritt zu folgen und eine Welt frei von Massenvernichtungswaffen anzustreben.

Regionale Konflikte von globaler Bedeutung, wie im Nahen Osten und im Südchinesischen Meer (oder dem Ostmeer, wie es in Vietnam heißt) spielten eine herausragende Rolle in der Diskussion. Bei unterschiedlichen Standpunkten war aber allen Teilnehmenden klar: Konflikte können nicht mit Gewalt, sondern nur im Dialog und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft gelöst werden.

Welche Dynamik diese Konflikte mittlerweile erreicht haben, ist für viele Beobachtende frappierend. Wenn mittlerweile selbst Vietnam wieder massiv in seine Kriegsmarine investiert, um den eigenen Anspruch auf die Inseln im Ostmeer zu unterstreichen und beispielsweise auch vietnamesische Aktivistinnen und Aktivisten widersprechen, wenn es um ein globales Verbot von Waffenexporten geht, wird die Komplexität der Situation greifbar. Einig waren sich die Teilnehmenden trotzdem im Ruf nach einer internationalen Lösung auf der Grundlage des Völkerrechts.

Erwähnen möchte ich zum Abschluss auch einen Punkt, der mich persönlich sehr gefreut hat. Neben Fragen von Geschlechtergerechtigkeit spielte auf dem Forum zum ersten Mal die Situation von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) eine Rolle und findet sich auch in der Abschlusserklärung wieder. Gerade in einer Zeit, da die Krisenfolgen für die gesellschaftlichen Verhältnisse wieder gegen vermeintliche oder reale Minderheiten gerichtet werden, ist dies ein wichtiger Fakt, der auch die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der EU und Asien beschreibt.

Der vollständige Text der Abschlusserklärung und weitere Informationen sind unter aepf.info im Internet abrufbar.

Internationale Umschau

Stabilität hat ihren Preis

Russland vor den Wahlen:

Staat und Gesellschaft in Zeiten der Wirtschaftskrise

*Von Ute Weinmann, Journalistin, Moskau,
aus: www.rosalux.de*

Umfrageergebnisse sind generell mit Vorsicht zu genießen. Immerhin aber vermitteln sie eine vage Vorstellung vom Verbreitungsgrad gängiger Ansichten zu allerlei aktuellen Fragen. So kommt das russische Meinungsforschungsinstitut Lewada-Zentrum zu dem Schluss, dass 82 Prozent der russischen Bevölkerung stolz darauf sind, in Russland zu leben; 67 Prozent halten Russland für eine Großmacht. Nach der ruhmreichen Geschichte und den ergiebigen Rohstoffvorkommen stehen die russischen Streitkräfte an dritter Stelle der Gründe für den Stolz auf das eigene Land.

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich keineswegs eine automatische Zustimmung zu den politischen Verhältnissen in Russland, aber sie machen deutlich, welch hohen Stellenwert abstrakte Zuschreibungen wie die oben angeführten für weite Teile der Bevölkerung haben. Der Beitritt der Krim zu Russland – als Annexion wertet diesen Vorgang nur eine Minderheit – symbolisiert wie kein anderes Ereignis in der jüngsten Geschichte die Stärke und Souveränität der russischen Staatlichkeit. Er bescherte Präsident Wladimir Putin erstmals seit dem Kriegsintermezzo in Georgien im August 2008 wieder Traumwerte. Zwar verzeichnen diese in den vergangenen Monaten einen leichten Rückgang, aber das ändert wenig an der grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber Putin. Wesentlich kritischer wird die Regierung unter Premierminister Dmitri Medwedew und die noch weniger geschätzte Staatsduma gesehen. Der Präsident steht für das mächtige Russland – nicht zu verwechseln mit etwaigen aggressiven außenpolitischen Ambitionen, denn die Bevölkerung schätzt Putin als Friedenspolitiker. Für immer stärker in Erscheinung tretende Defizite im Inneren trägt aus ihrer Sicht allein die Regierung die Verantwortung. Dies ist auch der offizielle Tenor in den staatlichen Medien, und deren Konsument*innen nehmen diese Sichtweise weitgehend hin.

Meinungsmanipulation durch staatliche Medienpolitik

Zweifellos spielt die einseitig ausgerichtete staatliche Medienpolitik eine zentrale Rolle bei der Meinungsmanipulation. Geschickte Ablenkungsmanöver tragen einen wesentlichen Teil dazu bei, dass durchaus vorhandene Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen kaum offen artikuliert wird. Die russische Führung testet die Grenzen des Zumutbaren immer wieder aus, beispielsweise hinsichtlich des Bruchs mit der Türkei im vergangenen Herbst, der sich

durch den Importstopp günstiger und frischer Lebensmittel unmittelbar bemerkbar machte. Eine entsprechende mediale Begleitung garantierte die Zustimmung der russischen Bevölkerung zur resoluten Haltung des Kremls sogar so weit, dass die erneute Kehrtwende und Wiederannäherung an den vormals engen türkischen Partner in der öffentlichen Meinung nicht sofort nachvollzogen wurde.

Denn die öffentliche Meinung ist zweifellos manipulierbar, die dafür notwendigen Anstrengungen sind aber nicht zu unterschätzen. Zumal in der Vergangenheit vor allem zwei Faktoren die außerordentlich hohen Beliebtheitswerte des russischen Präsidenten garantierten: außenpolitische Machtdemonstration und innenpolitische Stabilität, wie sie beispielsweise bei der verfassungsrechtlich notwendig gewordenen Amtsübergabe von Putin an seinen damaligen Tandem-Partner Medwedew 2008 sichtbar wurde.

Das Bild eines in den Augen vieler Bürger*innen wieder erstarkten Russland steht allerdings zunehmend in einem Spannungsverhältnis zu deutlich wahrnehmbaren Verfallserscheinungen im Inneren, die sich durch die anhaltende Wirtschaftskrise in vielen Bereichen des täglichen Lebens offen manifestieren. Im Mai sanken die Reallöhne im Vergleich zum Vorjahr um 6,2 Prozent, im Juni um 4,8 Prozent. Das Lebenshaltungsniveau stieg letztmals im Oktober 2014, seither geht es nur noch abwärts. Legt man den damaligen Stand zugrunde, dann betragen die Reallöhne heute lediglich noch 80 Prozent.

Fast ein Viertel der Bevölkerung bezeichnet die eigenen materiellen Verhältnisse als schlecht und sieht sich nicht mehr imstande, sich ausreichend mit Lebensmitteln und Kleidung zu versorgen. Sparzwängen sind auch jene unterworfen, deren Einkommen für die Eigenversorgung ausreicht. Renten werden nicht mehr an die Inflation angepasst. Hinzu kommt die fortschreitende Kommerzialisierung des Gesundheits- und Bildungssektors. Dabei ist einer der Trümpfe, die Putin hohe Zustimmungswerte garantieren, dessen Strategie der Aufrechterhaltung sozialstaatlicher Grundsätze. Aufgrund weitreichender Abhängigkeit von staatlicher Förderung und des hohen Anteils an Beschäftigten im staatlichen Sektor gilt eine ausgleichende Sozialpolitik als zentraler Stabilitätsfaktor des gesamten politischen Systems. Einen Bruch mit diesem Modell, wie er Anfang 2005 durch die Streichung von Sozialleistungen erfolgte, was in vielen Regionen zu Massenprotesten führte, versucht Putins Machtapparat seither nach Möglichkeit zu vermeiden.

Es gibt soziale, aber kaum politische Proteste

Noch scheint die Verschlechterung der ökonomischen Situation jedoch keinen kritischen Punkt erreicht zu haben. Die Menschen mobilisieren andere Ressourcen und orientieren sich wieder vermehrt, insofern sie über entsprechende Grundstücke verfügen, an einem Selbstversorgungsmodell. Das zeigt sich unter anderem daran, dass der Verkauf von Saatgut um 20 Prozent gestiegen ist. Bezeichnend allerdings ist, dass eine überwiegende Mehrheit die wachsende soziale Ungleichheit im Land als problematisch erachtet. Spannungen zwischen den Interessen der Reichen und der Armen in Russland bewerten nach Umfragen des Lewada-Zentrums 41 Prozent als „sehr stark ausgeprägt“; insge-

samt 90 Prozent der Befragten fanden diesen Punkt erwähnenswert. Selbst zu Anfangszeiten des wilden Raubtierkapitalismus unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fielen diese Zahlen niedriger aus.

Man sollte meinen, dies reiche aus für eine größere Protestwelle. Tatsächlich bleiben politische Proteste derzeit aber aus, im Gegensatz zu sozialen Protestaktionen, die mit wechselndem Erfolg durchaus stattfinden. Meist bleibt es bei einer lokalen Organisation. Überregional koordinierte Aktionen, wie beispielsweise Proteste russischer LKW-Fahrer gegen die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe und für bessere Arbeitsbedingungen, bilden die Ausnahme. Als politischen Kampf wollen Protestierende ihr Vorgehen im Regelfall nicht bezeichnen, vielmehr kämpfen sie für die Einhaltung ihrer Rechte. Diskussionen über die politische Führung oder gar den russischen Präsidenten gelten oft als tabu: Das Sorge für Zwist und stelle die Erreichung des konkret formulierten gemeinsamen Ziels infrage.

Bei lokalen Bürgerinitiativen gegen illegale Bauvorhaben korrupter Behörden ist als Motiv häufig zu hören, man wolle nicht als dummer und passiver Pöbel wahrgenommen werden. Das weitgehende Ausbleiben offener Kritik an der Regierung macht den geltenden gesellschaftlichen Konsens aus. Dass sich die Mehrheit der Bevölkerung in Zurückhaltung übt, geht gleichzeitig jedoch damit einher, dass sie sich nur durch riesige Anstrengungen des Machtapparates zugunsten staatlicher Interessen mobilisieren lässt. Das zeigt sich auch an der niedrigen Wahlbeteiligung. Das Desinteresse an Wahlen – ob es lokale oder regionale Wahlen oder die für den 18. September angesetzten Parlamentswahlen betrifft – stellt die politische Führung vor das Problem, eine durch die Bevölkerung legitimierte Vertretung zu schaffen. Simulierte Konkurrenz durch eine letztlich loyal agierende Pseudoopposition, wie sie in der Duma anzutreffen ist, lässt Interesse an Politik gar nicht erst aufkommen. Oppositionelle Politiker*innen und Parteien stehen in der öffentlichen Meinung meist nicht besser da. Sie besitzen kein glaubwürdiges Profil, kaum Zugang zu politischen Ressourcen und schon gar nicht zu den staatlichen Medien.

Um das Interesse an den Dumawahlen zu beleben und somit auch für mehr Legitimität zu sorgen, entschied sich der Kreml für die Wiedereinführung von Direktmandaten, über die die Hälfte der Abgeordneten ins Parlament mit seinen 450 Sitzen gewählt werden. Im Unterschied zur Wahl von vor knapp fünf Jahren darf sich damit auch eine Reihe von Oppositionskandidat*innen eine reale Chance auf ein Mandat ausrechnen, was sich in einem harten Konkurrenzkampf widerspiegelt. Angesichts geringer Erfolgsaussichten ließ die Partei „Einiges Russland“ in 18 Wahlkreisen keine eigenen Kandidat*innen aufstellen. Ob wieder nur vier Parteien in der Duma vertreten sein werden oder womöglich noch eine weitere Partei die Fünfprozenthürde stemmen wird, ist offen. Anzunehmen ist indes, dass die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), die über einen treuen Wählerstamm verfügt, wieder auf Platz zwei hinter der unanfechtbaren „Partei der Macht“ landet.

Nicht nur das Prozedere, auch die Wahlkampfaktik hat sich verändert. Dies liegt nicht zuletzt an dem Umstand, dass leere Staatskassen und sinkende Sozialausgaben groß angelegte Wahlversprechen unglaubwürdig machen. Wjatscheslaw Wolodin, stellvertretender Leiter der Präsidentschaftsverwaltung und Verantwortlicher im zentralen Machtapparat

für die Dumawahlen, gab die Direktive aus, dass reale Fortschritte anzustreben seien anstelle populistischer Zusagen. Das erfordere auch, die Bevölkerung durch Beteiligung an Debatten in demokratische Prozesse aktiv einzubeziehen. Dieses Versäumnis aufzuholen dürfte dem Einigen Russland jedoch nicht leichtfallen. Allerdings geht es Wolodin ohnehin weniger um politische Einflussnahme in Bezug auf landesweit relevante Themenfelder als um lokale Probleme. Der Umgang damit lässt sich auch aus Moskau steuern, ohne die Kontrolle über das Geschehen zu verlieren.

Doch jegliche Veränderung will wohldurchdacht sein. Russlands Bevölkerung gilt als wenig reformfreundlich. Jegliche Veränderung des Status quo bringt Instabilität mit sich, so lautet eine Binsenweisheit. Weitverbreitet ist auch die Einschätzung, dass man ohnehin keinen Einfluss auf das politische Geschehen nehmen könne. Alles entscheide der Machtapparat – dies ist eine beliebte Argumentationsfloskel, die auch in linken Kreisen zu hören ist und selbst kritisch reflektierende Menschen zu Passivität verdammt. Allein schon der laut geäußerte Gedanke, die politischen Verhältnisse beeinflussen zu wollen, stellt die betroffene Person unter den Generalverdacht, der sogenannten Fünften Kolonne anzugehören.

Damit sehen sich nicht nur unabhängige Linke konfrontiert, die in der Öffentlichkeit kaum noch Präsenz zeigen. Mitte Juli kritisierten linke Wissenschaftler*innen, Publizist*innen, Kunstschaffende und Aktivist*innen in einem Manifest mit dem Titel „Zum Schutz der Gesellschaft“ die politischen Zustände in Russland. Darin heißt es unter anderem, dass die russische Führung denselben ökonomischen Kurs eingeschlagen habe, der Griechenland aufgrund harter Bestimmungen der Europäischen Kommission auferlegt wurde. Verantwortlich dafür machten sie den politischen, intellektuellen und sozialen Verfall Russlands, dem sie durch einen Forderungskatalog entgegensteuern wollen. Dieser enthält neben der Nationalisierung einiger grundlegender Wirtschaftsbranchen und sozialen und steuerrechtlichen Aspekten auch die Absage an eine Politik, die sich an religiösen Moralvorstellungen und traditionellen Werten orientiert zugunsten eines rein säkularen Staates. Wer will, kann dem Manifest durch seine Unterschrift zustimmen, doch eine Debatte hat dieser hilflos anmutende Versuch einer linken Standortbestimmung jenseits der KPRF und kleinerer kommunistischer Parteien, die sich mit emanzipativen Inhalten schwertun, nicht ausgelöst.

Repression als Steuerungselement

Das Argument, es gebe zur derzeitigen politischen Führung keine Alternative, ist ein wesentlicher Bestandteil der Putinschen Machtstrategie. Mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sorgte er über seine Amtszeiten hinweg gezielt dafür, unabhängige und unkalkulierbare Akteure, die zum Beispiel Parteien finanzieren könnten, auszuschalten. Der Staat übt sein Gewaltmonopol zielgerichtet aus und dringt dabei immer tiefer in die Privatsphäre der Bevölkerung ein. Repression als Steuerungselement ist dabei nicht allein auf Oppositionelle aus allen politischen Lagern begrenzt, sondern richtet sich auch gegen Staatsdiener*innen. Es vergeht kaum ein Tag ohne Meldungen über neue Strafermittlungen gegen Polizist*innen, Richter*innen, Beamte*innen

oder Angehörige des Inlandsgeheimdienstes FSB. Selbst hochrangige politische Vertreter*innen wie Gouverneure im Amt sind davon nicht ausgenommen.

In den vergangenen zwei Jahren haben sich die Spielregeln für die politischen Eliten verändert. Zur viel gelobten, von Präsident Putin garantierten Stabilität gehört auch die Option, ungestört in die eigene Tasche wirtschaften zu können. Nun aber scheint es dafür Grenzen zu geben. Durch den anhaltend niedrigen Ölpreis schwinden nicht nur die Ressourcen. Auch der Sicherheitsapparat beansprucht mehr Einfluss für sich. Dies spiegelt sich nicht zuletzt darin wider, dass vormalige Angehörige der Sicherheitsbehörden inzwischen ein Fünftel der Regionaloberhäupter stellen – mit steigender Tendenz.

Zur Sicherung der Stabilität im Land setzt die russische Führung auf mehr Kontrolle. Ob dies angesichts zu erwartender Liquiditätsprobleme des russischen Staatshaushalts zum gewünschten Resultat führt, bleibt abzuwarten. Die stellvertretende Finanzministerin Tatjana Nesterenko prophezeit jüngst erhebliche Schwierigkeiten für das kommende Jahr. Außer Einsparungen existieren derzeit nicht einmal ansatzweise Szenarien, wie sich die russische Wirtschaft wieder ankurbeln ließe.

Die Russen machen alles falsch Nach den Duma-Wahlen

Von Wolfgang Gehrcke, MdB, und
Christiane Reymann, Autorin und Aktivistin
Aus: www.wolfgang-gehrcke.de/de/article/1839

Die russische Regierung lässt keinen Fettnapf aus. Nichts, aber auch gar nichts kann sie dem Westen recht machen! Schlägt Präsident Medwedjew einmal etwas Vernünftiges vor – sein Aufruf, in Zeiten der wirtschaftlichen Krise möglichst wenig Geld für den Wahlkampf und besser für andere Zwecke auszugeben, ist nicht ganz unvernünftig – dann wird das zu einem Instrument der Entpolitisierung oder, wie es Stefan Meister von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in der Zeit gastkommentiert: „Teilweise wurde der Eindruck erweckt, dass so wenig Menschen wie möglich überhaupt mitbekommen sollten, dass diese Wahlen stattfinden“. Hinzu kommt eine zweite Enttäuschung: Die als sicher prognostizierten massiven Wahlfälschungen fanden nicht statt. Unregelmäßigkeiten ja, aber die Duma-Wahlen seien im Großen und Ganzen „in einer ordnungsgemäßen Weise“ durchgeführt worden, so der finnische OSZE-Gesandte Ilkka Kanerva. Schwere Zeiten für Mainstream-Medien und im Kaffeesatz lesende Politanalysten. Sie mussten andere Brüller zu den Duma-Wahlen (er-)finden. In schrillum Gleichklang wurden sie fündig: „Erdrutschartig“ (Spiegel Online, 19.09.16) sei die Machtverschiebung zugunsten der Kreml-Partei „Einiges Russland“, sie erdrücke alles, die Opposition sei marginalisiert. Alles so ganz anders als bei uns? In Russland entfallen 76 Prozent der Parlamentssitze auf „Einiges Russland“, 9,3 Prozent Prozent auf Kommunisten (KPRF), 8,6 Prozent auf Rechtspopulisten (Schirinowskis Liberaldemokraten

LDPR), 5 Prozent auf das sozialdemokratische „Gerechte Russland“ und 0,4 Prozent auf zwei einzelne Abgeordnete. Im Bundestag hat die GroKo die verfassungsändernde Mehrheit von 75 Prozent, die restlichen 25 Prozent teilen sich Linke und Grüne. Hier wie dort erschwert eine so große Regierungsmehrheit die Arbeit der parlamentarischen Opposition erheblich, aber nur in Russland zeugt sie von der generellen Abwesenheit von Opposition. Schon vor den Wahlen widmete die Süddeutsche (15.09.2016) dieser Leerstelle ihre Seite 3 unter der Überschrift „Last Man Standing. Keine Opposition in Russland – fast“. Im Mittelpunkt Wladimir Kara-Mursa, in Russland Repräsentant der Michail-Chodorkowski-Stiftung „Offenes Russland“, die für die Dumawahl 25 Einzelkandidaten ausgewählt und finanziert hat. Sie bilden die „echte“ Opposition, während die Minderheitsparteien in der Duma im besten Fall „Kremlparteien“ seien. Eine eigenwillige Interpretation von „Opposition“ und eines der vielen Muster, wie Russlandphobie zu einer gestörten Wahrnehmung führt. Ein Beispiel: Die KP Russlands ist mindestens so oppositionell wie die Grünen im Bundestag: Wie jene teilt sie im Wesentlichen die Außenpolitik der Regierung, innen- und sozialpolitisch gibt es Differenzen. Im Unterschied zu den Grünen hat die KP allerdings eine gänzlich andere Idee von Gesellschaft als die Regierung. Doch für die SZ (und die Mainstream-Medien) ist für Russland der Begriff „Opposition“ jenen vorbehalten, die einen brutal raubenden und plündernden Kapitalismus anstreben, wofür wiederum Michail Chodorkowski steht, der diese Art Opposition von Großbritannien aus finanziert. Er ist einer der ganz großen Profiteure der brutalstmöglichen Privatisierung unter Jelzin, dessen Tochter er jetzt zur russischen Präsidentin machen will. Na, Prost dann!

Ach ja, Michail Chodorkowski unterstützt auch Jabloko, die Lieblingspartei der westlichen Medien. Dieses Mal scheiterte sie mit 2 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Sie hatte schon bessere Zeiten erlebt. Doch wie ihre Förderer, bleibt auch sie aus Sicht der Bevölkerung verbunden mit der mafiösen Verschleuderung des russischen Volkseigentums. Als die Duma und das russische Verfassungsgericht diesen Kurs stoppen wollten, ließ Jelzin im Oktober 1993 das Parlament beschießen und erstürmen und rief – verfassungswidrig – den Notstand aus. „Ein Sieg der Demokratie“, nicht nur für die Washington Post. Die Folgen sind bekannt: Raub, Enteignung in gigantischem Ausmaß, während nach Angaben der Weltbank Mitte der neunziger Jahre (von insgesamt 143) 74 Millionen Russen unterhalb der Armutsgrenze lebten. Doch bis zu seiner Ablösung als Präsident 1999 blieb Boris Jelzin (schwer alkoholkrank, dennoch mit Zugriff auf Atomraketen) der Progressive mit „echter Hingabe an Freiheit und Demokratie, echter Hingabe an Reformen“, wie Bill Clinton es seinerzeit ausdrückte, während sein Nachfolger Putin wieder zum russischen Bären mutierte: antidemokratisch, autoritär, kriegerisch.

Die Duma-Wahlen zeigen zugleich tatsächliche Probleme der russischen Gesellschaft: die niedrige Wahlbeteiligung von unter 50 (47,8) Prozent, in Moskau sogar unter 30 Prozent, offenbart eine Kluft zwischen Politik und Wählern. Die Übermacht der Regierungspartei kann zu einem eigenen Fallstrick werden, wenn sie die Mehrheitsverhältnisse im Parlament mit denen in der Bevölkerung verwechselt. Was

die Stärke der rechten Nationalisten betrifft, ist Russland sozusagen in der europäischen Normalität angekommen. Schirinowski und seine LDPR sind durchaus vergleichbar mit Wilders in den Niederlanden, der AfD in Deutschland, Le Pen in Frankreich und ähnlichen Parteien in Osteuropa. Die Flüchtlingsfrage spielt auch in Russland eine erhebliche Rolle, allerdings nicht in Form von real geflüchteten Ukrainern, sondern in imaginärer Angst vor Flüchtlingen aus arabischen oder asiatischen Ländern. Tschetschenien, der Kaukasus-Konflikt ist noch immer eine offene Wunde und die Angst, dass bewaffnete Auseinandersetzungen wieder aufflammen könnten, alltäglich.

Drei Mega-Probleme dominierten die jüngste Dumawahl: Die militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine inklusive der Sanktionspolitik der EU, der russische Militäreinsatz im Nahen Osten und die soziale und wirtschaftliche Krise in Russland selbst. Auf den ersten zwei Gebieten findet die Politik der Regierung offensichtlich die Billigung der Wählerinnen und Wähler wie der drei anderen in der Duma vertretenen Parteien. Auch in Russland führen soziale Verwerfungen (noch?) nicht zum selbstbewussten außerparlamentarischen Protest und zum Aufschwung von Linkskräften. Wir fragen uns zudem, ob die Zustimmung der KP zur Politik des Präsidenten in Sachen Ukraine, Krim, EU-Sanktionen und Syrien die Differenzen in der sozialen Frage und die Idee eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, den die KP anstrebt, hat verschwimmen lassen.

Der Westen hat zum hohen Wahlsieg von „Einiges Russland“ beigetragen. Seine Politik der Sanktionen und der Einkreisung Russlands durch NATO und EU hat das Präsidialsystem und Putin selbst gestärkt.

Die politische Linke in Westeuropa ist mit den russischen Verhältnissen eher wenig vertraut. Beide Seiten brauchen mehr Kenntnis voneinander, mehr Diskussion und Zusammenarbeit. Das antirussische Ticket hingegen schwächt die Linke, vergiftet das politische Klima und gefährdet den ohnehin brüchigen Frieden.

Smog, Reform und Menschenrechte

Chinas Botschafter Shi Mingde* über Umweltprobleme, Rohstoffstreit mit Nachbarstaaten und Proteste in Hongkong

Aus: www.china-botschaft.de

Herr Botschafter, Sie leben schon lange hier, sind Sie ein Berliner geworden?

Ich habe zwölf Jahre in der DDR verbracht, im vereinigten Deutschland bis heute auch zwölf Jahre. Die längste Zeit war ich in Berlin und fühle mich hier fast wie zu Hause. Ich bin ein Zeuge der Wende in der DDR. Damals hatten wir große Differenzen mit der SED-Führung über die Notwendigkeit der Reform des politischen und Wirtschaftssystems. China begann damit 1978, nahm Abschied vom sowjetischen Modell, ging den Weg eines Sozialismus chinesischer Prägung. Das ist der Grund, warum es erfolgreich geblieben ist.

Im März hat der Volkskongress wieder ein Reformprogramm vorgelegt.

Die „Politik der Reform und Öffnung“ hat China so weit gebracht, dass es in den vergangenen 35 Jahren jährlich ein zweistelliges Wachstum erreichte. China ist jetzt die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mit einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als zehn Billionen Dollar. Pro Kopf lag es vor 35 Jahren nur bei 200 Dollar, jetzt sind es rund 8 000 Dollar. Diese Erfolge beruhen in erster Linie auf Wachstum, dem Mehrverbrauch von Ressourcen. Dieses Entwicklungsmodell hat sich erschöpft. Der Lebensstandard hat sich verbessert, die Umweltsituation hat sich verschlechtert.

Der Smog in Peking.

Vor zehn Jahren gab es in Peking fünf Millionen Radfahrer, jetzt fahren dort 5,6 Millionen Autos. In Shanghai, einer fast 30-Millionen-Stadt, sind die meisten Flüsse und Seen verunreinigt. Wir verbrauchen für dasselbe Produkt viermal so viel Energie wie Europa. Deshalb ist die „Grüne Entwicklung“ als Schwerpunkt im 13. Fünfjahresprogramm festgeschrieben. China als bevölkerungsreichstes Land will umweltfreundlicher werden und auch den Ausstoß an Klimagasen verringern.

Wie geht es in der Wirtschaft weiter?

Wir haben gerade das 13. Fünfjahresprogramm verabschiedet. Wir wollen ein nachhaltiges Wachstum und haben uns bis 2020 eine jährliche Zuwachsrate von mehr als 6,5 Prozent zum Ziel gesetzt. Da schreit die ganze Welt: „Stagnation!“. Aber die USA haben zwei Prozent, Europa 0,7, Deutschland 1,7 Prozent und Japan ein Minuswachstum. Aus China kommen positive Signale beim Ex- und Import. Da klatschen viele Analysten wieder Beifall.

In China gibt es 568 Milliardäre, das sind 33 mehr als in den USA, doch es ist ein kommunistisches Land.

Der Sinn des Sozialismus ist, allen zu mehr Wohlstand zu verhelfen. Das haben wir erreicht. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Chinesen ist von 36 Jahren 1949 auf jetzt 75 Jahre gestiegen. Mehr als 400 Millionen Menschen wurden aus der Armut befreit, wobei im Moment noch fast 60 Millionen Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen. Aber wir haben neun Jahre Schulpflicht eingeführt, und Eltern müssen für diese Bildung nicht zahlen. Es gibt ein flächendeckendes Renten- und Krankenversicherungssystem. Es geht also allen besser, aber einer kleinen Minderheit viel besser. Wir sind uns bewusst, diese Unterschiede abzubauen und in Grenzen halten zu müssen.

Was können Sie von Berlin aus für die Reformpolitik tun?

Die chinesisch-deutschen Beziehungen haben sich im Großen und Ganzen sehr gut entwickelt. Der Handel mit Deutschland macht fast 30 Prozent des gesamten Handels zwischen China und der EU aus. Bundeskanzlerin Angela Merkel war schon acht Mal in China, den Bundespräsidenten Joachim Gauck habe ich kürzlich bei seinem ersten China-Besuch begleitet.

Er ist kein Freund der Kommunisten.

Aber er soll auch den Sozialismus chinesischer Prägung kennenlernen. Ich glaube, er ist mit bestimmten Vorstellungen

gen nach China gekommen, hat es aber mit völlig neuen Eindrücken verlassen. Vor 2000 Jahren hat der erste Kaiser China vereinigt. Es ist schon wichtig zu wissen, dass seitdem in China die Zentralverwaltung herrscht. Er hat Shanghai kennengelernt. Dort stehen mehr als 4 000 Hochhäuser mit mehr als 30 Stockwerken, und 80 Prozent der Wohnungen im Lande sind Eigentumswohnungen.

Welche Projekte verfolgt China mit Deutschland gemeinsam?

Eine Partnerschaft der Innovation wurde im Vorjahr vereinbart und beschlossen, die Strategien „Industrie 4.0“ und „Made in China 2025“ zu verbinden. Gemeinsame Projekte werden entlang der neuen Seidenstraße verwirklicht. Deutschland und China sind die größten Volkswirtschaften an deren beiden Enden.

Die Seidenstraße wird sie also verbinden?

Die neue Seidenstraße führt zu Lande von China über Russland, Zentralasien und Staaten der früheren Sowjetunion bis nach Europa. Zwei Eisenbahnlinien enden in Deutschland. Entlang der Seidenstraße zu Land und zu Wasser liegen mehr als 60 Länder mit vier Milliarden Einwohnern. Handel und Wandel sind die friedliche Seite. Andererseits wird Peking eine aggressive Politik im Südchinesischen Meer vorgeworfen. Derartige Behauptungen entbehren jeder Grundlage. Das Gebiet heißt Südchinesisches Meer und gehört seit jeher zum chinesischen Territorium. Kein anderer Staat hat darauf bis Ende der 70er Jahre Anspruch erhoben. In Regierungsdokumenten haben Anrainerstaaten wie die Philippinen und Vietnam anerkannt, dass dieses Gebiet zu China gehört. Dann ist diesen Staaten bewusst geworden, dass auf dem Meeresgrund Naturressourcen lagern, und in den frühen 80er Jahren wurden diese Fragen politisch hochgespielt. Wir wollen politisch und diplomatisch die Streitigkeiten im Dialog beilegen und können diese Gebiete gemeinsam erschließen. Es gibt aber Staaten außerhalb dieser Region mit geostrategischen Interessen. Auch solche, die sich gerne einmischen und Nachbarländer gegen China ausspielen wollen.

Wie die USA?

Die Amerikaner behaupten, dass sie für die freie Schifffahrt eintreten. Aber die ist dort jederzeit gewährleistet. Das liegt im ureigensten Interesse Chinas, schon weil mehr als 90 Prozent unserer Rohstofftransporte über das Südchinesische Meer erfolgen. Die Amerikaner suchen nur einen Vorwand, sich einzumischen. Sie schicken Flugzeugträger und strategische Bomber in die Region, um ihre Vorherrschaft zu demonstrieren. Darauf müssen wir reagieren und uns verteidigen.

Wie weit kann man dabei gehen?

Es ist Chinas Recht, Einrichtungen auf Inseln zu einem friedlichen Zweck aufzubauen. Aber wir wollen Kooperation statt Konfrontation. Das hat unser Staatspräsident Xi Jinping beim letzten Treffen mit US-Präsident Barack Obama bekräftigt.

Auf der koreanischen Halbinsel testet die KDVR Atomwaffen und Raketen. Welchen Einfluss kann China nehmen?

Wir dulden keine Atomwaffen auf der koreanischen Halbin-

sel. Wir sind dagegen, dass Nordkorea, Südkorea oder Japan darüber verfügen. Seit mehr als zehn Jahren bemühen wir uns, die Sechs-Parteien-Gespräche mit Nordkorea und den Nachbarstaaten Südkorea, China und Russland sowie Japan und den USA in Gang zu setzen. Wir haben uns jedes Mal gegen nordkoreanische Atomtests ausgesprochen und die Resolution des Sicherheitsrates mitgetragen. Unser Ziel ist, Nordkorea zu Gesprächen zu bewegen.

Ist das verstanden worden?

Im Jahr 2009 erklärte Nordkorea seinen Ausstieg aus den Gesprächen. Aber wir bemühen uns weiterhin um Frieden und Stabilität auf der Halbinsel.

Auf der koreanischen Halbinsel herrschen zwei Systeme. Sie sind erfahren mit „einem Land und zwei Systemen“: Wie geht es weiter mit Taiwan?

Die friedliche Annäherung ist besonders in den vergangenen acht Jahren weit vorangeschritten. Die Volkswirtschaften zwischen dem Festland und Taiwan haben sich miteinander verflochten. Der Tourismus floriert. Jetzt wurde in Taiwan eine neue Führung gewählt, und wir wollen mit ihr diesen Prozess der friedlichen Entwicklung fortsetzen. Wir hoffen, dass die neue Führung Taiwans das versteht.

Für Hongkong hat Festlandchina eigene Vorstellungen von einer Wahl, Bürgerrechtler haben eine andere. Wie antworten Sie auf den Vorwurf, dass demokratische Rechte missachtet werden?

Hongkong war bis 1997 eine britische Kolonie, in der es nie Wahlen gab. Der Gouverneur von Hongkong wurde von London eingesetzt. Die Briten haben niemals die Hongkonger gefragt, welchen Gouverneur sie wählen wollen. Plötzlich sagen alle, sie wollen Demokratie in Hongkong. Das ist absurd.

Also kein Problem mit Demokratie und Menschenrechten?

Für die Menschenrechte haben wir seit Jahrhunderten gekämpft und als China noch ein halb koloniales Land war, das der europäischen Ausbeutung und Unterdrückung ausgesetzt war. Seit der Gründung der Volksrepublik erreichten wir die größte Verbesserung der Menschenrechte weltweit. 1,3 Milliarden Menschen haben eine gesicherte Existenz. Stabilität und Entwicklung Chinas sind der größte Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechte. Wir sprechen mit Europa und auch mit Deutschland über Unterschiede im Verständnis, weisen aber Schulmeisterei zurück.

Als Sie Ihr Amt antraten schrieb eine deutsche Zeitung: „China schickt seinen besten Mann“. Haben Sie erreicht, was Sie wollten?

Ich kann Brücken bauen, weil ich beide Kulturen kenne. Das deutsche China-Bild scheint mir aber nicht selten weit entfernt von der Realität.

Was wäre dieses falsche Bild?

Hier schaut man auf China noch durch eine ideologisch gefärbte Brille. Viele meinen, es wäre nur eine vergrößerte DDR. Sie sehen nicht den Unterschied, sehen nicht die Veränderung, sehen nicht die Entwicklung.

* **Shi Mingde** ist seit 2012 Botschafter der VR China in der Bundesrepublik Deutschland. Der 61-jährige Diplomat stammt aus Shanghai, ist verheiratet mit der Universitätsdozentin Xu Jinghua und Vater eines Sohnes. 2006 wurde er zum Generaldirektor des Büros für auswärtige Angelegenheiten beim ZK der KP Chinas bestellt. Seine Karriere führte ihn in beide deutsche Staaten.

Ein Sturm zieht auf

Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen EU – China

Von Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament

In vielen Ländern Europas wächst die Angst, dass Millionen von Arbeitsplätzen verloren gehen, falls China Ende 2016 von der EU und den 28 Mitgliedstaaten als „Marktwirtschaft“ eingestuft und anerkannt werden sollte. Ein Problem, das sich für die EU aus dem 2016 zu Ende gehenden 15jährigen Übergangsprozess seit dem WTO-Beitritt Chinas ergibt. Wir sind schlecht auf die Situation vorbereitet, weil die entsprechende Gesetzgebung zu Handelsschutzinstrumenten seit Jahren nicht modernisiert worden ist. Die EU Kommission hatte zwar einen Vorschlag gemacht, der dann vom Europaparlament in einer Reihe von Aspekten überarbeitet wurde. Tiefe Meinungsunterschiede der Mitgliedstaaten verhindern jedoch bis heute die benötigte Zustimmung des Rates. Der Handlungsdruck steigt angesichts der veränderten internationalen Wettbewerbssituation sowie enormen Überkapazitäten in bestimmten Sektoren und deutlichen Ungleichgewichten in den globalen Wertschöpfungsketten. Besonders Stahlunternehmen leiden aktuell unter Billigeinfuhren aus China, vorher waren es die Solarpanel- oder die Bekleidungsindustrie. Forderungen nach dem Schärfen der Waffen für einen Handelskrieg werden laut. Als Europaabgeordneter der Linksfraktion (GUE/NGL) im Handelsausschuss des EP habe ich für die Delegation DIE LINKE im EP mit Unterstützung des Informationsbüros des Europäischen Parlaments am 16. September 2016 in Berlin eine Fachkonferenz organisiert, um Vorschläge für die Vermeidung einer drohenden schweren Krise in den Beziehungen zwischen der EU und China auszuloten und diese mit Vertretern der EU-Kommission sowie der Volksrepublik China zu diskutieren.

China ist heute bei Import und Export neben den USA der wichtigste Handelspartner der Europäischen Union. Die deutsche Automobilbranche erzielt in China den Großteil ihrer Gewinne. Computer, Smartphones und Flachbildfernseher wurden erst durch die günstigen Produktionskosten in China für so viele Haushalte in der Europäischen Union erschwinglich. Chinesische Unternehmen sind mit ihren günstigen Preisen zugleich Konkurrenz für alle Unternehmen, die noch in Europa produzieren lassen. Und das, obwohl die Mindestlöhne in China aufgrund politischer Beschlüsse gegenwärtig jährlich um ca. 12 Prozent steigen. Der durchschnittliche Industrielohn lag im 2. Quartal 2016 bei 7408 Yuan (995 Euro) pro Monat und ist damit inzwischen höher als das Einkommen vieler Beschäftigter in den

baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien oder Ungarn. Die Inflationsrate sank auf derzeit 1,3%. Der Mindestlohn liegt je nach Region real bei 25-30 Prozent des Durchschnittslohnes und bleibt damit unter den gesetzlich vorgeschriebenen Spannen von 40-60 Prozent. Das rasche Wachstum des Lebensstandards der chinesischen Familien bleibt das erklärte Ziel der KP Chinas und des Nationalen Volkskongresses bei dem neu festgelegten Kurs der weiteren Modernisierung und Umstellung der volkswirtschaftlichen Strategie auf die Stärkung der Binnennachfrage, auf eine wissensbasierte und ressourcensparende Wirtschaftsentwicklung. Somit gewinnen auch der Ressourcenverbrauch, die technologischen Entwicklungen und die Stärkung der Zukunftsfähigkeit gewaltige Bedeutung für die konkrete Ausgestaltung der künftigen Zusammenarbeit der EU mit China in Wirtschaft und Handel.

In bestimmten Sektoren und besonders ausgeprägt in Südeuropa erzeugt die chinesische Konkurrenz große Ängste, die eigene noch vorhandene Industrie endgültig zu verlieren. In diese Stimmung hinein beauftragte einer der europäischen Unternehmensverbände, AEGIS, ein U.S.-amerikanisches Institut mit einer Studie, welche Folgen es hätte, wenn China Ende 2016 in der Welthandelsorganisation der Status einer Marktwirtschaft zugesprochen würde. Die Studie beschwört eine Apokalypse herauf: 3,5 Millionen Arbeitsplätze in der EU wären direkt bedroht. Viele Gewerkschaften reagierten verständlicher Weise sehr alarmiert. Ihre Sorge besteht darin, dass sich die Europäische Union gegen ein „Sozial- und Umweltdumping“ aus China nicht mehr wehren könnte, sollte das Land den Marktwirtschaftsstatus erhalten.

Aus meiner Sicht ist diese Studie sehr einseitig und unsauber erarbeitet worden. Die Auswirkungen von Strafzöllen wurden auf das gesamte Handelsvolumen EU – China extrapoliert, obwohl nicht einmal 4 Prozent des Handelsvolumens von diesen Instrumenten betroffen wären.

Der G20-Gipfel im ostchinesischen Hangzhou mit dem thematischen Schwerpunkt der Globalen Ökonomie und internationalen Handelspolitik hat deutlich gemacht: Die geowirtschaftlichen Gewichte haben sich verschoben und verschieben sich weiter. Die internationale Handelsstruktur ist einer der Rahmen, in dem neue Antworten für den Einfluss der technologischen Umwälzungen auf die wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten der internationalen Staatenwelt gegeben werden müssen. In dieser Situation der Neubestimmung taucht die seit 15 Jahren latente Frage des Marktwirtschaftsstatus für China wieder auf. Sie war im Protokoll über den Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation (WTO) an eine 15jährige Übergangsperiode gekoppelt worden, die im Dezember 2016 endet.

Worum geht es beim Marktwirtschaftsstatus in der WTO? Es geht um die Methodik, nach der ermittelt wird, ob ein Preis unterhalb der Produktionskosten liegt und damit als Dumpingpreis zu gelten hat. Bei einem Land mit Marktwirtschaftsstatus werden zum Vergleich die Preise anderer Unternehmen aus demselben Land herangezogen. Bei einer Nicht-Marktwirtschaft erlaubt die WTO, Preise aus einem anderen Land zum Vergleich heranzuziehen. Die EU-Kommission wählt zum Vergleich für chinesische Preise besonders gern die USA aus und verhängt im Fall der Fälle Strafzölle gegen das entsprechende Unternehmen. Damit werden volkswirtschaftliche Gegebenheiten einander

gegenübergestellt, die nicht vergleichbar sind. Setzt die Kommission diese Methode nach dem Dezember 2016 gegenüber China weiter fort, kann und wird China die EU vor ein Schiedsgericht der WTO zitieren, welches nach meiner Einschätzung China nur Recht geben kann.

Hier ist zu bedenken, dass Strafzölle ein Instrument der ultima ratio sein sollen. Kommen sie zum Einsatz, ist bereits etwas schiefgegangen. Sie demonstrieren Versagen beim Finden von Verhandlungslösungen für oft sehr komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge und divergierende Interessen exportierender, importierender, produzierender und konsumierender oder weiterverarbeitender Akteure.

Nehmen wir aus der jüngeren Zeit das Beispiel der Solarzellen. Viele Mitgliedstaaten der EU hatten Förderprogramme für Solaranlagen beschlossen, meist inklusive Einspeisungsvergütungen nach deutschem Vorbild. Der Markt für Solarzellen boomte (durch dieses staatliche Eingreifen in die Marktwirtschaft), enorme Wachstumswahlen und Bedarfe wurden prognostiziert. Der Boom sprach sich bis nach China herum, wo in großem Umfang Produktionsanlagen für Solarzellen errichtet wurden – sehr zur Freude der chemischen Industrie in Deutschland, die unter anderem dafür benötigte Polymere lieferte. Im Zuge der Wirtschaftskrise wurden hierzulande jedoch fast alle Förderprogramme eingestellt oder stark reduziert. Aufgrund dieser politischen Entscheidung brach die Nachfrage für Solarzellen stark ein. In China entstand eine Überproduktion für technologisch einfache Solarzellen, die deutlich über dem Bedarf des Weltmarktes lag. Was auf Halde lag, wurde eilig verschifft und in Europa zu Schleuderpreisen angeboten. Solarunternehmen in Deutschland und Frankreich konnten mit diesen Preisen nicht konkurrieren und waren in ihrer Existenz bedroht. Viele Kommunen hingegen griffen freudig zu, weil sie bei den günstigen Preisen plötzlich bestimmte Projekte realisieren konnten. Die Unternehmen, unterstützt von einigen südeuropäischen Regierungen, forderten Strafzölle. Die Polymerhersteller hingegen, unterstützt von der deutschen Regierung, baten um Verhandlungen. Am Ende konnten erfolgreiche Verhandlungen einen Handelskrieg vermeiden. Für chinesische Hersteller wurde als Referenzpreis der Preis südkoreanischer Hersteller festgelegt. In der EU können sich damit perspektivisch aber dennoch nur Solarunternehmen halten, die ihren Kostennachteil durch bessere Technologie, also einen höheren Wirkungsgrad ihrer Solarzellen, wettmachen können.

Aktuell gibt es wieder ein großes Problem mit Überkapazitäten bestimmter chinesischer Unternehmen, diesmal im Stahlsektor für Produkte im unteren Qualitätsbereich. Weltweit, aber insbesondere in China selbst, ist die Nachfrage inzwischen geringer als die Produktionskapazitäten. Erneut wird nach Strafzöllen gerufen. Tatsächlich hat die EU-Kommission bereits gegen 23 Unternehmen Strafzölle verhängt, prüft weitere Verfahren und untersucht künftig jede Einfuhr aus China über 2,5 Tonnen. Auch China beginnt laut über Verfahren nachzudenken. Gleichzeitig hat das Land politisch bereits eine Senkung der Unterstützung für Staatsunternehmen im Bereich Kohle und Stahl beschlossen, durch die nach Regierungsschätzungen 1,8 Millionen, nach anderen Schätzungen bis zu 5 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen werden. Ich meine, Schutz von Arbeitsplätzen in Mitgliedstaaten der EU durch Vernichtung von Arbeitsplätzen in China kann keine gewerkschaftliche Forderung und auch

kein linker Politikansatz sein. Wir brauchen vielmehr gemeinsame vertragliche Grundlagen für die Entwicklung und Einhegung marktwirtschaftlicher Beziehungen.

Genau diesen Vorschlag habe ich auch in die Fachkonferenz eingebracht, die meine Delegation im Europaparlament im September in Berlin organisierte. Die Konferenz hörte am Vormittag, moderiert von Wulf Gallert, europapolitischer Sprecher der Linksfraktion Sachsen-Anhalt, die Sichtweisen von Brandenburgs Europaminister Stefan Ludwig, von der EU Kommission, vertreten durch Frank Hoffmeister, Abteilungsleiter für Handelsschutzinstrumente, von der chinesischen Regierung, vertreten durch Botschaftsrätin Su Ping sowie von Wolfgang Lemb vom Vorstand der IG Metall, dem Unternehmer Gerard Pieper, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Linksfraktion Brandenburg, Matthias Loehr und Professor László Ungvári, dem Präsidenten der TH Wildau, um die Ausgangspunkte der Diskussion zu bewerten. Am Nachmittag wurden, moderiert von meinem Brüsseler Handelsexperten Bernd Schneider, zwischen EU Kommission, der Brandenburger Landesregierung, vertreten durch Staatssekretärin Daniela Trochowski, dem DGB, vertreten durch dessen Abteilungsleiter Internationales, Florian Moritz, und mir Wege diskutiert, wie wir auf längere Sicht die Koexistenz und wachsende Verbundenheit der Wirtschaftsräume der Europäischen Union und der Volksrepublik China intelligent sichern und regulieren können. Fairer Handel mit fairem Wettbewerb könnte zum Beispiel durch ein Abkommen über Regeln dieses Wettbewerbs unterstützt werden. Mit einem solchen Abkommen hätten wir die Chance, über die WTO-Definition des Dumpingbegriffes hinauszugehen und in die Bewertungsmethode der Preisbildung auch reale Tatbestände wie Sozialdumping und Umweltdumping einzubeziehen. Die EU Kommission wird frühestens im Oktober, vielleicht aber auch erst im Dezember einen Gesetzentwurf vorlegen, der China von der Liste der Nicht-Marktwirtschafts-Länder streicht und gleichzeitig einen umfassend überarbeiteten Katalog von Handelsschutzinstrumenten, einschließlich Strafen für bestimmte Formen von Subventionen, enthält. Dieser von Herrn Hoffmeister angekündigte Entwurf wird im Europaparlament sicherlich nicht durchgewunken werden, denn er lässt die Bedingungen der Produktion außen vor.

Wir stehen vor der politischen Aufgabe, Regulierungen für neue globale Produktions- und Wertschöpfungsketten zu definieren und umzusetzen. Für Beschäftigte und Konsumierende in Brandenburg wie auch in anderen Regionen der Europäischen Union, und zugleich auch für die Bevölkerung Chinas und anderer mit uns immer enger verbundener Regionen müssen wir gemeinsame Perspektiven demokratisch entwickeln. Das ist die Alternative zu konfrontativen Ansätzen wie TTIP und der Untergrabung einer dringend notwendigen multilateralen Handelsarchitektur.

Analyse

Die EU in der Krise und die Linke

Von Erhard Crome, Politikwissenschaftler, Berlin

Die Außenpolitik des vereinten Deutschlands hat inzwischen eine Geschichte von über einem Vierteljahrhundert. Als die Mauer fiel und die deutsche Vereinigung vollzogen wurde, hofften viele in den beiden Deutschländern auf eine gute und vor allem friedliche Zukunft. Heute stehen deutsche Truppen am Hindukusch und an der türkischen Grenze, versehen Aufgaben einer „Schutztruppe“ in verschiedenen Provinzen Südosteuropas, die von der NATO bzw. der Europäischen Union kontrolliert werden, und deutsche Kriegsschiffe sind auf den Weltmeeren unterwegs. Deutschland ist wieder Zentralmacht Europas, dominiert die Europäische Union und wurde zu einer geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen. Die Hoffnungen auf ein dauerhaft verfriedlichtes Deutschland wurden getäuscht. Man braucht nur das neue „Weißbuch“ zur regierungsamtlichen „Sicherheitspolitik“ und weiteren Entwicklung der Bundeswehr zu betrachten.¹ Die Grundlage der Stellung Deutschlands in der Welt, die Einbindung in die EU und deren Funktionieren, ist jedoch ins Rutschen geraten. Der Brexit, die Entscheidung der Mehrheit der britischen Wähler, dass Großbritannien die EU verlassen soll, ist ein deutlicher Ausdruck dessen. Die Frage ist nun, wie die Linke sich dazu verhalten sollte.

Vom Zerschlagen der EU

In einem kürzlich erschienenen Band diagnostizieren zwei österreichische Autoren einen voraussichtlich unglücklichen Ausgang, den „Zusammenbruch eines historischen Projekts“. Im Titel ist zwar von Europa die Rede, im Kern jedoch geht es um die Europäische Union und ihre Krise.² Grundlegender Befund ist, dass wir es innerhalb der EU mit einer „unvollständigen Währungsunion“ (S. 125) zu tun haben. Solange die EU-Staaten ihre je eigene Währung hatten, standen die anderen zwar unter dem Druck der deutschen Exportkraft, der D-Mark und der Zinspolitik der Bundesbank, konnten durch Währungsanpassungen, Abwertungen und Zinspolitik jedoch gegensteuern und Ausgleichsmechanismen nutzen. Mit der Fixierung unverrückbarer Wechselkurse der teilnehmenden Währungen zum Euro am 1. Januar 1999, der Schaffung der Europäischen Zentralbank sowie dem „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ gingen die Länder dieser Instrumente verlustig. Die „EU-Konvergenzkriterien“ schrieben fiskalische und monetäre Vorgabewerte fest, sahen von der Produktivitätsentwicklung jedoch grundsätzlich ab. Die Länder, die nun in der Euro-Falle sitzen, können – unter der Voraussetzung von Budgetdisziplin – einen Ausgleich von Nachteilen in der

Konkurrenzfähigkeit nur noch durch „innere Abwertung“ erreichen: Senkung der Preise, und da das nicht wirklich geht, die Absenkung von Löhnen und Gehältern, der Sozialausgaben, der Renten; eben das Programm, das in Griechenland, Irland und Portugal im Namen des „Schuldenabbaus“ exekutiert wurde.

Das meint der Begriff von der „unvollständigen Währungsunion“, und dies ist auch der entscheidende Unterschied der EU zu den USA. Der italienische Mezzogiorno oder das Gebiet der früheren DDR in Deutschland sind gezwungen, ihre Peripherisierung zu akzeptieren. Es gibt hier wie in den USA gesamtstaatliche Ausgleichsmechanismen. „Die Peripherisierung eines ganzen europäischen Staates ruft dauerhaften politischen Widerstand hervor. Man kann Griechenland nicht aufgeben wie ein Schweizer Bergdorf, dazu müssten politische Rahmenbedingungen vollständig umgestaltet werden. Das umgekehrte Problem haben schließlich die konkurrenzfähigen Staaten des Zentrums: Sie müssten Transfers zustimmen, die die Randexistenz erträglich machen.“ (S. 125) Eine gemeinsame Währung erfordert letztlich „ein gemeinsames sozioökonomisches Regime, einen gemeinsamen Staat“, der das Steuer- und Sozialsystem kontrolliert (S. 126).

An dieser Stelle rückt das deutsche Problem ins Zentrum. Deutschland ist der Hauptnutznießer des Euro. Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit wurde durch die Globalisierung verbessert und durch die ungleiche Lohn- und Produktivitätsentwicklung noch verstärkt. „Der südliche Teil der Eurozone, inklusive Frankreich, verlor schon 2007 den Anschluss an das deutsche Zentrum.“ (S. 114) Von 2003 bis 2007 stieg der deutsche Leistungsbilanzüberschuss, vor allem durch die Exporterlöse, auf 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), nach der Krise (2014) waren es wieder 7,6 Prozent des BIP oder 220 Milliarden Euro (S. 122). Der Euro bedarf jedoch des politischen Kompromisses. Ein Austritt kleinerer Länder der äußeren Peripherie wie Griechenland oder Portugal aus der Euro-Zone könnte ökonomisch zur Not verkraftet werden, es müssten höchstens Forderungen ausgebucht werden. Aber die politische Wirkung eines solchen Schrittes wäre verheerend, der Funke könnte auf Spanien oder Italien überspringen. Will Deutschland diese in der Währungsunion halten, müsste es Zugeständnisse machen, etwa in Gestalt einer Dämpfung der Austeritätspolitik und der deutschen „Stabilitätsbesessenheit“; stimulierende Maßnahmen in Deutschland wie stärkere Lohnerhöhungen und Schritte zur Übernahme von Haftung, etwa in Gestalt von Euro-Bonds, wären erforderlich. Nötig wäre „ein gemeinsames sozioökonomisches Regime“, das das Steuer- und Sozialsystem kontrolliert (S. 126). Bei der deutschen Zustimmung zum Euro wurden jedoch Haftungsübernahmen grundsätzlich ausgeschlossen, eine „Transferunion“ abgelehnt. Die deutsche Bundesregierung besteht so auf überharter Austerität, Unwillen zum Schuldenerlass und zur Haftungsübernahme, auf Widerstand gegen eine expansive Geldpolitik (S. 194).

Unter derartigen Voraussetzungen ist im Rahmen der bestehenden Macht- und Besitzverhältnisse ein Ende der Austeritätspolitik nicht möglich. „Das bedeutet, dass es zu diesem Zeitpunkt keine Alternative mehr gibt, die gleichzeitig realistisch und schmerzlos ist. Ein soziales Europa, das mit einer Umgestaltung des Entwicklungsmodells in den starken Zentralländern beginnt, Konkurrenzfähigkeit aus-

gleicht, Einkommen gerechter verteilt und einen Beitrag zum Schließen der globalen Nachfragerlücke leistet, ist aus politischen Gründen ausgeschlossen – es wird von den Eliten, allen voran den deutschen, blockiert. Ein Fortbestehen der Währungsunion unter Fortsetzung der Austerität bedeutet eine fortgesetzte deflationäre Krise, eine zunehmende Außenabhängigkeit des Wirtschaftswachstums und hält gerade für Südeuropa die Perspektive einer vertieften Peripherisierung und eines Abbaus der Demokratie bereit.“ (S. 144) In Griechenland wird letzteres durch Schuldenregime und Troika gerade vorgeführt.

Vor diesem Hintergrund kommen Hinsch und Langthaler zu der Schlussfolgerung: „Für Südeuropa gibt es keine schmerzlose Alternative, aber der Austritt aus dem Euro ist die am wenigsten schmerzhafteste.“ (S. 145) Das allerdings heißt: „Ein teilweises oder gar vollständiges Zerschneiden der Währungsunion und in weiterer Folge der EU in ihrer supranationalen Forcierung hätte enorme, in ihrer Bedeutung unabsehbare Auswirkungen auf Europa und die Welt. Wirtschaftlich betrachtet würde es in Deutschland eine Aufwertungskrise hervorrufen. Die Exportüberschüsse würden rapide sinken und durch den jähen Wegfall von Absatz eine scharfe Rezession auslösen.“ (S. 197) Dafür wären dann jene deutschen „Eliten“ verantwortlich, die jetzt jede andere Politik blockieren. Es „deutet alles darauf hin, dass Berlin den Bogen überspannt“ (S. 195). Deutschland hätte ein drittes Mal einen Zusammenbruch Europas verursacht: Es ist stark genug, eine positive Wendung zu verhindern, aber unfähig und zu schwach für eine zukunftsweisende Gestaltung des Kontinents. Die EU wurde um die „deutsch-französische Achse“ herum gebaut. Zerbricht der Euro, zerfällt die EU, bricht auch diese Achse. Dann steht die „deutsche Frage“ auch in ihrem ursprünglichen Sinne wieder auf der europäischen Tagesordnung.

Das sich abzeichnende Scheitern der EU steht in dem breiteren Kontext einer „langfristige[n] Tendenz zur Schwächung der amerikanischen Weltordnung“ (S. 198). Der höchste Punkt der Machtentfaltung der USA war unter Präsident Bill Clinton erreicht. 2001 erklärte Washington den „Krieg gegen den Terror“. Die bereits geschwächte Staatenordnung an der äußersten Peripherie brach zusammen: Afghanistan, Somalia und Kongo. Nach dem Irak-Krieg breiteten sich in der Peripherie des zweiten Ringes – Irak, Syrien, die südlichen Mittelmeeranrainer bis zur Ukraine – neue Brandherde aus. Die USA verfügen nicht mehr über eine kontrollierende Kraft. Mit Griechenland und der Eurokrise erreicht die Krise den Zentrumsbereich. Das 20. Jahrhundert hat die Zentrum-Peripherie-Struktur des kapitalistischen Weltsystems nicht beseitigt. Auch im 21. Jahrhundert hat die Globalisierung nicht zu einer Homogenisierung der Lebensverhältnisse geführt. Jetzt zerfällt dieses Weltsystem, das von den Europäern bzw. den „weißen Männern im nordatlantischen Raum“ in den vergangenen 500 Jahren geschaffen wurde, von der Peripherie her.

Das Ergebnis ist, „dass sich gegen die supranationale Zentralisierung der von Berlin geführten kapitalistischen Eliten eine mächtige Tendenz der Rückkehr zur nationalen Souveränität anbahnt, der sich die peripheren Eliten nur mit Schwierigkeiten entgegenstemmen können“ (S. 187). Die Konzepte der Nation und der Volkssouveränität sind dem Wesen nach Erbe der französischen Revolution und der sozialistischen Arbeiterbewegung. Nach dem Ende der

Sowjetunion und des Kalten Krieges wurde unter Bill Clinton jedoch die Globalisierung gefeiert, die statt der Nationen und des trennenden Nationalismus „eine einzige, vernetzte Welt herstellen sollte“. Unter Linken besorgten Negri und Hardt mit ihrem „Empire“-Konzept (2000) eine entsprechende Anpassung (S. 51), um die intellektuelle, politisch korrekte Linke für den neoliberalen Geist des Globalismus kompatibel zu machen. Die Ideologie des Europäismus, die europäische Vereinigung in Gestalt der EU würde in eine stabile Friedensordnung hinüberwachsen und dauerhaft für Freiheit und Wohlstand sorgen, war die europäische Gestalt der neuen großen Versprechungen. „Die Anziehungskraft dieser Idee kann kaum überschätzt werden und wirkt bis heute. In gewisser Hinsicht kann der Europäismus als europäisches Pendant zum American Dream verstanden werden, mit tiefen Wurzeln in der historischen Linken bis zurück zu Kants Ewigem Frieden.“ Die Verschränkung des Europäismus mit dem Neoliberalismus und seinem Binnenmarkt verschwindet aus dem Blickfeld. Es ist der realpolitische Versuch einer geschlagenen Arbeiterklasse, „der vermeintlichen Verwirklichung ihrer historischen Ziele von nationaler Versöhnung, Frieden und Demokratie“ näher gekommen zu sein und der Hoffnung, dem später doch noch „das Soziale aufprägen“ zu können (S. 53).

Vor diesem Hintergrund betrachtet die Linke heute „den Nationalstaat nicht nur als überkommen, sondern auch als reaktionär, als Rückfall in die Zeit des Nationalismus“ (S. 191). Das allerdings hat Folgen. „Die Erben der historischen Linken vertreten jedenfalls nicht mehr die sozialen Interessen der untersten Schichten noch jene der Arbeiter, noch weniger betreiben sie ein Projekt zur Überwindung des Kapitalismus. Durch die Unterstützung der Globalisierung könnte man vielleicht das Gegenteil unterstellen.“ Auf der Seite der Rechten dagegen versuchten einige ihrer Strömungen, so Hirsch und Langthaler, bereits früher den Eindruck zu erwecken, dass sie nicht die Interessen der sozialen Eliten verteidigen würden, sondern die der unteren Schichten, und zwar „gegen die Eliten wie gegen die Immigranten“. (S. 192) So bekommt die Wut der nicht mehr Vertretenen einen scheinbaren oder tatsächlichen Sachwalter und der Rechtspopulismus eine soziale Komponente.

Brexit

Die „Rebellion gegen den unwilligen Imperator“ Berlin wurde so zur Stunde des Aufstiegs zumeist rechter „EU-skeptischer Protestparteien“. Der Brexit, mit Großbritannien zwar ein Land betreffend, das nicht der Euro-Zone angehört, hat einen ersten Durchbruch in Richtung „Rückkehr zur nationalen Souveränität“ gebracht.

Fehleinschätzungen in der Außenpolitik schaden zuerst dem, der sie trifft. Das betrifft den gesamten Komplex Brexit. Es waren die deutschen und andere europäische Großmedien, die kurz vor dem Brexit-Entscheid der britischen Wählerschaft meinten, eigentlich sei es klar, dass Großbritannien in der EU verbleiben werde. Erstens sprächen die wirtschaftlichen Fakten dafür. Und zweitens ergäben alle Umfragen eine voraussichtliche Mehrheit für den Verbleib; die Cameron-Regierung streue nur Zweifel, um die Befürworter nicht in Sicherheit zu wiegen und sie an die Wahlurne zu bringen.

Nach dem Entscheid herrschte unter den politisch Verantwortlichen in Deutschland und der EU zunächst betretenes Schweigen. Offenbar hatte niemand damit gerechnet. Jean-Claude Juncker, der Präsident der EU-Kommission, wollte trotzig nun erst recht durchregieren und kündigte an, dass das Freihandelsabkommen mit Kanada CETA ohne Zustimmung der nationalen Parlamente durchgedrückt werden sollte. Der Wille von Juncker und der EU-Kommission, die Union verstärkt zentralistisch von Brüssel aus zu regieren, schien ungebrochen. Wahrscheinlich hat das beabsichtigte Freihandelsabkommen mit den USA TTIP auch eine derartige, nach innen gerichtete Funktion: Mit diesem Instrument kann die Union noch stärker in die einzelnen europäischen Länder hineinregieren als bisher.

Die österreichische Zeitung Der Standard (29.06.2016) schrieb dagegen: „Hat Juncker irgendetwas begriffen? Da verabschiedet sich mit der zweitgrößten Volkswirtschaft ein – oftmals verkannt – wegen seiner Fachexpertise und Bedeutung in der Welt unersetzbares Mitglied nicht zuletzt wegen der Brüsseler Zentralisierungstendenzen aus der Union, und die EU-Kommission reagiert darauf, indem sie die Nationalstaaten aufs Abstellgleis manövriert.“ Breite Proteste, man solle den Brexit-Entscheid auch als Kritik der Bevölkerung an fernen Brüsseler Beschlüssen ansehen, führten schließlich dazu, dass zu CETA auch die nationalen Parlamente entscheiden dürfen. Die konservative griechische Zeitung Dimokratia betonte (06.07.2016): „All jenen, die den Auflösungsprozess der starren supranationalen Struktur beobachten, die Europäische Union genannt wird, ist klar, dass dieser auch auf eine Kaste von Deutschen wie Herrn Schäuble zurückzuführen ist. [...] Das griechische Abenteuer, die mangelnde demokratische Legitimation der EU-Institutionen, der Brexit und die starre Haltung von Berlin haben Millionen Europäer zum Nachdenken gebracht. Sie wollen wieder die Herren in ihrem eigenen Land werden und diejenigen sein, die zusammen mit den gewählten Vertretern des Landes ihr Schicksal bestimmen. Nach dem Referendum könnten weitere stattfinden. Die Emanzipation der Länder und Völker ist nah.“ Entgegen der vorherrschenden Kommentierung des Brexit-Entscheids in Deutschland muss das Ergebnis augenscheinlich auch in diesem Sinne betrachtet werden.

Die Hintergründe in Großbritannien wurden ebenfalls pejorativ kommentiert. Zum Rücktritt von Nigel Farage als Vorsitzender der „Unabhängigkeitspartei“ (UKIP) hieß es, nun sei ein Clown abgetreten, der nicht damit gerechnet hätte, wirklich die Mehrheit zu erreichen, und sich nun vor der Verantwortung drücken wolle. Tatsächlich hatte Farage gesagt, mit dem Brexit-Entscheid habe er sein politisches Ziel erreicht und könne nun gehen. Zugleich wurden vielfältige Überlegungen angestellt, die Alten in Großbritannien hätten über die Jungen abgestimmt, die Engländer über die Schotten usw. Demonstrationen gegen den Brexit in London wurden als Bekundung interpretiert, die britischen Wähler hätten nun den Willen, die Abstimmung zu wiederholen. Vier Millionen Unterschriften einer Online-Petition wurden in diesem Sinne ins Feld geführt. In der Abstimmung am 23. Juni 2016 hatten 17,41 Millionen Wähler für den Austritt und 16,14 Millionen für den Verbleib Großbritanniens in der EU gestimmt, das heißt, nur etwa jeder vierte der Ja-Sager hat die Online-Petition unterzeichnet. Ganz in diesem Sinne hat die neue Premierministerin The-

resa May als erstes erklärt: Brexit ist Brexit, kein Exit vom Brexit. Die Rede ist inzwischen auch von einem „harten Brexit“, wonach die Begrenzung und Kontrolle von Zuwanderung aus EU-Ländern wichtiger ist als ein Verbleib im EU-Binnenmarkt, schon um neuerliche Abhängigkeiten von Brüssel zu vermeiden.

Beliebte Zielscheibe der Polemik von Politikern und Medien in Deutschland war vor allem auch Boris Johnson, jahrelang Bürgermeister von London und einer der prominentesten Befürworter des Brexit in der Konservativen Partei. So meinte ein Spiegel-Journalist namens Thomas Hüetlin schreiben zu sollen (02.07.2016), es sei lediglich ein „Privatduell“ zwischen Premier Cameron und Johnson gewesen. „Zwei Snobs, die sich eigentlich nur für sich selbst interessieren.“ Um dann hinzuzufügen: „Es gehört schon eine gewisse Portion Schwachsinn dazu, dass man am Tag, nachdem man sein Land in den Abgrund gestürzt hat, erst einmal eine Partie Cricket mit dem Earl of Spencer, dem Bruder von Prinzessin Diana, spielt.“ Zunächst ist es für einen Angehörigen der britischen Oberschicht, dessen türkischer Urgroßvater der letzte Innenminister des Sultans war und der mütterlicherseits weitläufig mit der Familie der Queen verwandt ist, nichts Ungewöhnliches, mit einem Earl Cricket zu spielen. Und wieso soll das „Schwachsinn“ sein? Das ist symbolische Politik. Das Ziel ist erreicht. Und aus der Sicht der Brexit-Befürworter ging es nicht um einen Abgrund, sondern um eine neue Souveränität und eine neue, lichte Zukunft.

Großbritannien hat niemals geduldet, dass jemand auf dem europäischen Kontinent herrscht, der Britannien Vorschriften macht. Deshalb hat es Kriege geführt gegen Philipp II. von Spanien, Napoleon, Wilhelm II. und Hitler. Augenscheinlich war das Korsett, das in Brüssel seit Jahren geschnürt wird, für Großbritannien in der Tat zu eng. Zumal es in vielem als deutsches Korsett gesehen wird, an dem die Brüsseler Bürokraten nur die Schnüre ziehen. Johnson ist ein großer Verehrer von Winston Churchill, über den er kürzlich ein Buch geschrieben hat.

Besorgt fragten Analytiker der britischen Regierung 1989/90, ob angesichts einer Konstellation, die aussah wie jene am Anfang des 20. Jahrhunderts, Europa dazu verurteilt sei, seine Geschichte zu wiederholen. Margaret Thatcher, damals Premierministerin, sah Großbritannien in einer Zwickmühle: „Der westliche Ansatz, Deutschland nach dem Krieg vermehrt einzubinden und alle eventuellen Hegemoniebestrebungen im Keim zu ersticken, war gleichzeitig auch der Weg zu einem immer enger zusammenarbeitenden Europa geworden. Die Unterstützung der Wiedervereinigung, für die Großbritannien als Nato-Mitglied und auch Thatcher selbst sich ein ums andere Mal ausgesprochen hatten, hatte sich aus Sicht der Premierministerin als Irrweg entpuppt: Entgegen ihrem Willen [...] schwächte diese Strategie das Vereinigte Königreich und trug zu einem von Deutschland beherrschten Europa bei.“³

Ganz in diesem Sinne stellte der britische Historiker Niall Ferguson die Frage: „Was wäre gewesen, wenn Großbritannien sich 1914 aus dem Krieg herausgehalten hätte? Wäre der Erste Weltkrieg nie ausgefochten worden, dann hätte die Konsequenz schlimmstenfalls so etwas wie ein erster kalter Krieg sein können, in dem fünf Großmächte weiterhin große Streitkräfte unterhalten, ohne jedoch ihr eigenes nachhaltiges ökonomisches Wachstum zu bedro-

hen. Wenn man andererseits einen Krieg geführt hätte, aber ohne Beteiligung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, dann hätten die siegreichen Deutschen wohl acht Jahrzehnte vor der Zeit eine Version der Europäischen Union geschaffen. [...] Wäre Großbritannien [...] im Abseits geblieben, hätte Kontinentaleuropa in etwas umgebildet werden können, das der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, nicht unähnlich gewesen wäre, jedoch ohne die massive Schwächung der britischen Macht in Übersee als Konsequenz der Beteiligung an zwei Weltkriegen.“⁴ Unter einer solchen angelsächsischen Perspektive ist die Dominanz Deutschlands in Europa der folgerichtige Ausdruck der geopolitischen und geoökonomischen Verhältnisse auf dem Kontinent und in der Welt. Und die Verweigerung Großbritanniens, sich dem unterzuordnen, die Konsequenz der jahrhundertlangen außenpolitischen Grundposition.

Nun ist Boris Johnson Außenminister. Die deutschen Kommentierungen waren wieder negativ. Grünen-Fraktionschef Hofreiter meinte, die Ernennung des Brexit-Befürworters sei „ein sehr schlechtes Signal für den Austrittsprozess“. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sagte, der neuen Premierministerin sei es bei der Besetzung der Posten in ihrem Kabinett eher um die Überwindung der Spaltung der Konservativen Partei als um die nationalen Interessen Großbritanniens gegangen. Wenn aber das nationale Interesse Großbritanniens darin liegt, den Brexit zu managen, und zwar möglichst günstig für das eigene Land, liegt nichts näher, als ausgewiesene Befürworter des Brexit damit zu betrauen. Wenn am Verhandlungstisch Vertreter säßen, die das Land lieber innerhalb der EU sähen, könnte ja gleich die Kommission mit sich selbst verhandeln. Insofern hat es eine Logik: eine Premierministerin, die eigentlich für den Verbleib war, den Brexit nun aber als historische Aufgabe ansieht, ein „Minister für das Verlassen der EU“, David Davis, der zuvor schon bekannter Befürworter des Brexit war, und ein Außenminister Johnson, der das ebenfalls gewesen ist. Dass der Brexit als „Wille des Volkes“ umgesetzt wird, sagte Johnson an seinem ersten Tag als Außenminister, „bedeutet aber keineswegs, Europa zu verlassen“. Europa ist mehr als die EU, im Osten und künftig auch im Westen des Kontinents.

Die Demokratiefrage und die Schweizer Erfahrung

In einer Debatte um die Gleichberechtigung der Rassen und die Abschaffung der Sklaverei argumentierte Abraham Lincoln einst so: „Sie sagen, es sei eine Frage der Hautfarbe? Seien Sie vorsichtig! Dann kann jeder Sie zum Sklaven machen, der eine hellere Haut hat als Sie. Sie sagen, es sei eine Frage der Intelligenz? Seien Sie vorsichtig! Dann kann jeder Sie zum Sklaven machen, der klüger ist als Sie.“ Ein Teil der Interpreten des Brexit argumentiert genauso: Das ungebildete britische Volk habe über etwas abgestimmt, wovon es nichts versteht.

Das mag sein. Aber das moderne Prinzip der Demokratie besteht ja gerade darin, dass alle erwachsenen Bürgerinnen und Bürger über die öffentlichen Angelegenheiten bestimmen können, ohne Ansehen der Hautfarbe, des Geschlechts, der Religion und auch ohne Ansehen der Bildung. Ausnahme sind lediglich Personen, denen ihre

staatsbürgerlichen Rechte wegen schwerer psychischer Erkrankungen per Gericht und auf Grundlage ärztlichen Befundes aberkannt sind. In Ländern wie Indien dürfen ausdrücklich auch Analphabeten abstimmen. Das ist eine demokratische Errungenschaft. Zugleich ist es ein beliebtes Argument der Reichen und Superreichen, dass das Volk über Fragen der Wirtschaft möglichst nichts entscheiden können soll. Die Themen der EU-Verfasstheit sind ein Teil dessen. Deshalb fordern die Befürworter weiterer EU-Integration in aller Regel, dies dem Zugriff des Souveränitätsrechtes der Völker zu entziehen und auf der Grundlage von Expertenentscheidungen voranzutreiben. Wir haben es hier mit einer Art von „Philosophenkönigtum“ zu tun, das bereits Platon für eine gute Sache hielt, das jedoch stets in autoritäre Herrschaft, Anmaßung selbsternannter Weltbeglückter, Willkür und Mord mündete. In diesem Sinne gilt weiter Winston Churchills Satz: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von allen anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Die Brexit-Entscheidung bestätigt dies, spricht aber nicht für „all die anderen“. Auch nicht für eine Technokratenherrschaft in Brüssel.

Die diesjährige Aufregung um den Brexit ist nicht neu, nicht einmal in der Wortwahl. Am 6. Dezember 1992 fand in der Schweiz eine Volksabstimmung über den Beitritt des Landes zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) statt. Dieser wurde Anfang der 1990er Jahre als Verknüpfung zwischen der EU und den „Rest-EFTA-Staaten“ verhandelt. Der Verlust seines Kolonialreiches hatte Großbritannien zu einem europäischen Land unter anderen gemacht; nur im europäischen Kontext konnte es künftig seinen Platz in der Welt bestimmen und ausfüllen. Es unternahm deshalb den Versuch, einen eigenen Wirtschaftsverbund in Europa zu schaffen, der jedoch scheiterte: Nachdem 1957 Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, heute die EU) gegründet hatten, wurde 1960 die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) geschaffen, deren Gründungsmitglieder Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Portugal, Österreich und die Schweiz waren – alles Länder, die zunächst nicht unter einer deutschen Dominanz zusammenarbeiten wollten. Sie erreichten aber auch gemeinsam keine der EWG vergleichbare Dynamik. So hatte Großbritannien bereits 1963 einen Antrag auf EWG-Beitritt gestellt, der durch den französischen Präsidenten Charles de Gaulle allerdings abgelehnt wurde. Mit dem Beitritt Großbritanniens und Dänemarks zur EWG/EU 1973 und später auch Portugals, Schwedens und Österreichs war das EFTA-Projekt als Konkurrenz zur EU beerdigt. Die „Rest-EFTA“ besteht heute noch aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz. Über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. über bilaterale Verträge ist sie mit der EU assoziiert. Das bedeutet, deren Regeln befolgen zu müssen, ohne über diese Regeln mitbestimmen zu können.

Der Versuch der Schweiz, Anfang der 1990er Jahre dem EWR beizutreten, bedurfte der Bestätigung durch einen Volksentscheid. Der Bundesrat (die schweizerische Regierung), der Nationalrat (das Parlament) und die Mehrheit der großen Parteien befürworteten den EWR-Beitritt. Da der Bundesrat mit einer Zustimmung rechnete, stellte er bereits Anfang 1992 einen Antrag auf Aufnahme in die EU; der EWR-Beitritt sollte nur ein Zwischenschritt auf dem

Wege in die EU sein. Lediglich die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) unter ihrem Vorsitzenden Joseph Blocher forderte ein Nein; die Schweiz Brüssel zu unterstellen, würde ihrer seit 1648 geübten Tradition der Unabhängigkeit und Neutralität widersprechen. Die Nein-Kampagne erbrachte eine Ablehnung von 50,3 Prozent der Wähler und ein „Ständemehr“ (eine Ablehnung in der Mehrheit der Kantone) von 16 von 23. Die Stimmbeteiligung lag bei 78,7 Prozent. Das ist die bis heute höchste Beteiligung an einer Volksabstimmung in der Schweiz seit Anfang der 1990er Jahre.

Die erste Reaktion aus der EU war: die Schweizer sollten nicht glauben, sich „die Rosinen aus dem EWR-Kuchen herauspicken zu können“ (Der Bund, 7.12.1992). Eben dieselben Worte, die Angela Merkel nach dem Brexit in Bezug auf Großbritannien benutzte. In der Schweiz kam auch damals das Demokratie-Argument, höchstens 50 Leute im Lande verstünden, worum es geht, 500 würden es ahnen, aber abgestimmt haben Millionen, die keine Ahnung hätten. Bundesrat Arnold Koller von den Schweizerischen Christdemokraten sagte dazu im Mai 1993: „Oft wird gesagt, das Volk sei zu wenig informiert gewesen. Ich halte dies für falsch. Im Gegenteil, es gab eine große Fülle an Medienberichterstattung [...]. Nein: das Volk wusste, worum es ging! Der Mangel war nicht die Information, sondern die Kommunikation, das Eingehen auf die Ängste und Zweifel vieler Bürgerinnen und Bürger.“ Entscheidend sei „das Ernstnehmen der emotionalen Gründe, die ein Volk bei solchen grundlegenden Entscheiden bewegt. Rein rationale Antworten und Begründungen taugen dafür nicht.“ Offenbar haben die europäischen „Eliten“ seither nichts dazugelernt.

Nach dem Entscheid gegen den EWR-Beitritt hieß es ebenfalls, alle Beteiligten, vor allem aber die Schweiz als schwächere Seite im Verhältnis zur EU, würden sich deutlichen wirtschaftlichen Nachteilen gegenübersehen. 1999 wurden schließlich sieben grundsätzliche bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU geschlossen, 2004 weitere neun; insgesamt bestehen derzeit 120 sektorspezifische bilaterale Abkommen, die den Vereinbarungen im EWR entsprechen. Zwanzig Jahre nach der Abstimmung, im Jahre 2012 ergaben Umfragen in der Schweiz, dass 54 Prozent das damalige Abstimmungsergebnis positiv einschätzten; die Ablehnungsquote ist also nicht gesunken, sondern gestiegen. Während in den 1990er Jahren das Wirtschaftswachstum in der Schweiz niedriger lag, als in der EU, ist es heute umgekehrt. Anfang der 1990er Jahre herrschte auch aus Schweizer Sicht in der EU eine dynamische Aufbruchstimmung, heute sprechen Euro-Krise, drohende Staatsbankrotte in EU-Staaten und Massenarbeitslosigkeit gegen einen Beitritt. 2012 meinten noch 11,5 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer, ein EU-Beitritt sei eine gute Idee. Eine Woche vor dem Brexit wurde der Bundesrat beauftragt, das „Beitritts-gesuch“ aus Brüssel zurückzuholen; offiziell zum 1. August 2016, dem Nationalfeiertag der Schweiz.

Die SVP wurde nach 1992 stärkste Partei in der Schweiz und gilt heute als „rechtspopulistisch“, mit etwa 30 Prozent Wähleranteil und 65 Sitzen in einem Nationalrat mit 200 Sitzen. Ihr neuester Erfolg war die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“, die am 9. Februar 2014 eine Zustimmung von 50,3 Prozent bei einer Stimmbeteiligung von 56,6 Prozent erzielte. Dies zog eine Verfassungsände-

rung nach sich, die von der EU als Verstoß gegen „das Prinzip des freien Personenverkehrs zwischen der Europäischen Union und der Schweiz“ angesehen wird. Der damalige Kommissionspräsident Manuel Barroso erklärte, die Schweiz könne nicht die Vorteile des weltgrößten Marktes genießen, ohne im Gegenzug den freien Zugang für EU-Bürger zu gewährleisten. Das klingt heute in Bezug auf Großbritannien ebenso.

Nachdem verschiedene Abkommen zwischen der Schweiz und der EU seit 2014 blockiert sind, trafen sich Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Bundespräsident Johann Schneider Ammann am 16. Juli 2016 am Rande des Europa-Asien-Gipfels in Ulan-Bator. Eine rasche Lösung ist nicht in Sicht, die Gespräche zwischen Brüssel und Bern sollen intensiviert werden und es heißt, die EU-Kommission sei bereit, eine Lösung mit der Schweiz unabhängig von der Brexit-Problematik ins Auge zu fassen. Gleichzeitig hat Juncker deutlich gemacht, er sei nicht sicher, ob die Mitgliedstaaten eine Lösung mit der Schweiz stützen würden, bevor das Brexit-Problem gelöst ist. Im Klartext: Die EU-Kommission sieht sich durch den Brexit politisch geschwächt und will nicht, dass durch die Verhandlungen mit der Schweiz Präzedenzfälle entstehen, auf die sich die Briten berufen könnten. Da aus Schweizer Sicht das Verhältnis zur EU in Sachen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ so allerdings rechtlich ungeklärt bleibt, setzt die bürgerliche Nationalratsmehrheit auf eine einseitige Umsetzung: diese müsse laut Verfassung bis 8. Februar 2017 erfolgen. Was mit dem Freizügigkeitsabkommen kompatibel sei, habe das eidgenössische Parlament selbst zu entscheiden, heißt es, auch um den Preis eines fortgesetzten Konflikts mit Brüssel.

Dilemmata einer linken EU-Politik

Die EU befindet sich in einer tiefen multiplen Krise. Sichtbarer Ausdruck dessen sind der Brexit – erstmals geht die EU-Integration in die Breite nicht vorwärts, sondern zurück, eines der größten und wirtschaftlich stärksten europäischen Länder ist entschlossen, den Integrationsverbund zu verlassen – sowie die Austeritätspolitik, in deren Folge die gewählte griechische Regierung faktisch entmachtet wurde, und die sich abzeichnende Fragmentierung der Union – dazu zählen nicht nur die Gruppe der Visegrád-Staaten, sondern auch der „Südgipfel“, zu dem sich vor dem Gipfel von Bratislava die Staats- und Regierungschefs von Griechenland, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Malta und Zypern trafen. Sie forderten eine Lockerung der Austeritätspolitik und mehr Investitionen. Die Krise der EU ist eine strukturelle Krise, die eine soziale und politische Krise ist und zugleich eine Wirtschaftskrise. Diese wiederum ist in Gestalt der Euro-Krise eine Finanz- und Bankenkrise, eine Verschuldungskrise, eine Konjunkturkrise, eine Nachfragekrise. Die marktradikale Krisenpolitik der EU-Institutionen und der Regierungen hat die Armut und die wirtschaftlichen Ungleichgewichte vergrößert. Das Projekt der EU-Integration erleidet einen Vertrauensverlust. Die Flucht- und Migrationsbewegungen haben all diese Probleme weiter zugespitzt.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE am 23. September 2016 eine Konferenz zum

Thema: „Krise der EU – Zeit für einen linken Neustart“ veranstaltet.⁵ Hier wurde deutlich, vor welchen Problemen und Dilemmata die Linke in dieser Situation steht.

1. Die Linke⁶ hat seit je den pro-kapitalistischen bzw. neoliberalen und undemokratischen Charakter der EU kritisiert, aber auch vor Illusionen gewarnt, die sich oft mit der Idee eines Rückzuges auf Positionen der Nationalstaatlichkeit verbinden. Die Gründung der EWG/EG/EU war auch ein Produkt des Kalten Krieges. Die BRD sollte in einen europäischen Kontext eingebunden, ein neuerlicher „Sonderweg“ Deutschlands nicht zugelassen werden und die anti-kommunistische bzw. antisowjetische Ausrichtung sollte gesichert sein. In diesem Sinne war die EU von Anfang an ein Projekt der bürgerlichen Eliten und Regierungen, der Oberschichten und Kapitaleigner, bei dem die Unterschichten, die Völker und Wähler nicht stören sollten. Wenn dieses Projekt jetzt scheitert, sind dafür diese Regierungen und Oberschichten verantwortlich. Es ist deren Projekt, das scheitert. Zugleich jedoch würden auch hier die arbeitenden Menschen, die Unterklassen und Mittelschichten den Preis zahlen, weil sich ihre Lage noch weiter verschlechtert. Soll die Linke jetzt etwas verteidigen, das nicht ihre Wahl war? Das Diktum von der EU als „Friedensprojekt“ – das ohnehin nur für das Binnenverhältnis in der EU zutreffend ist, nicht für die zunehmend militärische Außenpolitik und die aggressive Handelspolitik – zielt darauf, die Linke im Namen des Friedens und der vorgeblichen Segnungen des Globalismus und Europäismus für die Stützung dieses Krisenprojektes in Haftung zu nehmen. Soll sie dem folgen? Der Glaube ist verflogen, mit der EU die heutigen Probleme lösen zu können. Es ist aber nicht anzunehmen, dass es den Menschen in den EU-Ländern ohne diese Union bessergehen würde.

2. Was wäre denn ein „Neustart“? Es heißt zunächst, dass die Linke nicht ihrerseits aktiv auf den Zusammenbruch der EU-Konstruktion hinarbeiten will. Aber was will, besser: kann sie stattdessen wollen? Wenn sich die Linken einig sind, dass die bestehenden Verträge schlecht sind, ist denn anzunehmen, dass es zu einem Kräfteverhältnis kommt, das eine einvernehmliche Veränderung der Verträge und damit der Verfasstheit der EU möglich macht? Eher nicht. Die realen Machtverhältnisse stehen dem entgegen. Die EU ist nicht per se ein emanzipatorisches Projekt. Hinter dem Streben nach einem reibungslosen Funktionieren der EU verbirgt sich die alte Vorstellung von einem krisenfreien Kapitalismus. Die EU-Verträge folgen jedoch einer Wettbewerbslogik, nicht nur nach außen (die EU als Wirtschafts- und Handelsmacht in der globalisierten Welt gegen andere Wirtschafts- und Handelsmächte), sondern auch nach innen, zwischen den EU-Ländern. Insofern machen die deutsche Bundesregierung und die EU-Kommission nicht eine „falsche“ Politik, sondern Interessenpolitik im Dienste des europäischen und deutschen Kapitals.

Unter der Voraussetzung, dass wir es nicht mit „Vereinigten Staaten von Europa“ zu tun haben, in denen nicht nur einheitliche Regeln für die Bewegung von Märkten, Kapital und Personen gelten, sondern eine einheitliche Steuer-, Lohn- und Sozialpolitik realisiert wird, die auch eine Umverteilung zugunsten einheitlicher Lebensverhältnisse einschließt, setzt sich die dem Kapitalismus innewoh-

nende Tendenz zur ungleichmäßigen Entwicklung von Firmen, Volkswirtschaften und Ländern auch innerhalb der EU durch. So bleibt die Frage, ob die EU reformierbar oder gar demokratisierbar ist, auf absehbare Zeit unbeantwortet. Insofern steht die an sich richtige Folgerung, aus der Forderung nach einem „linken Neustart“ die Notwendigkeit einer Offensive für ein linkes Europa-Projekt abzuleiten, auf einem ziemlich wackligen Boden, zumindest solange relevante Mehrheiten dafür nicht sichtbar sind.

3. Die Ungleichheit in den EU-Ländern und zwischen ihnen hat in den vergangenen Jahrzehnten sichtbar zugenommen. Damit zerstört die EU ihre eigenen Grundlagen. EU-Europa über das Geld zu einen, ohne zuvor eine Sozialunion oder eine Umwelt-Union zu schaffen, hat sich als Irrweg erwiesen. Die Wettbewerbs-Union führt zu ihrer Zerstörung. Den deutschen Außenhandelsüberschüssen in der EU steht die Verschuldung der anderen Länder gegenüber. Auch innerhalb der Union gilt, dass der Saldo am Ende Null sein muss. Jeder Überschuss auf der einen Seite hat ein Defizit auf der anderen zur Voraussetzung. Die Folge ist, dass die Asymmetrie des Wachstums die wirtschaftliche Entwicklung in den Südländern der EU zum Erliegen gebracht hat. Bei der Einführung des Euro herrschte der Glaube vor, dass er Schutz bieten würde vor den Zumutungen der Globalisierung. Tatsächlich hat er die Probleme vergrößert. In Portugal, Spanien, Griechenland, Italien und sogar in Frankreich haben sich Deindustrialisierungsprozesse vollzogen, die auf absehbare Zeit irreversibel sind. Der Binnenmarkt als solcher führt zur Entindustrialisierung. Nur eine aktive Industriepolitik auf europäischer und auf nationaler Ebene – der wiederum die Marktregularien der EU entgegenstehen – könnte dem entgegenwirken. Die Stärkung der deutschen Exportindustrie ist die Kehrseite dessen. Und die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit, in den Südländern auf der einen und in Deutschland auf der anderen Seite sind deren sozialer und wirtschaftlicher Ausdruck. Die Arbeitslosenquote betrug im August 2016 in Griechenland 23,4 Prozent, in Spanien 19,5 Prozent, Italien 11,4 Prozent, Portugal 11,0 Prozent, Frankreich 10,5 Prozent und in der Eurozone insgesamt 10,1 Prozent; in Deutschland dagegen lag die Arbeitslosenquote zur selben Zeit bei nur 4,2 Prozent.⁷

4. Der kalte Putsch gegen die griechische Syriza-Regierung 2015 hat gezeigt: Das Vertragsgefüge und die Institutionen der EU sind so verfasst, dass sie das neoliberale Wirtschafts- und Machtmodell in den einzelnen Ländern auch gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit, gegen das Parlament und die rechtmäßige Regierung des Landes durchzusetzen in der Lage sein sollen und sind. Damit ist im Sinne des Neoliberalismus ein Vorrang der Wirtschafts- und Profitinteressen gegenüber der Demokratie systemisch festgeschrieben und verankert.

Die Wiederherstellung des Vorrangs der Demokratie ist damit die herausragende Forderung. Das bedeutet, es muss möglich sein, eine linke Politik oder zurückhaltender: eine soziale Politik im Dienste des Gemeinwohls auch dann zu realisieren, wenn die anderen oder die Mehrheit der anderen EU-Länder keine linke Regierung haben. Wenn die Linke „Vereinigte Staaten von Europa“ nicht durchsetzen kann, eine einvernehmliche Variante der Änderung der EU-

Verträge wegen der bestehenden Machtverhältnisse unmöglich ist und sie eine Rückkehr zum Nationalstaat nicht will, bliebe nur die Möglichkeit, der EU in den der Demokratie widersprechenden Fragen nicht mehr zu gehorchen. Wie weit aber ginge das, ohne das Schicksal der griechischen Regierung zu erleiden?

5. Am Ende bleibt die wesentliche und zutiefst praktische Frage, was in Deutschland zu tun ist. Deutschland als wirtschaftlich stärkste Macht auf dem Kontinent hätte im Zweifelsfalle selbstverständlich ganz andere Spielräume für eine alternative Politik, nicht nur als Griechenland, sondern als jedes andere Land Europas. Ein einseitiger Austritt Deutschlands aus der EU oder der Euro-Zone würde jedoch die Stellung Deutschlands in Europa und in der Welt drastisch verändern. Das bisherige Exportmodell würde zusammenbrechen, sechs Millionen Arbeitslose würden auf der Straße liegen, die Sozialsysteme könnten nicht mehr wie bisher funktionieren. Die Verantwortung dafür kann die deutsche Linke nicht übernehmen, ohne ihre eigenen politischen Positionen zu zerstören. Die Wahlerfolge der rechten Parteien, nicht nur in Deutschland, zeigen ohnehin, dass sich große Teile der Arbeiterschaft und der Mittelschichten von links nicht mehr verstanden, vertreten und repräsentiert sehen.⁸ Wie aber würde eine alternative Politik in Deutschland aussehen, die zugleich sozial nach innen und solidarisch nach außen ist?

Unter einem kritischen analytischen Blick muss festgestellt werden, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung heute objektiv – ungeachtet der großen Zahl prekär Beschäftigter, Rentenkürzungen, Sozialabbau im Innern – an den derzeitigen Exportüberschüssen partizipiert. Die oben angeführten Daten zur Arbeitslosigkeit zeigen das deutlich. Das ist „Sozialimperialismus“ im 21. Jahrhundert: Die Einkünfte aus der Ausbeutung des Welthandels und der Welt werden durch die Herrschenden auch eingesetzt, um die heimische Bevölkerung ruhig und bei Laune zu halten. Der Wirtschaftswissenschaftler Hartmut Elsenhans hat das kürzlich sehr zugespitzt so formuliert: „Es sind nicht die Mächtigen, die Minister Schäuble repräsentiert. Fast alle Deutschen sehen ihr Heil in permanenten Exportüberschüssen. Hier liegt die eigentliche Aggression des postfaschistischen Deutschlands gegen den Rest der Welt: Aus dem Volk ohne Raum ist das Volk der drohenden Handelsbilanzdefizite geworden. Es glaubt an den Exportüberschuss wie zuvor an die territoriale Revision des Versailler Vertrags. Wer hat die Macht, dieses Vertrauen zu erschüttern und das deutsche Volk vor der Keitelschen Einsicht in Nürnberg zu bewahren, dass, was moralisch gut gemeint war, politisch verbrecherisch war?“⁹

Aus der Sicht linker Politik-Ansätze ist es wichtig, die Funktion des Redens der Regierenden und Herrschenden von „Neuer Verantwortung Deutschlands“ in der Welt und in Europa deutlich zu machen und bloßzustellen, nicht aber das Wort „Verantwortung“ aus dem Verkehr der außenpolitischen Debatten zu ziehen. Die wollen mehr Militär, mehr militärische Einsätze in verschiedenen Teilen der Welt einerseits und mehr aggressive Handelspolitik andererseits. Das „Interesse der Gesamtnation“ (August Bebel) braucht jedoch mehr Friedenspolitik, die auf Entspannungspolitik, De-Eskalation, Einhegung und Beseitigung von

Konflikt- und Krisenherden in der Welt zielt und zugleich auf einer anderen Abrüstungs-, Kooperations-, Europa- und Handelspolitik beruht. Insofern geht es um „mehr Verantwortung“, auch für Europa, aber in einem völlig anderen Sinne, als die derzeit Regierenden meinen.

- 1 Bundesministerium der Verteidigung (Hg.), Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016. Kritisch dazu: Rosa-Luxemburg-Stiftung und Fraktion DIE LINKE im Bundestag (Hg.), Schwarzbuch. Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr, Berlin 2016, <http://www.rosalux.de/publication/42571/schwarzbuch.html>.
- 2 Stefan Hinsch/Wilhelm Langthaler, Europa zerbricht am Euro. Unter deutscher Vorherrschaft in die Krise, Wien, Promedia Verlag 2016, S. 198. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diesen Band.
- 3 Hans Hoyng, „Eisernes Misstrauen. Thatcher und die Wiedervereinigung“, in: Spiegel Online, 09. April 2013, www.spiegel.de.
- 4 Niall Ferguson, Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt 1999, S. 395, 397 (engl. Original 1998).
- 5 Die Überlegungen in diesem Teil ergeben sich in vielem aus den auf dieser Konferenz geführten Debatten, ohne dass die einzelnen Punkte konkreten Referentinnen oder Diskutant*innen zugeordnet werden.
- 6 Im Folgenden sollen linke Positionen nicht nach politischen Parteien und sozialen bzw. zivilgesellschaftlichen Bewegungen sortiert und auch nicht nach Parteistandorten differenziert werden.
- 7 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/160142/umfrage/arbeitslosenquote-in-den-eu-laendern/> (gesehen: 10.10.2016).
- 8 Vgl. Didier Eribon, Rückkehr nach Reims, Berlin, Suhrkamp Verlag 2016. Siehe auch seine Textfassungen in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Hefte 8 und 9/2016.
- 9 WeltTrends. Das außenpolitische Journal, Potsdam, Heft 120, Oktober 2016, S. 56f.

EU: Wir reden über die Krise und sehen keine Lösungen

Interview mit Prof. Sandro Mezzadra, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt Universität, aus: Transform Newsletter, 30.5.16. Das Interview führte: Jaidopulu Vrijea

Maria Jaidopulu Vrijea: „Krise“ ist ein in Europa häufig verwendeter Begriff. Zuerst ging es um die Flüchtlingskrise, heute um die Migrationskrise. Der Diskurs hat sich also offensichtlich gewandelt. Wenn, wie Sie es ausgedrückt haben, die Krise eine Kategorie ist, in der Regierungen denken, womit haben wir es dann in diesem Fall zu tun?

Sandro Mezzadra: Sie haben natürlich Recht: Der Begriff Krise wird im modernen europäischen Diskurs mehrdeutig verwendet. Das ist nichts Neues. Man könnte sogar die sehr allgemeine Aussage treffen, dass die Krise ein grundlegender Bestandteil der Modernität ist. ... Deshalb beinhaltet ein Diskurs über die Krise üblicherweise auch einen Diskurs über mögliche Lösungen derselben.

Die heutige Situation zeichnet sich – vor allem in Europa – dadurch aus, dass wir fortgesetzt von Krise sprechen, ohne nennenswerte Lösungen zu sehen. Dies wird deutlich, wenn wir zum Beispiel die Wirtschaftskrise

betrachten. Sie macht sich seit 2007 bzw. 2008 in Europa und der Welt bemerkbar, und noch immer ist keine dauerhafte Lösung in Sicht. Zusätzlich zur von Ihnen erwähnten Flüchtlings- bzw. Migrationskrise haben wir die Wirtschaftskrise, die sogenannte Staatsschuldenkrise, die weiterhin in Europa umgeht. Denken Sie etwa an Finnland: Noch vor einem Jahr hatte es eine sehr eindeutige Haltung zum Thema Griechenland. Heute ist Finnland selbst mit einer schweren Krise konfrontiert, und zur Lösung werden die „üblichen Verdächtigen“ vorgeschlagen: Austeritätsprogramme, Kürzungen und so weiter. Diese Lösungen sind in gewisser Hinsicht nur die Basis, auf der die Krise sich reproduziert. Meiner Meinung nach sollte man die Wirtschafts- und Finanzkrise im Kopf behalten, wenn man über die Flüchtlings- und Migrationskrise sprechen will. Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen diesen Krisen. Nur wenn man sie gemeinsam betrachtet, sieht man, dass wir einer tiefen Krise des gesamten europäischen Integrationsprozesses gegenüberstehen.

Von dieser Warte aus bekommen die Zusammenstöße zwischen der griechischen Regierung und der so genannten Troika eine besondere Bedeutung. In gewisser Hinsicht waren Teile der europäischen Eliten sehr zufrieden mit der im letzten Juli gefundenen „Lösung“ der griechischen Krise. Man glaubte offenbar, dass es auf der Grundlage dieser „Lösung“ zu einer Vertiefung und zum Ausbau des europäischen Integrationsprozesses unter dem Banner der Austerität und Währungsstabilität kommen könnte. Innerhalb weniger Wochen sahen sich dieselben Eliten mit einer anderen Krise konfrontiert, und zwar mit dem Beginn dessen, was wir heute die Flüchtlings- bzw. Migrationskrise nennen. Sofort war klar, dass die EU nicht in der Lage sein würde, den Rahmen für eine effektive Lösung zu bieten, und dass es keine Legitimierung für die Lösung einer derartigen Krise gab. Ich möchte nochmals den Zusammenhang zwischen dem, was im ersten Halbjahr 2015 in Griechenland passiert ist und dem, was sich hinsichtlich Flüchtlingen und Migrant*innen im zweiten Halbjahr zutrug, betonen. Und zwar deshalb, um zu unterstreichen, dass die eigentliche Krise heute eine Krise des europäischen Integrationsprozesses ist.

Denken Sie doch nur an die Geografie der europäischen Integration. Die Kluft zwischen Nord und Süd ist während der Griechenlandkrise erneut zum Vorschein gekommen. Sie hat eine lange Geschichte, ist aber in den letzten fünf oder sechs Jahren immer deutlicher geworden. Während der so genannten Migrationskrise offenbarte sich dann eine weitere Kluft. Auch diese hat eine eigene Geschichte, wurde aber anders politisiert: die Kluft zwischen Ost und West. Der europäische Integrationsprozess ruhte schon immer auf verschiedenen variablen, heterogenen Geografien. Man denke nur an die Eurozone, den Schengenraum, die von der EU regional angestoßenen Prozesse und Projekte sowie die logistischen Räume, die sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet haben. Es gibt also verschiedene Strukturen, die, um es kurz zu fassen, bisher als aus sich selbst heraus produktiv angesehen wurden. Man sah sie als förderlich für die Stärkung und Vertiefung des Integrationsprozesses an. Heute implodieren diese verschiedenen Räume, was zu tiefen Verwerfungen im Integrationsprozess führt. Dieses Bild scheint mir die bereits erwähnte Krise der europäischen Integration gut darzustellen.

Wir haben es mit einer Krise zu tun, die noch einen weiteren Akteur einschließt: die Migrant*innen und Flüchtlinge. Auf europäischer Ebene war die überwiegende Reaktion eine Abwehrhaltung, die restriktive Maßnahmen und Kontrollmechanismen sowohl hinsichtlich der EU-Außengrenzen (NATO, Frontex) als auch der Binnengrenzen (Infragestellung des Schengenraumes) umfasst. Was bedeutet dieses Neuerstarben der Grenzen? Müssen wir uns auf die Konsolidierung eines neuen Grenz- und Kontrollregimes gefasst machen?

Das ist eine der Kernfragen, und sie lässt sich nicht in fünf oder zehn Minuten beantworten. Aber ich will versuchen, wenigstens ein paar Dinge hierzu zu sagen. Zuerst einmal zu dem „anderen Akteur“, der von „außen“ kommt – also den Migrant*innen und Flüchtlingen. Es ist sehr wichtig, sie als Akteur*innen zu begreifen und nicht nur als Opfer; Kriegsopfer, Opfer des europäischen Grenzschutzes, Opfer der Schleuser und so weiter. Ich halte das für einen zentralen Punkt. Ich arbeite jetzt seit mehr als 20 Jahren zum Thema Migration. Mir war es in meiner Arbeit immer am wichtigsten, das Verhalten und den Antrieb von Menschen in Bewegung herauszuarbeiten. Selbstverständlich ohne dabei die objektiven Bedingungen, die sie möglicherweise dazu getrieben haben, aus den Augen zu verlieren.

Unter den Aktivist*innen, die sich mit Migration und den Grenzen in Europa auseinandersetzen, wurde der Begriff „Sommer der Migration“ geprägt. Er bezieht sich auf die Ereignisse, die sich im Sommer und Herbst 2015 überall in Europa abgespielt haben, und ist Ausdruck des Widerstandes gegen die Einordnung als Migrations- bzw. Flüchtlingskrise durch die politische Führung. Der Begriff scheint mir insofern sehr effektiv, als er die Subjektivität der Migrant*innen, aber auch die Hartnäckigkeit von Migrationsbewegungen unterstreicht, denen es tatsächlich gelungen ist, das europäische Grenzregime wenigstens zeitweise infrage zu stellen und zu stören. Außerdem sei angemerkt, dass die Migrant*innen und Flüchtlinge als Protagonist*innen in den letzten Monaten oft ausdrücklich politisch gehandelt haben. Dies hat sich zum Beispiel in Ventimiglia an der italienisch-französischen Grenze gezeigt und auch in Calais. Es zeigt sich heute in Idomeni; es zeigt sich überall dort, wo eine große Anzahl von Migrant*innen an den vom Grenzregime geschaffenen Engpässen zusammenkommt. In all diesen und vielen anderen Fällen waren die Migrant*innen in der Lage, ihre Ansprüche auf ausdrücklich politische Weise zu formulieren, wenn auch in recht allgemeiner Form. Sie haben sich den Eintritt nach Europa erkämpft, sich Europa in gewisser Weise zu eigen gemacht als einen Ort zum Leben, einen Ort, wo man eine Zukunft versuchen kann. Dieser Anspruch war an Europa als Ganzes gerichtet und nicht an einzelne National- oder Mitgliedstaaten.

Diese Tatsache scheint mir von großer Bedeutung. In den letzten Monaten habe ich oft an die berühmten Worte von Frantz Fanon gedacht, die er ans Ende von *Die Verdammten dieser Erde* gestellt hat: „*Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen.*“ Vor diesem Hintergrund erscheinen die heutigen Ereignisse wie eine Art Verschiebung, denn jene Menschen, die heute Zugang nach Europa fordern, kommen aus der ehemaligen Dritten Welt – es sind diejenigen,

an die Fanon in den frühen 1960ern seine Worte adressierte. Diese Verschiebung bzw. Umkehrung ist deshalb so interessant, weil sich darin eine Art postkoloniale Zwickmühle ausdrückt. Migrant*innen und Flüchtlinge konfrontieren Europa mit zwei gleichermaßen brisanten Fragen: einerseits die Frage nach der Qualität der sozialen Kooperation und Koexistenz innerhalb Europas und andererseits die Frage nach den multiplen Außenbeziehungen. Und genau jener Punkt, an dem diese beiden Fragen überlappen, ist es, der die Migration – die die Fragen ja aufgeworfen hat – zu einem für die Zukunft Europas so grundlegenden Thema macht. Dies als Antwort auf den ersten Teil Ihrer Frage.

Der zweite Teil handelt ja eher von der Errichtung eines neuen Grenzregimes in Europa und den aus dem Boden sprießenden Mauern und Zäunen sowohl an den so genannten Außengrenzen der EU als auch innerhalb des Schengenraumes. Diesen Zusammenhang müssen wir uns vor Augen halten, denn Mauern und Zäune sind ja nicht nur an den Außengrenzen der EU entstanden. Die österreichische Regierung plant die Schließung der Grenze nach Italien, dabei ist das Schengen-System zweifelsfrei eine der wichtigsten und symbolträchtigsten Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses. Darüber hinaus kommt ihm große wirtschaftliche Bedeutung zu. Ein Ende der Freizügigkeit im Schengenraum würde viel Geld kosten, und ich denke, weite Teile der europäischen Elite sind sich dessen bewusst. Entsprechend ist dies ein anderes, wichtiges Symptom und gleichzeitig ein ernster Aspekt der Krise des europäischen Integrationsprozesses.

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass das, was wir das „europäische Grenzregime“ nennen, entstand, weil ein komplexer Mechanismus benötigt wurde, der es ermöglichte, die Freizügigkeit im Schengenraum und die Kontrolle der so genannten EU-Außengrenzen miteinander zu verzahnen. Heute erleben wir eine Krise dieser beiden Aspekte und ihrer Berührungspunkte. Innerhalb der kritischen Border Studies und der kritischen Migrationsforschung sowie dem migrationsbezogenen Aktivismus gehöre ich einer Strömung an, die dem weit verbreiteten Begriff von der „Festung Europa“ schon immer eher skeptisch gegenüberstand. Ich habe seine Effektivität nie bestritten und ihn sogar in öffentlichen Debatten selbst verwendet, aber wie andere auch halte ich ihn für gegebenenfalls irreführend. Einerseits, weil er unseren Blick auf die Kontrolle von Entwicklungen entlang von Grenzen und die Risiken lenkt, und andererseits, weil er die andauernde Infragestellung von Grenzen durch Migrationsbewegungen verschleiert. Es gibt einen weiteren Grund, warum wir den Begriff von der „Festung Europa“ für ungeeignet halten: Migrant*innen haben trotz allem ihren Weg nach Europa gefunden. Jahrzehntlang war das europäische Grenzregime so aufgestellt, dass es Migrant*innen gar nicht vollständig aus Europa heraushalten sollte. Es war vielmehr darauf ausgerichtet, Migrationsbewegungen auf verschiedene Art zu heterogenisieren und damit zu einer tiefgreifenden Heterogenisierung der Migrant*innen und ihrer Stellung in Europa beizutragen – sowohl gesellschaftlich als auch hinsichtlich Unionsbürgerschaft und Position auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Nach diesem Maßstab funktioniert das derzeitige Grenzregime überhaupt nicht. Die Zäune und Mauern, die Militarisierung der Grenzen, die Verstärkung der Kontrolle sind

meiner Meinung nach keine Lösung der Krise des europäischen Grenzregimes, der wir uns derzeit gegenübersehen. Noch einmal: Weite Teile der europäischen Elite, Leute, die ich als politische Gegner*innen betrachte, sind sich dessen wohl bewusst. Darüber hinaus bin ich überzeugt, dass diese Tatsache unter anderem Einfluss genommen hat auf politische Entscheidungen, die Angela Merkel seit letztem August getroffen hat. Kurz gesagt: Europa braucht Migrant*innen! Und dessen sind sich viele Leute, die in Ministerien und Institutionen überall in Europa arbeiten, eindeutig bewusst. Was heute geschieht, lässt diesen Bedarf an Migrant*innen aber völlig außer Acht. Daher denke ich, dass aus den Entwicklungen der letzten Wochen und Monate kein effektives Grenzregime hervorgehen wird. Das Problem an sich bleibt ungelöst. Es gibt viele Möglichkeiten, es anzugehen, und einige sind alpträumhaft. Trotzdem dürfen wir nicht aufhören, darauf hinzuweisen, dass das Problem ungelöst ist.

Glauben Sie, dass Europa hinsichtlich seiner so genannten Grundwerte, etwa Menschenrechte betreffend, an einem Scheideweg steht? Glauben Sie, dass die Handlungen von Migrant*innen und Flüchtlingen Europa gezwungen haben, eine bestimmte Haltung anzunehmen? Und welche Rolle spielen Solidaritätsbewegung und die politische Linke hierbei?

Nun, Europa steht derzeit in vielerlei Hinsicht am Scheideweg, auch hinsichtlich seiner so genannten Grundwerte und der tieferen Werte des Integrationsprozesses. Überhaupt haben die europäischen Werte, was Migration und Grenzkontrollen anlangt, schon immer eine Art blinden Fleck. Wir dürfen nicht vergessen dass in den letzten 25 Jahren Tausende von Männern, Frauen und Kindern beim Versuch, die sogenannten Außengrenzen zu überschreiten, ihr Leben verloren haben. Das ist nichts Neues. Derzeit erleben wir eine dramatische Krise und viele Leute haben den Eindruck, dass dies etwas Neues sei. Ist es aber nicht. Es gibt eine Kontinuität, und von den europäischen Grenzen aus nach den „europäischen Werten“ zu schauen, war schon immer eine Art Alpträum: ein Massaker an den Grundwerten Europas.

Diese Entwicklungen haben sich in den letzten Monaten aber eindeutig noch zugespitzt. Man könnte also sagen, dass die Grundwerte, also die Anerkennung der Menschenrechte und so weiter, heute nicht nur an den Grenzen der Europäischen Union gestört und infrage gestellt werden, sondern auch in ihrem Inneren. Ich beziehe mich damit natürlich auf die aggressive neue Rechte, die das europäische Erbe offen infrage stellt. Das ist deshalb bedeutsam, weil es auf die nationalistischen Entwicklungen überall in Europa hindeutet, die sowohl in der politischen Rhetorik als auch im politischen Handeln erkennbar sind. Dazu kommt, dass die Reaktionen des politischen Establishments – zum Beispiel aus der Europäischen Volkspartei oder der Sozialdemokratischen Partei Europas – auf diese Entwicklungen diese Probleme in mancher Hinsicht noch befördern. Deutlich wird dies etwa darin, dass die Regierung Hollande in Frankreich zentrale Punkte aus dem Parteiprogramm der Front National als „Notstandsmaßnahmen“ übernommen hat.

Gleichzeitig bin ich aber überzeugt, dass diese nationalistischen Tendenzen in der Politik den neoliberalen Kern

des europäischen Integrationsprozesses nicht ernsthaft gefährden. Die möglichen Szenarien für die nahe Zukunft deuten alle darauf hin, dass Neoliberalismus und Nationalismus in vielen europäischen Ländern neue Verbindungen eingehen werden. Wenn man das alles zusammenbringt mit dem, was ich über die Krise des europäischen Integrationsprozesses gesagt habe, sehen wir uns in gewisser Hinsicht dem Ende jener Europäischen Union gegenüber, die wir kennen und in den letzten 20 Jahren kritisiert haben. Allerdings ist durchaus eine neue Europäische Union vorstellbar, die aus einer Kombination des neuen Nationalismus mit der Kontinuität der Neoliberalisierungsprozesse hervorgehen würde.

Deshalb bin ich überzeugt, dass wir in Europa und in der europäischen Linken am Scheideweg stehen und dringend gegen diese Szenarien aufbegehren müssen. Gibt es heute eine Basis für derartige Prozesse in Europa? Ich würde sagen ja, deshalb bin ich in gewisser Hinsicht optimistisch. In den letzten Monaten haben wir in weiten Teilen Europas wirklich positive Erfahrungen mit Menschen gemacht, die ihre Solidarität für Migrant*innen und Flüchtlinge ausgedrückt haben. Seit einigen Monaten lebe ich jetzt in Deutschland und es ist wirklich erstaunlich zu sehen, wie viele Menschen sich solidarisch zeigen, und zwar auf eine Art und Weise, die weit über den klassischen Aktivismus hinausgeht und viele Bürger*innen einbezieht. Wenn man derzeit an Deutschland denkt, denkt man doch sofort an das Aufkommen einer neuen Rechten. Die AfD zum Beispiel hat bei den letzten Kommunalwahlen hervorragende Ergebnisse in Hessen erzielt und konnte in Sachsen-Anhalt unglaubliche 24% der Stimmen einfahren. Das ist eine Tatsache. Genauso ist es eine Tatsache, dass Angriffe auf Flüchtlinge und bestehende oder geplante Flüchtlingsunterkünfte weiterhin verübt werden. Das ist aber nur ein Teil des Bildes. Wirklich auffallend ist die Polarisierung der deutschen Gesellschaft. Denn auf der anderen Seite hat man diese weitverzweigten Solidaritätsnetzwerke, die in vielen Städten grundlegende Fragen aufgeworfen haben, zum Beispiel nach dem Recht am öffentlichen Raum. Das ist Deutschland, ähnliche Entwicklungen gibt es aber auch in Ungarn, um mal ein Beispiel aus einem Land anzuführen, das – ironisch ausgedrückt – derzeit nicht gerade ein Vorreiter in Sachen Demokratie und europäische Werte ist. Über die Situation in Griechenland wissen Sie besser Bescheid als ich. Ich finde das wirklich erstaunlich: es ist durchaus bewegend, äußerst bewegend, nach den Turbulenzen und dem sozialen Leid der letzten Jahre. Und das kann man so in weiten Teilen Europas beobachten. Das ist doch auch eine Basis, um ein neues Europa zu denken, ein Ansatzpunkt, um Europa neu zu denken und neu zu erfinden. Wir brauchen natürlich Formen der Koordinierung und so weiter. Wenn man so will, eine politische Erfindung, um diese Erfahrungen zu vernetzen und auf einer anderen Ebene umzusetzen.

Was halten Sie vom Ergebnis des EU-Türkei-Gipfels?

Es ist schwer vorstellbar, dass der Gipfel dazu angetan war, effektive Lösungen anzubieten. Das sieht man schon, wenn man sich die Statements einiger europäischer Spitzenpolitiker nach dem Gipfel ansieht. Donald Tusk sagte: „Die Tage der unregelmäßigen Migration sind vorüber.“ Das heißt doch, dass nichts erreicht wurde. Oder was Cameron sagte: „Alle

Flüchtlinge, die in Griechenland ankommen, werden in die Türkei zurückgebracht.“ Können Sie sich das vorstellen? Denken Sie an den Vorschlag, den der türkische Premierminister Davutoğlu gestern unterbreitet hat, den „One in – one out“-Mechanismus. Er beruht auf Annahmen über Migration, die alles andere als realistisch sind, und ich glaube, dass die Verfechter*innen dieser Formel das ganz genau wissen. Möglicherweise deutet das einfach auf eine Tendenz hin, die Türkei zu einem logistischen Drehkreuz für die europäische Grenz- und Asylpolitik zu machen. Über die damit verbundenen Gefahren können wir noch stundenlang reden. Im Guardian habe ich ein Interview mit Filippo Grandi gelesen, dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen. Er beschreibt dort sehr genau, welche Gefahren hiervon ausgehen, unter anderem die Tatsache, dass viele Syrer*innen Gefahr laufen, in Kriegsgebiete zurückgeschickt zu werden. Wir könnten lange über die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in der Türkei und ähnliche Themen reden. Das sind natürlich alles zentrale Aspekte.

Dennoch möchte ich noch ein paar Punkte hinzufügen. Das Ganze ist nicht neu: dieses Projekt, die Türkei zum neuen logistischen Drehkreuz für die europäische Grenz- und Asylpolitik zu machen, läuft seit Anfang der 1990er-Jahre. Da wurde mit den ersten Pilotvereinbarungen zwischen Deutschland und Polen, in dessen Folge die „sicheren Drittstaaten“ eingeführt wurden, der Grundstein gelegt. In der Folge wurde das europäische Grenzregime immer weiter externalisiert. Die Zahl derartiger Vereinbarungen seitens einzelner Mitgliedstaaten, aber auch seitens der EU, ist seitdem immer weiter gewachsen. Die Länder am südlichen Mittelmeeresufer waren alle auf die eine oder andere Art in das europäische Grenzregime einbezogen. Ein bekanntes Beispiel ist der Vertrag, den die italienische Regierung 2011 mit Gaddafi geschlossen hat. Ebenfalls 2011 stellte der so genannte „Arabische Frühling“ einen wichtigen Moment für das europäische Grenzregime dar, und zwar aufgrund der Schlüsselrolle, die Länder wie Libyen und Tunesien bei der Externalisierung gespielt haben. Selbst wenn man weiter im Süden sucht, sieht man, dass der Senegal, Mali und andere Länder auch Teil dieses Grenzregimes sind, welches in gewisser Hinsicht die Grenzen Europas erweitert. In der Vergangenheit hat auch die Türkei ihren Teil zu dieser Externalisierung beigetragen.

Trotzdem müssen wir heute ein paar Fragen hinsichtlich der Bedeutung und der Perspektiven stellen, die die Einbindung der Türkei in das europäische Grenzregime auf einer so zentralen Position mit sich bringt. Was ist die Türkei heute? Sie haben vorhin die Frage nach europäischen Werten und Menschenrechten gestellt. So betrachtet ist ziemlich deutlich, dass die Türkei europäische Werte und Menschenrechte nicht einhält, ganz gleich, wie deutlich und kritisch wir im Gespräch darüber reden. Denken Sie nur an die Pressefreiheit! Darüber hinaus wird die Türkei, das wissen Sie natürlich besser als ich, heute von einer zutiefst nationalistischen Regierung geführt. Wir wissen, was dies zum Beispiel hinsichtlich der Militarisierung heißt, oder hinsichtlich des Konfliktes mit den Kurd*innen. Aber wir wissen auch, was das hinsichtlich des türkischen Engagements in Syrien heißt oder hinsichtlich seiner Ambitionen, im Nahen Osten zur Regionalmacht aufzusteigen. Lassen Sie mich ganz klar sagen, dass Europa, wenn es die Türkei

zu einem Eckpfeiler des Grenzregimes macht, damit nicht nur die Ereignisse in der Türkei legitimiert, sondern auch die Ambition, eine Regionalmacht im Nahen Osten zu werden. Und da sind wir wieder bei der Lebensqualität, der Demokratie und der sozialen Kooperation innerhalb Europas und dem Verhältnis zwischen Europa und seinen Außenseiten, das ich bereits erwähnt habe. Natürlich spielt die türkische Regierung die Flüchtlingskarte, um eine stärkere Legitimierung zu erreichen und die eigene Position für die EU-Beitrittsverhandlungen zu stärken. Ein Beitritt würde unter den derzeitigen politischen Bedingungen einen weiteren Beitrag zur bereits beschriebenen Renationalisierung leisten.

Kurz gesagt ist die Krise des europäischen Grenzregimes – die keine generische, sondern eine spezifische Krise ist – von diesem Gipfel nicht gelöst worden. Sie ist völlig offengeblieben. Und die Rolle, die der Türkei in den Vorschlägen, die die letzten Wochen über umgegangen sind und die gestern veröffentlicht wurden, zugeschrieben wird, sollte uns beunruhigen. Noch einmal: Das einzige Problem, das in Brüssel diskutiert wurde, ist, wie man die Flüchtlinge an den europäischen Grenzen aufhalten kann, um eine bessere Selektion dieser Flüchtlinge zu ermöglichen. Wenn wir uns in Europa nicht einer anderen Perspektive zuwenden, einer Perspektive, die wirklich neu ist und es uns erlaubt, Europa ausgehend von der so genannten Migrationskrise neu zu erfinden, liegen in den kommenden Monaten und Jahren schwarze Tage vor uns. Das ist nur ein weiterer Grund dafür, unsere Entschlossenheit und unsere Bemühungen zu vertiefen!

Alles ist im Fluss, nur nicht die Außenpolitik

Von Cem Sey, Journalist und Publizist

Seit dem Frühjahr 2016 fragen sich westliche Experten, ob die Türkei ihre außenpolitische Grundrichtung ändert. Ein Treffen zwischen dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan und seinem russischen Kollegen Wladimir Putin befeuerte solche Fragen. Der aggressive Ton, den die türkischen Behörden nach dem gescheiterten Putschversuch in ihrem Land gegenüber dem Westen, aber vor allem gegenüber den USA anschlügen, vertiefte die Sorgen des Westens.

Wird das Land nach 67 Jahren dem Westen und der westlichen Allianz, der NATO, tatsächlich den Rücken kehren? Eine schwierige Frage. Denn die innen- und außenpolitischen Bedingungen waren für die Türkei Anfang des Jahres extrem kompliziert. Seitdem sind sie noch komplizierter geworden, und die türkische Außenpolitik fährt in den letzten Monaten einen Zickzackkurs.

Ohne einen historischen Rückblick ist es kaum möglich, die Gründe für diesen Zustand darzustellen.

Eine passive Außenpolitik, um die neue Republik zu festigen

Während des gesamten Kalten Krieges verfolgte Ankara eine passive, zurückhaltende Außenpolitik. Damals hatten die türkischen Strategen klar definierte Räume, in denen sie sich außenpolitisch bewegen konnten. Denn das Land besaß nicht genügend Potenzial, um sich als unabhängiger Akteur in einem Teil der Erde zu etablieren, wo zwei Giganten, die USA und die Sowjetunion, einander in aggressiver Pose gegenüberstanden.

Als der Kalte Krieg ausbrach, war die Türkische Republik relativ jung. Die Gründer der Republik hatten zwischen den beiden Weltkriegen mit großen militärischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Anstrengungen versucht, auf den Trümmern eines vergangenen Imperiums ein relativ stabiles Land aufzubauen. Das gelang ihnen zum Teil. Im Inneren sorgten sie durch Repression für relativ stabile Verhältnisse.

Doch während des Zweiten Weltkrieges begriffen sie, auf welch wackligen Füßen ihre neue Republik international stand. Nur durch nahezu tägliches Taktieren zwischen Nazi-Deutschland und den Briten gelang es den neuen Eliten, den Flächenbrand von der Türkei fernzuhalten, der ganz Europa und weite Teile der restlichen Welt vernichtete und auch die Türkei zu verschlingen drohte. Sie begriffen, dass sie nach dem Krieg eine Seite wählen und dabei bleiben mussten.

Josef Stalin, der damalige Herrscher in der Sowjetunion, half bei der Entscheidung. Mit einem Ultimatum an Ankara versuchte er die Kontrolle über die Meerengen zu erlangen, die das Schwarze Meer und das Mittelmeer miteinander verbinden. Daraufhin suchte Ankara die Nähe des Westens und sicherte sich durch die Beteiligung am Korea-Krieg einen Platz in der NATO. Mit einer einzigen Ausnahme, der Besetzung Nordzyperns, überließen es die türkischen politischen Eliten fortan Washington, die Außenpolitik ihres Landes zu bestimmen. Bis das sozialistische System zusammenbrach.

Der Kampf zwischen zwei außenpolitischen Schulen

Das plötzliche Verschwinden des gegnerischen Systems traf die Türkei wie ein Schock. Es kam zur Herausbildung zweier entgegengesetzter Tendenzen:

Einerseits sahen konservative Politiker die Chance, endlich auch im realen Leben den Weg gehen zu können, von dem sie bis bislang nur geträumt hatten. Sie wollten die Turkvölker in Zentralasien an sich binden. Nach der Auflösung der Sowjetunion stampfte Ankara aufgrund einer Direktive des damaligen konservativen Premiers Süleyman Demirel innerhalb weniger Wochen ein neues außenpolitisches Instrumentarium aus dem Boden. Die Türkische Agentur für Zusammenarbeit und Entwicklung (TIKA) wurde ins Leben gerufen, um vor allem in Zentralasien tätig zu werden. Seitdem wächst ihre Rolle in der türkischen Außenpolitik unaufhaltsam.

Andererseits zögerte das außenpolitische Establishment, in dem hauptsächlich Nachfolger der Gründergeneration der Republik vertreten waren, eine aktive Außenpolitik

zu entwerfen. Denn sie gingen von einer Weltordnung aus, die nunmehr allein von den USA beherrscht wurde. Auch als sich erste Anzeichen für eine multipolare internationale Ordnung zeigten, wähten sich die Bürokraten des türkischen Außenministeriums an der Seite Washingtons in Sicherheit. Eine sich von den USA emanzipierende Außenpolitik würde aus ihrer Sicht nur Risiken mit sich bringen.

Eine „Politik der Null Probleme“

Die politischen Kräfte hinter diesen Tendenzen hielten sich gegenseitig in Schach. Erst mit der Machtübernahme durch die Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) im Jahre 2002 änderte sich das Gleichgewicht zugunsten einer sich von den USA emanzipierenden Außenpolitik. Auch der unter der türkischen Bevölkerung unbeliebte Angriffskrieg der USA gegen Saddam Husseins Irak schwächte die Anhänger einer weiterhin passiven, sich an Washington anlehrenden Außenpolitik.

In diesem Prozess spielte Ahmet Davutoglu eine entscheidende Rolle. Zunächst als außenpolitischer Berater des Ministerpräsidenten, später als Außenminister und am Ende auch als Ministerpräsident formte er die neue Außenpolitik. Der Professor für Geostrategie ging von einer strategischen Tiefe aus, die es der Türkei erleichterte, intensive Beziehungen zu den direkten Nachbarn und der erweiterten Nachbarschaft zu knüpfen. „Eine Politik der Null Probleme“ nannte er seine Herangehensweise. Zunächst sah es auch so aus, als ob er damit Erfolg haben könnte.

Unter seiner Ägide begann TIKA eine noch größere Rolle zu spielen. Nunmehr sollten nicht nur die Turkvölker, sondern auch alle Länder mit muslimischer Bevölkerung durch TIKA an die Türkei herangezogen werden. Dabei war unwichtig, ob die muslimische Bevölkerung in einem Land die Mehrheit oder nur eine kleine Minderheit darstellte.

Auf Davutoglus Initiative vermittelte Ankara zwischen Israel und Syrien, versuchte eine Öffnung zu Armenien hinzubekommen und intensivierte die Beziehungen zu Russland, China und Iran. Die neue Politik brachte zunächst Bewunderung. Im Westen wurden die Regierungen davon überzeugt, dass die türkische Regierung in ihrer Region Einfluss hat. In der arabischen Welt gewann die AKP, allen voran Erdogan persönlich, an Popularität. Moskau entwickelte ein warmes Verhältnis zu den Regierenden in Ankara – die Art und Weise, wie man regiert, weist schließlich durchaus Ähnlichkeiten auf.

Falsche Rechnung beim arabischen Frühling

Der arabische Frühling wurde zum Anfang vom Ende der „Politik der Null Probleme“. Die türkische Regierung und die westliche Welt waren unterschiedlicher Meinung darüber, wie auf den demokratischen Aufstand in der arabischen Welt zu reagieren sei. Während alle sich zunächst generell auf die Seite der Demonstranten stellten, sah Ankara in der um sich greifenden Unruhe eine Chance für sich. Erdogan, Davutoglu und andere Außenpolitiker waren sich sicher, dass die Muslimbruderschaft sich überall durchsetzen werde. Da ihre eigene islamistische Weltanschauung jener der Muslimbrüder ähnlich ist, setzten sie

vor allem in Ägypten, Libyen und Syrien umgehend auf diese Bewegung und unterstützten sie tatkräftig. Zugleich boten sie die Türkei und die AKP als Erfolgsmodell für alle islamistischen Bewegungen im Nahen Osten und in Nordafrika an.

Mit Israel hatte sich Ankara bereits ab 2006 überworfen, als dieses Libanon und später auch den Gaza-Streifen bombardierte. Nach dem israelischen Übergriff auf den türkischen Hilfskonvoi für Gaza, der zum Tod mehrerer türkisch-islamistischer Aktivisten führte, wurden alle politischen Beziehungen eingefroren. Die positive Resonanz auf diesen Vorgang in den arabischen Ländern half der Türkei nach dem Zusammenbruch arabischer Despoten.

Der Westen hingegen war von Anfang an unsicher und traute den islamistischen Bewegungen nicht. Mit dem Erstarken der Muslimbruderschaft wuchsen in den westlichen Hauptstädten auch die Zweifel von Tag zu Tag. Denn aus westlicher Sicht war nicht erkennbar, wo das „Gemäßigte“ aufhörte und wo das „Radikale“ anfing, das oft gewalttätig, autoritär und extrem anti-westlich auftrat. Der Unterschied zwischen der Haltung der Türkei und der westlichen Verbündeten wurde deutlich, als die ägyptische Armee putschte und den gewählten Präsidenten Mohamed Mursi entmachtete. Während Ankara darauf sehr verärgert reagierte, hielt sich der Westen mit Kritik an den ägyptischen Militärs zurück.

Diese divergierenden Interessen wuchsen sich in Syrien zu einem komplexen Problem aus. Auch dort unterstützte Ankara alle islamistischen Bürgerkriegsfraktionen. Schließlich sind die meisten Ableger der Muslimbruderschaft. Während es diese Gruppen dem Westen in den ersten Jahren erfolgreich, als „gemäßigte Muslime“ verkaufen konnte, nahm vor allem in Washington die Sorge mit jedem Tag zu, weil die Grenzen zwischen den von der Türkei unterstützten Gruppen und Al-Qaida-Ablegern in Syrien sehr durchlässig waren. Der Westen ging zur türkischen Syrienpolitik auf Distanz.

Mit ihrer selbst gewählten Nähe zu den Muslimbrüdern entfernte sich die Türkei aber nicht nur vom Westen. Auch die direkten Nachbarn gingen bald auf Distanz. Während dabei die Balkanländer der Logik des Westens folgten, störte sich Iran an den konfessionellen Vorlieben Ankaras. Denn wenn der Kampf zwischen den beiden Hauptströmungen des Islam, Sunniten und Schiiten, auch mehr als tausend Jahre alt ist, regelt er doch heute noch die Machtverhältnisse in der Region. Teheran sah also in den türkischen Avancen einen Versuch, die bisherige Machtbalance zu Ungunsten Irans zu verändern. Mit dieser Einschätzung hatte das Regime im Iran Recht. Denn genau das ist den türkischen Befürwortern einer aktiven Außenpolitik im Nahen Osten wichtig. Sie glauben fest daran, dass die Türkei nach 100 Jahren die Lücke wieder füllen kann und muss, die das Osmanische Reich zurückgelassen hat.

Doch der schmerzhafteste Verlust im Zuge des Syrien-Konflikts war für die türkische Außenpolitik das gute Verhältnis zu Russland. Denn seit Jahrhunderten spielt der große Nachbar im Norden die Rolle eines Gegengewichts zum Westen. Auch in den letzten Jahren gewann Russland aus türkischer Sicht an Bedeutung, weil Ankara versuchte, größere Distanz zum Westen zu halten und dadurch mehr Bewegungsfreiheit zu gewinnen.

Dieser Wunsch stieß jedoch sowohl in Syrien als auch in

der Ukraine an seine Grenzen. Während Russland in Syrien dem Baath-Regime unter die Arme griff und sich damit in diesem Stellvertreterkrieg auf die andere Seite der Front schlug, musste Ankara Moskau verärgern, als es die Krimtataren unterstützte und diese sich klar gegen den Anschluss der Krim an Russland stellten.

So scheiterte die „Politik der Null Probleme“, die anfangs so Erfolg versprechend aussah, an einer problematischen Grundsatzentscheidung der Regierung in Ankara. Der demokratische Aufstand im Nahen Osten und in Nordafrika führte binnen fünf Jahren zu einer außenpolitischen Isolierung der Türkei.

Komplette Isolierung

Die außenpolitische Isolierung des Landes war komplett, als im November 2015 ein türkischer Kampfflugzeug einen russischen Bomber vom Himmel holte, während dieser Stellungen der Rebellen im Norden Syriens bombardierte. Bei dem Zwischenfall kamen zwei russische Soldaten ums Leben. Nun verhängte Russland gegen die Türkei schmerzhaft Sanktionen. Die russischen Touristen, die seit einem Jahrzehnt die türkische Südküste überfluten und jedes Jahr Milliarden von US-Dollar hinterlassen, ließen sich 2016 nicht mehr blicken. Türkische Agrarbetriebe, vor allem jene, die Zitrusfrüchte für den russischen Markt produzieren, standen innerhalb kürzester Zeit vor dem Aus. Da diese Betriebe in Anatolien sehr weit verbreitet und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Bürger, die Wählerklientel der AKP, sind, stellte diese Entwicklung für die AKP eine direkte und existenzielle Bedrohung dar. Da zudem auch viele türkische Baufirmen ihre Aufträge in Russland verloren, erlitt die türkische Wirtschaft, die sich hauptsächlich auf den Bausektor stützt, einen schweren Verlust.

Der Versuch der Türkei, Moskau mit ähnlichen Mitteln unter Druck zu setzen, in dem sie z.B. Kirgisien und andere zentralasiatische Staaten dazu brachte, russischen Firmen Aufträge zu entziehen und an türkische Unternehmen zu geben, konnte den Verlust im Russlandgeschäft nicht kompensieren. Schlimmer noch: Russland wurde dadurch tief verärgert.

Ein echter Schock für Ankara war jedoch, dass nicht einmal die westlichen Verbündeten an der Seite der Türkei standen, obwohl der Westen seit einiger Zeit selber Sanktionen gegen Russland verhängt hatte und sich mehr und mehr einem neuen Kalten Krieg näherte.

Anfang 2016 steckte die Türkei außenpolitisch in einer Sackgasse. Sie war isoliert. Sie hatte international keine Gesprächspartner mehr, abgesehen von einigen relativ kleinen, durch Militärputsche und Bürgerkriege marginalisierten islamistischen Organisationen. Die guten Kontakte zu diesen Organisationen waren jetzt kein Vorteil, sondern eine Belastung.

Zwangskorrektur und Davutoglus Abgang

Die türkische Führung stand vor der Notwendigkeit einer schmerzhaften Korrektur ihrer Außenpolitik. Ankara musste sich schleunigst zu bestimmten Konzessionen bereitfinden, um die Gesprächskanäle zum Westen und zu Russland wie-

der zu öffnen. Der bisherige Architekt der türkischen Außenpolitik, Davutoglu, musste seinen Hut nehmen. Damit versuchte Erdogan alle Fehler ihm anzulasten, um die gleiche Außenpolitik ohne grundlegende Veränderungen weiterführen zu können.

Die Flüchtlingskrise und der verkrampte Umgang Europas damit bot der Türkei eine gute Möglichkeit, mit der EU ins Gespräch zu kommen, ohne dabei auf die eigenen Wünsche – größere Distanz zum Westen, mehr Einfluss im Nahen Osten und auf dem Balkan, Unterstützung islamistischer Organisationen in Syrien, im Nahen Osten und Nordafrika – zu verzichten. Die EU war zu allem bereit, wenn Ankara seinerseits bereit war, ihr die Last der Flüchtlinge abzunehmen.

Neue Gespräche zur Beilegung der politischen Krise mit Israel, neue Kontakte zum Iran und das verbale Zugeständnis, dass Baschar Assad nach der Beendigung des Bürgerkrieges zunächst weiter eine Rolle im politischen Leben Syriens spielen könnte, halfen sowohl bei den Beziehungen zur EU als auch zu Russland.

Nur die Obama-Administration in den USA bereitete der politischen Führung in Ankara Kopfschmerzen. Washington war zwar erfreut, als die Türkei anfang, einigermaßen effektiv gegen den IS vorzugehen, verfolgte aber mit Skepsis, wie die Türkei die kurdischen Verbündeten der USA in Syrien unter wachsenden Druck setzte. Auch von den guten Beziehungen Ankaras zu verschiedenen islamistischen Organisationen in der Region war Washington nicht gerade entzückt.

Außerdem stellten die USA fest, dass Erdogan und seine Führung nicht daran dachten, an ihren generellen außenpolitischen Zielen etwas zu ändern. Washington wusste, dass die Türkei auf die Dauer größeren Einfluss in der Region als andere Regionalmächte anstrebte. Das hätten die USA unterstützen können. Sie wussten aber nicht, in welcher Richtung Erdogan diesen Einfluss ausspielen würde. Sein Antiamerikanismus zumindest war nicht von der Hand zu weisen.

Zwei miteinander verwobene, komplexe Prozesse

Das erste Halbjahr 2016 verbrachten türkische Außenpolitiker mit dem Entwerfen einer korrigierten, aber in ihren Grundzügen gleichgebliebenen Außenpolitik. Ihr Problem dabei war, dass es auch im Inneren des Landes brodelte.

Erdogan hatte einen neuen Krieg gegen die Kurden vom Zaun gebrochen. Da die kurdische Guerilla unter der Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf diesen Krieg bereitwillig einging, punkteten Erdogan und die AKP in der Politik. Mit der Wahl am 1. November 2015 sicherten sie sich wieder die totale Kontrolle über das Parlament.

Doch das große innenpolitische Projekt, ein Präsidialsystem zu errichten, um damit die konservativen Strukturen des Staates politisch nachhaltig zu sichern, kam nur schleppend voran. Der Widerstand der Gesellschaft war enorm. Im Rahmen dieses politischen Systems stieß die AKP an ihre Grenzen. Um die notwendigen Veränderungen erfolgreich durchzusetzen, brauchte Erdogan nicht nur die Islamisten auf seiner Seite, sondern auch die Nationalisten, die in der türkischen Gesellschaft nicht zu unterschätzenden Einfluss haben. Der Krieg gegen die Kurden hatte sie

zwar erfreut, aber die notwendige außenpolitische Korrektur war bei den Nationalisten unbeliebt, vor allem, weil der Eindruck entstand, dass sie auf Druck ausländischer Mächte erfolgen sollte.

So waren zwei schwierige Prozesse miteinander verwoben. Erdogans Interessen und die seiner Partei standen in beiden Prozessen im krassen Gegensatz zu einander und blockierten sich gegenseitig.

Andererseits hatte die Türkei mit den Fehlern in Syrien auch zu einer Situation beigetragen, dass der Krieg immer mehr auf türkisches Gebiet überschwappte. Es waren nicht nur die mittlerweile außer Kontrolle geratenen Lager militanter Gruppen auf türkischem Boden, die die Behörden in Schwierigkeiten brachten. Täglich wurden türkische Dörfer und Städte an der Grenze zu Syrien von IS-Kämpfern beschossen. Der IS steigerte auch seine Anschläge innerhalb des Landes mit Hunderten von Toten.

Die Putschisten kommen zur Hilfe

Am 15. Juli steckte auch die Innenpolitik in einer Sackgasse. Das Projekt, die Türkei neu zu strukturieren, kam nicht voran. Der Versuch, durch den Krieg gegen die Kurden den politischen Weg zum Präsidialsystem zu ebnen, hatte nur mäßigen Erfolg.

Genau zu diesem Zeitpunkt kam es zum Putschversuch einiger Offiziere. Durch diesen schlecht organisierten Staatsstreich haben sie nicht nur Dutzende eigener Staatsbürger getötet und das Parlament, sowie verschiedene zentrale Schaltstellen des türkischen Sicherheitsapparats in Schutt und Asche gelegt, sondern auch Erdogan und seine Regierung in der Innen- und Außenpolitik mit einem Schlag aus der Sackgasse befreit. Erdogan selbst erfasste die neue Situation als erster. „Dieser Putsch ist ein Gottesgeschenk“ sagte er auf dem Istanbuler Flughafen, als er nach diesem langen Abend endlich landen konnte und in der Hauptstadt des Landes noch gekämpft wurde. Über Nacht hatten sich die politischen Verhältnisse grundlegend verändert. Gegen eine Regierung, die gerade einen Putschversuch erfolgreich vereitelt hatte, war jeder Widerstand zwecklos.

Seit dem 15. Juli leistet die faschistische Partei der Nationalen Bewegung (MHP), deren Anhänger in Deutschland als Graue Wölfe bekannt sind, Erdogan weitgehende Unterstützung bei der Umstrukturierung des Staates. Selbst nationalistische Abgeordnete der stärksten Oppositionspartei, der Republikanischen Volkspartei (CHP), sind mit vielen Schritten einverstanden, die als Anti-Terror-Maßnahmen verkauft werden, zum größten Teil durch administrative Erlasse erfolgen und im Endeffekt mehreren Tausend Menschen Freiheit und Zukunft rauben.

Nun ging man daran, in der Außenpolitik einige neue Schritte auszuprobieren. Unvermittelt ergab sich eine Möglichkeit, den Konflikt mit Israel beizulegen. Ein Brief an Putin, mit dem der Weg zur Versöhnung mit Russland geebnet werden sollte, war da schon ein schwierigeres Unterfangen. Die Nationalisten zu Hause würden keinen Schritt des Zurückweichens vor Moskau, dem „traditionellen Feind der Türken“, akzeptieren. Türkische Diplomaten lösten das Problem, in dem sie sich in der russischen Version des Briefes für den Tod der Soldaten entschuldigten und in der

türkischen Fassung diesen nur bedauerten. Der Trick fiel zwar auf, erfüllte aber seinen Zweck. Die Tür des Kremles ging einen Spalt breit auf.

Durch diesen Spalt ging Erdogan und traf am 9. August Putin. Fernsehbilder dieses Treffens zeigten einen immer noch beleidigten, schmollenden russischen Präsidenten und einen fast eingeschüchterten türkischen Staatschef. Dennoch war die Reise ein Erfolg. Im Verhältnis zum wichtigsten Nachbarn begann das Eis wieder zu schmelzen. Die neue Koalition in der Innenpolitik färbt in den letzten Wochen auch auf die Außenpolitik ab. Ohne dieses breite Bündnis wäre der Einmarsch in Syrien nicht möglich gewesen. Die große Mehrheit der Bevölkerung hat bis heute nicht viel Verständnis für diesen Einsatz, weil sie befürchtet, dass die Türkei in einen Sumpf geraten und untergehen könnte, wie es anderen Staaten im Nahen Osten geschehen ist.

Der Militäreinsatz in Syrien

Mit diesem Militäreinsatz hat die Türkei zunächst längs der türkischen Grenze eine Zone geschaffen, in der islamistische Gruppen nun die Kontrolle haben, die teilweise sogar Al Qaida nahestehen. Dabei geht der türkische Staat genauso vor, wie im Fall des Briefes an Putin. Im Inneren wird der Einsatz damit begründet, dass die Türkei an ihren Grenzen Terrororganisationen, wie IS oder die – aus türkischer Sicht terroristischen – Volksverteidigungseinheiten (YPG) nicht dulden könne. Dass die YPG, eine Organisation der syrischen Kurden, mit der PKK eng verbündet ist, dient dem türkischen Regime als willkommener Vorwand. Gegenüber den USA erklären türkische Diplomaten, es gehe um den Kampf gegen den IS. Denn schon lange haben sie begriffen, dass die USA jeden begrüßen, der mit Bodentruppen gegen den IS vorzugehen bereit ist. Moskau haben sie beschwichtigt, in dem sie Konzessionen in der Nachkriegszeit in Aussicht gestellt haben. Deshalb waren sie auch sicher, dass sie in Syrien einmarschieren könnten, ohne dabei russische Vergeltungsschläge für die abgeschossene Maschine zu befürchten, was sie in den Monaten davor von allzu gewagten Eingriffen in Syrien abgehalten hatte.

Andererseits weiß die Türkei, dass es die EU freute, wenn es gelänge, in Syrien selbst eine Zone zu schaffen, in die syrische Flüchtlinge abgeschoben werden könnten. Seit Jahren schlägt die Türkei eine Sicherheitszone vor, die auch zur Flugverbotszone erklärt werden sollte. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Anfang des Jahres bereits ihr Einverständnis mit einer solchen Zone kundgetan, wenn auch diese Erklärung damals in den alltäglichen Diskussionen über den Flüchtlingsdeal mit Ankara untergegangen ist.

Doch das eigentliche Ziel Ankaras ist einerseits, eine sichere Zone für die Kämpfer der Freien Syrischen Armee zu schaffen, die Truppe, die aus verschiedenen islamistischen Gruppen gebildet wurde und seit Jahren von der türkischen Regierung als Einheitsfront gemäßigter islamistischer Gruppen lanciert wird. Ein Flugverbot käme diesen Gruppen zugute, da sie bisher vor den Kampfjets der syrischen und vor allem der russischen Armee immer wieder kapituliert haben.

Andererseits möchte Ankara auch einen neuen Nach-

schubweg für die Islamisten schaffen, die Aleppo umzingelt haben, aber wegen des Vorrückens kurdischer Einheiten selber seit Monaten umzingelt sind. Am besten wäre aus Sicht Ankaras natürlich das Erreichen aller diese Ziele, was im Moment zumindest nicht unmöglich erscheint. Wohin genau dieses Manöver führen wird, ist schwer einzuschätzen. War die Lage in Syrien bisher schon komplex, so ist sie mit dem türkischen Eingreifen noch komplexer geworden. Da diese Militäroperation auch an anderen empfindlichen Stellen das militärische Gleichgewicht zu verändern droht, macht sie mehrere Parteien nervös: Russland, die Regierung in Damaskus, den IS, die Kurden in allen Ländern der Region und nicht zuletzt auch Irak und Iran.

Die türkische Außenpolitik hat feste Größen

In all diesem Chaos gibt es für Ankara dennoch eine feste Größe, an der es nicht rütteln lässt: die NATO-Mitgliedschaft und damit die Bindung an den Westen.

Sicherlich wird die Türkei sich auch weiterhin über die ungerechte Weltordnung laut beklagen und eine Reform der Vereinten Nationen zugunsten vor allem islamischer Staaten fordern, gegen jegliche Versuche der Kurden, ein Gebiet unter Kontrolle zu bringen, in dem sie einigermaßen souverän leben können, stets eine unnachgiebig erscheinende Haltung einnehmen und schließlich weiterhin eine größere Rolle für die Türkei in der Region einfordern. Aber ob islamistisch, nationalistisch oder westlich orientiert, alle türkischen Politiker wissen, dass das Land ohne Westanbindung und NATO-Mitgliedschaft bald größere Gefahren zu meistern hätte. Deshalb wird keiner von ihnen freiwillig auf den Schutzschirm der NATO verzichten.

Auf den Fall, dass jemand einfallen sollte, auf dem Gebiet des heutigen Iraks und Syriens Grenzen zu verändern und eventuell andere Staaten zu errichten, bereiten Erdogans Medien die türkische Gesellschaft schon vor: Dann muss die Türkei mit am Tisch sitzen. In den regierungsnahen Zeitungen werden bereits Landkarten veröffentlicht. Die türkischen Grenzen sollen vorgeschoben werden, große Teile Iraks und Syriens künftig zur Türkei gehören. Damit könnte die Türkei endlich auch große und ertragreiche Erdölfelder ihr Eigen nennen.

September 2016

Geopolitik und der Putsch in Brasilien

Brasilien Anfang des 21. Jahrhunderts

Von Achim Wahl, AK Lateinamerika der LINKEN

National orientierte Politiker sahen Brasilien nach den Wahlerfolgen der Arbeiterpartei PT und der zweiten Präsidentschaft von Luiz Inácio Lula da Silva (2007-2011) in einer Phase der nachhaltigen Modernisierung. Das Land verfüge über ausreichend Potenzen (Rohstoffe, gut entwickelter Industriepark und entsprechendes Niveau technologischer Entwicklung in strategischen Bereichen), denen eine Unterordnung auf internationaler und lateinamerikanischer Ebene nicht mehr entspreche. Ziel seiner nationalen Politik müsse deshalb sein, die großen sozialen Unterschiede zu verringern und seine Position international bedeutend aufzuwerten. Brasilien könne sich in Lateinamerika nicht allein entwickeln. Das sei nur mit entsprechenden Partnern in der Region möglich. In einer multipolaren Welt suche Brasilien Allianzen, die im Unterschied zur isolierten Blockbildung anderer Länder Gemeinsamkeiten und Zusammenarbeit in den Mittelpunkt stellen. Die Subordination in internationalen Organisationen und den internationalen Beziehungen müsse überwunden werden. Zu dieser Analyse gehörte die Feststellung, dass Lateinamerika eine traditionelle Einflusssphäre der USA darstellt, was die Entstehung autonomer Projekte in dieser Region erschwere. Mit der Existenz der Mitte-Links-Regierungen habe sich die Lage verändert. Erforderlich sei eine Verständigung zu den neu entstandenen Problemen, da sie weder von den USA noch von China allein gelöst werden können. Brasilien müsse gehört werden.

Eine solche Zielstellung kollidierte jedoch direkt mit US-amerikanischen Vorstellungen von der Rolle der USA in Lateinamerika. Letzte Ereignisse scheinen zu bestätigen, dass diese dabei sind, ihren Einfluss in Lateinamerika zurückzugewinnen. Politische Kommentatoren befürchten daher die Wiederkehr einer neoliberalen Politik, die sich als Neo-Monroe-Doktrin darstellt und in der Praxis die Durchsetzung des mexikanischen Modells der völligen Unterordnung zu realisieren sucht. Vieles hängt davon ab, wie sich die aktuellen Auseinandersetzungen in Brasilien entwickeln und wie sich die Beziehungen Brasiliens zu den USA gestalten werden.

Die PT-Regierungen und die Eliten Brasiliens

Die Wahlerfolge der PT waren Ergebnis des Kampfes sozialer Bewegungen und politischer Parteien gegen die Politik des Neoliberalismus. Teile der Bourgeoisie waren bereit, die gebildete Mitte-links-Regierung zu tolerieren. Allerdings stellte sich die mit dem internationalen Finanzkapital verbundene Fraktion der Bourgeoisie von Anfang an gegen die Regierung Lula und später die Regierung Dilma Rousseff.

Dieser Sektor, politisch repräsentiert durch die PSDB (Sozialdemokratische Partei Brasiliens), lehnt die post-neo-

liberale Politik ab und steht für freien Handel, Deregulierung, Privatisierungen, Einschränkung der Investitionen in die Infrastruktur und im Sozialwesen. Der Präsident Fernando Henrique Cardoso (PSDB, 1995-2002) setzte 1997 die Privatisierung des größten staatlichen Bergbauunternehmens Vale do Rio Doce durch. Aus dem Staatsunternehmen Petrobras wurde ein halbstaatliches, börsennotiertes Unternehmen, an dem der brasilianische Staat eine Beteiligung von 47 Prozent hält. Dieser Privatisierungsplan, der über Brasilien und Lateinamerika hinwegfegte, wurde durch die Regierung Lula im Wesentlichen gestoppt.

Präsident Lula versuchte, zwischen den Klassen zu vermitteln, während Rousseff (2010-2016) in einer Phase wirtschaftlichen Abschwungs in letzter Konsequenz an der Stärke der Opposition und an eigenen politischen Fehlern scheiterte. Mit Beginn des Wahljahres 2014 trat die gegenrassistische Fraktion erneut stärker auf, wirkte für die Rücknahme der sozialen Maßnahmen und nutzte den Versuch Rousseffs, strengere staatliche Marktregulierungsmaßnahmen durchzuführen, um die Präsidentin ihres Amtes zu entheben.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen: die Petrobras

Das Staatsunternehmen Petrobras wurde 1953 gegründet und per Gesetz Eigentümer aller sich auf brasilianischem Territorium befindenden Ölvorkommen. Dieses in der Verfassung von 1988 garantierte Staatsmonopol des Erdölunternehmens Petrobras wurde 1997 gebrochen. Die „Modernisierung“ der Verfassung mit dem Gesetz 9478 (1997) sah nunmehr vor, dass private Unternehmen, die Bohrungen in Brasilien durchführen, im Falle eines Erfolges das geförderte Erdöl als Eigentum betrachten, exportieren und verarbeiten können. Mit der Verfassungsänderung wurde der Weg geebnet, dass Exploration, Produktion, Verarbeitung und Transport sowohl von staatlichen wie privaten, das heißt, auch ausländischen Unternehmen, realisiert werden können.

Die Entdeckung reicher Erdölvorkommen

Die Entdeckung reicher Erdölvorkommen auf der Kontinentalplatte rund 200 Kilometer vor der Küste der Staaten Rio de Janeiro, Paraná, Sao Paulo, Santa Catarina und Espírito Santo auf einer Fläche von 6 000 bis 8 000 Quadratkilometern in einer Tiefe von 2500 und mehr Metern unter einer Salzschiefer von 700 bis 2000 Meter Dicke (Pre-Salt) wurde 2007 durch Präsident Lula publik gemacht. Allein die Lagerstätte „Carioca“ kann bis zu 33 Milliarden Fass Rohöl ergeben, womit sie nach Angaben der brasilianischen Erdölagentur die drittgrößte der Welt wäre.

Petrobras ist nach Meinung von Experten technologisch in der Lage, Explorationen im Ozean in großer Tiefe vorzunehmen. Das Unternehmen hat sich mit seiner Technologie einen der ersten Plätze in der Welt erobert. Es zählt zu den größten der Welt. Lula erklärte deshalb auch, dass Brasilien in 20-30 Jahren die größte Energieation der Welt sein werde. Von 2002 bis 2008 stiegen die Aktien der Petrobras an der New Yorker Börse um 912 Prozent.

Das Erdöl des Pre-Salt, die politischen Folgen und die IV. US-Flotte

Mit der Entdeckung von Pre-Salt eröffnete sich den herrschenden Eliten Brasiliens die Möglichkeit, geostrategische Ziele zu realisieren, die sie ohne reale energetische Basis vorher nicht hatten. National orientierte Politiker sahen sich in ihren Auffassungen bestätigt: Für Brasilien, abhängig vom internationalen Kapital, eröffnete sich die Chance, eigenständiger zu wachsen und sich unabhängiger zu machen. Der brasilianische Kapitalismus war jetzt in der Lage, große Gewinne aus Exporten zu erzielen und diese zur Ausweitung der produktiven Basis einzusetzen. Die PT-Regierung jedoch sah sich sofort mit Forderungen der Opposition konfrontiert, die völlige Liberalisierung des Erdölmarktes durchzusetzen. Die Öffentlichkeit reagierte mit der Bewegung „O petróleo é nosso!“ („Das Erdöl ist unser!“). So stellten sich diese Entwicklungsfragen während der zweiten Präsidentschaft Lulas (2007 – 2011) dar.

Brasilien geriet unter Druck. Außenminister Celso Amorim erhielt im Juli 2008 einen Anruf seiner US-Amtskollegin Condoleezza Rice, die ihn informierte, dass die USA ihre IV. Flotte des Südkommandos reaktivieren werden. Dieser Versuch der US-Außenministerin, Brasilien zu „beruhigen“, ließ allerdings in den Regierungskreisen Brasiliens die Alarmglocken schrillen. Sowohl Präsident Lula wie auch Celso Amorim verstanden, dass das Erscheinen der IV. Flotte eine Demonstration der militärischen Stärke der USA sein sollte, da sie als verlängerter Arm der amerikanischen Erdölunternehmen Exxon und Chevron betrachtet wird.

Die Reaktion der Regierung Lula

Für die Regierung Präsident Lulas ergab sich nach Meinung von Experten eine Debatte über die Zukunft der Beziehungen USA-Brasilien: Wird sie sich in Form einer Unterordnung, einer zwischenimperialistischen Kooperation oder in einer Konfrontation vollziehen? Vieles würde, so die Aussage, vom Verhalten unterschiedlicher Kapitalfraktionen abhängen, ob es ein Zusammengehen mit den USA geben oder Brasilien einen eigenen Weg der Stärkung der Integration im Rahmen von Mercosur und Unasur sowie der Unterstützung und Zusammenarbeit mit den BRICS für eine multipolare Welt einschlagen werde. Den Regierenden in Brasília war klar, dass die herrschenden Kreise der USA sich den Zugang zu Wasserreserven, zur Biodiversität und auch zu Erdölressourcen sichern wollten.

Die Regierung Lula entschied sich für den Weg der Sicherung der nationalen Interessen. Sie unternahm Schritte zur juristischen Absicherung der Lagerstätten und begann, die „Besondere Wirtschaftszone“ (200 Meilen vor der Küste) auch militärisch abzusichern. Brasilien ist Signatarstaat der Seerechtsübereinkommen der UNO von 1982, denen die USA nicht beigetreten sind.

2009 kaufte Brasilien eine kleine Flotte von U-Booten (vier konventionelle und ein atomgetriebenes von Frankreich). Die Regierung Lula verabschiedete im Dezember 2010 das Gesetz 12.351, das die Vergabe von Konzessionen bei den Pre-Salt-Feldern neu regelte. Das betraf sowohl Explorations- und Förderrechte wie auch die Aufteilung der Gewinne. Es legt das Monopol der Petrobras bei diesen

Operationen sowie die Beteiligung von Petrobras zu mindestens 30 Prozent an jedem versteigerten Gebiet und die Beteiligung nationaler Zulieferunternehmen fest. In der Öffentlichkeit wurde das Gesetz begrüßt und als nationale Errungenschaft bewertet. Es gab aber auch Stimmen, die meinten, dass eine Rückverstaatlichung der Petrobras notwendig gewesen wäre.

Die Opposition und ausländische Interessen

Für die Opposition, angeführt von der PSDB, wurde das Gesetz zum Angriffsziel brasilianischer Fürsprecher ausländischer Interessen, die die Rückkehr zum alten Vergabesystem forderten und den von der Regierung erreichten Kompromiss ablehnten. Die Attacken gegen die Petrobras wurden 2013 mit der Veröffentlichung des Buches „Das Erdöl. Reform und Gegenreform im Erdölsektor Brasiliens“ mit einem Vorwort des ehemaligen Präsidenten Cardoso eingeleitet. Gefordert wurden die Rücknahme des Gesetzes und der 30-prozentigen Teilhabe von Petrobras, die Wiedereinführung der früheren Regeln bei den Versteigerungen von Ölfeldern und die Rücknahme der obligatorischen Zulieferung der erforderlichen Technik aus nationaler Produktion. Im Sinne dieser Konzeption unternahm PSDB-Abgeordnete Vorstöße in der Abgeordnetenkammer und im Senat. Besonders tat sich der Senator José Serra (PSDB-Sao Paulo) hervor, der eine Gesetzesvorlage im Sinne dieser Forderungen einbrachte.

Die Enthüllungen von Wikileaks

Schlaglichtartig wurde diese Politik der Opposition durch die Enthüllungen Edward Snowdens entlarvt. Der genannte José Serra (in der Wahl 2002 Gegenkandidat der PSDB gegen Lula, 2010 gegen Dilma Rousseff) – so Wikileaks – hatte gegenüber Chevron zugesagt, sich für die Rücknahme des Pre-Salt-Gesetzes und die Veränderung der Regeln einzusetzen. Weitere Enthüllungen der Plattform erbrachten Nachweise der Spionage der NSA gegen die Regierung, gegen die Petrobras und die Entwicklungsbank BNDES, deren Aktivitäten ausgespäht wurden. Bekannt wurde, dass die NSA E-Mails, Gespräche und Textübermittlungen der brasilianischen Präsidentschaft, großer brasilianischer Unternehmen und von Privatpersonen ausspionierte. Aus den Enthüllungen ging ebenfalls hervor, dass die CIA Journalisten und diverse Medien finanziert, die sich alle auf der gleichen Linie bewegen: Front zu machen gegen die gesetzlichen Regelungen zu Pre-Salt.

Präsidenten Rousseff sagte daraufhin einen für Oktober 2013 vorgesehenen Staatsbesuch in den USA ab und verlangte vor der UN-Vollversammlung im September 2013 Antwort von Obama zu den gegen Brasilien durchgeführten Spionagemassnahmen. Die Vollversammlung unterstützte die Forderung Brasiliens. Mit der Absage des Besuches wurden auch Hoffnungen des Unternehmens Boeing begraben, das 36 Jäger des Typs F-18 Super Hornet im Wert von 16 Milliarden Dollar an Brasilien verkaufen wollte. Die brasilianische Begründung war einfach: Ein Kauf von solcher strategischen Tragweite könne nicht mit einem Land abgeschlossen werden, dem man nicht vertraut. Im Übrigen,

überraschend für Washington, sondierte Celso Amorim, der inzwischen Verteidigungsminister war, in Russland den Kauf von Jägern und Bombern des Typs Suchoi.

Der Testfall Libra – Versteigerung eines Erdölfeldes

Eine andere politische Debatte begann über die von der Regierung Rousseff beabsichtigte Versteigerung der Erdölquelle Libra. Ihre besondere Bedeutung erhielt sie vor allem nach den Wikileaks-Enthüllungen. Das Ölfeld Libra, gelegen vor den Küsten des Staates Rio de Janeiro, umfasst ein Gebiet von 1 500 Quadratkilometern mit einem geschätzten Volumen von zwölf Milliarden Fass. Internationale Erdölunternehmen hatten wiederholt ihr Interesse an der Libra-Quelle bekundet. In der Öffentlichkeit wurden deshalb Zweifel an der Entscheidung der Regierung geäußert, die trotz der Wikileaks-Enthüllungen an der Versteigerung festhielt. Umso verwunderlicher war, dass an der Versteigerung schließlich nur ein Konsortium von Petrobras (40 Prozent), Shell, Total und dem chinesischen Unternehmen CNPC/CNOOC zu je zehn Prozent teilnahm. Alle anderen westlichen Unternehmen wie Exxon, Mobil, BP und Chevron beteiligten sich nicht. Entscheidend dafür war, dass Petrobras als einziger Operateur eingesetzt wurde, die Transnationalen also selbst nicht die Ausführenden sein sollten und sich Petrobras nicht unterordnen wollten. Am Beispiel Libra wurden die geopolitische Dimension, das nationale Interesse und die Sicherung der nationalen Souveränität deutlich.

Nach in Brasilien vorliegenden Studien wird China in den nächsten Jahren weltweit der größte Ölimporteur sein, was sein spezielles Interesse an Brasilien unterstreicht. Das Unternehmen Sinopec ist seit 2005 am Bau einer Gasleitung beteiligt, die den Südosten mit dem Nordosten Brasiliens verbindet. 2009 wurde mit Petrobras ein Vertrag unterzeichnet, wonach das Unternehmen von der Entwicklungsbank Chinas einen Kredit über zehn Milliarden Dollar erhält. Mit dem Erscheinen chinesischer Unternehmen auf dem brasilianischen Erdölmarkt hat sich die Konkurrenz für westliche Firmen verschärft. In Sachen Versteigerung der Libra haben die Chinesen einen wesentlichen Erfolg verbucht.

Petrobras in Schwierigkeiten

Erhebliche Gewinnrückgänge, die beginnend mit dem Jahr 2010 circa 40 Milliarden Dollar (nach aktuellem Wechselkurs 204 Milliarden Dollar) ausmachten, führten zum Verfall des Marktwertes von Petrobras in den Jahren 2014/2015 fast um die Hälfte. Ursache für diese Verluste waren die aufgedeckten Korruptionsfälle, Kapitalabschreibungen und eine falsche Preispolitik der Regierung, die Petrobras in erhebliche Schwierigkeiten brachte. Der Inlandpreis für Benzin wurde im Vergleich zum externen niedrig gehalten. Die Verschuldung des Unternehmens erreichte im März 2015 52 Prozent. In Frage gestellt wurden damit die Investitionen, die für Pre-Salt vorgesehen waren. Um aus der Situation herauszukommen und die Möglichkeiten zu nutzen, die sich aus der Entdeckung der

Vorkommen im Off-Shore-Bereich (Pre-Salt) Brasiliens ergaben, unterstützte die Regierung vor allem die großen Liefer- und Baufirmen des Landes. Die finanzielle Schieflage von Petrobras und die unrealistische Politik der Regierung Rousseff waren willkommener Anlass für die Opposition, die Privatisierung von Petrobras und ihre Aufgliederung zu fordern.

Die Operation Lava Jato – Mittel zum Zweck

2013 wurden bei Petrobras Korruptionsfälle aufgedeckt. Von einem Kassierer einer Tankstelle in Brasília wurden Aufzeichnungen getätigt, die zur Verhaftung eines Kriminellen führten. Nach seiner Verhaftung in Curitiba (Hauptstadt des Staates Paraná) deckte er, um seine Haut zu retten, das System der Korruption auf, das seit langem bei Petrobras herrschte. Der mehrfach Vorbestrafte war einer der wesentlichen Mittelsmänner bei der Weitergabe von Schmiergeldern an Bauunternehmen, Direktoren von Petrobras und Politiker. Anfangs wurden Beschuldigungen gegen neun der wichtigsten Bauunternehmen laut, deren Chefs zusammen mit drei Direktoren von Petrobras festgenommen wurden. Das war der Beginn der Operation Lava Jato (an einer Tankstelle aufgedeckt, wurde die Operation „Autowäsche“ genannt).

Die folgenden Untersuchungen wurden auf fünfzig Politiker (Abgeordnete und Senatoren) ausgedehnt, die sieben verschiedenen Parteien angehörten. Aufgedeckt wurde ein Gemisch von persönlicher Bereicherung und Parteienfinanzierung. Verwickelt waren auch Politiker der regierenden PT. Joao Vaccari, Schatzmeister der Partei, wurde verhaftet. Mit der Erweiterung der Aktivitäten von Petrobras hatte sich ein kriminelles Kartell von Bauunternehmen, Direktoren und politischen Parteien gebildet, das die Versteigerungen von Erdölquellen dominierte. Erhebliche Summen flossen in die Taschen der höchsten Direktoren von Petrobras oder wurden politischen Parteien zugeleitet. Man spricht von drei Milliarden Dollar an Schmiergeldern. Diese Praktiken sind in der Geschichte des Unternehmens nicht neu. Bis zum Frühjahr 2013 genoss das Unternehmen Straflosigkeit.

Durch die Verhaftung des Kriminellen in Curitiba übernahm der zuständige Richter der ersten Instanz Sergio Moro die Ermittlungen. Die Ermittlungsgruppe in Curitiba, u.a. der Richter Sergio Moro, ausgebildet in Harvard, wurden zu wahren öffentlichen Helden, da sie sich durch ihren Eifer im Kampf gegen die Korruption auszeichneten. Erstmals in der Geschichte Brasiliens wurde Korruption ernsthaft verfolgt und verurteilt.

Aber Ziele und Methoden der Ermittlungen widersprachen zunehmend juristischen Regeln und Gepflogenheiten. Gezielte Denunziationen in der Presse, präventive Verhaftungen ohne Verurteilung, Vorwurf der Anstiftung zur Bestechung und öffentliche Einschüchterung wurden mehr und mehr zum Instrumentarium der untersuchenden Behörden. Dazu gehörte auch die Verbreitung von Informationen und sogar öffentlich gemachte Verdächtigungen in den Medien.

Diese Radikalisierung ging vor allem von den Staatsanwälten der Operation Lava Jato aus. Der Richter der ersten Instanz, Moro, war keineswegs das Zentrum der Operation.

Selbst die Föderale Polizei wurde als Werkzeug der Staatsanwälte benutzt. Das zeigte sich bei der illegalen Festnahme und geheimen Entführung von Ex-Präsident Lula, die nach Angaben des ehemaligen Justizministers der Regierung Cardoso einer Verhaftung gleichkam. In der Presse drang durch, dass das Ziel der Operation Lava Jato vorsätzlich darin bestand, eine mögliche Kandidatur Lulas bei der Präsidentenwahl 2018 zu verhindern.

Dieses System wurde selektiv angewandt und richtete sich vor allem gegen die Regierungspartei PT und Präsidentin Rousseff. Das Rechtssystem wurde durch diese illegalen Methoden verändert und dient in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Medien den konservativen Eliten. Das herbeigeführte Chaos birgt die Gefahr, das demokratische System auszuhebeln. In Brasilien zeichnet sich ein Szenarium ab, in dem die Justiz die Demokratie beseitigt und sich juristische Ordnung in juristisches Chaos verwandelt. Politische Beobachter sprechen aus heutiger Sicht von der Formierung eines Kartells von Justiz, vor allem den Staatsanwälten, Steuerbehörden und föderaler Polizei.

Ausländische Interessen und die Operation Lava Jato

Nun sind in der Öffentlichkeit Brasiliens Aktivitäten bekannt geworden, die politische Hintergründe der Operation Lava Jato verdeutlichen. Eine Gruppe von Staatsanwälten, an der Spitze der Generalstaatsanwalt Brasiliens, Janot, besuchte im Oktober 2015 die USA. Ihr Ziel war es, der US-Justiz Petrobras betreffende Dokumente zu übergeben, damit diese gemeinsam mit US Aktionären juristisch gegen Petrobras vorgehen sollte. Diese Staatsanwälte agierten im Interesse der US-Aktionäre gegen den brasilianischen Staat. Dabei geht es weniger um die Verurteilung krimineller Handlungen als um Zielstellungen, die direkt von geopolitischen Interessen diktiert werden.

Nach Recherchen gut informierter Journalisten formierte sich 2002 im Rahmen einer informellen internationalen Zusammenarbeit eine Allianz von Staatsanwälten und der föderalen Polizei im Kampf gegen die Korruption, an der US-Institutionen beteiligt sind. Eingeschätzt wird, dass die Öffentlichkeit seit den großen Manifestationen im Juni 2013 zielgerichtet auf die Auseinandersetzung mit den Korruptionsfällen vorbereitet wurde. Die passive Reaktion der Regierung auf die Manifestationen und ihre Fehleinschätzung erlaubte es den Medien, die ursächlich nicht gegen die Regierung ausgerichteten Proteste in eine Auseinandersetzung mit der Regierung und der PT münden zu lassen. Rechte Kräfte bemächtigten sich zunehmend dieser Bewegung. Der Korruptionsskandal Lava Jato wurde exakt im Februar 2014 bekannt, als das Land sich im beginnenden Wahlkampf befand.

Andere Beispiele zeigen, dass der neu ernannte Außenminister José Serra nach dem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Rousseff den Senator Aloysio Nunes mit dem Auftrag in die USA schickte, mit Lobbyisten und internationalen Gruppen in Verbindung zu treten. Er sollte das internationale Kapital überzeugen, in Brasiliens Erdölgeschäft zu investieren. Nunes traf sich auch mit einem Vertreter des State Department, dem Diplomaten Thomas Shannon.

Nach von Wikileaks veröffentlichten Dokumenten war Michel Temer, inzwischen Präsident Brasiliens, Agent der CIA. Bekannt wurde, dass er geheime Dokumente an die US-Botschaft übergab. Mit der Reise Janots in die USA wurde deutlich, dass die USA sich auf verschiedene Weise für Lavo Jato interessierten. Die Operation Lava Jato konnte seit diesem Zeitpunkt nicht mehr ausschließlich als Antikorruptionsbekämpfung betrachtet werden. Das Wahljahr 2014 wurde zu einer Auseinandersetzung zwischen der regierenden PT und den Eliten, die nicht nur für die Veränderung der Regeln und des Gesetzes 12351 aus dem Jahre 2010 eintraten, sondern für eine grundlegende Wende in ihrem und den geopolitischen Interessen ausländischer Kräfte.

Die Operation Lava Jato war ein willkommener Anlass, die bisherige Politik der PT-Regierungen grundsätzlich in Frage zu stellen. Temer kündigte sofort nach der Übernahme der Interimspräsidentschaft ökonomische Maßnahmen an: Erhöhung der Steuern, neue Privatisierungen und Reduzierung der Sozialausgaben.

Das Herangehen an Lava Jato und die Vorbereitung des parlamentarischen Putsches gegen Präsidentin Rousseff lassen den Schluss zu, dass neue Konzepte der Einflussnahme angewandt wurden, die mit dem Begriff „gewaltlose Aktion“ bezeichnet werden. Es wird mit psychologischen, sozialen und politischen Instrumenten agiert. Solche Aktionen eines „sanften Putsches“ oder der „smart power“, erarbeitet vom US-Ideologen Joseph Nye, nachzulesen in „The war on soft power“ (Foreign Policy, April 2011), unterscheiden sich von den bisherigen Methoden der Militärputsche. Auf die Putsche in Honduras 2009 und Paraguay 2012 folgte der „sanfte“ Putsch in Brasilien 2016.

Die Regierung Michel Temer und die Rückkehr des Neoliberalismus

Die von Temer berufene Regierung ist eine Versammlung von Millionären, Weißen und Vertretern der alten Eliten, darunter vielen, die während der Operation Lava Jato der Korruption beschuldigt wurden. Zum Außenminister berief Temer den bisherigen Oppositionspolitiker der PSDB, José Serra. Temer und Serra sind Repräsentanten der Paulistanner Bourgeoisie, mit denen völlige Übereinstimmung für die sofortige Veränderung der Politik gegeben ist.

Als Finanzminister wurde Henrique Mereilles und als Präsident der Zentralbank Brasiliens Ilan Goldfein ernannt. Gesichert ist damit die Kontrolle über die Geldpolitik, die internationalen Finanztransaktionen und die makroökonomischen Reformen, die den Interessen des Kapitals der Wallstreet und des „Washingtoner Konsens“ entsprechen. Mereilles, US-Staatsbürger, war Präsident der Boston Financial Global Banking (1999-2002) und späterer Präsident der brasilianischen Zentralbank unter Präsident Lula. Ilan Goldfein war Chefökonom der größten Privatbank Brasiliens, der Banco Itaú, mit engsten Verbindungen zum IWF und der Weltbank.

Zum Landwirtschaftsminister ernannte Temer einen der größten Landeigentümer Brasiliens, den „Sojabaron“ Blairo Maggi, der enorme Landflächen mit Soja und Zuckerrohr bewirtschaften lässt. Als Minister setzt er sich für den Verkauf von Ländereien an ausländische Unternehmen ein.

Die wesentlichsten Elemente des konservativen Projektes, das Temer verkündete, werden sein: Einschränkung der Rolle des Staates, Wiederaufnahme von Privatisierungen, Konzessionen an internationale Unternehmen, Abschaffung errungener Arbeitsrechte, Kürzungen der Sozialprogramme und der Renten. Somit die Realisierung eines Programms das in vorangegangenen Wahlen von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde. Ohne Zögern beseitigt die Interimsregierung nicht nur politische und soziale Errungenschaften, sondern stellt strategische Positionen zur Disposition wie die Veränderung des Pre-Salt-Regimes, die Position zum Mercosur (Gemeinsamer Markt des Südens), zur Unasur (Union der südamerikanischen Staaten) und zu den BRICS. Damit leitet Temer neuerlich eine Außenpolitik der Unterordnung auf internationalem Gebiet ein. Eine nüchterne Analyse der Jahre zwischen 2003 und 2016 besagt, dass dreizehn Jahre nicht ausreichend waren, um verfestigte kapitalistische Strukturen zu beseitigen. Mit dem Putsch steht die Rückkehr des Neoliberalismus unter den Vorzeichen des alten oligarchischen Systems, der Herrschaft der Finanzaristokratie, der Kontrolle der Medien und der Konzentration des Reichtums in wenigen Händen an.

Dafür hat Temer eine komfortable parlamentarische Mehrheit, in der Vertreter des Agrobusiness und des Bergbausektors dominieren. Der Kongress, der unter Führung seines Präsidenten Eduardo Cunha (selbst in die Korruption verwickelt) das Amtsenthebungsverfahren einleitete, ist der konservativste seit 1964. Nach offiziellen Angaben sind von 513 Abgeordneten 248 Millionäre. Nicht wenige von ihnen sind in den Korruptionsskandal von Petrobras verwickelt. Von den 65 Mitgliedern der von der Abgeordnetenkammer gebildeten „Kommission für die Amtsenthebung“ wurden 36 für kriminelle Handlungen verurteilt oder werden beschuldigt, solche begangen zu haben.

Die neue Rechte und ihre Förderer

Außerparlamentarisch kann diese Interimsregierung mit der Unterstützung der neuen Rechten rechnen, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat. Als eine neue rechte Gruppierung trat die „Movimento Livre Brasil“ (MLB – Bewegung Freies Brasilien“) seit den Manifestationen des Junis 2013 in Erscheinung. Obwohl sie versucht, sich als Basisbewegung darzustellen, wurde sie von der amerikanischen Gruppe „Students for Liberty“ ins Leben gerufen. Diese Gruppe ist mit Unterstützung des Institutes der Kochbrüder (US-Millionäre, tätig im Erdölgeschäft, Unterstützer der Tea-Party-Bewegung in den USA) weltweit tätig. Sie sind Verfechter des freien Marktes und identifizieren sich gern mit dem religiösen Opus Dei.

Eine andere rechte Gruppierung ist die „Vem Pra Rua“ („Raus auf die Straße“), die in Verbindung steht mit der PSDB und ihrem Präsidentschaftskandidaten 2014, Aécio Neves. Diesen Organisationen wurden finanzielle Mittel, Technik und Propagandamaterial zur Verfügung gestellt. Einige ihrer Anführer wurden in den USA ausgebildet, so zum Beispiel im Atlas Network, das verbunden ist mit der Tea-Party-Bewegung. Nach vorliegenden Untersuchungen kamen diese Bewegungen nicht „aus dem Nichts“, sondern wurden von diesen US-amerikanischen Institutionen gefördert.

Die neue Rechte propagiert die Freiheit des Marktes als Basis aller Freiheiten. Diese radikale Rechte präsentiert sich auf den Straßen und organisiert sich über Facebook und die Online-Ausgabe des „O Globo“, eines der reaktionärsten Blätter Brasiliens.

Neben diesen rechten Gruppen verstärkte sich der Einfluss der sogenannten Evangelikalen in Brasilien, denen nach Presseangaben etwa 20 Prozent der brasilianischen Bevölkerung angehören. Besonderen Einfluss übt diese Bewegung in den Vorstädten der großen urbanen Zentren aus, wo sie eine „Theologie der Prosperität“ predigt (d.h. gutes Leben auf der Erde und nicht im Himmel). Inzwischen sind die Evangelikalen in verschiedenen Parteien vertreten, sodass 18 Prozent der Abgeordneten des Kongresses dieser Sekte angehören. Selbst der zum Präsidenten des Kongresses gewählte Eduardo Cunha (PMDB) gehört zu dieser Bewegung. Cunha war die treibende Kraft bei der Vorbereitung des Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsidentin Rousseff.

Das Verfahrens gegen Dilma Rousseff

Am 29. August begann die abschließende Beratung zum Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Rousseff im brasilianischen Senat. Sie wurde abgewählt. Die Olympischen Spiele in Brasilien sind vorüber und Brasilien steht vor völlig neuen Problemen. Nicht wenige meinen, dass im gegenwärtigen Moment der Krise das Wort „Putsch“ nicht das wiedergibt, was real vorgeht.

Warum spricht Xi Jinping, Präsident und Generalsekretär, vom Marxismus?

Eine Betrachtung zum Buch „China regieren“

Vortrag von Wolfram Adolphi
im Chinesischen Kulturzentrum Berlin am 15.6.2016

In dem fast 600 Seiten umfassenden, 2014 in Beijing erschienenen Buch von Xi Jinping, Präsident der VR China und Generalsekretär der KP Chinas, das den Titel „China regieren“ trägt, stehen im Index hinter dem Stichwort „Marxismus“ 18 Seitenangaben und hinter dem Stichwort „Marxismus-Leninismus“ sechs. Ebenfalls sechs Seitenangaben finden sich beim Eintrag „Mao-Zedong-Ideen“ und 17 beim Eintrag Deng-Xiaoping-Theorie. 52 Seitenangaben gelten dem Stichwort „chinesischer Sozialismus“. Muss uns das interessieren? Ich denke, ja. Und das aus zwei prinzipiellen Gründen.

Zum einen, weil der, der da über „China regieren“ schreibt, einer kommunistischen Partei vorsteht, deren Mitgliedschaft mit 90 Millionen größer ist als die Bevölkerung Deutschlands und auch vieler anderer durchaus großer und einflussreicher Staaten dieser Welt, und weil das Land, in dem diese Partei die Führungsrolle innehat, das bevölkerungsreichste der Welt ist und mehr als ein Sechstel der Weltbevölkerung stellt. Wohin dieses Land geht, kann niemandem gleichgültig sein. Und zum anderen, weil die Welt vor Problemen steht, für deren Lösung derzeit niemand wirklich eine Antwort hat. Der Klimawandel bedroht die Menschheit in ihrer Existenz; die industrielle Revolution ist geprägt von unerhörtem technologischem Fortschritt, vernichtet aber zugleich Hunderte Millionen Arbeitsplätze, produziert Migration in bisher unbekannter Größenordnung und trägt das Potenzial der Selbstabschaffung der Menschheit in sich; die Geißel des Krieges ist nicht nur nicht gebannt – sie erhebt vor uns in völlig neuen Dimensionen. Wie könnte man da ernsthaft auf die chinesischen Erfahrungen, Pläne, Konzepte verzichten?

Aber in Deutschland geschieht genau das. Es wird darauf verzichtet. Von unterschiedlichen Gruppen aus unterschiedlichen Gründen. Da sind erstens diejenigen – sie haben in Deutschland die Macht –, die zum einen in vielfach bewährter kolonialer und rassistischer Attitüde alles, was außerhalb ihres „abendländischen“ Raumes und Bewusstseins geschieht, und zum anderen in fundamental-antikommunistischer Attitüde alles, was auch nur irgendwie nach Sozialismus riecht, gleichermaßen geringschätzen, verspotten, zuweilen auch begehren oder einfach nur mit Ignoranz strafen. Haltung und Handeln dieser ersten Gruppe sind nicht verwunderlich. Systembedingtheit und unheilvolle Tradition sind klar zu erkennen. Rot-China war den Herrschenden in Deutschland schon ein Feind, als es in den 1920er Jahren gerade erst begann, in winzigen Formen und zaghaft allererste Gestalt anzunehmen. Die „Gelbe Gefahr“ wurde schon beschworen, als mit dem Boxeraufstand von 1900/1901 nichts Anderes geschah als Widerstand auch gegen die deutsche Fremdherrschaft zu leisten.

Durchaus verwunderlich aber ist die Distanz zur Politik der KP Chinas einer zweiten Gruppe von Menschen, die sich aus diesen oder jenen Gründen einstmalig genau dieser KP Chinas sehr verbunden fühlten. Dabei empfiehlt sich eine Unterteilung in a) diejenigen, die in der DDR als Anhänger der sozialistischen Idee der SED das Auf und Ab in den Beziehungen zur VR China und zur KP Chinas von enger Freundschaft in den 1950er Jahren über erbitterte Feindschaft in den 1960er und 1970er Jahren bis zur vorsichtigen und alles andere als unklugen Annäherung in den 1980er Jahren durchlebten; und b) diejenigen, die als Anhänger eines vom KPdSU- und SED-Sozialismus unterschiedenen Sozialismus vornehmlich in der BRD, durchaus aber auch untergründig in der DDR sich dem verschrieben hatten, was als Maoismus firmierte.

Beide Gruppen sind auf eine seltsame Weise unzufrieden mit dem, was die KP Chinas da heute treibt. Gruppe a) fragt sich, ob das denn wirklich Sozialismus sei – obwohl sie doch selbst gerade erst einen Sozialismus gründlich zu Grabe getragen hat und nicht wirklich weiß, wie er denn aussehen soll: der erfolgreiche Sozialismus. Und Gruppe b) ist völlig ratlos. Das Vorhaben, den sowjetisch-osteuropäischen Staatssozialismus mittels Maoismus zu überwinden, ist schmachvoll gescheitert. Und nun sind Staatssozialismus und Maoismus gleichermaßen fort, übriggeblieben ist nur – jedenfalls im Westen – der neoliberal entgrenzte Kapitalismus. Ich plädiere unter diesen Bedingungen für unbedingte Neugier auf das Chinesische. Und dafür, die KP Chinas, die ich im Folgenden bei ihrem chinesischen Namen Gongchandang nennen will, absolut ernst zu nehmen.

Das mit dem Namen ist dabei für mich keine Randfrage. Gongchandang zu sagen, scheint mir dem Anliegen der Neugier und des Ernstnehmens besser zu entsprechen. Es ist eine Bremse für ein allzu schnelles Herbeiziehen all dessen, was man „schon immer“ mit den Worten „kommunistisch“ und „Kommunismus“ verbunden hat. – Im Falle einer anderen chinesischen Partei hat sich dieses Verfahren übrigens schon einmal über die ganze Welt verbreitet und bewährt: im Falle der Guomindang. Man hat diesen Namen selten übersetzt. Niemand hat Staats-Volks-Partei gesagt. Im Westen stand für Guomindang-Politiker manchmal „Nationalists“ und für Guomindang-Regierung „Nationalist Government“. Aber sonst: auf Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch Guomindang. Die herrschende Partei der Republik China eben.

Die Gongchandang also, die herrschende Partei der Volksrepublik – jetzt komme ich endlich zum Zitieren – will den „chinesischen Sozialismus“ aufbauen und sieht in ihm „die wesentliche Errungenschaft eines über neunzig Jahre währenden Prozesses des Kampfes, der Kreativität und des Sammelns von Erfahrungen“.¹ – Hier ist ein Moment des Innehaltens angezeigt. Lassen wir die Bilder vom Wahlkampf in den USA Revue passieren. Oder hier in der Bundesrepublik Deutschland. Stellen wir uns in diesen Wahlkämpfen eine Bezugnahme auf die vergangenen neunzig Jahre vor, in der diese Zeit als ein „Prozess des Kampfes, der Kreativität und des Sammelns von Erfahrungen“ beschrieben wird. – Und lassen wir uns auch den Ort und Anlass dieser Rede von Xi noch einmal auf der Zunge zergehen: das 1. Kollektive Lernen des Politbüros des XVIII. ZK. Genug. Zurück zum Buch, weiter im Zitat: „Nur“ unter „dem großartigen Banner des chinesischen Sozialismus“ könne

„zum hundertjährigen Bestehen“ der Partei – das ist im Jahre 2021 – eine „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ vollendet und „zum hundertjährigen Bestehen der Volksrepublik China“ – das ist 2049 – „ein wohlhabendes, mächtiges, demokratisches, zivilisiertes und harmonisches sozialistisches Land“ errichtet werden.² – Ein weiterer Moment zum Innehalten und Vergleichen. Da nennt jemand Ziele in begreiflicher Lebenszeit: bis 2021 eine Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand, bis 2049 ein wohlhabendes, mächtiges, demokratisches, zivilisiertes und harmonisches sozialistisches Land. Woher dieser Optimismus? Die Gongchandang habe – ich zitiere weiter – „unumkehrbar sowohl das im Inland begründete als auch das durch ausländische Mächte verursachte Unheil seit der Moderne beendet, das harte Los von Armut und Schwäche überwunden und unumkehrbar den historischen Vormarsch des chinesischen Volks zu ständiger Entwicklung, zu neuer Größe und zur großen Renaissance in Gang gesetzt“.³ Im chinesischen Sozialismus seien „Praxis, Theorie und System eng miteinander verbunden“.⁴

Und nun kommt der Marxismus ins Spiel: „Das theoretische System des chinesischen Sozialismus ist das jüngste Ergebnis der Sinisierung des Marxismus und es umfasst die Deng-Xiaoping-Theorie, die wichtigen Ideen der Drei Vertretungen und das Wissenschaftliche Entwicklungskonzept; zusammen mit dem Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen setzt es Beibehaltung und Entwicklung, Erbe und Erneuerung zueinander in Beziehung. Der Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen dürfen keinesfalls aufgegeben werden – ansonsten würde ein Verlust des Wesentlichen drohen. Zugleich müssen wir uns unbedingt auf die realen Probleme bei der Reform und Öffnung sowie der Modernisierung unseres Landes sowie unsere aktuelle Agenda konzentrieren und unser Augenmerk auf die Anwendung der marxistischen Theorie, theoretische Überlegungen zu realen Problemen sowie neue Praxis und neue Entwicklungen richten. Die Beibehaltung des theoretischen Systems des chinesischen Sozialismus im gegenwärtigen China bedeutet wahres Festhalten am Marxismus.“⁵

Wer jetzt ein wenig verwirrt ist, muss sich wahrhaftig nicht schämen. Das sind in der Tat Themen und Wörter, wie sie nicht alle Tage zu hören sind. Aber wir sollten unsere Verwirrung, unser Nichtverstehen nicht einfach auf den schieben, der das so formuliert hat. Und auf jeden Fall verzichten sollten wir in unserer Verwirrung auf das Wort „Parteichinesisch“! Denn das dient nur allzu oft als Freibrief für eigene Verstehensverweigerung – und hat außerdem so einen kolonial-überheblichen Klang. – Zum Vergleich: Wenn wir in eine Bank gehen und es erklärt uns jemand in der Bankensprache etwas über Aktien, dann sind wir verwirrt und überwältigt und nehmen uns fest vor – weil wir ja Aktien wollen und darüber hinaus auch noch, dass die Aktien Gewinn abwerfen –, uns hinein zu vertiefen in das, was uns da erzählt wird. Also: Die Begriffe zu lernen und sie zueinander ins Verhältnis zu setzen. Ähnlich ist es bei neuen Computerprogrammen. Wenn uns in diesem Falle also eine Investition in eigene Neugier, eigenes Verstehen, eigenes Lernen gerechtfertigt erscheint – müsste es dann bei einem Entwicklungsprogramm der größten Partei dieser Erde nicht umso mehr gerechtfertigt sein?

Von „Drei Vertretungen“ war da eben die Rede. Was ist das? Gemeint ist – ich zitiere die entsprechende Anmer-

kung im Buch –, dass die Gongchandang „stets die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte, die Richtung des Vorwärtsschreitens fortschrittlicher Kultur und die grundlegenden Interessen der überwiegenden Mehrheit des chinesischen Volks vertreten“ müsse.⁶ – Und was ist das „Wissenschaftliche Entwicklungskonzept“? Sein „wichtigster Punkt“ ist „die Entwicklung“, sein „Kern“ der „Mensch als Grundlage aller Dinge“, seine „grundlegende Forderung“ ein „umfassendes, koordiniertes und nachhaltiges Vorgehen“ und seine „wesentliche Methode“ die „einheitliche Planung unter Berücksichtigung aller Faktoren“.⁷

Die „Drei Vertretungen“ werden Jiang Zemin zugeschrieben, als Schöpfer des „Wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ gilt Hu Jintao. Und dann ist da, wie schon gesagt, noch die Deng-Xiaoping-Theorie. Was nun wäre darunter zu verstehen? Die Anmerkung im Buch sagt, es sei diejenige Theorie, die „erstmal relativ systematisch erste Antworten auf eine Reihe von elementaren Fragen darüber [gibt], wie China als wirtschaftlich und kulturell relativ rückständiges Land den Sozialismus aufbauen, konsolidieren und entwickeln kann“.⁸ Und die Mao-Zedong-Ideen? Sie gelten laut Fußnote als „theoretische Zusammenfassung einer Reihe authentischer Erfahrungen aus der chinesischen Revolution und der Praxis des Aufbaus am Beispiel des Kommunisten Mao Zedong und in Anlehnung an die Grundsätze des Marxismus“.⁹ – So sind sie alle in eine Geschichte gebracht: die „Führungsmannschaft der ersten Generation um Mao Zedong“, die der „zweiten Generation um Deng Xiaoping“ und die der „dritten Generation um Jiang Zemin“, zu der auch Hu Jintao gehört. Daraus lasse sich „ersehen, dass der chinesische Sozialismus die Ideale und Versuche mehrerer Generationen chinesischer Kommunisten in sich trägt“; außerdem seien ihm „auch die lange gehegten Wünsche und Hoffnungen unzähliger Humanisten und Idealisten anvertraut“, und er schlage sich „im Kampf und der Aufopferung von Millionen Menschen nieder“¹⁰. Das ist ein einmaliger Vorgang bei sozialistischen Ländern oder kommunistischen Parteien: dass sie die Generationen und Führungsleute, die doch in vielfachen Widersprüchen zueinander standen, so in eine einzige lange Traditionslinie stellen.

Aber ist das nicht alles sehr gewollt mit diesen verschiedenen Theorien, sehr willkürlich, sehr instrumentalisiert? Mag sein. Aber ehe wir schnell den Stab darüber brechen, sei der US-amerikanische Sinologe William Theodore de Bary aus einem Buch von 1960 zitiert. Dort stellt er fest, dass „die große Bedeutung, die die chinesischen Kommunisten der Theorie beimessen, nicht übersehen werden“ dürfe. „Wie erfunden diese Theorie auch immer als Erklärung sein mag“, meint de Bary, könne doch „kein Zweifel daran bestehen, dass die Annahme der Theorie durch die chinesischen Kommunisten diesen eine ideologische Einheit und Dynamik verlieh, die ihren Gegnern – Chinesen und sogar Abendländern“ – Einschub: de Bary sagt „sogar Abendländern“! Das ist es, was ich mit kolonialistischer Attitüde meine –, also nochmal: „die ihren Gegnern – Chinesen und sogar Abendländern – manchmal fehlen“.¹¹ Fragen wir also, auf welche Weise das beschriebene Denken in der chinesischen Praxis der Gesellschaftsgestaltung Einfluss gehabt hat und weiter hat. Das ist das Wichtigste: fragen, nicht „schon wissen“ oder „schon immer gewusst haben“.

Fragen wir zum Beispiel: Wie ist es gelungen, innerhalb kurzer Zeit 500 Millionen Menschen vom Hunger zu befreien? – ich wähle bewusst dieses Beispiel, weil es den Kern des Problems westlicher Aufmerksamkeit für chinesische Entwicklungen trifft. So wird etwa der Hinweis darauf, wenn der Westen in seinen ehemaligen Kolonien eine solche Leistung zum Weg aus dem Hunger erbracht hätte wie China, in Afrika oder Indien sehr viel bessere Verhältnisse herrschen würden, als es jetzt der Fall ist, gewöhnlich gar nicht verstanden. Warum ist das so? Weil es in der westlichen Sicht Mode ist, die Dinge je nach Bedarf in internationale Zusammenhänge zu stellen oder eben auch nicht. Die Dinge in China werden ganz selbstverständlich als ein inneres, nationales Problem angesehen, und demzufolge sei das mit der Überwindung des Hungers auch ein inneres, nationales Problem. Dass und wie die Chinesen es lösen, ist aus dieser Sicht dann deren Sache und weiter nichts. Und Afrika? Auch da spricht der Westen allzu gern davon, dass der Hunger hausgemacht sei wie die Konflikte auf dem Kontinent überhaupt. Dass in Wahrheit aber die Wurzeln des Hungers und der Konflikte viel tiefer reichen; dass sie mit der Kolonialpolitik der westeuropäischen Mächte zu tun haben und mit der auf diese koloniale Ausbeutung folgenden Einbindung der Länder in die vom Westen dominierte und auf dessen Gewinn ausgerichtete Weltwirtschaft, das wird ausgeblendet, um die eigene Verantwortung wegzureden.

Das ist eingeübt, und das ist bequem. Nur: Es geht in beiden Fällen um ein Menschheitsproblem, das nur bedingt mit nationalen Grenzen zu tun hat. Und wenn man es lösen will, könnte es hilfreich sein zu schauen, wie den Chinesen die Lösung gelungen ist. In ihrem riesigen, mehr als eine Milliarde Menschen umfassenden Wirtschaftsraum. Der Westen weigert sich, das Problem in seinem mehr als eine Milliarde Menschen umfassenden Wirtschaftsraum ebenfalls zu lösen. Die politische Gliederung des Wirtschaftsraumes wird zum entscheidenden Kriterium gemacht – nicht aber das Problem selbst. China musste das Problem als ein Inneres behandeln und lösen. Der Westen hingegen – so sind die vorherrschende Denkart und Praxis – könne es getrost externalisieren. – Aber nun erleben wir gerade in der jüngsten Zeit mit großer Wucht, dass diese Externalisierung auch für den Westen selbst nicht mehr gut gehen kann. Globalisierung ist keine Einbahnstraße. Kriege im armen Süden schlagen auf den reichen Norden zurück. Die Not im armen Süden schlägt auf den reichen Norden zurück. Es ist höchste Zeit für ganz neue Politikansätze. Müssten da die chinesischen Erfahrungen nicht eine viel größere Rolle spielen als bisher?

Oder nehmen wir ein anderes großes und übergreifendes Problem: die Migration. Das reiche Westeuropa meint, sich mit einem brutalen Regime an seinen Außengrenzen abschotten zu müssen, weil es angeblich nicht Millionen Flüchtlinge aufzunehmen in der Lage ist. Wie ist das mit den 125 Millionen Migrantinnen und Migranten in China? Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen – also Gründen des Anspruches auf ein besseres Leben, wie sie jedem Menschen eigen sind – aus rückständigen Berg- und Landwirtschaftsregionen in hoch industrialisierte, hoch urbanisierte Regionen wandern und dort aufgenommen werden. 125 Millionen. Sage niemand, das sei dort kein Problem, weil es doch um ein und dasselbe Land – China eben –

geht. Man erinnere sich nur der vielen Erzählungen von Flüchtlingen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges von Deutschland nach Deutschland kamen, darüber, wie sehr sie angefeindet worden sind in ihrer neuen Heimat trotz gleicher Sprache und dessen, was man so allgemein „Kultur“ nennt, ohne es doch genau beschreiben zu können. – Ein Zehntel der Gesamtbevölkerung hat sich in China über tausende Kilometer vom Land in die Stadt auf den Weg gemacht hat, von einer Lebensweise in eine ganz andere, von einem Dialekt in einen ganz anderen. Und es scheint so, als gelinge diese unglaubliche Migration, ohne dass das Land dabei zerrissen wird.

Ich komme zurück zu meiner Ausgangsfrage: Welche Rolle spielt das vorhin umrissene Theoriegebäude für die Bewältigung dieser Aufgaben? – Ich kann diese Frage nicht beantworten. Ich kann auch die Frage, wie sie im Thema meines Vortrags gestellt ist, nicht beantworten. Ich weiß nicht, warum Xi Jinping vom Marxismus spricht. Aber ich bin dabei, Ideen zu entwickeln, aus denen mir ein Verständnis des Herangehens von Xi Jinping erwachsen könnte. Also: Er spricht vom Marxismus. Und das nicht nur einmal oder zufällig, sondern oft und zielgerichtet. – Noch ein Beispiel dafür – und zwar vom 15. Kollektiven Lernen des Politbüros am 26. Mai 2014. Es geht dort um die „Frage der Funktionen des Marktes und der Regierung“, und er sagt, man solle „diese beiden – die ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes und die ‚sichtbare Hand‘ der Regierung – dialektisch betrachten und gut nutzen.“ Und weiter: „Dass der Markt bei der Ressourcenverteilung die entscheidende Rolle spielen soll“, sei „ein neuer Durchbruch in der Erkenntnis unserer Partei über die Gesetze, die sich auf die Entwicklung des Sozialismus chinesischer Prägung beziehen“, und es sei „zudem [...] auch ein neuer Erfolg für die schöpferische Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus in China,“ das Kennzeichen des „Eintritts der sozialistischen Marktwirtschaft in eine neue Phase.“¹² Und ein letztes Beispiel – aus einer Rede auf der Nationalen Konferenz für Organisationsarbeit vom 28. Juni 2013. Da geht es um die Parteikader. „Um feste Überzeugungen besitzen zu können“, müssten „Parteikader an ihren großen kommunistischen Idealen festhalten, aufrichtig an den Marxismus glauben, sich konsequent für den chinesischen Sozialismus einsetzen und die grundlegenden Theorien, den grundlegenden Kurs, das grundlegende Programm sowie die grundlegenden Erfahrungen und Forderungen der KP Chinas unbeirrt befolgen“.¹³

An den Marxismus glauben sollen die Kader. An ihren kommunistischen Idealen festhalten. Sich für den chinesischen Sozialismus einsetzen. Das klingt – ja, wie klingt das denn? Das klingt zum Beispiel nach Konfuzius: Auf die Frage „Wie muss man sich verhalten, um gute Politik zu machen?“ antwortet Konfuzius: „Auf fünf Tugenden achten, vier Übel hingegen ausmerzen.“ Und welches, wird er weiter gefragt, sind die fünf Tugenden? „Regieren zum Wohl des Volkes, aber nichts verschwenden. Vom Volk etwas fordern, aber es nicht zum Murren bringen. Wünsche haben, aber nicht das Maß überschreiten. Amt und Würden haben, aber nicht in Hochmut verfallen. Respekt fordern, aber nicht zum Despoten werden.“ Und die vier Übel? „Nicht belehren, aber töten – das ist grausam. Von den Menschen etwas fordern, aber sie nicht vorbereitet haben – das bringt sie in Bedrängnis. Nachlässig sein im Befehlen, aber

prompte Ausführung fordern – das verletzt die Menschen. Anderen Lohn zu schulden, aber dabei zu knausern – das ist kleinlich.“¹⁴

Ich möchte nicht missverstanden werden: Es geht mir hier nicht um jedes einzelne Wort des Philosophen Konfuzius, der vor 2500 Jahren gelebt hat (von 551 bis 479 vor unserer Zeit) – obgleich auch das seinen Reiz hätte. Sondern es geht mir um die vergleichbare Art der Ansprache. Der Leipziger Philosoph und Sinologe Ralf Moritz, dessen Konfuzius-Übersetzung aus dem Jahre 1982 die eben vorgetragenen Zitate entnommen sind, stellt für „das traditionelle chinesische Denken“ fest, dass es durch eine „spezifische, intensive Orientierung auf den Menschen als historisch-gesellschaftliches Wesen, auf seine Lebensweise, Moral, sein Verhalten in seiner sozialen Funktion“ charakterisiert sei.¹⁵ Die Lehre des Konfuzius enthalte „sowohl philosophisches wie religiöses Bewusstsein“, wäre aber „weder als Philosophie noch als Religion zutreffend bezeichnet, sondern eher als ethico-politische Lehre“.¹⁶ Eine wichtige Rolle in dieser Lehre spielt auch das Vorbild. Auf die Frage, was Regieren heiße, sagt Konfuzius: „Dem Volk vorangehen, ihm ein Beispiel geben und es anspornen.“¹⁷

Können wir das, was Xi Jinping da entwickelt, eine ethico-politische Lehre nennen? Von Marcel Granet, einem der bedeutendsten Erkunder des chinesischen Denkens, erfahren wir schon in den 1930er Jahren, dass die Chinesen „klar definierten Begriffen [...] bezugreiche Symbole“ vorzögen.¹⁸ Kann es sein, dass jene Aufzählung von Lehren, der wir eingangs des Vortrages begegnet sind – die Mao-Zedong-Ideen, die Deng-Xiaoping-Theorien, der Marxismus-Leninismus und der Marxismus – eine Aufzählung nicht so sehr von klar umrissenen Begriffsgebäuden, sondern eher von bezugreichen Symbolen ist? Und dass die Verbindung dieser Symbole mit allbekannten Namen dem uralten Gebrauch der Vorbilder entspricht?

„Der Begriff der Vorbilder“, so noch einmal Marcel Granet, habe „die Chinesen davor bewahrt, sich über der Menschenwelt eine Welt transzendenter Gegebenheiten ersinnen zu müssen, indem er ihnen erlaubte, sich eine elastische und formbare Vorstellung von der Ordnung zu erhalten.“ Ihre „von konkreter Naturerfahrung durchdrungene Weisheitslehre“ sei daher „entschieden humanistisch“.¹⁹

Aber ist das nicht alles viel zu einfach? Mao und Deng und Marxismus-Leninismus und Marxismus – alles in einem Satz zusammengezogen? Wo doch die Politik Maos und Dengs sich voneinander unerhört unterschied? Und Mao sich so weit entfernt hatte vom Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung? Granet zufolge „kennen“ die Chinesen „nicht das religiöse Ungestüm, das dazu verurteilt, die Dinge zwischen dem Guten und dem Bösen aufzuteilen“.²⁰

Symbole, Vorbilder – alle dazu dienend, viele Menschen dazu zu bringen, einen gemeinsamen Weg zu gehen mit einem gemeinsamen Ziel. Die Widersprüche dabei sind die Widersprüche der Dinge und Erscheinungen in sich selbst – und nicht zwischen zwei Dingen oder Erscheinungen. – Ein weiteres: die Erfahrungen. Wer heute von Sozialismus spricht, hat überall in der Welt eine Fülle ganz unterschiedlicher Theorien und Erfahrungen zur Hand. Da ist die marxistische Vorstellung vom ‚gesetzmäßigen‘ Herauswachsen des

Kommunismus aus dem Kapitalismus dann, wenn die Entwicklung der Produktivkräfte das erheischt. Das war gedacht als ein die ganze kapitalistische Welt umfassender und die Kolonien mitreibender Prozess. Die Geschichte – bekanntlich – lief anders. In Russland siegte 1917 eine Revolution, aber dort waren die Produktivkräfte nicht so weit, dass sie die Revolution erheischt hätten, sondern es war der Widerspruchsknoten aus Krieg und Hunger und Herrschaftsunfähigkeit der Herrschenden, der die Revolution ermöglichte, und dort, wo sie durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte hätte erheischt werden können, blieb sie aus. So also eine ‚unnormale‘ Entwicklung in der Sowjetunion, aber mit gewaltiger Ausstrahlung von Beginn an vor allem in den Osten, nach China, wo sich eine ähnliche ‚unnormale‘ Entwicklung vollzog: rückständige Produktivkräfte, aber revolutionäre Bewegung erwachsend aus Widerspruchsknoten.

Mao denkt, man könne durch stetige und stetig beschleunigte revolutionäre Bewegung den Rückstand der Produktivkräfte wettmachen – und endet mit dieser Theorie im Fiasko der Kulturrevolution. Deng, dies vor Augen habend, orientiert konsequent auf die Entwicklung der Produktivkräfte – aber sieht dabei auch, wie sich die Krise im Westen und in den von ihm abhängigen Weltteilen verschärft. Wie unglaublich teuer der Fortschritt und das Wohlergehen der einen mit dem Niedergang, ja der Versklavung der anderen erkaufte ist. Und so sinnt er über eine Verbindung der Produktivkraftentwicklung per Markt mit staatlicher Steuerung und Regulierung nach – und wirft die Mao-Zedong-Ideen als Symbol niemals weg. Was bei der Entwicklung der Produktivkräfte per Markt der Verzicht auf die Führung durch eine gemeinsame Idee, gemeinsame Symbole, gemeinsame Vorbilder bedeutet, lässt sich auch für die Chinesen am Beispiel Russlands ablesen.

Dies alles sind die Erfahrungen, von denen Xi redet. Und welchen Marxismus meint er nun? – Ja, welchen kann er denn meinen? Georg Fülberth, einer der bedeutendsten deutschen marxistischen Gesellschaftsanalytiker, definiert den Marxismus als „1. eine historisch-materialistische Analyse von Ökonomie und Klassenverhältnissen, 2. eine auf diese gestützte Theorie der Politik, 3. eine politische Praxis in der Perspektive einer Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft.“²¹ – Sagt Xi Jinping, dass er sich nur auf den Marxismus stützen wolle? Nein, er nennt den Marxismus im Verbund mit anderen Lehren, aber auch in diesen anderen Lehren sieht er Marxismus stecken. – Marxismus, sagt mit Wolfgang Fritz Haug ein anderer der Großen des Marxismus in Deutschland, „umfasst nicht nur wissenschaftliches Werk und politisches Wirken von Marx, sondern weit darüber hinaus eine Weltgeschichte der Wechselwirkung dieses Werks mit der Welt. Die Welt aber lässt Marxismus nur in sich ein, indem sie Eingang in ihn findet. Das macht aus dem Marxismus eine geistige Welt vieler Welten, ein vielstimmig erfülltes Universum des Vermischten [...]. Dieses Universum an theoretischem Wissen und geschichtlichen Kämpfen [...] umfasst alles, was Geschichte ausmacht.“²²

Xi Jinpings Äußerungen zum Marxismus stehen nicht in einem luftleeren Raum. Die marxistische Forschung und die Anstrengungen zur Verbreitung der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels im heutigen China sind überaus beachtenswert. Kürzlich ist der 20. Band der chinesischen

Fassung der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) erschienen. Viele hundert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – darunter sehr viele junge – sitzen an der Erarbeitung der weiteren Bände. Unüberschaubar ist die Menge der damit zusammenhängenden Forschungsarbeiten, Bücher und Aufsätze; vielfältig die internationale Zusammenarbeit. Das alles kann hier nur angedeutet werden. Ein beeindruckendes Zeugnis der Qualität und Tiefe heutiger chinesischer Arbeit am Marxismus ist, herausgegeben von Oliver Corff und aus dem Chinesischen übersetzt von Thomas Mitchell, 2014 in englischer Sprache in Göttingen erschienen: das voluminöse Werk „Back to Marx“ (Zurück zu Marx; Hui dao Makesi) von Zhang Yibing, dem 1956 geborenen Kanzler der Nanjing-Universität, der u.a. auch Mitglied der Chinesischen Akademie für Marx-Engels-Forschung und Vorsitzender der Marxistischen Akademie der Provinz Jiangsu ist.²³ Das Buch trägt den Untertitel „Changes of Philosophical Discourse in the Context of Economics“ (Wandlungen im philosophischen Diskurs im Kontext des Ökonomischen) und ist ein tiefeschürfender Beitrag zur modernen Marxforschung überhaupt.

Dass wir in Deutschland so wenig darüber wissen, ist nur eine weitere traurige Bestätigung des eingangs beschriebenen Verzichts. Es ist dieser Verzicht kein zukunftstauglicher.

- 1 Xi Jinping, China regieren, Beijing 2014, S. 6; Rede vom 17.11.2012 beim 1. Kollektiven Lernen des Politbüros des XVIII. ZK.
- 2 Ebenda, S. 7.
- 3 Ebenda, S. 8.
- 4 Ebenda, S. 9.
- 5 Ebenda, S. 10.
- 6 Ebenda, S. 22, Fußnote 10.
- 7 Ebenda, Fußnote 11.
- 8 Ebenda, Fußnote 9.
- 9 Ebenda, Fußnote 13.
- 10 Ebenda, S. 8.
- 11 Zitiert nach: Vsevolod Holubnychy, „Der dialektische Materialismus Mao Tse-tungs“, in: Der Ostblock und die Entwicklungsländer, Vierteljahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung, Heft 8/9, Hannover, September 1962, S. 15.
- 12 Xi Jinping, China regieren, a.a.O., Rede vom 26. Mai 2014 beim 15. Kollektiven Lernen des Politbüros des XVIII. ZK, S. 141.
- 13 Ebenda, Rede vom 28. Juni 2013 auf der Nationalen Konferenz für Organisationsarbeit, S. 513.
- 14 Konfuzius, Gespräche (Lun-yu), aus dem Chinesischen übersetzt und herausgegeben von Ralf Moritz, Leipzig (DDR) 1982, Kap. XX/2, S. 140f.
- 15 Ralf Moritz, Vorwort, in: Konfuzius, a.a.O., S. 19.
- 16 Ebenda, S. 20.
- 17 Konfuzius, a.a.O., Kap. XIII/1, S. 99.
- 18 Marcel Granet, Das chinesische Denken (1934), München 1980, S. 108.
- 19 Ebenda, S. 256.
- 20 Ebenda, S. 272.
- 21 Georg Fülberth, Marxismus, Köln 2014, S. 7.
- 22 Wolfgang Fritz Haug, „Marxismus“, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 8/II, Hamburg 2015, Sp. 1845.
- 23 Zhang Yibing, Back to Marx. Changes of Philosophical Discourse in the Context of Economics, ed. by Oliver Corff, translated by Thomas Mitchell, Göttingen 2014.

„Das war rückständig und barbarisch“

Der kritische Kommunist Theodor Bergmann über die „Kulturrevolution“ und das China von heute
Aus: Neues Deutschland, 17.5.16, Interview: Karlen Vesper*

Professor Bergmann, die sogenannte Kulturrevolution hatte mit Kultur wahrlich nichts zu tun. Nicht nur, weil Kultur zerstört wurde. Es herrschte ein äußerst kulturloser Umgang untereinander, ein blutiger Terror gegen Andersdenkende. Von „revolutionär“ ganz zu schweigen.

Richtig, das war rückständig, barbarisch. Es gibt Beispiele zur Genüge in der Geschichte, nicht nur der chinesischen, dass Euphemismen den wahren Kern einer Aktion oder Kampagne kaschieren sollen. Ich sehe in diesem Fall eine gewisse Parallele zu den Moskauer Schauprozessen der Stalin-Ära. Mao wollte Tabula rasa schaffen, seine Gegner in der Partei eliminieren. Er hat sie beschimpft, eingesperrt, hinrichten lassen. Der große Liu Shaoqi, nach Mao in der Parteihierarchie der zweite Mann, wurde zur Unperson erklärt. Ihm wurde unterstellt, in China den Kapitalismus wieder einführen zu wollen. Er wurde eingesperrt und starb 1969 in Haft.

Stimmt es, dass Maos Position vor Beginn der „Kulturrevolution“ in der Parteiführung geschwächt war?

Er galt zweifellos als der große Revolutionär, der Führer des Volkes. Es gab in der Parteispitze aber verschiedene Auffassungen über den weiteren Weg Chinas. Unter den Veteranen des „Langen Marsches“ von 1934/35, als die Befreiungsarmee die Einkreisung durch die Truppen Chiang Kaisheks durchbrach und ganz China durchquerte, hatte Mao keine Mehrheit mehr. Deshalb hat er 1966 mit seinen engsten Vertrauten, vor allem mit Lin Biao, den Staatsstreich gegen die Partei angezettelt.

Die „Kulturrevolution“ war ein klassischer Putsch?

Klassisch vielleicht nicht, aber im Prinzip ja. Der Staatsstreich richtete sich gegen die Reformer in der Partei, deren wichtigster Repräsentant Liu Shaoqi war.

Was unterschied denn dessen Gesellschaftsvorstellungen von denen Maos?

Liu Shaoqi war überzeugt, dass die Revolution gesiegt hat und Klassenkampf nicht mehr nötig sei. Die Partei solle eine Volkspartei werden. Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Schichten können in Harmonie gelöst werden. Mao hingegen predigte eine permanente Kampfbereitschaft und stetigen Klassenkampf. Jeder Chinese habe seine persönlichen Interessen denen der Revolution unterzuordnen. Die Absetzung der Reformer in der „Kulturrevolution“ wird von der offiziellen Geschichtsschreibung in China heute als der „dritte große Fehler“ Maos bezeichnet.

Und die beiden anderen waren?

Das waren die Parteisäuberung von 1957 sowie der „Große Sprung nach vorn“ von 1958 bis 1961, der die Unterschiede zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen Stadt und Land einebnen und Chinas Rückstand zu den westlichen Industrieländern beseitigen sollte. In einem offiziellen

Parteidokument von 1981 wurden diese „drei großen Fehler“ als ein „großes Verbrechen gegen unsere Partei“ bezeichnet. Da die KP Chinas aber die Legitimität ihrer Herrschaft nicht aufs Spiel setzen wollte und konnte, hat man im selben Dokument zugleich erklärt: „Mao war ein großer Revolutionär, bevor er ein Autokrat wurde.“ Die „Kulturrevolution“ wird heute in China eindeutig verurteilt. Das war ein langer Prozess, Ergebnis einer mehrjährigen öffentlichen Debatte, in der die Verbrechen von Mao offengelegt und angeprangert wurden. Deng Xiaoping hat 1980 den Prozess gegen die sogenannte Viererbande durchführen lassen, zu der Maos Witwe Jiang Qing gehörte und die auch gegen den Ministerpräsidenten Zhou Enlai intrigiert hatte. Alle aus der „Viererbande“ wurden zum Tode verurteilt, aber keiner hingerichtet. Die Partei erklärte, alle Opfer der „Kulturrevolution“ zu rehabilitieren. Das ist auch geschehen. Es gibt in China kein Zurück mehr in Maos Zeiten.

Wie konnte es überhaupt zu all den großen Tragödien kommen, die Chinas Volk und vor allem seine intellektuelle Elite erleiden musste?

Deng Xiaoping hat 1980 in einem großen Interview für die französische Zeitung „Nouvel Observateur“ betont, dass die großen historischen „Katastrophen“ nicht nur dem Personenkult um Mao geschuldet waren, sondern Fehlern im System. Er forderte Demokratisierung der Partei und die Trennung von Partei und Staat. Das hat er zuerst im Ausland verkündet, damit seine Worte auch in China Gehör finden. Das war ähnlich wie mit Chruschtschows „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag, die ja auch erst ins Ausland lanciert wurde, um dann in der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten bekannt zu werden.

Sie sind also der Ansicht, es gibt in China keine Maoisten mehr?

Es gibt sicher noch einige Menschen, die der Gleichheit zu Maos Zeiten nachtrauern. Aber das war eine Gleichheit in Armut. Jetzt gibt es zwar eine gewaltige Spreizung der Einkommen, aber letztlich geht es allen Menschen besser, auch den armen. Und es wird systematisch und planmäßig versucht, die Armut in den zurückgebliebenen Regionen zu beseitigen oder zumindest zu mildern. Was sich vor einigen Tagen in Peking abgespielt hat, ist mir noch unklar.

Was meinen Sie?

Die Veranstaltung in der „Großen Halle des Volkes“, in der die „Kulturrevolution“ plötzlich wieder für vernünftig erklärt und ein Lobgesang auf den „Großen Steuermann“ Mao angestimmt worden ist. Dagegen hat Ma Xiaoli, deren Vater Arbeitsminister war und Opfer der „Kulturrevolution“ wurde, einen Beschwerdebrief an die Parteiführung verfasst, der auch veröffentlicht wurde und jetzt heiß debattiert wird. Die Behauptung in der „Süddeutschen Zeitung“, dass für die KP Chinas Diskussionen über „historische Katastrophen“ der jüngeren Geschichte Chinas tabu sind, ist Quatsch. Wer das organisiert hat, ist noch unklar.

Aber die „Große Halle“, in der auch der Nationale Volkskongress, das chinesische Parlament tagt, kann doch nicht irgendwer mieten? Deutet dies nicht vielleicht auf einen heimlichen Machtkampf in der KP-Führung hin?

Es gibt keinen Machtkampf in der KP-Führung. Und die Mehrheit der Chinesen will auch nicht zurückkehren in die Gleichheit der Armut. Natürlich gibt es in der Partei und zwischen deren verschiedenen Instituten eine Debatte über die bestmöglichen Wege der sozialistischen Marktwirtschaft. Cheng Enfu, ein Professor an der Akademie für Sozialwissenschaften, berichtete jüngst in einem Aufsatz über sieben verschiedene Meinungen in der führenden Professorenenschaft, die in sieben verschiedenen Fachjournalen zu Worte kommen. Es wird also debattiert, offen und transparent. Ich bin davon überzeugt, dass die Parteiführung ihre Linie fortsetzt.

Ist das denn gut?

Das ist in Ordnung. Dafür spricht Chinas wirtschaftliches und politisches Gewicht in der Welt. Und nicht von ungefähr versuchen Kuba und Vietnam von den chinesischen Reformen zu lernen.

Zurück zu Mao: Er ist im öffentlichen Raum und Bewusstsein in China nach wie vor präsent.

Die Chinesen betreiben keine Bilderstürmerei und stürzen nicht alte Denkmäler. Mao ist erledigt. Auch wenn es parteioffiziell heißt, zu 70 Prozent war er gut, zu 30 Prozent schlecht. In einer Diskussion mit Chinesen sagte ich einmal, umgekehrt würde das Urteil eher stimmen. Man hat mir nicht widersprochen. Dennoch will man Maos „historische Leistung“ nicht gänzlich negieren.

Worin hat die bestanden?

Er hat China von einem halbkolonialen, feudalen Staat zu einem modernen Staat gemacht, der ein eklatantes Gegengewicht zum US-amerikanischen Imperialismus darstellt, unabhängig und selbstbewusst in der Weltpolitik und Weltwirtschaft agiert.

China ist ein Global Player.

Ganz eindeutig. Das sieht man allein daran, wie viele Staaten und Unternehmen mit China Geschäfte machen wollen, trotz der Störmanöver von Weltbank und IWF. Die Chinesen unterwerfen sich nicht den US-amerikanischen Regeln, kooperieren erfolgreich mit und in anderen Staaten und schmieden neue Bündnisse wie BRICS, den Zusammenschluss zwischen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Können Sie sich erklären, warum Mao einen solch großen Einfluss auf die westdeutsche Linke hatte?

Weil die deutschen Linken nicht verstanden haben, was da im fernen China passiert. Sie haben Maos Worte für bare Münze genommen, und sie hatten kein Vertrauen in die Kraft der deutschen Arbeiterklasse. Deshalb haben sie mal Che Guevara, mal Ho Chi Minh und mal Mao gepriesen.

Wieso waren Sie immun gegen den „Mao-Virus“?

Weil ich die Geschichte des Kommunismus kannte und meine Lehrer kritische Kommunisten waren. Ich erkannte damals sofort, Mao lügt genauso wie Stalin. Jene, die sie als „Verräter“ und „Volksfeinde“ beschimpften, waren kluge und hochanständige Menschen.

Man weiß, dass der „Große Sprung“ 20 Millionen Opfer kostete. Die Zahl der Opfer der „Kulturrevolution“ ist jedoch unbekannt?

Die „Peking Rundschau“ hat 1980 Zahlen veröffentlicht: 729 511 zu Unrecht Beschuldigte sowie 34 800 Hingerichtete. Das waren namentliche Fälle. Wie viele anonyme Opfer hinzuzuzählen wären, weiß ich nicht. Das kann keiner sagen.

* **Theodor Bergmann** Im März dieses Jahres vollendete er sein 100. Lebensjahr, er ist nach wie vor ein aufmerksamer und engagierter Zeitgenosse: Der in Berlin geborene siebte Sohn eines Rabbiners war in der Nazi-Zeit als Mitglied der KPD-Opposition im palästinensischen und schwedischen Exil antifaschistisch aktiv. Nach Gastprofessuren im Ausland erhielt der bekennende Kommunist in der Bundesrepublik erst 1973 einen Lehrstuhl an der Universität Hohenheim in Stuttgart. Theodor Bergmann unternahm zahlreiche Reisen vor allem nach China, wo er sich stets mit namhaften Intellektuellen traf.

Myanmar 2016: Verhalten voran auf steinigem Pfad

Von Uta Gärtner, Linkes Asienforum, September 2016

Dies ist die Fortschreibung des Artikels der Autorin „Myanmar 2016: Das Volk hat gewählt“ (siehe „DIE LINKE international“ Nr. 1/2016) über die Parlamentswahl in Myanmar vom 8. November 2015, ihr Bedingungsgefüge und ihre Konsequenzen.

Der friedliche Übergang zu einer frei gewählten zivilen Regierung in diesem großen Land Südostasiens wurde nur dadurch möglich, dass die herrschenden militärischen Eliten dies selbst angestrebt und zugelassen haben. Sie vermochten das, weil sie unter Nutzung des sakrosankten Status von Verfassungen die Bedingungen fixiert hatten, dank denen sie auch unter einer von zivilen politischen Parteien gebildeten Regierung die Aufsicht über die gesellschaftlichen Prozesse im Land behalten: die Autonomie der Streitkräfte, eine fixe Quote von ernannten Abgeordneten des Militärs in den Legislativorganen aller Ebenen, die für innere und äußere Sicherheit relevanten Ministerien, die Gewissheit, dass die Verfassung nur mit ihrer Zustimmung geändert werden kann.

Das ist in der jetzigen Phase das schlagende Argument der Militärführung und die Crux der neuen Regierung: Wie könnte sie, die im Namen der Demokratie angetreten ist, sich gegen die Verfassung wenden? So ist die außergewöhnliche Situation entstanden, dass die Nationale Liga für Demokratie (NLD) unter Führung von Aung San Suu Kyi mit der Stimmenmehrheit zwar das Mandat des Volkes erhalten hat, die Herrschaft aber nur im Zusammenwirken mit dem Militär ausüben kann. Es existiert faktisch eine zivil-militärische Doppelherrschaft und mit ihr die Notwendigkeit, Machtteilung zu praktizieren, was in Myanmar bisher ohne Tradition ist.

Gemessen an den Normen, die das globalisierte Modell der westlichen Demokratie setzt, ist diese Situation anomal. Aus Sicht der Geschichte Myanmars aber ist sie – ebenso wie die vorangegangene Phase, die man als zivil

gewandelte Militärherrschaft bezeichnen kann, weil die Mehrheit der Entscheidungsträger demobilisierte Offiziere waren¹ – eine folgerichtige Etappe auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft. Das Gelingen der Transition liegt im existentiellen Interesse beider Seiten und erfordert ihr konstruktives Miteinander. Für beide Seiten sind das Balance-Akte: Die NLD – namentlich Aung San Suu Kyi – muss einerseits ihren Wahlversprechen und den Erwartungen des Volkes gerecht werden und andererseits dem Militär beweisen, dass sie sehr wohl die Stabilität des Landes gewährleisten und ihm dabei eine ehrenvolle Perspektive als professionelle Streitkräfte eröffnen kann. Das Militär muss erhebliche Teile der bisher allein ausgeübten Macht abtreten und Kompromisse mit Kräften eingehen, denen es traditionell misstraut. Bisher hat das funktioniert, wie die Regierungsübergabe zeigt, die ohne politische Turbulenzen, wenn auch nicht ohne Reibungspunkte vonstattenging.

Das Staatsoberhaupt

Entgegen den Erwartungen mancher Beobachter konnte die Militärführung nicht für eine Änderung des Artikels 59 f, der Aung San Suu Kyi die Präsidentschaft verwehrt, weil ihre Söhne britische Staatsbürger sind, oder dessen Suspendierung gewonnen werden. Die Ausweitung der schon in der Verfassung von 1947 enthaltenen Klausel auf Partner, Kinder und Schwiegerkinder ist zweifelsohne auf Aung San Suu Kyi gemünzt, zugrunde aber liegt die Furcht vor Fremdbestimmung. Auf Grund ihrer politischen Sozialisierung im westlichen Ausland und der Unterstützung durch westliche Regierungen war Aung San Suu Kyi zur Zeit der Entstehung der Verfassung von 2008 die leibhaftige Verkörperung dieser Gefahr, die man bis zum Einlenken 2002 in den staatlichen Medien drastisch als Handlangerin ausländischer Mächte darstellte. Jetzt ginge es weniger um sie als um die Vorsorge gegen künftige Präsidenten: Im nationalen Interesse müsse grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass eine Person, die direkt oder indirekt der Regierung eines anderen Landes verbunden ist, an der Spitze des Staates steht²

Nachdem Plan A – die Direktwahl als Präsidentin – gescheitert war, trat Plan B in Kraft: Am 10. März 2016 wählten die beiden Kammern und der Militärblock jeweils ihren Präsidentschaftskandidaten, am 15. März entschied das als Wahlkollegium fungierende Unionsparlament sich für die NLD-Kandidaten U Htin Kyaw als Präsident und Henry Van Thio als Vizepräsident 2; der Kandidat des Militärblocks, Generalleutnant a.D. Myint Swe, wurde Vizepräsident 1.

U Htin Kyaw, geboren 1946, Sohn des hochverehrten nationalen Dichters Min Thu Wun (1909-2004), hat auf Grund seiner persönlichen Integrität, seiner langjährigen engen Verbundenheit mit Aung San Suu Kyi und bisher fehlenden eigenen politischen Profils gute Voraussetzungen für die Rolle des nominalen Präsidenten.

Die Wahl von Henry Van Thio, einem Vertreter der christlichen Volksgruppe der Chin, geboren 1958, löste bei militanten buddhistischen Nationalisten Proteste aus, wurde aber mehrheitlich als positive Geste gegenüber den ethnischen und religiösen Minderheiten begrüßt. Seine 20 Dienstjahre in den Streitkräften bis 2000 und die anschließende leitende Tätigkeit im Industrieministerium bis 2009

machen ihn auch für das Militär akzeptabel.

Umstritten ist U Myint Swe, geboren 1951. Er war schon nach dem Rücktritt von Vizepräsident Thihathura U Tin Aung Myint Oo 2012 als dessen Nachfolger vorgeschlagen, konnte aber nicht gewählt werden, weil sein Schwiegersohn die australische Staatsbürgerschaft besaß. Dieses Hindernis scheint beseitigt zu sein, allerdings lastet ihm die Öffentlichkeit Mitwirkung an der Niederschlagung der MönchsDemonstrationen 2007 in seiner Eigenschaft als Leiter der Militärischen Aufklärung sowie unsaubere Regierungstätigkeit während seiner Amtszeit als Chefminister der Region Yangon 2011-2016 an.³

Es ist ein offenes Geheimnis, dass bei der vom Präsidenten vorzunehmenden Regierungsbildung Aung San Suu Kyi das entscheidende Wort hatte. Sie selbst übernahm wie erwartet den Posten des Außenministers, der ihr zugleich einen Sitz im Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrat garantiert, und den der Ministerin des Präsidialbüros. Für zwei weitere Ministerien, für die sie nominiert war, weil die Kandidaten kurzfristig abgesagt hatten, wurden bald andere Minister berufen. Entscheidend für die Umsetzung ihrer Ankündigung, die Geschicke des Landes zu leiten, aber war die Schaffung der neuen Funktion „State Counselor“ mit dem gleichnamigen Gesetz, das am 1. April in der Nationalitätenkammer und am 5. April in der Volkskammer behandelt und gebilligt sowie am 7. April vom Präsidenten in Kraft gesetzt wurde. Als State Counselor wird in diesem Gesetz ausdrücklich die Vorsitzende der NLD Daw Aung San Suu Kyi benannt, der das Volk bei den Wahlen 2015 das Vertrauen ausgesprochen hatte. Es verpflichtet und berechtigt sie, mit der Regierung, Behörden, den Legislativen, Organisationen und Personen für diese Ziele zu kommunizieren und Empfehlungen zu geben.⁴

Die Abgeordneten vom Militär hatten gegen dieses Gesetz Bedenken angemeldet, da es die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung sowie die Autorität des Präsidenten unterlaufe, wurden jedoch überstimmt – ‚demokratisch tyrannisiert‘, wie sie sagen – und protestierten nur noch schweigend. Von einer Klage beim Verfassungsgericht haben sie vermutlich abgesehen, weil dessen Mitglieder von der NLD neu berufen waren und damit keine Erfolgsaussichten bestanden.⁵ Zudem gestattet die Verfassung die Beauftragung von Personen oder Gremien mit bestimmten Aufgaben und Vollmachten durch das Unionsparlament,⁶ während sie für die Funktion eines Premierministers, die in den Medien auch diskutiert wurde, keine Grundlage bietet. Dass die Geltungsdauer des Gesetzes – im Unterschied zu einer Verfassungsänderung – auf die laufende Legislaturperiode begrenzt ist, mag ihnen erleichtert haben, sich damit zu arrangieren.

Am 11. Mai beschloss das Unionsparlament auf Bitte des Präsidenten die Schaffung eines Ministeriums beim State Counselor, um die mit dieser Funktion verbundenen Ziele erreichen zu können: Versöhnung, innerer Frieden, nationale Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit.⁷ Sie enthält zwar keine exekutive Gewalt, verleiht aber der moralischen oder spirituellen Macht (awza), die Aung San Suu Kyi eigen ist, eine materielle Grundlage. Die Verschmelzung von awza und ana (physische Macht) in ihrer Person begründet – wie angekündigt – ihre Position oberhalb aller Gewalten einschließlich des Präsidenten. Ihre Empfehlungen nehmen somit automatisch Weisungscha-

rakter an. Ebenso muss sie als Mitglied der Exekutive zwar ihr Parlamentsmandat abgeben und sich von der Parteilarbeit zurückziehen, aber faktisch wird ihre Meinung ausschlaggebend bleiben.

Diese Machtkonzentration⁸ erfüllt ihren Anspruch auf Entscheidungshoheit in allen wesentlichen Fragen. Momentan verhindert diese Situation die ansonsten übliche Zersplitterung der politischen Kräfte und sorgt für Kohärenz der Politik. Zugleich aber wohnt ihr enorme potenzielle Sprengkraft inne: Zum einen blockiert sie die Herausbildung von Kräften, die das Vakuum füllen könnten, das entsteht, wenn das „magische Zentrum“ entfällt, sei es physisch wie bei der Ermordung ihres Vaters General Aung San und enger Kampfgefährten 1947 oder auf Grund von Vertrauensverlust wegen enttäuschter Erwartungen. Zum anderen begünstigt sie die Neigung Aung San Suu Kyis zu einsamen Entscheidungen, die spaltend wirken können. So hat Ende April 2016 die eigenmächtige Ankündigung einer Panglong-Konferenz für das 21. Jahrhundert innerhalb der nächsten ein, zwei Monate bei den potenziellen Gesprächspartnern, besonders den bewaffneten ethnischen Gruppen, für beträchtliche Irritationen gesorgt. Noch gelang es, sie dank der persönlichen Autorität Aung San Suu Kyis und ihrem raschen Einlenken zu beheben: Natürlich sei sie mit der auf der ersten *Friedenskonferenz der Union* im Januar 2016 beschlossenen Nachfolgetagung identisch, und natürlich werde der Friedensprozess auf der Grundlage der mit der vorigen Regierung vereinbarten Programme weitergeführt. Aber irgendwann ist der Kredit aufgebraucht.

Die Regierungstätigkeit

Die ersten Monate der neuen Regierung bestätigen, dass die NLD voll auf die Übernahme der Macht konzentriert war und keine fundierten Konzepte ihrer Ausübung vorbereitet hatte. Allerdings agiert sie in einem weit günstigeren Bedingungsgefüge als ihre Vorgänger, was solche Defizite teilweise wettmacht. Beobachter bescheinigen ihr einen eher holprigen Start, der progressive Regierungsprogramme vermissen lässt.⁹ Und doch zeichnen sich bestimmte Linien ab:

Außenpolitisch : Die westlichen Staaten haben Aung San Suu Kyi schon in der vorigen Wahlperiode wie das eigentliche Staatsoberhaupt behandelt und agieren auch jetzt im Einklang mit ihr. So richten die USA weiterhin ihre Sanktionspolitik an ihr aus: Hält sie die Sanktionen für nötig, um das Militär unter Druck zu halten, bleiben sie bestehen. Der Antrag eines USDP-Abgeordneten, die Regierung möge auf Aufhebung der Sanktionen drängen, wurde mit der NLD-Mehrheit im Parlament abgeschmettert. Dabei ist die Obama-Administration durchaus bereit, sie weiter zu reduzieren, um in ihrem Kampf gegen den Einfluss der VR China in Asien Myanmar stärker an sich zu binden.¹⁰ Hatte die Regierung Thein Sein dieses westliche Anliegen für mehr Unabhängigkeit von China genutzt, muss Aung San Suu Kyi gerade wegen ihrer Nähe zum Westen aus politischem und wirtschaftlichem Interesse ausgewogene Beziehungen zum mächtigen nördlichen Nachbarn herstellen. Nicht zufällig war der chinesische Außenminister der erste ausländische Gast, den sie Anfang April 2016 empfing, galt ihr erster Staatsbesuch in einem nicht zur ASEAN gehörenden Land

im August 2016 der VR China. Myanmar hat dringendes Interesse, dass China seinen Einfluss auf die Rebellen im Grenzgebiet geltend macht, um den Friedensprozess voranzubringen, China braucht es besonders für den strategisch wichtigen Zugang zum Golf von Bengalen und zum Stillen seines Energiehungers. Zur Gretchenfrage wird das Schicksal des Staudammkomplexes Myitson: Das Moratorium, das U Thein Sein auf Grund der auch von der NLD und Aung San Suu Kyi persönlich unterstützten Protestbewegung am 30. September 2011 verfügte, ist mit dem Ende seiner Amtszeit abgelaufen. Die VR China drängt auf Weiterführung, und wenn die NLD-Regierung darauf eingeht, verliert sie Rückhalt bei der Bevölkerung. Ein geschickter Schachzug ist die kürzliche Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Wasserkraftprojekte am Ayeyawady, die die Entscheidung hinausschiebt und auf eine sachliche Ebene stellt.

Auf gleiche Art sucht Aung San Suu Kyi im Konflikt um die sich als Rohingya bezeichnende Bevölkerungsgruppe im westlichen Rakhine-Staat¹¹ die internationale Kritik abzuwenden und ihre Regierung aus der Schusslinie zu ziehen: Ende August berief ihr Ministerium eine aus drei ausländischen und sechs einheimischen renommierten Persönlichkeiten bestehende Beratergruppe unter Leitung des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan, die unparteiisch Lösungswege vorschlagen soll. Allerdings trifft diese Entscheidung auf vehementen Protest der Arakan National Party und des Parlaments von Rakhine, da sie nicht mit ihnen abgestimmt wurde und Ausländer in ein Gremium einbezogen wurden, das ihre inneren Angelegenheiten betrifft.

Innenpolitisch: Die mit der Wahl der NLD verknüpfte Erwartung der Bevölkerung auf Verbesserung aller Lebensumstände lässt sich nicht schnell erfüllen. Umso wichtiger sind Schritte, die die Umsetzung der Wahlversprechen belegen und das Vertrauen rechtfertigen.

Mit der Reduzierung der 36 Ministerposten auf 21 wird das Versprechen einer ‚schlanken Regierung‘ erfüllt. Allerdings erfolgt sie durch Zusammenlegung von Ministerien ohne Verringerung des Personalbestandes, so dass der Verwaltungsapparat sich vorerst nicht verkleinert. Zwei Ministerien – für ethnische Angelegenheiten und für den State Counselor – wurden neu geschaffen. Der Auswahl der Personen liegen offensichtlich die gleichen Kriterien zugrunde wie unter der vorigen Regierung: 1. Loyalität, 2. Sachkunde, 3. Erfahrung. Es sind vorwiegend verdiente NLD-Mitglieder sowie einige nahestehende Technokraten; die beiden Mitglieder der Union Solidarity and Development Party (USDP), die berufen wurden, gehören zum Kreis von Thura U Shwe Mann, der schon während seiner Amtszeit als Vorsitzender der Volkskammer konstruktive Beziehungen zu Aung San Suu Kyi unterhielt.¹²

Hauptzweck der Reduzierung der Ministerposten ist erklärtermaßen die Einsparung von Gehältern: 5 Milliarden Kyat (4,1 Millionen US\$) im Verlauf der Legislaturperiode, die für Bildung, Gesundheit und ländliche Entwicklung eingesetzt werden sollen.¹³

Des Weiteren gehört zum Komplex von Maßnahmen, die Effizienz und Volksnähe der neuen Regierung zeigen sollen, dass die Ministerien je ein Programm für die ersten 100 Tage zu entwerfen und abzurechnen hatten. Indem die

Abgeordneten ein Viertel ihrer Diäten an die Partei abführen und in ihrem Lebenswandel Bescheidenheit üben, sollen sie ihre Unbestechlichkeit und ihren Einsatz für die Belange des Volkes vor Augen führen. Zugleich ist angedroht, dass es für Verletzungen der Grundsätze und der Parteidisziplin kein Pardon gibt. Es geht darum, sich wohlthuend abzugrenzen von Bereicherung und Prunksucht, deren die Vorgänger beschuldigt werden, und das positive Image der Partei als Basisbewegung für den Wandel zu bewahren.¹⁴

Zu den vertrauensfördernden Maßnahmen gehört die Überprüfung und Auslichtung des Gesetzesdschungels, insbesondere die Aufhebung von Gesetzen, die Repression Vorschub leisten wie das Notstandsgesetz aus dem Jahre 1950 oder das Staatsschutzgesetz von 1975, sowie die Novellierung von Gesetzen mit restriktiven Bestimmungen. Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption wie die Richtlinie des Präsidialbüros über den Umgang mit Geschenken oder die Rückgabe von konfisziertem Land sind weitere Beispiele. Ermutigend ist auch, dass erstmals der ultranationalistischen Mönchsorganisation MaBaTha (Assoziation zum Schutz von Religion und Nation) Einhalt geboten wurde, indem das State Sangha Maha Nayaka Committee (Oberste Instanz des Mönchsordens) auf Initiative der NLD-Regierung erklärte, dass sie keinen offiziellen buddhistischen Status hat.¹⁵

Das drei Blatt umfassende wirtschaftspolitische Konzept, das Aung San Suu Kyi am 29. Juli 2016 einem ausgewählten Kreis – Diplomaten, Geschäftsleute, Geldgeber – als erstes programmatisches Dokument ihrer Regierung präsentierte, stellt die Entwicklung der Marktwirtschaft in allen Sektoren in den Mittelpunkt, verbunden mit Verteilungsgerechtigkeit und Transparenz. Es benennt alle wesentlichen Themen, aber ohne Prioritäten und ohne Anhaltspunkte für die Umsetzung¹⁶ sowie dafür, wie das gewöhnlich gewinnorientierte Interesse in- und ausländischer Unternehmer an Investitionen und Geschäftstätigkeit effektiv für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Lande genutzt werden soll. Dabei gibt es Konzepte und Analysen, die für die ökonomischen und sozialen Reformen der Regierung U Thein Sein entworfen wurden, z. B. durch das 2012 gegründete Zentrum für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CESD), das seine Forschungs- und Beratungstätigkeit fortsetzt.¹⁷

Mit Vehemenz und Erfolg vertritt Aung San Suu Kyi Versöhnung als Grundprinzip ihrer Innenpolitik. Sie ist wirksam für ein konstruktives Verhältnis mit der Militärführung und für den Erfolg des Friedensprozesses, der wiederum Voraussetzung für das Erreichen aller anderen Ziele ist – ohne Frieden keine Stabilität, keine Entwicklung. Deshalb wird er von beiden Komponenten der Doppelherrschaft als oberste Priorität behandelt. Versöhnung statt Vergeltung scheint allgemeiner Konsens zu sein, wenngleich sowohl in politischen als auch ethnischen Kreisen immer wieder Stimmen laut werden, die eine „Aufarbeitung der Geschichte“ fordern. In ihrem Schlusswort auf der jüngsten Friedenskonferenz gab Aung San Suu Kyi der Hoffnung Ausdruck, dass diejenigen, die jetzt rückwärts schauen, sich später der Zukunft zuwenden, und mahnte: „Ob wir in der Vergangenheit verhaftet bleiben oder mutig der Zukunft ins Auge sehen und aufbauen, muss jeder einzelne selbst entscheiden.“¹⁸

Die Panglong-Konferenz für das 21. Jahrhundert

Dieser von Aung San Suu Kyi geprägte Name für die zweite landesweite Friedenskonferenz greift den seit längerer Zeit im Raum stehenden Ruf nach einer zweiten Panglong-Konferenz auf. Die erste ist eng mit dem Namen ihres Vaters verknüpft und im Volk verinnerlicht als Sinnbild des respektvollen gleichberechtigten Umgangs aller Nationalitäten Myanmars miteinander unabhängig von ihrem Status. Eigentlich aber ging es damals nicht um Ethnien. Vielmehr war es eine Zusammenkunft der Repräsentanten verschiedener Territorien – der unter indirekter britischer Verwaltung stehenden Grenzgebiete Shan-Hochland, Kachin Hills und Chin Hills sowie des direkt administrierten Burmas, dessen Führer im Ergebnis des nationalen Befreiungskampfes mit England über die Unabhängigkeit verhandelten und den Exekutivrat beim britischen Gouverneur gebildet hatten, dem nicht nur Vertreter der Mehrheitsethnie Bama angehörten. Der eher territoriale Charakter der Konferenz erklärt, warum in Burma siedelnde Ethnien wie die Mon und die Rakhine dort nicht in Erscheinung getreten sind. Zweck war die Vereinbarung der Bedingungen, unter denen die Führer der Grenzgebiete bereit waren, mit der Interimsregierung zusammenzuarbeiten, niedergelegt im Panglong-Abkommen vom 12.2.1947. Es ging darum, schnell die Unabhängigkeit für alle Gebiete der britischen Kolonie zu erreichen. Wie der gemeinsame Staat zu gestalten ist, war Sache des neuen, unabhängigen Staates. Dessen erste Verfassung allerdings war trotz ihrer föderalen Struktur ungeeignet, die im Abkommen von Panglong vereinbarte Autonomie der ehemaligen Grenzgebiete zu gewährleisten, vielmehr wurde die Vorherrschaft der Bama befördert – Zündstoff der bewaffneten Konflikte bis in die Gegenwart. Die demokratische echte Föderation, die im verkündeten Rückblick als Ziel der damaligen Konferenz gilt, ist nun Hauptgegenstand des Friedensprozesses. Das ist es, was trotz des völlig anderen Charakters die Brücke zur Panglong-Friedenskonferenz für das 21. Jahrhundert schlägt, die vom 31. August bis 4. September in NayPyiTaw stattgefunden hat.

Sie hat keine Ergebnisse in Gestalt von Vereinbarungen gezeitigt, abgesehen von der Absprache, die Gespräche in weiteren Konferenzen fortzusetzen. Trotzdem war sie ein Erfolg. Zu ihren ca. 750 aktiven Teilnehmern zählten Vertreter von ca. 20 ethnischen bewaffneten Gruppen, politischen Parteien, der Regierung, den Streitkräften, Parlamentarier und andere Persönlichkeiten. Große Anstrengungen galten in der Vorbereitungsphase der Einbeziehung möglichst aller bewaffneten Gruppen. Dass es weitgehend gelungen ist, liegt auch am veränderten Bedingungsgefüge: Es gibt keine Alternative mehr, denn die politische Kraft, auf die sie im vorigen Jahr gehofft hatten, ist jetzt an der Macht. Außerdem hat die VR China im Interesse von guten Beziehungen und Stabilität auf die in ihrem Grenzbereich operierenden Gruppen Einfluss genommen. Wie glatt das Parkett ist, zeigt die Reaktion der Abordnung der größten bewaffneten Gruppe, der United Wa State Army (USWA), auf den Fehler der Organisatoren, ihr nur Beobachteraussweise auszuhändigen: Wegen ‚Ungleichbehandlung und Missachtung‘ verließ sie die Veranstaltung noch am ersten Tag. Insgesamt trugen ca. 70 Teilnehmer in zehnteiligen Ansprachen ihren Standpunkt zu Föderalis-

mus und in vorwiegend diesem Kontext zu regionaler Entwicklung, Regierung, Frauenbeteiligung und Demilitarisierung vor.¹⁹ Aussagen zu den Inhalten der Konferenz bedürfen einer ausführlicheren Darstellung. Hier kann nur festgestellt werden, dass wie im Januar die Meinungen sehr weit auseinandergehen – bis hin zur Unvereinbarkeit. Aber dass sie artikuliert und auch veröffentlicht wurden, kann den Prozess vorantreiben.

Er wird noch lange dauern. Angesichts der ethnischen Komplexität und Durchmischung kann eine dauerhafte Lösung wahrscheinlich nur erreicht werden, wenn sie nicht mehr entlang ethnischer Linien gesucht wird, sondern in der gemeinsamen Bewältigung der Probleme. Im Grunde hat Aung San Suu Kyi hier schon ein Zeichen gesetzt, indem sie ihre Amtsträger unterschiedlichen ethnischen Hintergrunds verpflichtete, als Mitglieder der Partei zu agieren und nicht als Vertreter ihrer jeweiligen Ethnie.

- 1 32 der 46 Minister auf nationaler Ebene waren höhere Offiziere, davon 5 im aktiven Dienst, 13 der 24 Chefminister demobilisierte Offiziere. Vgl. Andrew Selth (2015): ‚Strong, fully efficient and modern‘: Myanmar’s new look armed forces. Regional Outlook Paper No. 49, 2015. Griffith Asia Institute, Brisbane.
- 2 Vgl. „Suspension of 59(f) may set dangerous precedents for future presidents“, in: Shan Herald, 24.2.2016; Sai Wai Lu, „Im Interesse des Landes Artikel 59(f) nie ändern“, in: Myawaddy, 1.2.2016, S. 13.
- 3 Vgl. Irrawaddy, 30.3.16; „Nationalists rally against both vice presidents“, in: Myanmar Times, 15.4.2016.
- 4 Vgl. Gesetz über den State Counsellor, in: The Global New Light of Myanmar, 8.4.2016.
- 5 Vgl. International Crisis Group, „Myanmar’s New Government: Finding its Feet?“, in: Asia Report N°282, 29.7.2016, S.8.
- 6 Vgl. Constitution of the Republic of the Union of Myanmar (2008), Artikel 217.
- 7 Vgl. „Union Parliament approves formation of the Ministry of the State Counsellor’s Office“ in: Weekly Eleven, 11.5.2016.
- 8 Ämter von Aung San Suu Kyi (Stand September 2016): State Counsellor, Außenministerin, Ministerin des Präsidialbüros, Vorsitzende des Nationalen Zentrums für Frieden und Versöhnung, Vorsitzende des Zentralen Komitees für die Durchsetzung von Frieden, Stabilität und Entwicklung des Unionsstaates Rakhine.
- 9 Vgl. Konstantin Bärwaldt, „Für die Bürger Myanmars hat eine Zeitenwende begonnen“, in: IPG, 1.9.2016.
- 10 Vgl. „Ahead of State Counsellor’s visit US considers Burma sanctions relief“, Reuters 3.9.2016; „Parliament Rejects USDP Lawmaker’s Proposal to Challenge US Sanctions“, in: Irrawaddy 15.8.2016.
- 11 Die ca. 1,1 Millionen ‚Rohingya‘, Immigranten aus Bangladesh, von denen seit den blutigen kommunalen Konflikten 2012 viele in Lagern leben, gelten international als eine der gefährdetsten Ethnien, da Myanmar sie nicht als einheimische Gruppe anerkennt und Bangladesh sie ebenfalls zurückweist, so dass viele staatenlos sind. Aung San Suu Kyi geriet in internationale Kritik, als sie 2012 nicht für die ‚Rohingya‘ Partei ergriff und sich auch im Weiteren mit dem Verweis auf die Notwendigkeit der rechtsstaatlichen Lösung einer Stellungnahme entzieht.
- 12 Es wird vermutet, dass das einer der Gründe war, ihn im August 2015 als Vorsitzenden der USDP abzusetzen und im Mai 2016 aus der Partei auszuschließen. Er hat jetzt zwar kein Regierungsamt, aber den Vorsitz der Legal Affairs and Special Issues Assessment Commission inne, die er 2011 als Beratungsorgan des Parlaments aus Experten gebildet hat und hinter den Kulissen wesentlichen Einfluss ausübt. So hat sie unlängst die Aufhebung oder Novellierung von 142 Gesetzen empfohlen, darunter solchen, die der politischen Verfolgung Vorschub leisten.
- 13 Vgl. „Parliament approves president-elect’s proposal to downsize ministries“ in: Irrawaddy, 21.3.2016.
- 14 Vgl. International Crisis Group, „Myanmar’s New Government: Finding its Feet?“, in: Asia Report N°282, 29.7.2016, S. 5f.
- 15 Siehe Ebenda, S. 16.
- 16 Vgl. „Government reveals 12-point economic policy“, in: The Myanmar Times, 29.7.2016.
- 17 Angaben über die Tätigkeit des Zentrums bis Januar 2016 siehe <https://myanmarcesd.org>
- 18 Schlusswort auf der Panglong-Friedenskonferenz, Website des State Counsellor Office, 5.9.2016, in: <http://www.statecounsellor.gov.mm>
- 19 Vgl. Irrawaddy, 3.9.2016.